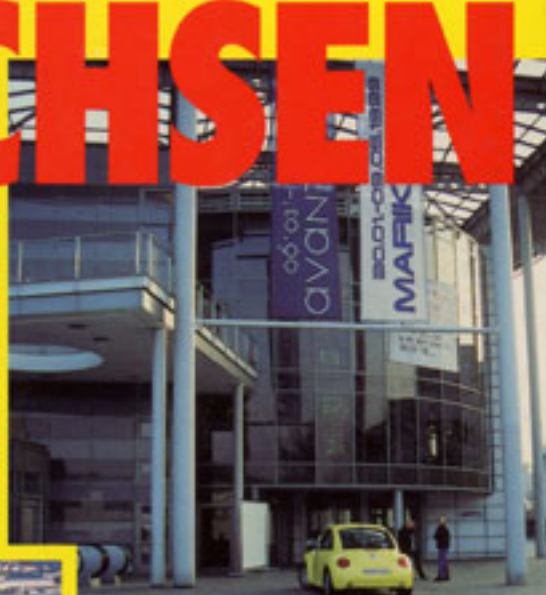


NIEDER SACHSEN

Ein Porträt



Herausgegeben von der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung
Hannover 1999.

Redaktion: Peter Hoffmann, Winfried Meis, Ekkehard Stüber

Redaktionsschluß: 1. März 1999

Herstellung und Gestaltung: Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung

Abbildungen:

1. Umschlagseite: Kunstmuseum Wolfsburg: Media Mobil, Hannover

Die Nachweise der übrigen Bilder siehe Kapitel
„Städte in Niedersachsen – Kurzportraits“.

2. Umschlagseite: Niedersachsenkarte, Quelle: Diercke Österreich,
Westermann Schulbuchverlag.

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Niedersächsischen
Landeszentrale für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autoren
die Verantwortung.

Verlag: Joh. Heinr. Meyer, Braunschweig

Druck: braunschweig-druck GmbH, Braunschweig

Umweltfreundlich hergestellt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

ISBN 3-926701-38-2

Inhalt

Lage und Größe	5
Landesnatur – Naturräumliche und landschaftliche Ausstattung	11
Geschichte des Landes Niedersachsen	31
Bevölkerung und Siedlung	51
Bevölkerungsentwicklung und Altersaufbau	51
Arbeitsmarkt: Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit und Qualifikationsstrukturen ..	62
Mundarten und Hochsprache	74
Siedlungsstrukturen	81
Gesundheitliche Versorgung und Sozialsystem	90
Wirtschaft	103
Energierohstoffe, mineralische Bodenschätze und Torf	103
Internationale Verflechtungen	113
Verarbeitendes Gewerbe	121
Land-, Forst- und Fischwirtschaft	134
Handel und dienstleistendes Gewerbe	143
Erholung und Fremdenverkehr	149
Verkehrsinfrastruktur	155
Umwelt, Natur und Landschaft	164
Politisches System	178
Verwaltung und Rechtspflege	195
Bildung und Ausbildung	201
Wissenschaft und Forschung	209
Kulturelle Einrichtungen	218

Die Denkmalwelt in Niedersachsen unter architektur- und baugeschichtlichen Aspekten	227
Medien	238
Städte in Niedersachsen – Kurzporträts	247
Aurich	247
Braunschweig	248
Celle	249
Göttingen	251
Goslar	252
Hameln	254
Hannover	256
Hildesheim	258
Lüneburg	259
Oldenburg	261
Osnabrück	262
Salzgitter	264
Stade	265
Wilhelmshaven	267
Wolfsburg	268
Statistische und historische Daten Niedersachsens	271
Quellen- und Literaturverzeichnis	285
Verfasser	290
Stichwortregister	292

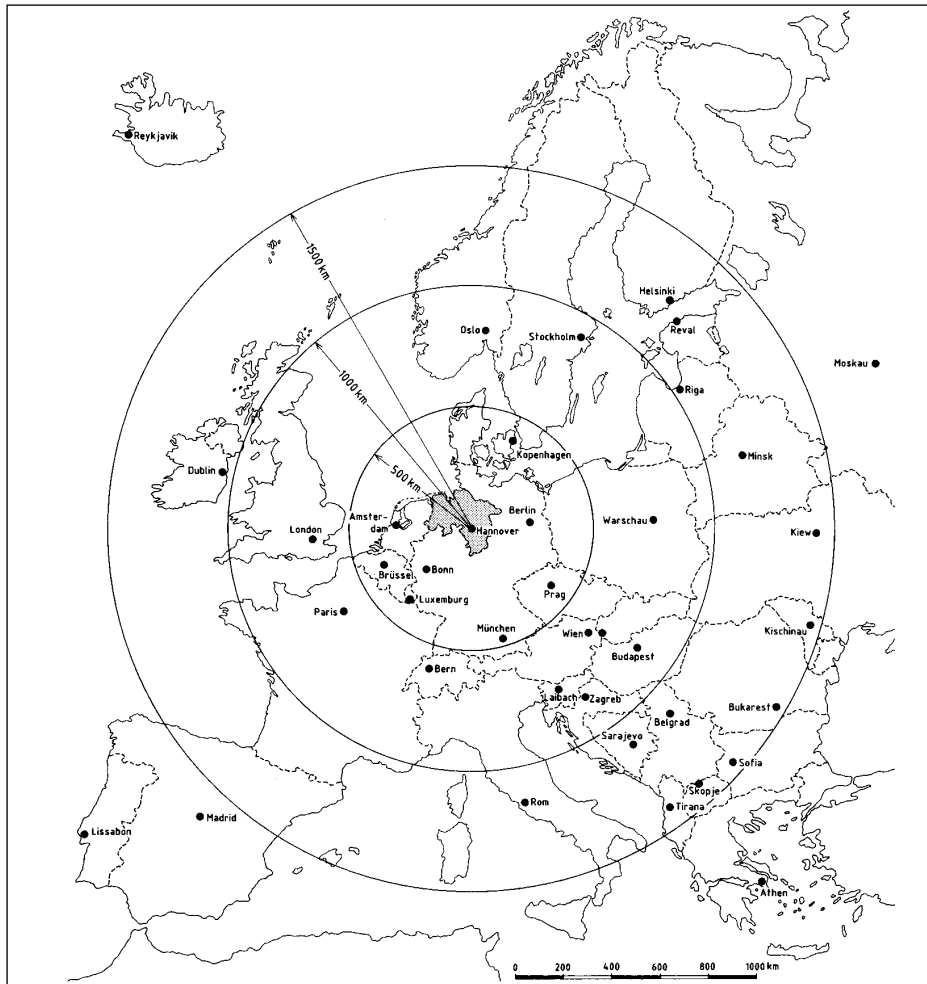
Lage und Größe

Niedersachsens Lage in Europa

Niedersachsen nimmt innerhalb Europas eine zentrale Lage ein, wie man aus der Abbildung leicht entnehmen kann. Nach der Wiederver-

einigung und dem Beitritt Schwedens und Finnlands zur EU kommt dieser Lagevorteil immer mehr zur Geltung, seine volle Wirkung wird er dann entfalten können, wenn durch die sich abzeichnende Osterweiterung der Europäischen Uni-

Die Lage Niedersachsens in Europa



Quelle: Hans-Wilhelm Windhorst

on auch die östliche und südöstliche Flanke in den europäischen Binnenmarkt einbezogen werden.

Diese Lagegunst spiegelt sich im Kreuz zweier Entwicklungsachsen wider. Einmal ist es die von Stockholm über Kopenhagen, Hamburg, Hannover und Kassel nach Frankfurt gerichtete Nord-Süd-Achse, die im Oberrheingraben ihre Fortsetzung findet, zum anderen die von der niederländischen „randstad“ (Amsterdam, Rotterdam) ausgehende Achse, die dann in einem nördlichen Zweig über Groningen, Oldenburg und Bremen in die vorgenannte Nord-Süd-Achse einmündet bzw. in einem Südweig über Osnabrück, Hannover, Magdeburg, Berlin und Frankfurt/Oder bis nach Warschau reichen wird. Die zentrale Lage Hannovers in diesem Achsenkreuz ist offensichtlich, sie findet ihren Ausdruck in der herausragenden Bedeutung der Landeshauptstadt als einem der großen Messezentren der Welt. Aus der Abbildung Die Lage Niedersachsens in Europa kann man auch entnehmen, dass in einem Kreis mit einem Radius von 1.000 km um Hannover die bedeutendsten Wirtschaftsregionen Europas gelegen sind. Der kontinuierliche Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, der mit den Baumaßnahmen in Vorbereitung auf die Weltausstellung im Jahre 2000 einen vorläufigen Abschluss finden wird, hat die Erreichbarkeit über Schiene, Straße

und den Luftverkehr entscheidend verbessert und sicherlich zur Attraktivität der Messen in Hannover beigetragen.

Diese zentrale Lage hat lange Zeit ihre Wirkung nicht entfalten können, weil bis zur Wiedervereinigung die Verbindungen nach Osten gekappt waren, die bis zum 2. Weltkrieg eine große wirtschaftliche Bedeutung gehabt hatten. Nahezu 550 km lang war die gemeinsame Grenze mit der ehemaligen DDR, nur 2 Eisenbahn- und 3 Straßenübergänge waren vorhanden. Die Länge dieses Grenzschaumes hat insbesondere die unmittelbar angrenzenden Landkreise lange Zeit in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung gehemmt und besondere Förderprogramme im sog. „Zonenrandgebiet“ notwendig gemacht. Nach der Wiedervereinigung haben diese Gebiete durch ihre nun wieder zentrale Lage eine Aufwertung erfahren.

Die Grenze zu den Niederlanden (189 km) ist zwar deutlich kürzer, doch hat auch hier bis zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (1957) die Grenzlage in Verbindung mit einer ungünstigen Naturausrüstung (weite Moorflächen) die wirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigt. Es ist allerdings unverkennbar, dass die Schaffung des europäischen Binnenmarktes neue Impulse entlang der Hauptverkehrsachsen gebracht hat.

Niedersachsen kommt wegen seiner zentralen Lage in Europa sowohl die Funktion eines Durchgangslandes als auch die Rolle eines Verbindungslandes zu. Die Funktion des Durchgangslandes findet ihren Ausdruck in den großen Verkehrsachsen, die in jüngster Zeit vor allem in West-Ost-Richtung ausgebaut werden und damit den oben genannten Entwicklungsachsen Rechnung tragen. Als Verbindungsland fungiert es zwischen den skandinavischen Staaten und Mittel- bzw. Südeuropa einerseits bzw. Ost- und Westeuropa andererseits. Die wachsende Bedeutung des Dienstleistungssektors (Handels- und Speditionsunternehmen) und die Ansiedlung neuer Industrieunternehmen spiegeln diese Rolle wider. Von großer Bedeutung in diesem Zusammenhang sind auch die Lage an der Nordsee und die Nähe zu den Welthäfen in Bremen und Hamburg, die durch die niedersächsischen Häfen an der Ems, dem Jadebusen und der Unterweser eine wichtige Ergänzung finden. Der Austausch von Handelsgütern auf dem Wasserwege wird angesichts der zunehmenden Globalisierung der Wirtschaft eine noch größere Bedeutung erlangen und damit die Vermittlerfunktion Niedersachsens weiter stärken.

Unverkennbar ist, dass Niedersachsen aus einer Nachkriegssituation, die durch eine Einengung zwi-

schen der Außengrenze zu den Niederlanden und der Grenze zur ehemaligen DDR gekennzeichnet war, in eine günstige Zentrallage in einer sich ausweitenden Europäischen Union mit einem einheitlichen Binnenmarkt gelangt ist, die nicht ohne Einfluss auf die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung bleiben dürfte.

Niedersachsens Lage in Deutschland

Niedersachsen nimmt nach Bayern den zweiten Rang bezüglich der Flächengröße unter den deutschen Bundesländern ein. Mit nahezu 47.611 km² ist das Bundesland größer als Belgien, Dänemark oder die Niederlande. Hinsichtlich der Einwohnerzahl nimmt es mit mehr als 7,8 Mill. Einwohnern den vierten Rangplatz ein, wobei die Abstände zu Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg allerdings beträchtlich sind.

Die Bevölkerung ist innerhalb Niedersachsens sehr ungleichmäßig verteilt. Dem bevölkerungsreichen Südosten stehen die weniger dicht besiedelten Landesteile im Nordwesten und Nordosten gegenüber, die allerdings durch die beiden Bundesländer Bremen und Hamburg zwei Oberzentren aufweisen, die eine Ausstrahlung auf die angrenzenden niedersächsischen Landkreise ausüben.

Niedersachsens Stellung im Rahmen der deutschen Bundesländer
hinsichtlich der Flächengröße und Einwohnerzahl (Stand 1996)

Bundesland	Fläche (km ²)	Bundesland	Einwohner
Bayern	70.550,9	Nordrhein-Westfalen	17.947.714
Niedersachsen	47.610,6	Bayern	12.043.869
Baden-Württemberg	35.752,5	Baden-Württemberg	10.374.505
Nordrhein-Westfalen	34.077,7	Niedersachsen	7.815.148
Brandenburg	29.478,7	Hessen	6.027.284
Mecklenburg-Vorpommern	23.170,4	Sachsen	4.545.702
Hessen	21.114,5	Rheinland-Pfalz	4.000.567
Sachsen-Anhalt	20.446,0	Berlin	3.458.763
Rheinland-Pfalz	19.846,5	Schleswig-Holstein	2.742.293
Sachsen	18.412,7	Sachsen-Anhalt	2.723.620
Thüringen	16.171,1	Brandenburg	2.554.441
Schleswig-Holstein	15.770,5	Thüringen	2.491.119
Saarland	2.579,2	Mecklenburg-Vorpommern	1.817.196
Berlin	890,8	Hamburg	1.707.986
Hamburg	755,2	Saarland	1.084.184
Bremen	404,2	Bremen	677.770
Deutschland	357.022,3	Deutschland	82.012.162

Quelle. Statistisches Bundesamt

Vielgestaltig ist die Landesnatur, reicht Niedersachsen doch vom Küstensaum an der Nordsee mit den vorgelagerten Inseln über die Marschen und die glazial geprägten Grund- und Endmoränengebiete bis in das Mittelgebirge hinein. Die nördlichen Teile dieser breiten Schwelle, die nahezu die gesamte Mitte Deutschlands einnimmt, taucht recht abrupt aus dem nord-

deutschen Tiefland auf und steht in deutlichem Kontrast zu den weitgespannten Niederungszonen, die von den Niederlanden bis nach Osteuropa reichen. Herrschen hier Ablagerungen des Pleistozäns und des Holzäns vor, also erdgeschichtlich junge Sedimente, sind die Gesteine des Mittelgebirgsraumes weitaus älter, z. T. reichen sie bis in das Erdaltertum zurück. Jüngsten

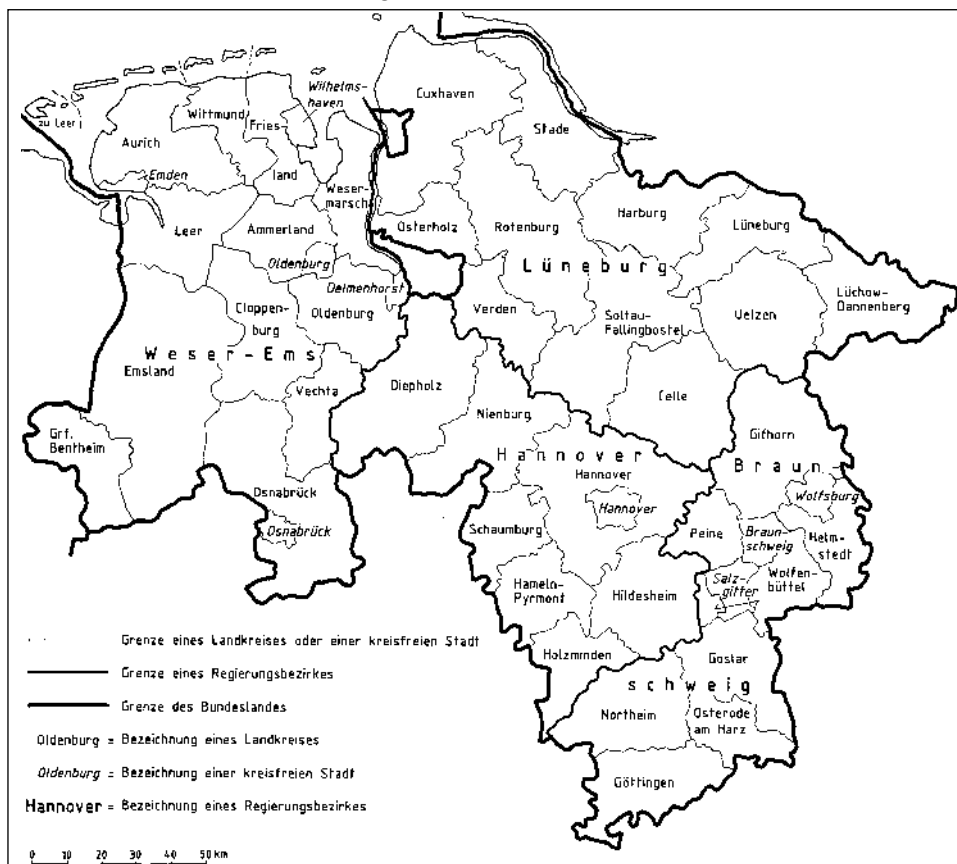
Formungsprozessen an der natürlichen Grenze der Nordseeküste, die durch den Deichbau beeinflusst werden, stehen morphologische Prozesse im Mittelgebirgsraum gegenüber, die bis in das Karbon zurückreichen und in den folgenden geologischen Zeiträumen vielfach überprägt worden sind. Diese Vielfalt ist einzigartig unter den deutschen Bundesländern und

schafft Räume sehr unterschiedlicher Eignung für die wirtschaftenden und siedelnden Menschen.

Die administrative Gliederung Niedersachsens

Das Bundesland Niedersachsen ist administrativ in 38 Landkreise und 9 kreisfreie Städte untergliedert, die Mittelinstanz bilden vier Regie-

Die administrative Gliederung Niedersachsens



Quelle: Hans-Wilhelm Windhorst

Flächengröße und Einwohnerzahl der niedersächsischen Regierungsbezirke

Regierungsbezirk	Sitz	Fläche (km ²)	Einwohnerzahl (Mill.)
Braunschweig	Braunschweig	8.097	1,67
Hannover	Hannover	9.048	2,15
Lüneburg	Lüneburg	15.498	1,64
Weser-Ems	Oldenburg	14.959	2,39

Quelle: Niedersächsisches Landesamt für Statistik, Seedorf 1998, S. 91.

rungsbezirke. Die Landkreise unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Größe und Einwohnerzahl beträchtlich. So ist der flächengrößte Landkreis Emsland mit 2.880 km² etwa 300 km² größer als das Saarland. Und selbst der flächenkleinste Landkreis Peine ist mit nur 534 km² noch 130 km² größer als das Bundesland Bremen. Der Landkreis Hannover weist zusammen mit der kreisfreien Landeshauptstadt eine Einwohnerzahl von nahezu 1,1 Mill. Menschen auf, was etwa der Einwohnerzahl des Saarlandes entspricht. Das Schlusslicht unter den Landkreisen bildet Friesland mit weniger als 100.000 Bewohnern. Nur etwa halb so groß ist die Einwohnerzahl der kreisfreien Stadt Emden, die damit von der Einwohnerzahl die kleinste administrative Einheit bildet, bezüglich der Flächenausstattung ist dies Delmenhorst mit nur 62 km².

Die vier Regierungsbezirke unterscheiden sich ebenfalls deutlich hinsichtlich ihrer Flächengröße und Bevölkerungszahl.

Die beiden nördlichen Regierungsbezirke Lüneburg und Weser-Ems stellen 64 % der Landesfläche und 52,2 % der Einwohnerzahl, während auf die beiden südlichen Regierungsbezirke 47,8 % der Bevölkerung und nur 36 % der Fläche entfallen.

Während die Bevölkerungsverteilung also nahezu ausgeglichen ist, herrscht ein deutliches Ungleichgewicht bezüglich der Flächenverteilung vor. Der Norden des Bundeslandes ist bis in die Gegenwart weitaus stärker agrarwirtschaftlich geprägt und weist eine wesentlich geringere Bevölkerungsdichte auf als der Süden.

Hans-Wilhelm Windhorst

Landesnatur – Naturräumliche und landschaftliche Ausstattung

Naturräume und Klima

Niedersachsen hat, wie kein anderes Bundesland der Bundesrepublik Deutschland, Anteil an fünf naturräumlichen Großlandschaften, die sich hinsichtlich ihrer Entstehung und ihrer natürlichen Ausstattung recht deutlich voneinander unterscheiden (vgl. Abb. Naturräume in Niedersachsen). Es sind dies in charakteristischer Abfolge von Norden nach Süden

- das Küstenland, gegliedert in Watten, Düneninseln und Marschen,
- die Geest mit darin eingelagerten Nieder- und Hochmooren,
- die Lössbörden (Bergvorlandzone),
- das Berg- und Hügelland (Mittelgebirgsschwelle) und der Harz als echtes Mittelgebirge.

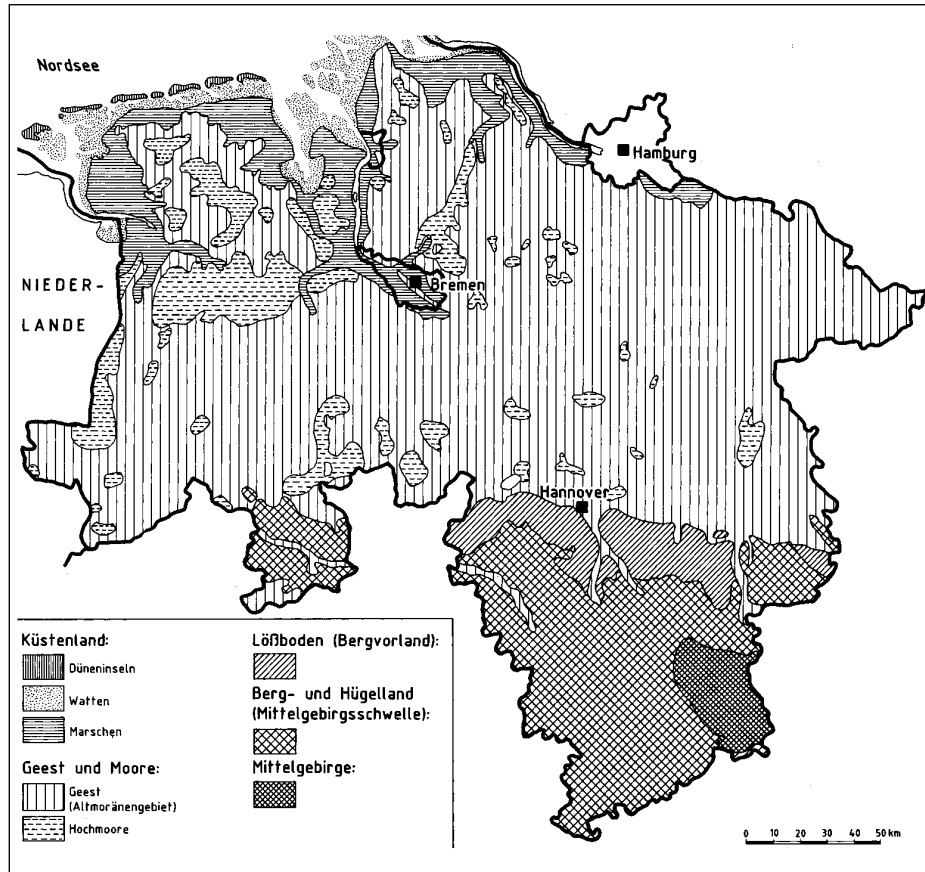
Das Küstenland, die Geest und das lössbedeckte Bergvorland werden dem Tiefland zugerechnet, das keineswegs überall Flachland ist, jedoch an keiner Stelle über 200 m Meereshöhe hinausreicht. Das Tiefland nimmt etwa vier Fünftel der Landesfläche ein, sodass Niedersachsen zu Recht als das „niedrig gelegene Sachsen“ bezeichnet wird. Umso stärker wirkt dadurch der

Kontrast zum Berg- und Hügelland sowie – vor allem – zum Mittelgebirge des Harzes, der immerhin auf über 1.100 m Meereshöhe ansteigt.

In klimatischer Hinsicht sind die Verhältnisse weniger komplex. Aufgrund seiner geographischen Lage gehört Niedersachsen dem feucht-gemäßigten Westwindgürtel der Nordhalbkugel an. Demzufolge wird das Klima durch folgende allgemeine Züge geprägt: den rhythmischen Wechsel von vier ausgeprägten Jahreszeiten, vorherrschende Westwinde und den häufigen Durchzug von Tiefdruckgebieten. Von entscheidender klimatischer Bedeutung ist darüber hinaus die Nähe zum Meer. Die vorherrschenden Westwinde transportieren ozeanische Luftmassen heran, die über dem Meer Feuchtigkeit aufnehmen und durch die milden Wassertemperaturen des Golfstroms beeinflusst werden. Infolgedessen bedingen die ozeanischen Luftmassen, dass es zu allen Jahreszeiten zu Niederschlägen kommt und die Winter relativ mild, die Sommer dagegen relativ kühl und regnerisch ausfallen.

Jedoch ist der Einfluss der sich östlich anschließenden Kontinentalmasse nicht ganz zu verkennen. So wirkt sich von Osten her im Winter das regelmäßige Auftreten des rus-

Naturräume in Niedersachsen



Quelle: Hans-Heinrich Seedorf/ Hans-Heinrich Meyer: Landeskunde Niedersachsen, Neumünster 1992.

sischen Kältehochs aus, das wochenlange Kälte und Schneearmut bedeuten kann. Im Sommer bringen typische Ostwetterlagen Hitze und Trockenheit mit sich.

Über den ganzen Jahreslauf betrachtet, sind die Westwetterlagen jedoch eindeutig vorherrschend. Die häufigen Tiefdrucklagen sind dabei verantwortlich für den ra-

schen Wechsel der Witterung, der ein Charakteristikum ganz Nordwestdeutschlands ist.

Im Folgenden sollen die fünf großen naturräumlichen Großlandschaften Niedersachsens im Einzelnen im Hinblick auf ihre Genese und ihr heutiges landschaftliches Erscheinungsbild überblickartig vorgestellt werden.

Das Küstenland

Das niedersächsische Küstenland gliedert sich in Watten, Düneninseln und Marschen. Es erstreckt sich über eine Länge von etwa 200 km entlang der Nordseeküste und wird im Westen vom Dollart mit der Emsmündung, im Osten von der Elbmündung begrenzt.

Die Watten stellen den Übergangsbereich vom Festland zum offenen Meer dar. Mit einer durchschnittlichen Ausdehnung von 5 bis 7 km, stellenweise auch bis zu 10 und 15 km Breite, nehmen die Watten beträchtliche Flächen ein. Es handelt sich um ebene, von Wellenschlag und Strömung geprägte Schlick- und Sandflächen, die zweimal täglich im Wechsel der Gezeiten bei Flut überströmt werden und bei Ebbe trockenfallen. In den Wattboden hat das im regelmäßigen Rhythmus auf- und ablaufende Wasser ein verzweigtes System von Wasserläufen eingeschnitten; dies setzt sich aus den fein verästelten Prielen, den breiteren Baljen und den See-gats zwischen den Inseln als Durchgängen zur offenen See zusammen. Während das Schlickwatt in den strömungsärmeren Gebieten vor dem Festland sowie auf den Wattwasserscheiden am weitesten verbreitet ist, dominiert das Sandwatt aufgrund der hier stärkeren Transportkraft des Wassers vor allem entlang der Baljen. Im Gegensatz zu

allen anderen Landschaftsräumen sind die Watten bis heute vom Menschen nur wenig veränderte naturnahe Landschaften geblieben. Seewärts wird das Watt zwischen Ems- und Jademündung, 5 bis 20 km vom Festland entfernt, durch die Kette der sieben bewohnten Ostfriesischen Inseln sowie einiger unbewohnter Sandplatten begrenzt. Die Inseln sind erdgeschichtlich sehr junge Erscheinungen und verdanken ihre Existenz der ständigen Zufuhr von Sand durch Wind und Gezeitenstrom.

Ihre Entstehung geht auf ein System von Sandbänken und Strandwällen zurück, auf denen ausgedehnte, teilweise über 20 m hohe Dünenareale aufgeweht wurden, die durch Pflanzenwuchs festgehalten werden. Im Verlauf der vergangenen 1.500 bis 2.000 Jahre haben alle Inseln starke Formveränderungen erfahren, wobei die meisten sukzessive von Westen nach Osten gewandert sind. Die Dünenlandschaft setzt sich aus unterschiedlich alten Dünenkörpern zusammen: Den Beginn der Dünenbildung markieren kleine Primärdünen, denen sich nach Süden die hohen Weißdünen und schließlich Grau- und Braundünen als älteste Dünenformen anschließen. Den Dünen seewärts vorgelagert sind breite Sandstrände, während zur Wattseite ausgedehnte Salzwiesen liegen; Letztere kommen ebenso auf



Insel Spiekeroog

Foto: Ingo Mose

den festländischen Vordeichsflächen vor (vgl. Foto Insel Spiekeroog). Die Salzwiesen sind Standorte spezieller Pflanzengesellschaften, die sich der episodischen Überflutung durch das Meer angepasst haben.

Einen anderen Inseltyp, vergleichbar den nordfriesischen Halligen, repräsentiert die eingedeichte Marscheninsel Neuwerk vor Cuxhaven. Sie ist ein Relikt ehemals großflächiger Marschen in diesem Gebiet, die durch die Wirkung schwerer Sturmfluten seit dem Mittelalter sukzessive zerschlagen wurden. Seit 1961 gehört Neuwerk, ebenso wie die vorgelagerte Sandplate Scharhörn, zur Freien und Hansestadt Hamburg.

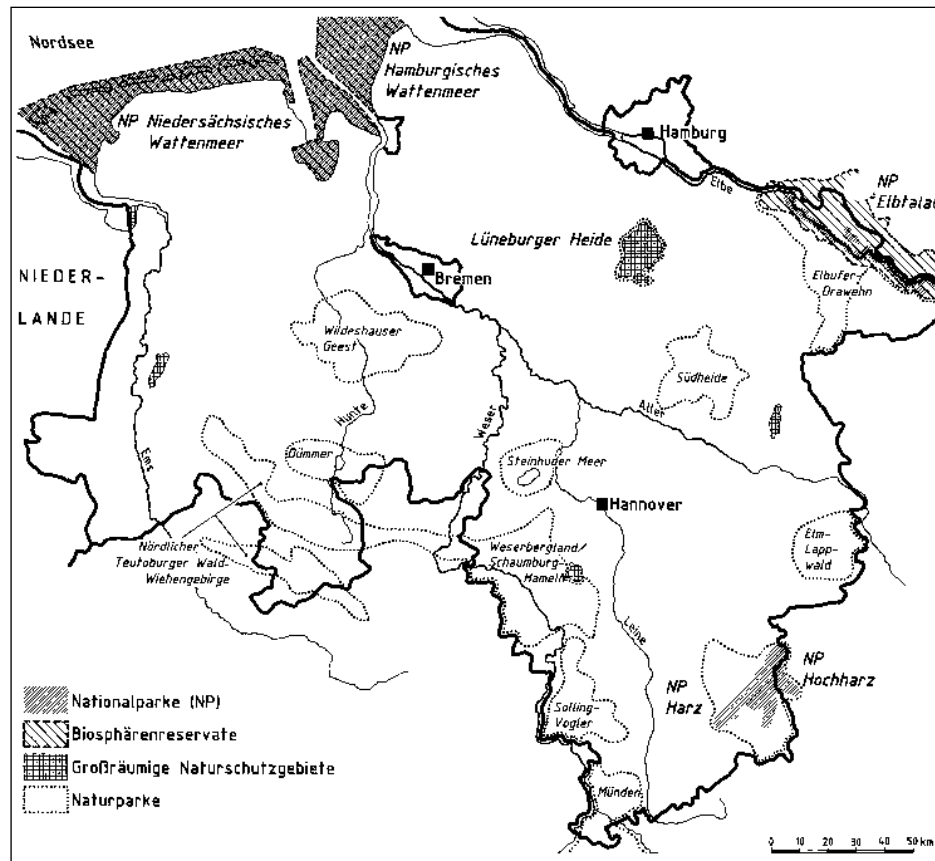
Das Wattenmeer mit dem eigentlichen Watt, den Düneninseln und Salzwiesen vereinigt sehr unterschiedliche Lebensräume, die in gegenseitiger Abhängigkeit zueinander stehen und insgesamt eine ökologische Einheit bilden. Weltweit ist dieses Ökosystem einzigartig. Vor allem Flora und Fauna stellen einen besonderen „Schatz“ des Wattenmeeres dar, da hier zahlreiche Arten vorkommen, die infolge ihrer Spezialisierung auf die besonderen Lebensbedingungen des Wattenmeeres, insbesondere den ständigen Wechsel von Ebbe und Flut und den Salzgehalt des Wassers, anderswo nicht lebensfähig wären.

Um diesen besonderen Landschaftsraum dauerhaft zu schützen,

wurden große Teile der niedersächsischen Nordseeküste am 1. 1. 1986 zum Nationalpark erklärt, nachdem schon ein Jahr zuvor in Schleswig-Holstein ein Wattenmeer-Nationalpark eingerichtet worden war. Der Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer erstreckt sich über 143 km in westöstlicher Richtung und umfasst eine Fläche von insgesamt 2.400 km² (vgl. Abb. Großschutzgebiete in Niedersachsen

biete in Niedersachsen). Das Schutzgebiet ist in drei Zonen unterschiedlicher Schutzintensität gegliedert: die Ruhezone (54%), in der die strengen Bestimmungen des Naturschutzes Anwendung finden; die Zwischenzone (45%), in der gegenüber der Ruhezone weniger strenge Auflagen gelten; und die Erholungszone (1%), die Freizeit und Tourismus vorbehalten ist. Je-

Großschutzgebiete in Niedersachsen



Quelle: Hans-Heinrich Seedorf/ Hans-Heinrich Meyer: Landeskunde Niedersachsen, Neumünster 1992.

doch vollzieht sich die Entwicklung des Nationalparks nicht konfliktfrei. Vor allem aus dem Tourismus, der an der Nordseeküste traditionell eine große Rolle spielt, resultieren eine Reihe von Nutzungskonflikten, die den Schutzzielen z. T. entgegenstehen. Inzwischen wurden verschiedene Lösungsansätze realisiert, um diese Probleme zu entschärfen (z. B. Wegegebote, Informationsmaßnahmen). Erhebliche Gefährdungspotentiale stellen aber auch die industriellen Nutzungen an der Küste, die Schifffahrt und nicht zuletzt die Schadstoffeinträge in das Wattenmeer über die Flüsse, die Luft und das offene Meer dar.

Den wichtigsten Landschaftstyp des Küstenlandes bilden aufgrund ihrer fruchtbaren Böden die See- und Flussmarschen. Sie erstrecken sich als 3 bis 17 km breite Ebene zwischen dem Watt und der Geest. Ihre Entstehung verdanken sie der Ablagerung von Sedimenten aus dem Meer, die aus der Nacheiszeit stammen. Dies drückt sich auch in ihrem Namen aus, der mit dem lateinischen „mare“ = Meer zusammenhängt. In Niedersachsen wird der Marschensaum lediglich an zwei Stellen, bei Dangast am Jadebusen und bei Cuxhaven-Duhnen, unterbrochen; hier stößt die Geest unmittelbar an das Meer vor und bildet dort ein Kliff. Die Marschen erheben sich kaum über den mittleren Meeresspiegel, z. T. bleiben sie so-

gar unter NN. Ohne den Schutz der Deiche und ohne künstliche Entwässerung würden deshalb große Teile der Marsch ständig überflutet werden.

Völlig eben sind die Marschen jedoch nicht. So ist nahezu überall an der Nordseeküste zwischen „Hochland“ und „Sietland“ zu unterscheiden, wobei das deichnahe Hochland der Jungen Marsch in der Regel 2 m höher liegt als das weiter binnwärts gelegene Gebiet der Alten Marsch (Sietland). Die Entstehung von Hochland und Sietland ist auf Unterschiede der Sedimentation zurückzuführen. So wurden seewärts größere Sedimente abgelagert, da hier die Wirkungen von Brandung, Seegang, Küsten- und Gezeitenströmung stärker sind; landwärts dagegen kamen in ruhigerem Wasser die Trübstoffe zur Ablagerung. Auch war die Menge des abgelagerten Materials seewärts viel größer. So kam es zu einer stärkeren Aufhöhung des Küsten-saumes in Form des Hochlandes, während das Sietland so langsam wuchs, dass es an einigen Stellen infolge Setzung und Verdichtung der Sedimente sogar unter den Meeresspiegel absackte. Besonders anschaulich lässt sich der Unterschied zwischen Hoch- und Sietland in Butjadingen nachvollziehen.

Wie kaum ein anderer Landschaftsraum ist die Marsch durch die Hand der Bauern gestaltet worden.

Neben Deichen und Entwässerungsgräben zeugen davon auch die Spuren zahlreicher Wurten (oder Warften), seit etwa der Zeitenwende künstlich aufgeworfene Wohnhügel, die über mehrere Jahrhunderte überall entlang der Küste landschaftsprägend waren und z. T. noch heute erkennbar sind. In Ortsnamen wie Langwarden oder Ruhwarden (in Butjadingen) oder der Bezeichnung des Landes Wursten wird die Geschichte der Wurtensiedlungen bis heute dokumentiert. Neben den Wurten zeugen auch die zahlreichen Landgewinnungsflächen von der gestaltenden Kraft des Menschen. Im westlichen Ostfriesland und im Rheiderland werden diese „Polder“, im östlichen Ostfriesland und Oldenburg „Grodten“ genannt. Große Landgewinnungsflächen liegen vor allem im Gebiet des Dollart, der Ley-, Harle-, Maade- und Jadebucht. Verheerende Sturmfluten hatten hier seit dem Mittelalter immer wieder zu dramatischen Landverlusten geführt, die die Buchten z. T. bis an den Geestrand ausspülten. Mithilfe verbesserter Techniken war es jedoch möglich, große Teile des verlorenen Landes zurückzugewinnen. Die jüngsten, höher gelegenen Polder bilden mit ihren nährstoffreichen, gut durchlüfteten und wasserdurchlässigen Kleiböden eine ausgezeichnete Grundlage für den Ackerbau. Inzwischen ist die Landgewinnung an der Küste jedoch fast

bedeutungslos geworden und spielt allenfalls im Rahmen des Küstenschutzes noch eine Rolle.

Die Geest

Die Geest bildet einen 100 bis 170 km breiten Gürtel zwischen der Marsch im Norden und den Lössböden im Süden und nimmt damit den größten Teil Niedersachsens ein. Der Name Geest bedeutet zweierlei: Zum einen leitet er sich vom niederdeutschen „güst“ ab, was soviel wie „unfruchtbares Land“ bedeutet; ebenso meint der Name aber auch das friesische „gast“ als Bezeichnung für hochgelegenes Land. In beiden Fällen handelt es sich um Teile des Altmoränengebietes, die vor mindestens 180.000 Jahren durch das nordische Inlandeis und seine Schmelzwässer geschaffen wurden und seither einem andauernden Prozess der Umformung unterliegen.

Die niedersächsische Geest ist das Aufschüttungsgebiet von zwei Eiszeiten, der Elstervereisung (vor etwa 350.000 Jahren) und der Saalevereisung (vor etwa 235.000 Jahren) (vgl. Abb. Quartäre Haupteisrandlagen in Nordwestdeutschland). Während beider Vereisungen erreichte das Eis in etwa die Mittelgebirgsschwelle und verfrachtete in mehreren Vorstößen (Stadien bzw. Phasen) große Mengen von Feinschutt und Blöcken aus Skandina-

vien in diesen Raum. Quartäre Haupteisrandlagen in Nordwestdeutschland

Dabei entstanden jeweils in charakteristischer Weise sog. Glaziale Serien, die sich aus vier Elementen zusammensetzen: der Grundmoräne, die aus lehmigen Böden und großen Steinen (Findlinge) besteht; Endmoränen, in denen überwiegend Sand und Kies zu kleinen Höhenzügen aufgeschüttet wurden (z. B. der Wilseder Berg mit einer Höhe von 169 m); Sander, die als weite Sandflächen von den Schmelzwässern vor den Endmoränen ausgebreitet wurden; und Urstromtäler, in denen sich die Schmelzwässer sammelten und zum Meer abflossen (vgl. Abb.



Quelle: Hans-Heinrich Seedorf/ Hans-Heinrich Meyer: Landeskunde Niedersachsen, Neumünster 1992.

Schematisches Querprofil durch eine „Glaziale Serie“ im norddeutschen Tiefland).

Trotz der lange zurückliegenden Entstehungszeit bestimmen die Glazialen Serien bis in die Gegenwart das abwechslungsreiche, leicht hügelige Landschaftsbild der Geest. Auf den Grundmoränenflächen befinden sich heute die meisten Ackergebiete. Die Endmoränenzüge, die

auch als „Hohe Geest“ bezeichnet werden, ragen als mehr oder weniger markante Höhenrücken aus ihrer Umgebung auf und sind weiterhin mit Kiefern-, seltener mit Buchenwäldern bestanden. Hümmling, Dammer Berge, Fürstenauer Berge und Harburger Berge sind charakteristische Beispiele für solche Endmoränenzüge. Die Sander sind wegen ihrer geringwertigen

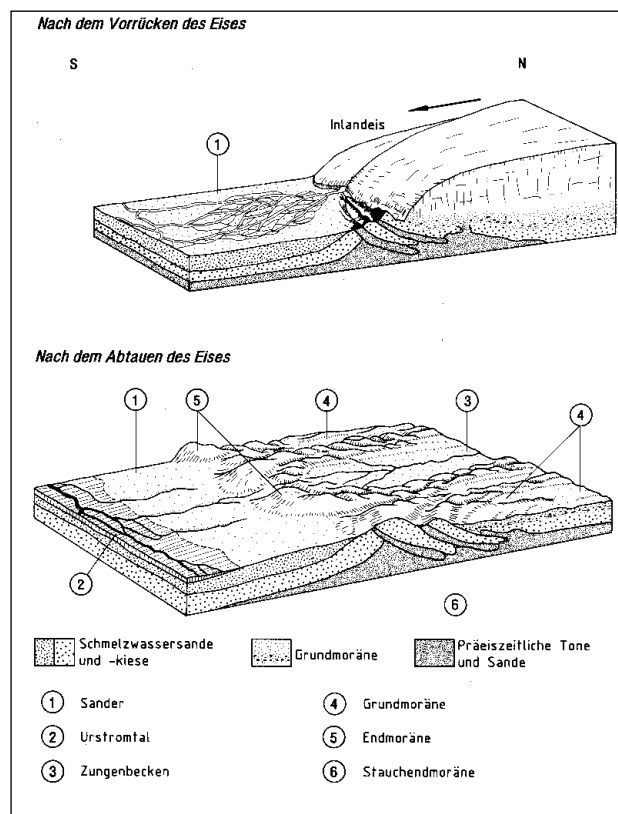
Böden meist ebenfalls von Kiefernforsten bewachsen. Zumeist gehen diese auf Aufforstungen aus dem 18. und 19. Jahrhundert zurück.

Neben den charakteristischen Elementen der Glazialen Serie bestimmen weitere eis- und nacheiszeitliche Formen das Landschaftsbild der Geest. Hierzu gehören die weiten Talsandflächen, die während der Weichsel-Kaltzeit von den Tief-

landflüssen – vor allem Ems, Weser, Aller und Elbe -aufgeschwemmt wurden. Ausgedehnte Talsandflächen finden sich im Emsland, im Artland, in der Dümmer-Niederung, in der Teufelsmoor-Wümmeniederung und in der Aller-Niederung. Letztere ist mit Abstand die größte unter den Schwemmebenen. Ihre Entstehung verdankt sie dem weichselzeitlichen Flusssystem der Aller, das mit einer Breite von bis zu 25 km das größte Flusssystem im niedersächsischen Tiefland war, wenn man vom Urstromtal der Elbe einmal ab-

Im eisfreien Vorland der ehemaligen Vergletscherungen stellt vor allem die Oberflächenformung durch den Wind einen weiteren landschaftsprägenden Faktor dar. Alle Kaltzeiten waren Perioden intensiver Windwirkung. So wurde aus den Moränen und Schmelzwasserablagungen das feinste Material ausgeweht und an anderer Stelle zu Dünen oder Flugsanddecken aufgeweht. Solche Dünen und Flugsanddecken

Schematisches Querprofil durch eine „Glaziale Serie“ im norddeutschen Tiefland



sind auf der niedersächsischen Geest weit verbreitet. Sie können Höhen von bis zu 10 m erreichen. Charakteristische Beispiele finden sich vor allem auf der östlichen Talseite vieler Flüsse, z. B. von Ems, Hunte, Weser und Aller, aber auch im Hümmling und in der Lüneburger Heide kommen entsprechende Formen vor.

In der Nacheiszeit haben die Täler der Flüsse die stärksten morphologischen Veränderungen erfahren. Durch die geringer werdenden Schutt- und Sandmassen, die durch das Wasser in die Täler eingebracht wurden, setzte eine Phase der fortschreitenden Tiefenerosion ein. Dabei gruben sich die großen Flüsse in Form zahlreicher Flussarme immer tiefer und tiefer in die Schotterflächen ein, wobei es zur Ausbildung zahlreicher Flussschlingen, sog. Mäander, als charakteristischem Element der Talaue kam. Ständige Verlagerungen der Flussarme, Laufverkürzungen, die Ausbildung von abgeschnittenen „Altarmen“ oder das Trockenfallen alter Mäanderschlingen kennzeichneten das dynamische Geschehen in der Talaue. Infolge von Kanalisierungen, Deichbauten und der Errichtung anderer moderner Wasserbauwerke lassen sich derartige Vorgänge heute mehr oder weniger nur noch an kleinen Flüssen beobachten. Reich an Mäandern und Altwässern sind u. a. der Emslauf von

Rheine bis Papenburg, das Tal der Mittelweser von Stolzenau bis Bremen und das Allertal. Im Rahmen modellhafter Projektvorhaben werden derzeit Teilabschnitte des Hunte- und des Hasetales zu naturnahen Flussläufen zurückgebaut. Eine der letzten großen naturnahen Flusslandschaften nicht nur Deutschlands, sondern ganz Europas stellt heute die Elbtalaue südöstlich von Hamburg dar. Um die wertvolle Flusslandschaft auch für zukünftige Generationen zu bewahren, hat die niedersächsische Landesregierung 1998 ein 10.900 ha großes Teilstück zwischen Radegats (Landkreis Lüchow-Dannenberg) und Schnackenburg (Landkreis Lüneburg) zum Nationalpark erklärt, der im Februar 1999 gerichtlich aufgehoben wurde (vgl. Kapitel Umwelt, Natur und Landschaft). Das Schutzgebiet ist ein Teil des großräumigen Biosphärenreservats Flusslandschaft Elbetal mit Flächenanteilen in den Ländern Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt (vgl. Abb. Großschutzgebiete in Niedersachsen).

Anders als in den meisten übrigen Gebieten der Geest befinden sich in der Lüneburger Heide heute noch ausgedehntere Heidekomplexe, wie sie früher für große Teile ganz Nordwestdeutschlands landschaftsprägend waren. Die Heide ist eine typische Kulturlandschaft, die



Lüneburger Heide

Foto: Ingo Mose

sich infolge der Vernichtung des ursprünglichen Waldes durch Brandrodung und Waldweide entwickeln konnte und mit der sog. Heidebauernwirtschaft auf der Basis von Schafhaltung, Plaggenhieb, Heidebrennen und Bienenhaltung um 1750 ihre größte Ausdehnung erreichte. Ab dem 19. Jahrhundert verlor diese Wirtschaftsweise jedoch rapide an Bedeutung und wurden die Heiden mithilfe neuer agrartechnischer Errungenschaften (Tiefpflug, Mineraldünger) sukzessive für Ackerbau und Grünlandwirtschaft erschlossen.

Die Erhaltung der Heidegebiete, die heute noch in der Lüneburger Heide vorhanden sind, verdankt sich den Bemühungen des Natur-

schutzes, der angesichts der tiefgreifenden Landschaftsveränderungen schon um die Jahrhundertwende versuchte, die bis dahin noch erhaltenen Restflächen der Heide als „Kulturdenkmal“ zu retten. Im Jahre 1910 erwarb der Verein Naturschutzpark auf Initiative des Pastors Wilhelm Bode mehrere Heideflächen im Gebiet des Wilseder Berges. Sie bildeten den Ausgangspunkt für einen dauerhaften Schutz der Heide, die 1921 in der Einrichtung eines Naturschutzgebietes gipfelten. Heute umfasst das Schutzgebiet eine Fläche von 19.740 ha, von denen allerdings nur noch 22% Heideflächen sind (vgl. Foto Lüneburger Heide). Diese müssen dauerhaft durch Schafbeweidung und andere

Maßnahmen gepflegt werden, um die natürliche Wiederbewaldung zu verhindern. Das Naturschutzgebiet ist seit 1956 zugleich als Naturpark ausgewiesen und gilt als eines der am meisten frequentierten Naherholungs- und Ausflugsziele Norddeutschlands. In der offiziellen Bezeichnung „Naturschutzpark Lüneburger Heide“ kommt die Sonderstellung dieses Gebietes unter den übrigen Naturparks Niedersachsens zum Ausdruck, die allenfalls in kleinen Teilen unter Naturschutz stehen (s. Abb. Großschutzgebiete in Niedersachsen).

Voraussetzung für die heute auf der Geest dominierende landwirtschaftliche Nutzung der an sich unfruchtbaren, überwiegend sandigen Böden, sei es die Umwandlung zu Grünland oder zu Ackerflächen, war, wie erwähnt, die Entwicklung neuer Agrartechniken und, vor allem, die Einführung des Kunstdüngers. Galt die Geest über Jahrhunderte als ausgesprochen armes Land, so zählt sie damit heute zu den größten Überschussgebieten an agrarischen Produkten. In besonderer Weise gilt dies für das Oldenburgische Münsterland, das sich seit den 60er-Jahren zu einem der größten und leistungsstärksten Zentren der Veredlungswirtschaft nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Europäischen Union entwickelt hat. Allerdings war die Entwicklung der Intensivlandwirtschaft

mit erheblichen ökologischen Konflikten verbunden. In diesem Zusammenhang ist vor allem die Belastung von Böden und Gewässern durch den erhöhten Auftrag von tierischen Exkrementen, insbesondere Gülle zu nennen, der in den 70er-Jahren alarmierende Ausmaße angenommen hatte. Seither wurden primär von gesetzgeberischer Seite verschiedene Maßnahmen ergriffen, um die angespannte Situation zu entschärfen. Der „Gülleerlass“ von 1983, die „Gülleverordnung“ von 1990 und, zuletzt, die „Düngemittelverordnung“ von 1996 haben dabei zu Regelungen geführt, die mit erheblichen Einschränkungen hinsichtlich der Ausbringungsmengen und -zeiträume verbunden sind.

Große Gebiete der Geest, vor allem im Emsland, in Ostfriesland, Oldenburg und im Elbe-Weser-Dreieck, werden durch ausgedehnte Nieder- und Hochmoore unterbrochen. Die Moore sind unter dem Einfluss des atlantisch beeinflussten Klimas überwiegend in den letzten 8.000 Jahren der Erdgeschichte entstanden. Voraussetzung für die Moorbildung ist ein Überschuss an Wasser, der vor allem durch die hohe Luftfeuchtigkeit und die reichlichen Niederschläge, aber auch die Vernässung der Niederungen durch den Rückstau des seit über 10.000 Jahren ansteigenden Meeres gegeben war. Zunächst bildeten sich da-

bei Niedermoore auf den grundwassernahen Standorten der niedrig gelegenen Geesttäler (Beispiel: Wümme-Niederung).

Seit etwa 5.500 v.Chr. sind auf einem Teil der Niedermoore, aber auch direkt auf dem mineralischen Untergrund, mächtige Hochmoore aufgewachsen (Beispiele: Teufelsmoor, Bourtanger Moor). Im Gegensatz zu den Niedermooren, die aus den Resten vieler verschiedener Sumpf- und Schwimmblattpflanzen bestehen, werden Hochmoore fast nur von einer einzigen Pflanzengattung, den Torf- oder Spagnummoosen, aufgebaut, die unabhängig vom Grundwasser ihren Nährstoff- und Wasserbedarf ausschließlich aus Niederschlagswasser und eingewehtem Staub decken. Unter günstigen Wachstumsbedingungen haben einige Hochmoore eine Mächtigkeit von bis zu 10 m erreicht.

Die Moore nehmen eine Fläche von rund 6.200 km² ein, was einem Anteil von 13% der Landesfläche entspricht. Niedersachsen ist damit das moorreichste Bundesland. Jedoch sind heute nur noch Bruchteile der einstigen Moore unkultiviert. Die meisten wurden im Verlaufe der letzten vier Jahrhunderte nach und nach für eine landwirtschaftliche Nutzung in Grün- oder Ackerland umgewandelt.

Den wenigen noch verbliebenen Moorresten kommt heute eine be-

sondere Funktion als Rückzugsgebiete zahlreicher gefährdeter Pflanzen- und Tierarten zu. Um diese Moorstandorte als charakteristische Landschaftselemente Niedersachsens zu erhalten, wurde 1981 das Niedersächsische Moorschutzprogramm installiert, nach dem mehr als 800 km² Hochmoorflächen unter Naturschutz gestellt werden sollen.

Die Lössbörden

Südlich des Mittellandkanals geht die niedersächsische Geest in die Lössbörden über, die den Übergangsbereich vom Tiefland zum Berg- und Hügelland markieren. Sie tragen ihren Namen vom niederdeutschen „bören“ = „tragen“, „ertragreich“, womit die feinkörnigen, steinfreien, leicht kalkhaltigen Lehm Böden gemeint sind, die sich seit der letzten Eiszeit als Schwarzerden oder Parabraunerden auf den angewehten, durchschnittlich 0,5 bis 3 m mächtigen Lössstaubschichten entwickelt haben. Sie zählen nicht nur zu den wertvollsten Böden Niedersachsens, sondern ganz Deutschlands, die sich vor allem durch ihre hohe Wasserspeicherkapazität und ihren Reichtum an Mineralstoffen auszeichnen (vgl. Foto Hildesheimer Börde).

Die Lössbörden beginnen nördlich von Osnabrück zwischen Wiehengebirge und Mittellandkanal als schmales Band und verbreitern sich

dann über die Schaumburger, Calenberger und Hildesheimer Börde nach Osten, bis sie im Gebiet um Salzgitter und Helmstedt eine Breite von fast 40 km erreichen. Jenseits der niedersächsischen Landesgrenze gehen sie dann nahtlos in die noch weitflächigere Magdeburger Börde über. Die Nordgrenze gegen die Geest, die sog. „Lössgrenze“, ist relativ scharf ausgeprägt und verläuft bis Braunschweig über weite Strecken parallel zum Mittellandkanal. Nach Süden hin besteht keine so scharfe Grenze, da der Löss teilweise bis weit in das Berg- und Hügelland verweht wurde, wo er lokal immer noch Mächtigkeiten von bis zu 1,5 m aufweist.

Aufgrund ihrer hervorragenden naturräumlichen Ausstattung sind die Lössböden von der ehemaligen Waldvegetation fast völlig entblößt, sodass manchmal von einer „Kultursteppe“ gesprochen wurde; eine Bezeichnung, die allerdings unzutreffend ist, da die Böden im Gegensatz zu den wirklichen Steppen intensiv landwirtschaftlich genutzt werden.

Nahezu alle Flächen werden heute vom Ackerbau beansprucht. Es herrschen dabei anspruchsvolle Feldfrüchte vor, mit denen Spitzenerträge erzielt werden können (Weizen, Zuckerrüben). Grünland und Reste von Laubwald sind nur auf wenigen feuchten Standorten



Hildesheimer Börde

Foto: Niedersächsisches Landesverwaltungsamt

zu finden, die bisher nicht dräniert worden sind.

Das Berg- und Hügelland

Gegenüber der nahezu waldlosen Weite der Lössbörden ist das niedersächsische Berg- und Hügelland eine durch Becken, Täler, Höhenrücken, Hochflächen, Bergkuppen und Hügel kleinräumig gekammerte Landschaft. Es umfasst große Teile des südlichen Niedersachsen, wobei die Gebirgsgruppen des Weserberglandes zwischen Porta Westfalica im Norden und dem Zusammenfluss von Fulda und Werra im Süden daran den weitaus größten Anteil haben. Dass es sich in der Regel mehr um Hügel als wirkliche Berge handelt, kommt auch in den Höhen der Bergkuppen zum Ausdruck, die kaum über 500 m hinausgehen (Große Blöße im Solling mit 528 m als höchste Erhebung).

Das Berg- und Hügelland verdankt seinen Formenreichtum verschiedenen erdgeschichtlichen Vorgängen. Die Bergzüge sind durchweg aus Sedimentgesteinen aufgebaut, die einst im Meer abgelagert wurden; von Süden (Buntsandstein, Muschelkalk) nach Norden (Jura, Kreide) werden diese immer jünger. Infolge tektonischer Bewegungen wurden die Sedimentschichten in Schollen zerlegt und in unterschiedlicher Weise gekippt. Aus den

schräggestellten Gesteinspaketen wurden dann durch selektive Verwitterung und Abtragung die weichen Schichten ausgeräumt und zu Tälern und Becken umgeformt, während die härteren Schichten als Schichtstufen, Schichtkämme, Einzelberge oder steinige Hochflächen stehen blieben. Wiehengebirge und Teutoburger Wald, Ith und Hils sind Beispiele für das charakteristische Landschaftsbild der Schichtstufen und -kämme, die sich als lange, relativ schmale, allerdings in der Regel wenig hohe Bergzüge in west-östlicher bzw. nordwest-südöstlicher Ausrichtung darstellen. Mit einer Strecke von rund 120 km ist der Teutoburger Wald der längste unter den Höhenzügen des Berg- und Hügellandes (vgl. Foto Teutoburger Wald). Besonders markante Schichtkämme finden sich im Weser- und Wiehengebirge, die 200-300 m über das Wesertal aufsteigen und zum Teil von mächtigen Klippen gekrönt werden (Luhdener Klippen, Hohenstein).

Das Berg- und Hügelland ist eine waldreiche Landschaft. Rund 45 Prozent sind mit Wald bestanden, der über Höhen von 300 m und dort, wo das Relief zu steil wird, in den Vordergrund tritt; insgesamt nimmt die Bewaldung von Norden nach Süden zu.

Auf allen Höhenzügen stockt dabei von Natur aus ein Buchenwald, der die nährstoff- und besonders



Teutoburger Wald

Foto: Ingo Mose

kalkreichen Böden sowie das niederschlagsreiche, kühle Klima des Berg- und Hügellandes bevorzugt. Auch heute noch ist der Buchenwald durch weitgehend naturnahe Bestände vertreten und vermittelt durch seine relative Geschlossenheit den Eindruck einer echten Waldlandschaft.

Wo kein Wald ansteht, wird auf den fruchtbaren Böden der Täler und Becken, die während der letzten Eiszeit mit Löss ausgekleidet wurden, ertragreicher Ackerbau betrieben. Wo der Löss besonders mächtig ist, ist der Wald selbst an steileren Standorten verdrängt worden. Grünlandflächen deuten auf

feuchte Standorte hin, die als Viehweiden genutzt werden.

Aufgrund seiner abwechslungsreichen Landschaft mit ihren vielfältigen naturräumlichen und kulturellen Elementen gelten große Teile des Berg- und Hügellandes als besondere Anziehungspunkte für Naherholung und Fremdenverkehr. Insgesamt fünf Naturparke wurden hierfür als Vorranggebiete ausgewiesen und erfahren als solche eine spezielle Förderung (z. B. Weserbergland, Schaumburg-Hameln, Solling-Vogler) (vgl. Abb. Großschutzgebiete in Niedersachsen). Auf der Basis zahlreicher Thermal- und Solquellen entwickelten sich eine Rei-

he von Heilbädern (z. B. Bad Iburg, Bad Rothenfelde, Bad Oeynhausen, Bad Pyrmont) sowie zahlreiche Luftkurorte, die auch überregionale Bedeutung besitzen.

Der Harz

Der Harz ist als einziger Gebirgszug Niedersachsens ein echtes Mittelgebirge. Mit scharf gezeichneten Umrissen erhebt er sich dabei aus der umliegenden Schichtkamm- und Schichtstufenlandschaft im Norden „mauerartig“, im Süden als mehr oder weniger steile Aufbiegung. Die deutliche Abgrenzung gegen das Berg- und Hügelland wird noch durch die fast geschlossene Bewaldung unterstrichen, der das Gebirge auch seinen Namen nach dem mittelhochdeutschen „hart“ = Bergwald verdankt. Nur ein Drittel, also der kleinere Teil des Harzes liegt in Niedersachsen; der größere, östliche Teil gehört zu Sachsen-Anhalt.

An seinen Rändern weist das Gebirge dichte, tiefe und meist steile Zertalungen auf, die sich besonders im Südharz stark verästeln. Talaufwärts werden die Hänge zunehmend niedriger und flacher, bis sie im Gebirgsinneren schließlich in weite, flachwellige Hochflächen übergehen. Die ausgeprägteste dieser Hochflächen im niedersächsischen Oberharz ist die Clausthaler Hochfläche auf einer Höhe von etwa 550 bis 600 m. Die Hochflächen werden im sog. Hochharz von den

Erhebungen eines zentralen Berglandes überragt, dessen bekannteste Elemente das Brockenmassiv und der Acker-Bruchberg-Kamm sind. Die höchsten Gipfel im niedersächsischen Teil des Harzes sind Wurmberg (971 m) und Bruchberg (928 m), während der Brocken als höchste Erhebung mit 1.142 m bereits in Sachsen-Anhalt liegt (vgl. Foto Der Brocken).

Der gesamte Gebirgskörper setzt sich aus zwei Elementen zusammen: Sedimentgesteinen, die – anders als im Berg- und Hügelland – bereits frühzeitig intensiv gefaltet und zerlegt wurden, und Magmatiten, z. B. dem Brocken-Granit, die aus dem Erdinneren aufgestiegen sind. Seine heutige Kontur erhielt der Harz jedoch erst als Folge phasenhafter Erhebungen, in deren Folge sich der gesamte Gebirgsblock um etwa 300 m über das Umland erhob.

Aufgrund des mit der Höhe unwirtlicher werdenden Klimas, aber auch wegen der steilen Hänge und steinigen Böden, kann im Harz keine ertragreiche Landwirtschaft betrieben werden. Lediglich auf den Rodungsinseln der Hochflächen finden sich wenige Gründlandbetriebe. Das Landschaftsbild des Harzes wird deshalb durch das größte geschlossene Waldgebiet Niedersachsens bestimmt. Rund drei Viertel der Wälder im Westharz sind Nadelwälder, die fast ausschließlich aus Fichten bestehen.

Als potentielle natürliche Vegetation würde die Buche normalerweise bis mindestens 700 m Höhe, in Form von Buchen-Fichten-Mischwäldern sogar bis 800 m Höhe vorherrschen, jedoch sind die Buchenwälder durch den Bergbau seit Beginn des 16. Jahrhunderts und die spätere forstwirtschaftliche Förderung der schnell wachsenden Fichte rücksichtslos abgeholzt und an den Harzrand zurückgedrängt worden. Die heute vielerorts dominierenden Fichtenreinbestände werden nur oberhalb von 700 m teilweise von baumfreien Hochmooren unterbrochen (z. B. bei Torfhaus), die Standorte zahlreicher auf der „Roten

Liste“ geführter Pflanzen sind. Der Gipfel des Brockens ist ebenfalls baumfrei; oberhalb eines schmalen Krüppelholzsaumes sind hier subalpine Zwergstrauch- und Rasengesellschaften standortbestimmend, unter denen sich Hochgebirgspflanzen wie das Alpen-Windröschen und die Berg-Nelkenwurz finden.

Charakteristisch ist der Niederschlagsreichtum des Westharzes. Er ist eine Folge der Steigungsniederschläge, die aus den von Westen herangeführten atlantischen Luftmassen ausfallen. Auf der Westseite des Brockens beläuft sich die jährliche Niederschlagsmenge auf rund 1.600 mm.



Der Brocken, vom Achtermann aus gesehen

Foto: Ingo Mose

Die hohen Niederschläge boten die Voraussetzung für die Anlage von mehreren großen Talsperren, die seit den 30er-Jahren entstanden. Sie dienen der Trinkwasserversorgung, aber auch dem Hochwasserschutz und, als Nebenprodukt, der Erzeugung elektrischer Energie.

Die hohen Niederschläge sind aber auch eng mit einem ernsten Problembereich verbunden: dem „Waldsterben“. Seit Anfang der 80er-Jahre haben die sog. neuartigen Waldschäden im Harz ausgesprochen dramatische Formen angenommen. Große Teile des Waldbestandes im Harz gelten nach wie vor als „krank“. Alarmierend ist vor allem die Situation im Oberharz, wo zwischen 60 und 65 Prozent des Waldes geschädigt sind, aber auch die Waldbestände des Unterharzes weisen z. T. erhebliche Schädigungen auf. Hinsichtlich der Schädigungen muss allerdings nach verschiedenen Schadensstufen sowie nach Baumarten unterschieden werden; ebenso schwankt der Gesamtumfang der geschädigten Waldbestände, die seit 1983 jährlich im Rahmen der sog. „Waldschadensuntersuchung“ bundesweit einheitlich ermittelt werden. Hauptschadensfaktoren des Waldsterbens sind Luftschadstoffe (Schwefeldioxid, Stickoxide), die vorwiegend durch die Verbrennung fossiler Brennstoffe entstehen. Als Hauptemittenten

gelten Industrie und Straßenverkehr. Während die Schadstoffe aus der Industrie z. T. über große Entfernungen in den Harz eingetragen werden, wirkt der Verkehr primär unmittelbar vor Ort als Verursacher von Schädigungen. Großen Anteil hat daran der rege Urlaubs- und Naherholungsverkehr in die Region. Um die Waldschäden zu mildern und die Vitalität des Bestandes zu stärken, wurden und werden verschiedene Maßnahmen ergriffen. Neben der Bodenkalkung, die der Vorbeugung gegen die überhöhte Versauerung des Bodens dient, zählt dazu vor allem die systematische Walderneuerung mit der Anpflanzung von Laubwald-Mischkulturen.

Um die charakteristische Mittelgebirgslandschaft des Harzes, die für Niedersachsen und Norddeutschland insgesamt einzigartig ist, dauerhaft zu schützen, hat die niedersächsische Landesregierung große Teile des Oberharzes 1994 zum Nationalpark erklärt (vgl. Abb. Großschutzgebiete in Niedersachsen). Der Nationalpark bezieht das ehemalige Naturschutzgebiet Oberharz ein, das in Teilen bereits seit 1926 unter Schutz steht. Noch vor dem Land Niedersachsen hatte 1990 die letzte DDR-Regierung den östlichen Teil des Hochharzes zum Nationalpark ausgerufen. Als ausgesprochenem Wald-Nationalpark kommt dem Harz vorrangig die

Aufgabe zu, langfristig die Entstehung naturnaher, d. h. vom Menschen weitgehend unbeeinflusster Wälder zu ermöglichen. Solche Urwälder „aus zweiter Hand“ sind in Deutschland heute nur noch im Rahmen von Nationalparks vorstellbar. Eine intensive Umwelt- und Naturschutzbildung soll dieses hoch

gesteckte Ziel in der Öffentlichkeit möglichst breit verankern, wobei der Vermittlung zwischen Naturschutz und Tourismus eine Schlüssel-funktion zufällt. Schon heute zählt der Harz mit rund 10 Millionen Jahresbesuchern zu den touristisch am stärksten frequentierten Nationalparks Europas.

Ingo Mose

Geschichte des Landes Niedersachsen

Das Bundesland Niedersachsen

Niedersachsen ist nach Fläche und Einwohnerzahl (vgl. Kapitel Lage und Größe) im europäischen Kontext keinesfalls ein bedeutungsloses Land der Bundesrepublik. Es ist ein Ergebnis der politischen Neuordnung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg. Es entstand mit der Verordnung Nr. 55 der britischen Militärregierung vom 8. Nov. 1946 aus den Ländern Oldenburg,

Schaumburg-Lippe und Braunschweig sowie der ab 1866 preußischen Provinz Hannover.

Im 50. Jubiläumsjahr Niedersachsens, 1996, wurde häufig auf die Niedersachsen hingewiesen, die sturmfest und erdverwachsen seien, so wie sie das Niedersachsenlied benennt. In jenem Jahr 100 Jahre alt wurde der Vers von den Eichen, die, solange sie in alter Kraft um Hof und Haus wüchsen, offensichtlich verhindern sollten, dass in Nieder-

Das Land Niedersachsen 1946



sachsen „die alte Stammesart“ aussterbe. Der Versuch, von der Abstammung her für die Zeit von 500 bis 1945 eine Einheitlichkeit des menschlichen Verhaltens im Gebiet des heutigen Niedersachsens zu konstruieren, führt allerdings in die Irre. Es waren im frühen Mittelalter zwei Stämme, nämlich die Sachsen und die Friesen. Die Sachsen gab es auch nicht. Zumindest seit der frühmittelalterlichen Ansiedlung im nordwestdeutschen Raum zerfielen sie in verschiedene regionale Stammesverbände, deren Trennung sich schematisch für den niedersächsischen Raum von West nach Ost in Westfalen, Engern und Ostfalen beschreiben lässt. Richtig ist, dass diese frühmittelalterliche Dominanz sächsischer bzw. friesischer Bevölkerung bis in das 20. Jahrhundert hinein nicht grundsätzlich verändert wurde, sondern nur graduell. Zu denken ist hierbei an die teilweise slavische Besiedlung des östlichen Niedersachsens im Mittelalter, an die zunehmende jüdische Bevölkerung der größeren spätmittelalterlichen Städte, an Flamen oder Holländer in hochmittelalterlichen Gründungsdörfern, in der frühen Neuzeit dann an Hugenotten, Salzburger oder obersächsische Bergarbeiter, im 19. Jahrhundert an ost- und ostmitteleuropäische Landwirtschaftsarbeiter.

Die wesentliche Bevölkerungsveränderung trat nach dem Zweiten

Weltkrieg ein, als weit mehr als 2 Millionen Menschen als Heimatvertriebene und Flüchtlinge, als Übersiedler aus der DDR, als, wie gemeinhin gesagt wird, Gastarbeiter und jüngst als aus Osteuropa Hinzuziehende sich in Niedersachsen niederließen und allmählich, oft unter großen Hindernissen, integriert wurden oder werden.

Ein Rückblick auf die vergangenen ca. 1500 Jahre der wirtschaftlichen Einordnung Niedersachsens in den europäischen Rahmen verrät einiges über die Entwicklungspotentiale und Fremdbestimmungen. Vier Phasen zeichnen sich ab:

1. Niedersachsen lag im frühen Mittelalter, ca. von 500 bis 1000, am nordöstlichen Rand der europäischen Wirtschaftszentren West- und Südeuropas.
2. Im Hoch- und Spätmittelalter, von ca. 1000 bis 1450, rückte Niedersachsen in die Mitte zwischen den ökonomisch hoch entwickelten Landschaften Oberitaliens, Süddeutschlands oder Flanderns und den vom europäischen Handel erreichten Randzonen Skandinaviens und Osteuropas.
3. Diese Mittellage blieb zwar in der frühen Neuzeit, von ca. 1450 bis 1850, erhalten, wurde aber wesentlich von der sich rasch ausweitenden Kluft zwischen West- und Osteuropa überformt. Erst Flandern, dann die Niederlande, dann England, auch Teile

Frankreichs, wurden zu wirtschaftlichen Weltzentren, vergrößerten stetig ihren ökonomischen und kulturellen Vorsprung gegenüber dem restlichen Europa und schufen mit den Kolonien eigene neue Peripherien.

4. Während der Hauptindustrialisierungsphase seit der Mitte des letzten Jahrhunderts, insbesondere seit der Reichsgründung 1871, holte Deutschland den wirtschaftlichen Rückstand gegenüber den Zentren im Westen auf. Innerhalb des deutschen Wirtschaftsraumes stand Niedersachsen allerdings stets hinter den ökonomisch bestimmenden Gebieten zurück.

Zur wirtschaftlichen Entwicklung Niedersachsens

Bereits die Feststellung dieser vier Phasen zeigt, dass Niedersachsen nie wirtschaftlich führend im jeweiligen interregionalen Kontext war; von der Spitze des Fortschrittes aus gesehen also immer ein wenig hinterher, immer eher im Mittelfeld. Die vier Phasen zeigen zudem, dass die Entwicklungsgrundmuster bereits vor der Industrialisierung feststanden. Die Bevölkerungsdichte in der – für Niedersachsen städtereichen – Zone von Schaumburg bis Braunschweig lag stets höher als in der Lüneburger Geest; in diesem Gürtel war immer die höchste land-

wirtschaftliche Produktivität und, gerade im Übergang zum Berg- und Hügelland, die intensivste gewerbliche Produktion zu finden. Wenn dem so ist, so muss der mittelalterlichen Wirtschaftsgeschichte heute neue Beachtung geschenkt werden.

Die aus der Neuzeit bekannten überregionalen und internationalen wirtschaftlichen Verflechtungen waren allerdings im hohen und späten Mittelalter weit weniger entwickelt. Sogar der Hansehandel beeinflusste nur wichtige Städte und wenige Kleinräume in Niedersachsen. Prägend für die Differenzierung der Landwirtschaft, die wesentlich abhängiger von der Natur war als heute, wirkten die Bodennutzungsmöglichkeiten. Für die gewerblichen Entwicklungen waren Rohstoff- sowie Energievorkommen und für den Handel günstige Verkehrssituationen wichtig.

Das Naturpotential Niedersachsens bot für Landwirtschaft, Gewerbe und Handel landschaftlich verschiedenartige Voraussetzungen, die außerdem unterschiedlich genutzt wurden: die Marsch des Küstensaumes und der Mündungsgebiete von Ems, Weser und Elbe; die Geest samt ihren Mooren und den Urstromtälern der Elbe und Aller-Weser; die Lössbörden; das Berg- und Hügelland.

Von dem Naturpotential, das den Menschen zur Verfügung stand, gewährten die ohnehin eher raren

Bodenschätze bis weit in die Neuzeit geringere wirtschaftliche Anreize als anzunehmen wäre, mussten sie doch sehr oberflächennah anstehen, um unter den mittelalterlichen Bedingungen genutzt werden zu können. Die Erze des Rammelsberges und das Salz Lüneburgs bildeten Ausnahmen, die für die wirtschaftliche Bedeutung des mittelalterlichen Niedersachsens Höhepunkte setzten. Die Steinkohlenförderung blieb noch sehr bescheiden. Vereinzelt wurde Eisen gewonnen. Holz und Holzkohle waren leichter

zugängliche Brennstoffe. Torf zum Heizen, Ton zur Töpferei und zur Backsteinherstellung, Kalke, Sande oder Steine zum Bauen standen nicht in allen Landstrichen, vergleichsweise aber an vielen Orten zur Verfügung. Nur im „Pötjerland“ – zwischen Weser und Leine östlich und nördlich des Sollings – gewannen die Tonwarenherstellung und im Solling selber die Glasproduktion am Ausgang des Mittelalters eine gewisse überregionale Bedeutung.

Neben der Landwirtschaft und den direkt landwirtschaftsgebundenen Nahrungsmittelge-

werben hing die Mehrzahl der übrigen Produktionsbereiche weniger von hiesigen Bodenschätzen als von forst- und landwirtschaftlich erzeugten Rohstoffen ab, wie Holz (als Bau-, Werk- und Brennstoff), Viehprodukte (auch Knochen, Felle) oder Gewerbepflanzen (insbesondere Lein). Insgesamt weist das Naturpotential, gemessen an den mittelalterlichen Nutzungsmöglichkeiten, Niedersachsen eine in erster Linie landwirtschaftliche und im Übrigen auf Verkehrsdurchgang und weni-

Gütertransporte von Bremen nach Hannover auf der Leine 1790/91

Ware wert	Warenwert (Reichstaler)	Waren- wert (in VH)
Kaffee	49138	14,3
Wein	43050	12,6
Sirup	38905	11,4
Roggen	37895	11,0
Reis	28690	8,4
Tabak	21539	6,3
Tran	17564	5,1
Zucker	14458	4,2
Baumöl	8913	2,6
Butter	6875	2,0
Kandis	6814	2,0
alle übrigen	68963	20,1

nach: Christian Ludwig Albrecht Patje, Kurzer Abriß des Fabriken-, Gewerbe- und Handlungszustandes in den Chur-Braunschweig-Lüneburgischen Landen, Göttingen 1796, zu S.494.

ger auf Gewerbe und originären Handel bezogene Funktion zu als Teilen Mittel- und Oberdeutschlands.

Diese wirtschaftlichen Grundmuster des Mittelalters beruhten aber keinesfalls auf den natürlichen Bedingungen allein. Vielmehr gewann Niedersachsen erst spät, nämlich am Ausgang des 8. Jahrhunderts, enge Verbindungen zum germanisch-römischen, westeuropäischen Kulturkreis, also zu den ökonomisch höherentwickelten Gebieten

West- und Südeuropas. Sogar im Zeitalter der Liudolfinger-Ottonen (919 – 1024) und der Salier (1024 – 1125) gedieh nur der Harzraum kurzzeitig zu einer Zentrallandschaft des Reiches. Friesland mit seinen Marschen blieb dagegen stets der Reichspolitik fern, und erst recht bot die Geest keinen Anlass, im Brennpunkt des Reichsinteresses zu stehen. Als seit Mitte des 12. Jahrhunderts die Neugründung Lübecks, die Ostexpansion und -kolonisation und die nachfolgende Entfaltung der Hanse die wirtschaftlichen Grenzen weitersteckten, kamen selbst die bedeutenderen niedersächsischen Hanseorte des

Gütertransporte aus Hannover, Celle und Verden nach Bremen auf Leine, Aller und Weser 1790/91

Ware wert	Warenwert (Reichstaler)	Waren- wert (in VH)
Blei	94863	23,7
Weizen	81840	20,4
div. Hölzer	65042	16,2
Gewehre	51548	12,9
Wolle	30960	7,7
Gerste	30475	7,0
Garn	14660	3,4
Töpferwaren	6655	1,7
alle übrigen	25477	6,4

nach: Christian Ludwig Albrecht Patje, Kurzer Abriß des Fabriken-, Gewerbe- und Handlungszustandes in den Chur-Braunschweig-Lüneburgischen Landen, Göttingen 1796, zu S.494.

Spätmittelalters, voran Braunschweig, über eine Vermittlerrolle im West-Ost-Handel selten hinaus, weil nur wenige hochwertige Waren (z. B. oft Bier, aber kaum teurer, importierter Pfeffer) gehandelt wurden. Stärker als in Teilen Mittel- und Oberdeutschlands bestimmten Adel und Klerus die Wirtschaft, insbesondere die – wenn gleich nicht in süddeutscher Dichte vorhandenen – Klöster. Adel und Klöster waren die wichtigsten Grundherren der Bauern. Die grundherrschaftlichen Dienste und Abgaben führten aber nur selten zu Überbelastungen der Bauern. Zudem gingen adlige und klösterliche

Einflüsse während des Ausbaus der Territorialstaaten, insbesondere der Welfen, im Spätmittelalter zurück. Allmählich gewann zur Sicherung der Staatseinnahmen der landesherrliche Bauernschutz überhand (niedersächsisches Meierrecht).

Niedersachsen, besonders die westniedersächsische Geest, war und ist städtearm. Mit Goslar besaß Niedersachsen nur eine mittelalterliche Reichsstadt und mit Braunschweig, Lüneburg und Bremen drei weitere Städte von anerkannt überregionaler Bedeutung. Von gewisser Wichtigkeit waren ferner die Bischofsstädte Hildesheim und Osnabrück, außerdem Stade und an der Wende zur Neuzeit schließlich Emden; allesamt Städte in bevorzugter Verkehrslage an Flussmün-

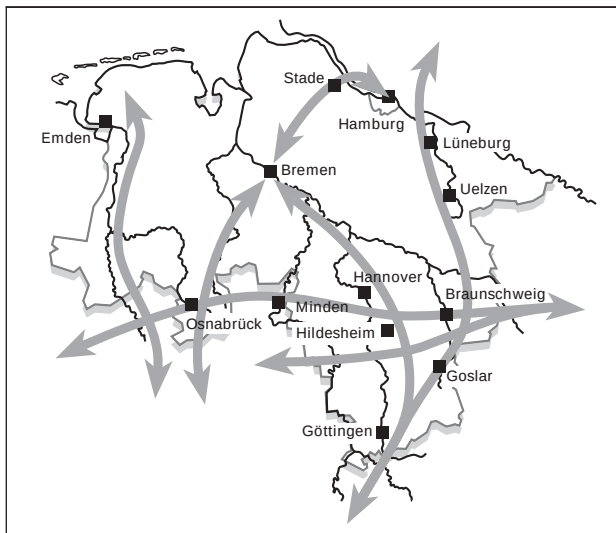
dungen, Landschaftsgrenzen und im Kreuzungsbereich naher alter Handelsstraßen.

Dabei überragte die Städtedichte in den Verkehrsballungsgebieten vor und im Berg- und Hügelland deutlich diejenige des nördlichen Niedersachsen. Mit den Städtelandschaften Flanderns, Oberitaliens oder wenigstens des Textilbezirks in Oberschwaben konnte Niedersachsen nicht konkurrieren.

Was veränderte sich vom Mittelalter zur Neuzeit? Niedersachsen lag im frühen und hohen Mittelalter am nordöstlichen Rand der europäischen Wirtschaftszentren und im Spätmittelalter in der Mitte zwischen den ökonomisch hoch entwickelten Landschaften und den vom europäischen Handel erreichten Randzonen Skandinaviens und Osteuropas. Diese Position

ökonomischer Zuordnung – aber politischer Selbständigkeit – zwischen hoch entwickelten Gebieten (Zentrum) und gering entwickelten Gebieten (Peripherien) ist für die dem 16. Jahrhundert folgenden Phasen als „Halbperipherie“ gekennzeichnet worden. Sucht man eine Unterscheidung vom Mittelalter zur frühen Neu-

Städte und wichtige Verkehrswege in Niedersachsen im Mittelalter



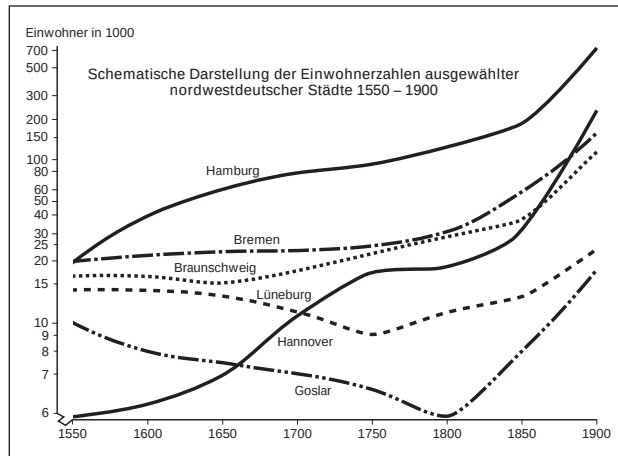
zeit für die Geschichte Niedersachsens, so ist zunächst eine Verstärkung dieser Zwischenlage, dieser halbperipheren Situation, zu erkennen. In der hochwertigen Produktion gewerblicher Güter vermochten die niedersächsischen Städte nicht mehr international zu konkurrieren. Die einfache Warenproduktion verlagerte sich mehr und mehr auf das billiger arbeitende und genügend Arbeitskräfte besitzende Land. Es zeigt sich seit dem 16. Jahrhundert eine allmähliche Wandlung von der mittelalterlichen, auf Europa beschränkten, zu der frühneuzeitlichen, auf die Welt ausgreifenden Situation. Im Mittelalter blieb das wirtschaftliche Beziehungsgeflecht Niedersachsens auf Europa orientiert. Sobald aber die neuen Wirtschaftszentren Westeuropas (in zeitlicher Reihenfolge: Antwerpen, Amsterdam, London) während ihres Hinausgreifens in die Welt immer mehr Kapital häuften und in den Handelskreislauf reinvestieren konnten, wurde Niedersachsen immer tiefer in die Halbperipherie gedrängt. Hierauf verweisen u. a. die Stabilität der Landwirtschaft oder die Hollandgängerei aus Westniedersachsen, wenn Tausende saisonal in die Niederlande zogen, um dort Einfacharbeiten zu verrichten.

Diese halbperiphere Lage innerhalb der interregionalen Wirtschaftsbeziehungen änderte sich bis

ins 19. Jahrhundert nicht grundsätzlich. Trotzdem waren – gemessen an Osteuropa – die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse des niedersächsischen Raumes selbst gegen Ende des Dreißigjährigen Krieges (1618 – 1648) weiterhin modern und entwickelt, gegenüber dem Westen hingegen nunmehr rückständig.

Die innere Struktur des niedersächsischen Raumes wandelte sich während der frühen Neuzeit entweder durch Einflüsse von außen oder aber durch das Eingreifen der sich auch im niedersächsischen Raum festigenden Territorialstaaten, insbesondere der hannoverschen und braunschweigischen Welfen. Ihnen verdankt z. B. der Oberharz als neue Bergbaulandschaft seine rasche Entwicklung. Die Gliederungen innerhalb der Regionen veränderten sich zugunsten der Hauptorte. Das waren die wichtigen binnenländischen Städte, auf die sich die Beziehungen von der Fläche her neu ausrichteten. Unter den neuen Weltmarkteinflüssen gedieh Hamburg seit dem 16. Jahrhundert zu einem Vorort des modernen Westens Europas, gleichsam ein Stück Zentrum in der Halbperipherie. Emden nahm eine deutlich abgeschwächte, aber vergleichbare Funktion im 16. Jahrhundert wahr, Bremen seit dem Ausgang des 18. Jahrhunderts. Zum neuen internen Hauptort stieg vor allen anderen Hannover auf, Braunschweig

Schematische Darstellung der Einwohnerzahlen ausgewählter nordwestdeutscher Städte 1550 – 1900



blieb wichtig, bei deutlich geringerer Dynamik; beispielsweise Lüneburg oder Osnabrück blieben es auch, doch bei erkennbaren Verlusten; Städte wie Goslar oder Einbeck verloren radikal. Wurde eine von den Weltmarktbeziehungen nicht positiv beeinflusste Stadt nicht wenigstens vom Territorialfürsten gefördert (z. B. Aurich, Bückeburg), sank sie während der frühen Neuzeit zur Unbedeutung ab. Es begann, weit vor der Industrialisierung, also ein Konzentrationsprozess auf wenige Hauptorte: im Fernhandel z. B. auf Hamburg, in Verwaltung und Kultur/Bildung auf die Residenzstädte. Entsprechend gelangten die an Zahl reduzierten Hauptorte samt ihrem Umland in führende, in der Industrialisierungsphase dann neu genutzte Funktio-

nen, die sich z. B. deutlich im Verkehrsnetz der Chausseen unmittelbar vor dem Eisenbahnbau ausdrücken. Nun lag Hannover wie eine Spinne im Netz, nicht mehr Braunschweig.

In allem sank Niedersachsen während des 16. bis 19. Jahrhunderts tiefer in die Mittelmäßigkeit; es stand weit hinter dem modernen Westen, den Niederlanden und

England, zurück, bewahrte aber seinen Vorsprung vor Polen oder Russland. Verglichen mit den Niederlanden oder England blieb jedoch die Gesellschaftsordnung stabil. Es dominierten die mittelbäuerlichen Betriebe und das, an Zahl vergleichsweise geringe, Handwerkerbürgertum der eher kleinen Städte. Die Herrschaft des Adels und der Landesfürsten nahm selten despotische Züge an. Selbst, wenn die Bauern wie in Teilen Westniedersachsens, unfrei waren, konnten sie über ihren jeweiligen Haushalt und über die Gemeindeangelegenheiten recht eigenständig entscheiden.

Einige Vorteile der nordwestdeutschen Halbperipherie im Vergleich zum westeuropäischen Zentrum sind also ersichtlich. Die Mehr-

zahl der Bevölkerung lebte weiterhin unabhängig von Marktbeziehungen. Externe Krisen wirkten sich daher nur gedämmt auf die einzelne Kleinstadt oder das einzelne Dorf aus. Im Regelfall bestand die weitgehende Selbstversorgung innerhalb einer Region fort. Die Mehrzahl der Bevölkerung verfügte über eine eigene, zumindest bescheidene landwirtschaftliche oder gewerbliche Ernährungsgrundlage, die das Überleben in internen Krisenzeiten erleichterte. Die so genannte „moralische Ökonomie“ blieb gewahrt. Trotz anfänglicher landesherrlicher Gegenbemühungen bestanden Zünfte fort und wurden in den Flecken, also kleinen Minderstädten, gar neu geschaffen. Hoch war die Konstanz der Gemeindev Verbände in Bruderschaften und Buerschaften der städtischen Bewohner sowie in Kirchspielen, Markgenossenschaften usw. der ländlichen Bewohner. Im Vergleich zum Westen Europas blieb der Anteil der außerhalb dieser Ordnung stehenden Personen gering, ebenso wie der Anteil von Spitzenvermögen.

Eine große Chance hatte die Halbperipherie generell: sie konnte Zentrumserfahrungen übernehmen und die dort erkannten Fehler vermeiden, nachholende Modernisierung gedieh daher zum niedersächsischen Wirtschaftsprinzip. Während sich Westeuropa rasant

veränderte und seine Peripherien, z. B. die neuen überseeischen Kolonien, z. T. in wenigen Jahrzehnten umstrukturierte, verlief der historische Wandel in der Halbperipherie gemächlich. Daher blieben die im Mittelalter geprägten Wirtschaftsregionen Niedersachsens so beharrlich bestehen während der frühen Neuzeit.

Hinsichtlich der wirtschaftlichen Grundordnung wirkten sich das 19. und 20. Jahrhundert nur modifizierend aus, wenngleich auch in Niedersachsen die Bevölkerungszahl rasch wuchs. In dem stark landwirtschaftlich geprägten Gebiet führten die Agrarreformen des ausgehenden 18. und der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu einer Modernisierung von Ackerbau und Viehzucht. Die Bauern wurden nunmehr persönlich frei, die gemeinschaftlich genutzten Wälder und Weiden (Gemeinheiten) wurden aufgeteilt und die fein parzellierten Felder zusammengelegt (Verkoppe-lungen). Da hierfür gemessen an Preußen geringe Zahlungen von den Bauern aufgebracht werden mussten, stabilisierte sich das mittlere Bauerntum einmal mehr. Westniedersachsen begann mit Vieh und Viehprodukten Teile des Ruhrgebiets mitzuversorgen, Zuckerrüben- und Weizenanbau mit der zugehörigen Stallhaltung von Rindvieh stärkte insbesondere die Bauern im Lössbördengürtel nördlich



des Berg- und Hügellandes. Die Moorkultivierungen in Teilen der Geest schuf zwar zusätzliche Hofstellen, doch gewährten sie den Bewohnern nur eine karge Minimalversorgung.

Die regionale Industrialisierung, vorrangig im Berg- und Hügelland und in der traditionell städtereichen Zone von Osnabrück bis Braunschweig, setzte ebenso wie der Eisenbahnbau erst spät ein, da mit der landwirtschaftlichen und auf heimischen Rohstoffen aufbauenden gewerblichen Produktion lange ein Grundeinkommen der Bevölkerung gesichert werden konnte. Industrieller Vorreiter war der Raum Hannover. Hannover war seit 1636 Residenzstadt. Hiervon profitierten auch Handel, Verkehr und Gewerbe. Im Dorf Linden westlich der Calenberger Neustadt waren darüber hinaus bereits seit dem 17. Jahrhundert zahlreiche Gewerbe angesiedelt worden. Die günstige Verkehrslage, die leichte Versorgung aus dem agrarisch ertragreichen Umland und die im Deister anstehende Steinkohle ermöglichten es Vater und Sohn Egestorff in Linden schon während der ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts von der Baustoffproduktion zur Maschinenfabrikation überzugehen. Mit dem sich in Hannover anschließenden industriellen Wachstum gerade des ausgehenden 19. und frühen 20. Jahrhunderts konnten die Räume

Braunschweig oder Osnabrück nicht mithalten. Insgesamt jedoch blieb der vergleichsweise agrarische Charakter Niedersachsens erhalten. Hieran änderten auch die vom NS-Regime gestützten Industrieansiedlungen bei Fallersleben (Wolfsburg) und Lebenstedt (Salzgitter) einstweilen nichts. Das passende Motto der niedersächsischen Wirtschaftsgeschichte könnte also lauten: immer etwas zurück, doch zukunftsfähig.

Zur politischen Entwicklung Niedersachsens

Niedersachsen war und ist vielfältig. Bis zum 14. Jahrhundert gab es den Begriff Niedersachsen gar nicht. Die lockeren Stammesverbände der Friesen und Sachsen nahmen getrennte Entwicklungen. Erst den Cirksena gelang es im 15. Jahrhundert in (Ost-)friesland eine dominierende Stellung über konkurrierende Herren, Klöster und Großbauern zu erreichen. Für das sächsische Stammesgebiet erwies sich die teils gewaltsame Christianisierung zurzeit Karls des Großen als bedeutungsvoll. Zum einen wurden Bistümer gegründet (Bremen, Osnabrück, Verden, Hildesheim), die speziell für die territoriale Ordnung der nächsten Jahrhunderte wichtig wurden, zum anderen gelangten neue Herrscherfamilien in herausragende Positionen, voran schließlich die

Welfen. Doch selbst Heinrich dem Löwen (s. u.) gelang es nicht, die verschiedenen räumlichen Herrschaften zu einen.

Um Einheitliches in Niedersachsen zu verlangen, müssen Hilfskonstruktionen gebaut werden. So wird gern die hochdeutsche Lautverschiebung im 16. Jahrhundert als eine solche genutzt. P, t und k wurden im Norden eben nicht zu pf, ts und ch. Aber das gilt ebenso für Gebiete, die heute Schleswig-Holstein, Mecklenburg oder der westfälische Teil Nordrhein-Westfalens heißen. Wenn schon Trennendes hieran deutlich werden sollte, dann die lange währende Differenzierung zwischen Oberdeutschland und Niederdeutschland.

Der Name Niedersachsen hilft auch nicht weiter, Einheitliches vorzufinden. Denn „saxonia inferior“ ist nur eine anfangs wenig verwendete Unterscheidung gegenüber dem Teil Mitteldeutschlands, den wir heute als Sachsen benennen. Auch stammt dieser Name Niedersachsen keineswegs aus altsächsischer Zeit des frühen Mittelalters, ist nicht 1200 Jahre alt, sondern erst 645 Jahre jung. Die Reichskanzlei grenzte 1354 erstmalig den Nordwesten bis nach Vorpommern auf diese Weise ab. Ursache war, dass das Recht, den deutschen König zu wählen, die Kurwürde also, nicht etwa den Nachfahren des Welfen Heinrich dem Löwen zustand, son-

dern den konkurrierenden Askanern und hier speziell den Wittenbergern. Als diese ausstarben, fiel die Kurwürde 1422 an die Markgrafen von Meißen, die Wettiner.

Erst als am Ende des 15. Jahrhunderts die Idee einer grundsätzlichen Reichsreform gedieh und die Hoffnung keimte, einen Ausgleich zwischen aufstrebenden Territorialfürsten und kaiserlicher Oberhoheit zu finden, wurde der Name Niedersachsen 1512 schließlich verstetigt, und zwar als Bezeichnung für einen der Reichskreise. Dieser „niedersächsische Reichskreis“ ließ allerdings Gebiete des heutigen Niedersachsens im Westen aus, z. B. die Grafschaft Schaumburg, und reichte im Osten bis in die Altmark und nach Mecklenburg. Anders als der schwäbische oder der fränkische Reichskreis, in dem dominierende Territorialfürsten rar waren, gelang es dem bis zur Auflösung des Alten Reiches 1806 bestehenden niedersächsischen Reichskreis nie, eine Macht zu erreichen, die Kompetenzerweiterungen der Territorialfürsten brach. Immerhin stammt aber aus jener Zeit die Gewohnheit, mit dem Begriff Niedersachsen überterritoriale Zusammenschlüsse zu bezeichnen. Ein gutes Beispiel kennen wir mit dem 1835 gegründeten „Historischen Verein für Niedersachsen“.

Seit der frühen Neuzeit zeigte sich die zunehmende, wenngleich

umstrittene, Verbindung des Niedersachsenbegriffes mit den Welfen. Ursache hierfür war die wachsende Bedeutung der Welfen als Territorialfürsten eben im Gebiet des Niedersächsischen Reichskreises. Heinrich der Löwe (1129 – 1195) hatte, im Wesentlichen mit Ausnahme der askanischen Terrains, die Gebiete der älteren führenden sächsischen Adelsfamilien in seiner Hand vereint, dazu auch Bayern. Ausgehend von seinen Kerngebieten im östlichen Niedersachsen war Heinrich auf dem Wege, eine zentrale Machtposition in Nordwestdeutschland auszubauen. Doch der Konflikt mit seinem Vetter Barbarossa führte 1180 zur Entmachtung Heinrichs. 55 Jahre später erhielt dessen Großneffe, Otto das Kind, das „Herzogtum Braunschweig-Lüneburg“ als Reichslehen. Dieses neue Territorium beschränkte sich im Wesentlichen auf das Eigengut (Allodium) der Welfen mit seinen Ballungen um Braunschweig und um Lüneburg. Der Erzbischof von Köln, sozusagen Heinrichs Erbe im Westen, hatte es nicht vermocht, sich die Terrains im mittleren und westlichen Niedersachsen zu sichern, über die Heinrich in verschiedenster Weise sich bemüht hatte zu gebieten. So entstand im westfälischen Bereich ein neuer Herrschaftsfreiraum mit wichtigen Auswirkungen auf die westniedersächsische Geschichte. Hier festigten nunmehr einzelne

Grafen, ob sie nun sich nach der Schaumburg oder nach Hoya benannten, ihre Herrschaft oder aber die Bischöfe, wie z. B. der Osnabrücker. Von Beginn des Reichsfürstentums 1235 an bemühten sich die Welfen freilich um ein erneutes Vordringen nach Westen.

Keinesfalls verlief die welfische Expansion kontinuierlich. Die stetigen Teilungen des Herzogtums, von denen schließlich die beständigste diejenige zwischen dem östlichen braunschweigischen und dem westlichen ab 1636 hannoverschen Teil wurde, verhinderte dies. Auch verzichteten die Welfen darauf, nach der Reformation die Klöster dem Staat einzuverleiben. Der braunschweigische Klosterfond und die hannoversche Klosterkammer verweisen darauf noch heute. Ostfriesland wurde weitgehend calvinistisch, das später oldenburgische Münsterland, das mainzische Eichsfeld oder die Region um Hildesheim blieben katholisch.

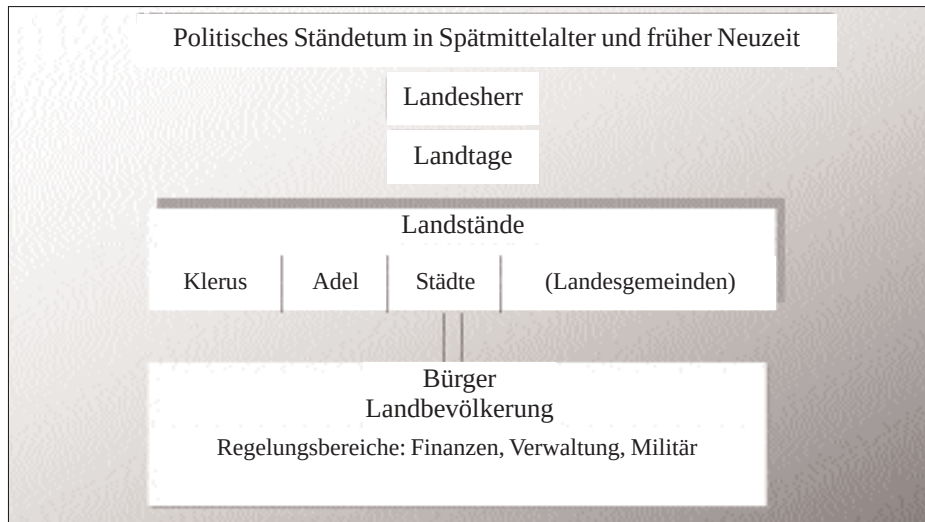
Am Ende des 18. Jahrhunderts waren im Gebiet des heutigen Niedersachsens nicht-welfische Territorien allein diese: Ostfriesland, Grafschaft Lingen, Grafschaft Tecklenburg, Herrschaft Jever, Grafschaft Oldenburg, Niederstift Münster, Hochstift Osnabrück (jedoch welfische Alternation), Amt Ritzebüttel, Grafschaft Schaumburg-Lippe, Grafschaft Schaumburg, Grafschaft Pyrmont, Hochstift Hildesheim, Herr-

schaft Plesse, Eichsfeld. Die wenigsten dieser Gebiete hatten sich allerdings halten können, ohne nicht für lange Zeit Landesherren zu haben, die außerhalb Niedersachsens residierten. Z. B. war Ostfriesland zu jener Zeit preußisch, der südöstliche Teil der alten Grafschaft Schaumburg seit 1647 hessisch. Und bekanntermaßen residierten die hannoverschen Welfen seit 1714 und bis 1837 in England (Personalunion). Niedersachsen bestand im 18. Jahrhundert überwiegend sozusagen aus Nebenländern. Auch wenn in

diesen Gebieten absolutistische Tendenzen seit dem 17. Jahrhundert unübersehbar waren, blieb im Regelfall eine politische Mitbestimmung des Adels, auch der Städte und z. T. sogar der Bauern, erhalten (politisches Ständetum).

Gerade weil die hannoverschen Kurfürsten während der Personalunion immer seltener von England in ihre Heimat kamen, dürfte diese relative Autonomie der Stände in einem wichtigen Teil Niedersachsens gestärkt worden sein. Im Übrigen waren die politischen, ökonomi-





schen und kulturellen Unterschiede zwischen England und Hannover so groß, dass von dort nur wenige Initiativen zur Modernisierung des welfischen Mutterlandes ausgingen. Doch wuchs in den letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts die Bereitschaft der führenden Gruppen in Hannover, von England zu lernen.

Der Wiener Kongress 1815 legte die Grundstruktur für die Grenzen der Länder des heutigen Niedersachsen. Er schuf das Königreich Hannover, nun u. a. mit Ostfriesland und Hildesheim, sowie das Herzogtum Oldenburg, das Herzogtum Braunschweig und das Fürstentum Schaumburg-Lippe. Das Kurfürstentum Hessen besaß weiterhin den Südostteil der alten Grafschaft Schaumburg, das Fürstentum Wal-

deck die Grafschaft Pyrmont und die Hansestadt Hamburg das Amt Ritzebüttel (später Cuxhaven) samt Neuwerk; die vier Gründungsländer von 1946 aber waren geschaffen. Das Königreich Hannover war das größte Land im Gebiet des späteren Niedersachsen. Die behutsame Modernisierung und Liberalisierung dieses Staates schloss mit dem Ende der Personalunion ab. Deutlichstes Zeichen hierfür war die Aufhebung der Verfassung durch König Ernst August 1837. Sieben Göttinger Professoren, u. a. die Brüder Grimm, büßten ihren Protest hiergegen mit der Entlassung. Seither werden die „Göttinger Sieben“ als Symbol für demokratische Rechte genutzt.

In Nord- und Westdeutschland wurde die politische und wirtschaftliche Übermacht Preußens unter-

dessen gar zu deutlich. Daher bemühte sich Hannover, die anderen kleineren nordwestdeutschen Staaten um sich zu scharen, so im gegen Preußen gerichteten Steuerverein von 1834/37 mit den späteren Gründungsländern Niedersachsens. Fallweise paktierte Hannover mit Österreich. Gerade dies aber brachte 1866 den Verlust der Autonomie, während Oldenburg, Braunschweig und Schaumburg-Lippe durch politisch größere Flexibilität dem Zugriff Preußens entgingen.

Dies alles macht aus dem Prozess der Territorialentwicklung deutlich, dass immer mehr der Name Niedersachsen mit dem welfischen Hoheitsgebiet verbunden werden konnte. Den wesentlichen letzten Anstoß gab merkwürdigerweise die Annektion des Königreichs Hannover durch Preußen 1866. Um ein häufiges Missverständnis zu vermeiden: die antipreußische Bewegung welfisch orientierter Gruppen ist nicht gleichzusetzen mit der niedersächsischen Heimatbewegung. Allerdings gibt es viele Verwandtschaften, auch personeller Art, und immer dann, wenn es nicht opportun erschien, einen Begriff, der an die Welfen erinnern könnte, zu verwenden, bediente sich die welfische politische Bewegung des Begriffs Niedersachsen.

Die am Ende des letzten Jahrhunderts zunehmend an Bedeutung gewinnende Heimatbewegung hatte

einen gewichtigen und eigenständigen Kern in und um Bremen. Hier, wie auch in Hannover, bediente man sich des alten Sammelbegriffs Niedersachsen, um primär auf das hiesige bäuerliche Element hinzuweisen, dass es gegen Verstädterung und Proletarisierung zu schützen und als gesellschaftliches Vorbild zu pflegen gälte. Bemerkenswerterweise waren es in Wirtschaft und Staat gut etablierte Bürger, die dieses dachten. Rasch durchmischten sich produktive Heimatpflege, die vor zu schneller Veränderung und unwiederbringlicher Zerstörung bewahren wollte, mit anti-zivilisatorischer politischer Haltung, die gerade nach dem Ersten Weltkrieg nationalistisch bis völkisch wurde. Von der Heimatbewegung wurden die angeblich so einigen Bänder, die Niedersachsen zusammenhielten, gewebt, seien sie die gemeinsame Abstammung von den Altsachsen oder aber das Hallenhaus, womöglich mit den als altsächsisch postulierten Pferdeköpfen, oder der Beginn der niedersächsischen Geschichte vor etwa 1200 Jahren im Kampf Widukinds gegen den „Sachsenschlächter“ Karl. Da verwies politisch manches auf den Nationalsozialismus, im ökologischen Gedanken der Heimatpflege aber auch auf die heutigen Umweltbewegungen.

Unterdessen erweiterte sich die soziale Kluft zwischen dem Proleta-

riat in den wenigen industriellen Zentren, den Kleinstellenbesitzern und Landarbeitern auf der einen Seite und auf der anderen Seite den traditionellen Führungsgruppen, den Bauern und der wachsenden Zahl von Personen, die in Verwaltung und Wirtschaft reüssierten. In den größeren Städten und den Gewerbeorten gewann die Sozialdemokratie zunehmend an Bedeutung. Auf dem Lande herrschten die konservativen Parteien vor, in der Provinz Hannover die Welfenanhänger, die auf Reichsebene in ihrer antipreußischen Haltung mit dem politischen Katholizismus kooperierten.

Die gerade seit den zwanziger Jahren um den Geographen Kurt Brünig gedeihenden Forschungen zur wirtschaftlichen Entwicklung zeigten parallel dazu manche Verflechtungen auf dem Gebiet des heutigen Niedersachsen. Brünig selber legte Denkschriften vor, die ein Niedersachsen unter Einschluss u. a. beider Teile Schaumburgs und Lippe-Detmolds für sinnvoll hielten. Die von Hugo Preuß nach dem Ersten Weltkrieg ausgearbeitete, allerdings gescheiterte, Neuordnung im deutschen Reich sah als Gegengewicht zu einem übermächtigen Land Preußen ein Reichsgebiet Niedersachsen unter Einschluss von Schleswig-Holstein vor. Der welfischen politischen Partei DHP misslang schließlich 1924 ein Volksbe-

gehren zur Wiederherstellung des Landes Hannover, um das es zur Integration anderer politischer Kräfte auch Pläne für ein Land Niedersachsen gegeben hatte.

Die Wahlergebnisse zu Beginn der dreißiger Jahre zeigen, wie rasch die konservativen Wähler zur NSDAP übergingen und ihr breite Mehrheiten schufen. In den katholischen Gebieten Niedersachsens und dort, wo die SPD stark war, blieb die Distanz zum NS-Regime größer und vereinzelt regte sich Widerstand. Niedersachsen spielte mit seinen Agrarpotentialen eine wichtige Rolle in der kriegsvorbereitenden Autarkiepolitik, und Hannover, Braunschweig, nun auch Salzgitter (Hermann-Göring-Werke) und die „Stadt des KdF-Wagens bei Fallersleben“ (Wolfsburg) wurden gerade während des Zweiten Weltkrieges Rüstungszentren. Bei Munster wurde zur Kriegsvorbereitung der Truppenübungsplatz angelegt. Um die Städte und in abgelegenen Gebieten der Geest entstanden Arbeits- und Konzentrationslager für Andersdenkende, Juden, Ostarbeiter oder Kriegsgefangene: Bergen-Belsen liegt in Niedersachsen. Nach der Befreiung durch die alliierten Truppen fiel der Neuanfang schwer, da die großen Städte zerstört waren und Heimatvertriebene und Flüchtlinge zu integrieren waren.

Niedersachsen entstand 1946 keineswegs aus dem Nichts. Zumindest

seit dem Ausgang des 19. Jahrhunderts war manches vorbereitet worden, sodass der Sozialdemokrat Hinrich Wilhelm Kopf in enger Anlehnung an die deutsch-hannoversche politische Bewegung sich im Laufe des Jahres 1945 bereits so weit durchzusetzen vermochte, dass ein „Gebietsrat Niedersachsen“ für die noch eigenständigen Länder und die hiesigen Provinzen des aufgelösten Landes Preußen eingerichtet wurde, dessen Ergebnisse nach

langen Verhandlungen und manchen zähen Widerständen die Verordnung Nr. 55 der britischen Militärregierung vom 8. Nov. 1946 wurde: aus den Ländern Oldenburg, Schaumburg-Lippe, Braunschweig und Hannover wurde das Land Niedersachsen.

Sobald, insbesondere nach der Währungsreform 1948, die Wirtschaft allmählich wieder zu florieren begann, wanderten die Ausgebombten zurück in die wiederauf-



zubauenden Städte. Problematischer war die Lage der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, deren Anteil an der niedersächsischen Bevölkerung zu Beginn der sechziger Jahre ca. 30 % ausmachte. Viele hofften auf baldige Rückkehr und blieben daher im östlichen Niedersachsen. Oft ließ es die aufzunehmende Bevölkerung an Gastfreundschaft mangeln. Heimatvertriebene und Flüchtlinge organisierten sich daher nicht nur vor Ort, sondern schufen sich mit dem BHE (Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten) eine eigene politische Partei, die bei den ersten Landtagswahlen 1951 ca. 15 % der Stimmen gewann. 1963 schied der BHE freilich aus dem Landtag aus. Die mittlerweile voranschreitende Integration der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge ist ganz offensichtlich dem Wirtschaftswachstum zu verdanken. Vor allen anderen Städten und Fabriken profitierten hiervon die Stadt Wolfsburg und VW.

Die regionale Vielfalt Niedersachsens blieb nichtsdestoweniger bestehen. Gerade in den Gebieten, die sich einst vom hannoversch-welfischen und vom preußischen Einfluss halten konnten, voran in Oldenburg und in Schaumburg-Lippe, hielt die Sorge vor einer zentralisierenden Vereinnahmung an. Oldenburg stellte immerhin einen eigenständigen Verwaltungsbezirk dar. Von den sechs zur späteren Ab-

stimmung gelangenden Volksbegehren über die Neugliederung des Bundesgebietes waren 1956 die beiden aus Niedersachsen erfolgreich, eben diejenigen aus Oldenburg und Schaumburg-Lippe. In den abschließenden Volksentscheiden von 1975 stimmten in Oldenburg 31,0 % und in Schaumburg-Lippe 39,5 % der Abstimmungsbeteiligten für die Wiederherstellung eigener Länder. Dies reichte nicht aus, um eine entsprechende Entscheidung des Bundestages herbeizuführen, jedoch half es, über die Traditionsbestimmungen der vorläufigen Niedersächsischen Verfassung hinaus, Einrichtungen kultureller Eigenständigkeit in beiden Landesteilen zu fördern. So ist Niedersachsen heute allemal kein Zentralstaat. Vielmehr können die regionalen kulturellen Spezifika von Ostfriesland bis zum Eichsfeld weiterhin gepflegt werden.

Viele Aspekte der jüngeren Geschichte Niedersachsens werden in anderen Abschnitten dieses Bandes behandelt, ein Sachverhalt sollte freilich gesondert beachtet werden.

Mit der fast 550 km langen Grenze zur sowjetischen Besatzungszone, dann DDR, hatte Ostniedersachsen bis 1989 einen Teil seines Hinterlandes verloren. Zusammengehörige Orte oder Regionen waren geteilt. Hiervon war insbesondere der Landkreis Lüchow-Dannenberg nachteilig betroffen. Immerhin

konnte die Zonenrandförderung manchen wirtschaftlichen Ausgleich leisten. Die Öffnung der DDR-Westgrenze und die anschließende Wiedervereinigung halfen, an Traditionen anzuknüpfen, stellten aber die Gebiete, für die eine Zonenrandförderung nun entfiel, vor neue Herausforderungen.

Folgerungen

Dieses Niedersachsen, dessen räumliche Vielfalt aus dem Mittelalter herrührt und dessen wirtschaftliche Mittelmäßigkeit schon vor der Industrialisierung feststand, kann historisch gar nichts anderes sein – als sehr unterschiedlich. Nicht die Randlage ist prägend, sondern die Mittellage zwischen Ost und West, Nord und Süd. Dieses hat über die Jahrhunderte hinweg eine stete Durchmischung von Abkapselung

und Öffnung geschaffen, eine besondere historisch-kulturelle Vielfalt. Darauf beruht regionale Identität, und in dieser liegt die Kraft zu kreativem Wachstum.

Niedersachsen war stets sehr differenziert, zugleich in Gänze immer eher Durchschnitt und ein wenig dem Fortschritt hinterher. Das hat vergleichsweise auskömmliche Lebensbedingungen geschaffen und die Chance geboten, ohne allzu viele Fehler aus den Vorbildern zu lernen. Konkurrierende Imitation und nachholende Modernisierung sind daher niedersächsische Prinzipien. Im Hinblick auf das Jahr 2000 mag statt „sturmfest und erdverwachsen“ ein anderes Motto für Niedersachsen geeigneter sein: bodenständig, aber zukunftsfähig.

Carl-Hans Hauptmeyer

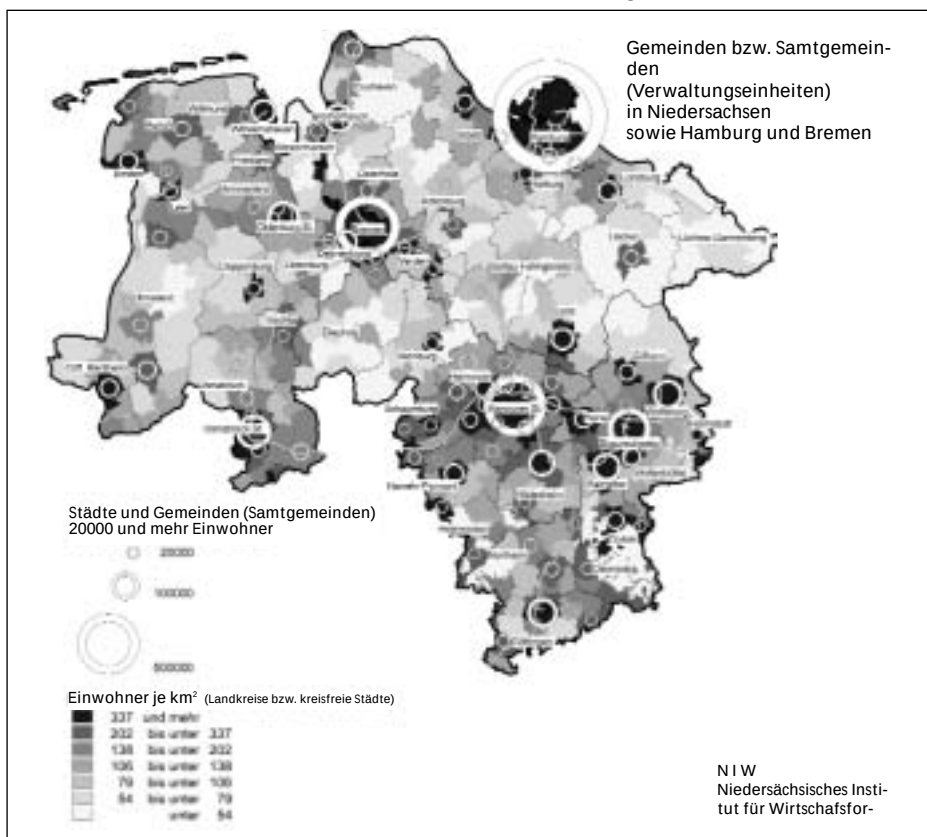
Bevölkerung und Siedlung

Bevölkerungsentwicklung und Altersaufbau

Der norddeutsche Raum ist im Durchschnitt wesentlich dünner besiedelt als das übrige Bundesgebiet. Die Bevölkerungsdichte erreicht in Niedersachsen nur etwa 70 % des Bundesdurchschnitts in Deutschland. Innerhalb des Landes ist die Bevölkerung zudem räumlich ausgesprochen ungleich verteilt. Das gesamte mittlere und nördliche Nie-

dersachsen ist mit Ausnahme des Umlandes von Hamburg und Bremen sowie der übrigen größeren Hafenstädte dünn besiedelt. Besonders gering ist die Bevölkerungsdichte in einem Streifen, der sich vom Wendland über die Lüneburger Heide und das Elbe-Weser-Dreieck bis in den nordfriesischen Raum erstreckt, sowie im mittleren und

Größere Städte und Gemeinden sowie Bevölkerungsdichte 1998



westlichen Niedersachsen in den Geest- und Moorebenen nördlich der Mittelgebirgsrandzone. Der stärker industrialisierte Mittelgebirgsraum (Osnabrück, Leine- und Weserbergland, Harz) ist demgegenüber deutlich dichter besiedelt.

Herausragendes großstädtisches Zentrum ist die Landeshauptstadt Hannover (521.000 Einwohner am 1.1.1998).

Mit deutlichem Abstand folgen innerhalb von Niedersachsen die Großstädte Braunschweig (249.000), Osnabrück (167.000), Oldenburg (154.000), Göttingen (127.000), Wolfsburg (123.000), Salzgitter (115.000) und Hildesheim (105.000). Insgesamt leben in großen Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern knapp 1,6 Mio. Menschen oder etwa 20 % der Gesamtbevölkerung des Landes Niedersachsen. Von großer Bedeutung für das nördliche bzw. nordöstliche Niedersachsen sind aufgrund der intensiven Wirtschafts- und Arbeitsmarktverflechtungen die beiden größten norddeutschen Städte Hamburg (1,7 Mio. Einwohner) und Bremen (547.000), die unmittelbar an Niedersachsen angrenzen bzw. von diesem umschlossen werden.

Auch die zum Land Bremen gehörende Großstadt Bremerhaven (127.000) wird von den niedersächsischen Landkreisen Cuxhaven und Wesermarsch umschlossen.

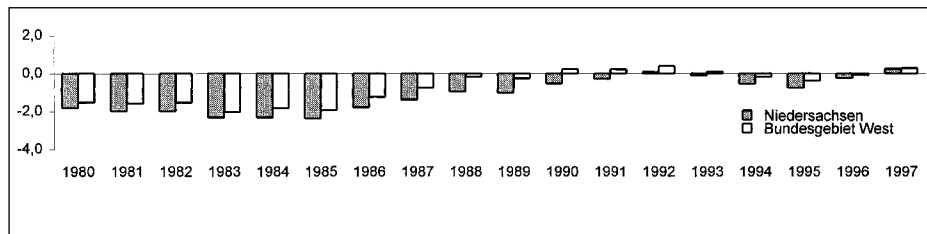
Bevölkerungsentwicklung

Die Bevölkerungszahlen sowie deren Zusammensetzung nach Altersgruppen bilden wichtige Rahmendaten für die regionale Entwicklung. Sie sind nicht nur eine grundlegende Bestimmungsgröße für das Angebot an Arbeitskräften auf dem regionalen Arbeitsmarkt, sondern sie prägen auch in wesentlichen Zügen die Nachfrage nach haushaltsorientierten Dienstleistungen, nach Wohnungen sowie nach Infrastrukturleistungen. Die Bevölkerungsentwicklung insgesamt ergibt sich aus dem Zusammenspiel von vier Komponenten: den Geborenen und den Sterbefällen (natürliche Entwicklung) sowie den Zu- und Fortzügen (Wanderungssaldo).

Die natürliche Bevölkerungsentwicklung war in den 80er-Jahren in Niedersachsen aufgrund des ungünstigeren demographischen Aufbaus deutlich schwächer als im Bundesgebiet. Seit Ende der 80er-Jahre verringerte sich der Abstand aber zunehmend, und in den letzten Jahren war die natürliche Entwicklung in Niedersachsen – ebenso wie in den alten Bundesländern – fast ausgeglichen.

In der Rezession in der ersten Hälfte der letzten Jahrzehnte kam es in Niedersachsen vorübergehend zu Wanderungsverlusten, die aber bald wieder in Wanderungsüberschüsse umschlugen. Gegen Ende

Natürliche Bevölkerungsentwicklung je 1.000 Einwohner



der 80er-Jahre stiegen dann aber die Wanderungsgewinne in Niedersachsen ebenso wie im übrigen Bundesgebiet durch die starken Zuwanderungen über die Außengrenzen (Asylbewerber, Aussiedler aus den Nachfolgestaaten des Sowjet-Union und später Bürgerkriegsflüchtlinge) sowie die Öffnung der innerdeutschen Grenze sprunghaft an. Die Wanderungsintensität war zunächst nicht ganz so hoch wie im Bundesdurchschnitt, nach Überschreiten des bundesweiten Höhepunkts im Jahr 1990 gingen die Zuwanderungen nach Niedersachsen aber nicht so schnell zurück wie in den übrigen Bundesländern. Die relativen Wanderungsgewinne der Jahre 1993 bis 1998 waren in Niedersachsen etwa doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Von 1989 bis 1993 hatte Niedersachsen damit einen Wanderungsüberschuss von etwas mehr als 100.000 Personen pro Jahr, gegenüber 11.000 im Durchschnitt der Jahre 1980 bis 1989. Von 1993 bis 1998 betrug der Wanderungsgewinn durchschnittlich 55.000 Ein-

wohner. Seit 1989 hat Niedersachsen damit per Saldo knapp 680.000 Einwohner durch Zuwanderungen hinzugewonnen.

Die Wanderungsgewinne des Landes Niedersachsen beziehen sich dabei weitgehend auf Zuwanderungen aus dem Ausland, weil das Land gegenüber den anderen Bundesländern insgesamt mehr Fort- als Zuzüge aufweist. Von 1993 bis 1997 hatte Niedersachsen einen Außenwanderungsüberschuss von 281.000 Personen (Die Zahlen dürften um mindestens 30.000 bis 40.000 zu niedrig sein, da die melderechtliche Erfassung der Aussiedler 1993 vorübergehend ausgesetzt wurde.), dem ein Binnenwanderungsverlust von etwa 37.000 Personen gegenüberstand. Hinsichtlich der Außenwanderungsgewinne lag Niedersachsen damit an der Spitze aller Bundesländer. In den Jahren 1993 bis 1997 nahm Niedersachsen insgesamt 19 % der Zuwandernden nach Deutschland auf, 1996 sogar mehr als 25 %. Die größte Gruppe der Zuwanderer waren dabei Aussiedler

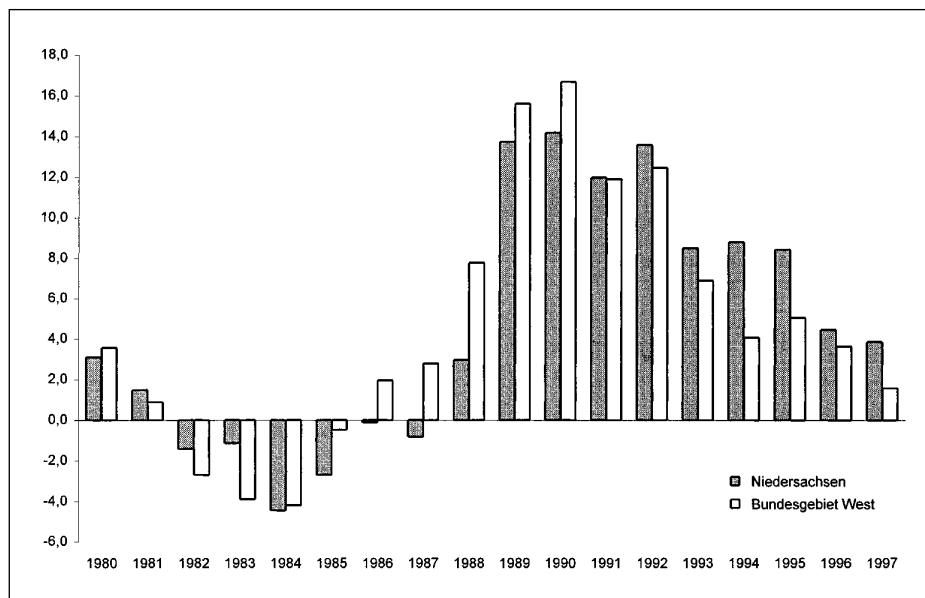
aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion.

Insgesamt war damit die Bevölkerungsentwicklung in Niedersachsen von Mitte der 80er-Jahre bis Anfang der 90er-Jahre schwächer als im Bundesdurchschnitt. Die durchschnittliche Wachstumsrate der Bevölkerung von 1980 bis 1989 lag in Niedersachsen um mehr als ein Drittel unter dem Bundesdurchschnitt. Nach der Wiedervereinigung holte Niedersachsen auf, und nach 1992 übertraf das Bevölkerungswachstum aufgrund der stärkeren Zuwanderungen den Bundeswert teilweise sogar deutlich.

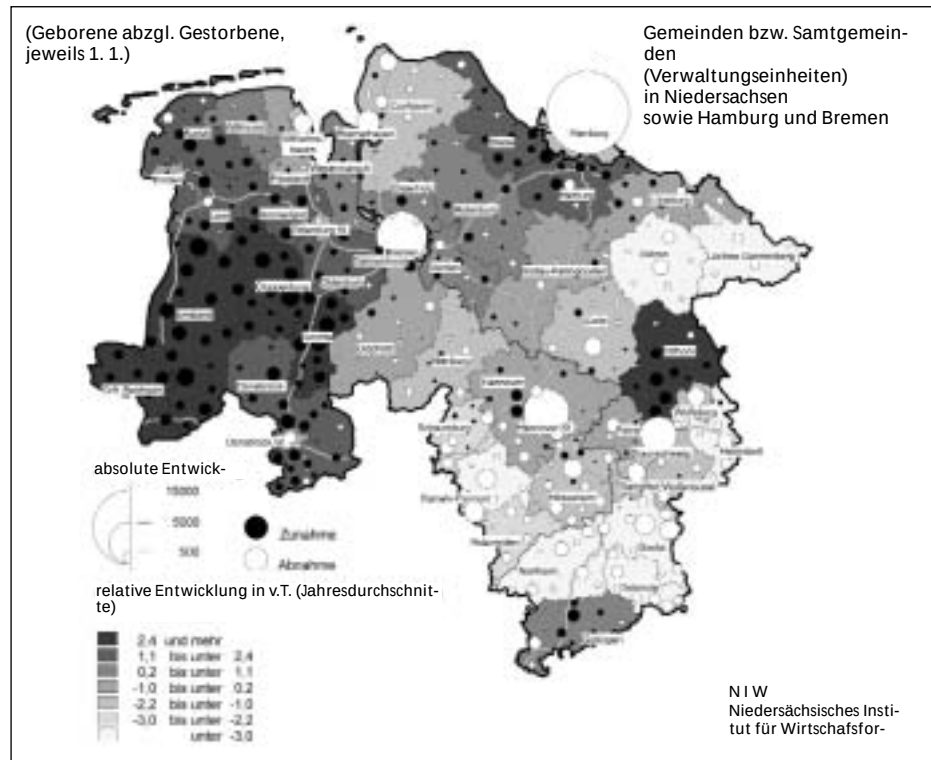
Das bundesweit zu beobachtende Land-Stadt-Gefälle in der natürlichen Entwicklung ist auch in Nieder-

sachsen nach wie vor besonders ausgeprägt, wenn es auch seit den 80er-Jahren tendenziell geringer geworden ist. An der Spitze des Geborenendefizits bzw. Gestorbenenüberschusses stehen die norddeutschen Großstädte. Sie werden nur noch übertroffen von einigen Kur- und Altersruhesitzorten. Herausragend ist demgegenüber die überdurchschnittliche natürliche Entwicklung in den ländlichen Regionen des westlichen Niedersachsens, in denen die bundesweit höchsten Geborenenzahlen zu finden sind. Auch die Umlandbereiche der Großstädte, die seit langem von der Zuwanderung überwiegend „junger Haushalte“ profitieren, weisen (aus demographischen Gründen) ei-

Bevölkerungsentwicklung je 1.000 Einwohner



Natürliche Bevölkerungsentwicklung 1993 bis 1998



ne vergleichsweise günstige natürliche Entwicklung auf (z. B. die Umlandkreise von Hamburg und Bremen). Trotzdem bleibt insgesamt die natürliche Entwicklung in den Agglomerationsräumen deutlich schwächer als in den übrigen Regionen.

Das räumliche Muster der Wanderungen ist seit langem durch die Suburbanisierung der Bevölkerung, d. h. den Wegzug (vor allem einkommensstärkerer) Haushalte aus den größeren Städten in das nähere und weitere Umland mit attrakti-

veren Wohnstandortbedingungen gekennzeichnet. Von Abwanderungen geprägt waren in der Vergangenheit darüber hinaus die von strukturellen Anpassungsprozessen gekennzeichneten Regionen, so z. B. die Küstenregionen sowie die Region Braunschweig/Salzgitter, der Harz und das Weserbergland. Nach der Wiedervereinigung haben zunächst alle Landesteile mehr oder weniger stark von dem Nettozufluss an Bevölkerung profitiert. Sowohl die Großstädte als auch die ländlichen Regionen, die in den

80er-Jahren durch Abwanderungen geprägt waren, konnten z. T. recht starke Zuwanderungsströme auf sich lenken.

In den letzten Jahren haben sich die regionalen Unterschiede hinsichtlich der räumlichen Bevölkerungsmobilität wieder vergrößert. Fast unvermindert sind Zuwanderungen von Aussiedlern zu verzeichnen. Zielregionen waren in erster Linie ländliche Regionen im westlichen Niedersachsen (Cloppenburg, Vechta, Emsland und Teile des Landkreises Osnabrück) aber auch im mittleren und östlichen Niedersachsen (Gifhorn oder Nienburg). Eher verstärkt haben sich wieder die Suburbanisierungstendenzen, d. h. die Abwanderungen von überwiegend jüngeren Haushalten aus den großen Städten ins nähere und weitere Umland.

In einigen Landesteilen lösen die wirtschaftlichen Struktur- und Anpassungsprobleme zunehmend Abwanderungstendenzen aus, die die Zuwanderungen teilweise bereits übertreffen. Durch insgesamt nur noch geringe Wanderungsüberschüsse sind in den letzten Jahren die südniedersächsischen Regionen Osterode, Goslar, Helmstedt sowie die Wirtschaftsräume Wolfsburg und Braunschweig/Salzgitter gekennzeichnet, deutliche Wanderungsverluste haben hier bereits die Kernstädte Wolfsburg und Braunschweig. Ebenfalls nur noch geringe

Wanderungsüberschüsse weisen die Küstenregionen auf.

Das räumliche Muster der Bevölkerungsentwicklung insgesamt war in der ersten Hälfte der 80er-Jahre in Niedersachsen relativ eindeutig. Insgesamt standen den starken Bevölkerungsverlusten der Großstädte entsprechende Gewinne in den Umlandkreisen gegenüber. Darüber hinaus verzeichneten die ländlich geprägten Räume, insbesondere im westlichen Niedersachsen, beträchtliche Bevölkerungszuwächse. Vergleichsweise schwach war insgesamt die Entwicklung der Verdichtungsräume Hannover und Braunschweig/Salzgitter. Noch stärker waren die Bevölkerungsverluste in den südniedersächsischen Mittelgebirgsräumen (Leine-Weser-Bergland und Harz).

Nach der Öffnung der innerdeutschen Grenze und der sprunghaften Zunahme der Zuwanderung über die deutschen Außengrenzen ebneten sich bei insgesamt erheblich höherem Wachstum die regionalen Unterschiede in der Bevölkerungsentwicklung tendenziell ein, wenngleich die großräumlichen Grundstrukturen weitgehend blieben. Vor allem das ehemalige Zonenrandgebiet konnte seinen Rückstand zum Bundestrend deutlich verringern.

Nach dem Auslaufen des Wiedervereinigungsbooms und der Abschwächung der Außenwanderungsgewinne vergrößerten sich in

den letzten Jahren die Unterschiede in der Bevölkerungsentwicklung wieder. Im Küstenraum verringerte sich die Bevölkerungsdynamik so stark, dass in den Zentren bereits wieder zunehmend Bevölkerungsverluste auftreten. In dem ehemaligen Zonenrandgebiet gingen die Einwohnerzahlen mit dem Abflauen der Zuwanderungsströme und dem Anwachsen der wirtschaftlichen Strukturprobleme nicht nur in den Zentren (Wolfsburg, Braunschweig, Salzgitter), sondern auch im Raum Helmstedt/Goslar/Osterode wieder zurück. Auf der anderen Seite blieb die Bevölkerungsdynamik im westlichen Niedersachsen weiterhin stark überdurchschnittlich. Ausgesprochen weit blieb weiterhin die Bevölkerungsdynamik in den ländlichen Regionen des mittleren Niedersachsen zwischen den großstädtischen Zentren Hamburg, Bremen und Hannover. Offensichtlich haben sich die Suburbanisierungstendenzen seit dem Abschwächen der gesamtwirtschaftlichen Bevölkerungsdynamik wieder deutlich verstärkt. Auch für die meisten der mittleren und kleineren Großstädte außerhalb der Verdichtungsräume ließen sich gewisse Suburbanisierungstrends feststellen. Insgesamt haben sich die Wachstumsrelationen zwischen den Regionen gegenüber den 80er-Jahren deutlich verschoben. Noch weiter zurückgefallen sind die südost-

und südniedersächsischen Regionen mit Ausnahme des Verdichtungsraumes Hannover, während vor allem die Umlandbereiche der Verdichtungsräume Hamburg und Bremen hinzugewinnen konnten. Weiterhin weit überdurchschnittlich ist die Bevölkerungsentwicklung im westlichen Niedersachsen, relativ stärker als in den 80er-Jahren ist die Dynamik in Ostfriesland und im Raum Oldenburg.

Altersaufbau

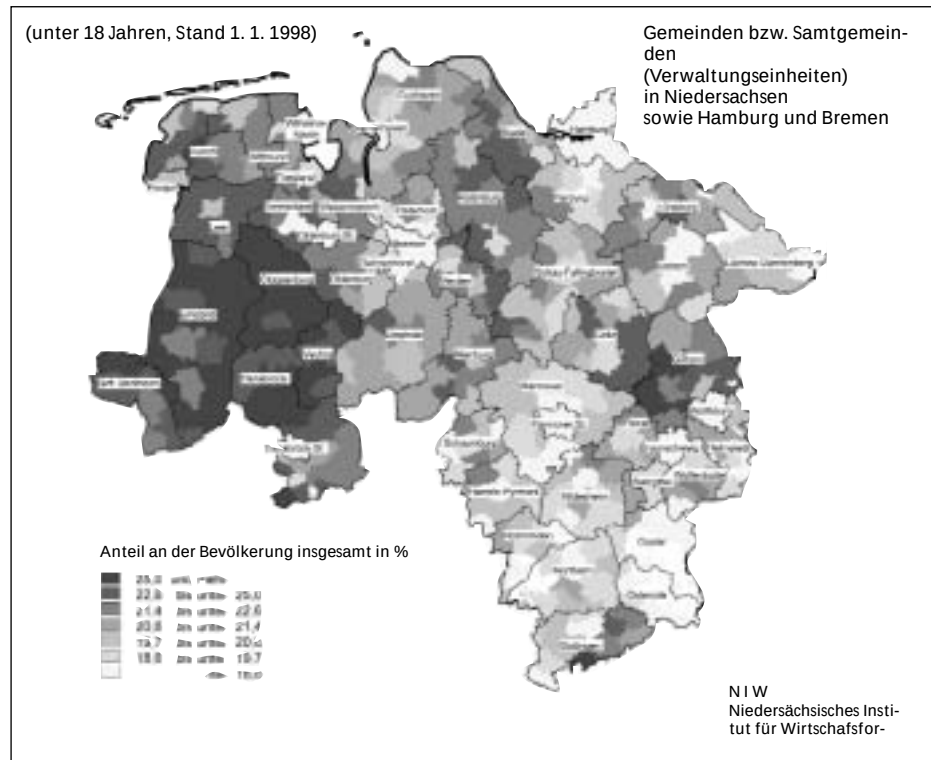
Die regionsspezifische Bevölkerungsentwicklung und der Altersaufbau der Bevölkerung hängen eng zusammen. Der Anteil der jungen Familien bestimmt (neben dem generativen Verhaltens) wesentlich die Geborenenzahlen in einer Region, und diese bilden wiederum jeweils die neue Basis eines Altersjahrgangs der Alterspyramide. Darüber hinaus überformen auch die Zu- und Abwanderungen aufgrund ihrer meist selektiven Wirkungen die Altersstruktur einer Region. Da zu meist die jüngeren und mittleren Altersjahrgänge überdurchschnittlich mobil sind, führt dies in Abwanderungsregionen zu einer Ausdünnung und in den Zielregionen zu einer Verstärkung dieser Altersgruppen. Regionen mit langfristigen Abwanderungstendenzen sind von daher in der Regel durch eine Überalterung der Bevölkerung gekenn-

zeichnet. Zuwanderungsregionen haben demgegenüber eine vergleichsweise breite Basis nachwachsender Altersjahrgänge. Dies gilt in ähnlicher Weise auch für die größeren Städte und ihr Umfeld aufgrund der kleinräumlichen Stadt-Umland-Wanderungen. Die „Bildungswanderungen“ führen hingegen zu einer Konzentration der Altersgruppen zwischen 18 und etwa 25 Jahren in den Standorten der Berufsbildungseinrichtungen und Hochschulen. Die Wanderungsströme der „Ruhesitzwanderer“ vergrößern tendenziell die Überalterung in den Zielregionen.

Der Altersaufbau der Bevölkerung in der Bundesrepublik weist mit seinen Anomalien in allen Regionen ähnliche Grundstrukturen auf, in denen sich die Bevölkerungsvorgänge der Vergangenheit spiegeln: Die Geborenenausfälle während des Ersten Weltkrieges und der Weltwirtschaftskrise sowie zu Ende des Zweiten Weltkrieges lassen sich als scharfe Einschnitte heute ebenso noch erkennen wie etwa die geburtenstarken Jahrgänge aus der ersten Hälfte der 60er-Jahre. Der danach einsetzende rapide Geborenentrückgang hat innerhalb weniger Jahre die Besetzungstärke der nachwachsenden Jahrgänge nahezu halbiert. Die Anomalien im Altersaufbau der Bevölkerung stellen die Gesellschaft im Bildungs- und Ausbildungsbereich sowie im Arbeits-

marktbereich vor gravierende Anpassungsprobleme. Der „Geburtenberg“ aus den sechziger Jahren machte zunächst in den Primar- und dann in den Sekundarstufen der Schulen erhebliche Kapazitätsausweitungen notwendig und führte dann zu weiter stark ansteigenden Studierendenzahlen in den Hochschulen. Zusammen mit allgemeinen Tendenzen zu verlängerter schulischer Bildung und steigenden Übergängen zu weiterführenden Bildungsformen führte die demographische Entwicklung dann zu einem starken Rückgang der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen. Mittlerweile sind die geburtenstarken Jahrgänge längst in das Alter der Familiengründung hineingewachsen und deren Kinder („Sekundärwelle“ des Geburtenberges) sorgen für (vorübergehend) steigende Schüler- und Studierendenzahlen. Die Geborenenzahlen sind wieder zurückgegangen, und in wenigen Jahren werden sich die Schülerjahrgänge nahezu halbieren. Der für die Zeit nach der Jahrtausendwende zu erwartende Bevölkerungsrückgang bei gleichzeitigem Ansteigen der Zahlen von älteren Menschen wird die Gesellschaft vor neue Herausforderungen stellen. Nicht nur die heute bereits diskutierten Engpässe in der Alterssicherung aufgrund der sich gravierend verschiebenden Relationen zwischen aktiven und nichtaktiven Bevölkerungsteilen

Anteil der Kinder und Jugendlichen an der Bevölkerung



stehen bevor, sondern auch Probleme im Zusammenhang mit der Nachfrage nach altersspezifisch unterschiedlich in Anspruch genommenen Infrastrukturkapazitäten.

Der Altersaufbau der Bevölkerung in Niedersachsen insgesamt weicht nur noch geringfügig von dem oben skizzierten Grundmuster (für Westdeutschland) ab, so ist einerseits der Anteil der Kinder und Jugendlichen (in den Altersgruppen zwischen 6 und 25 Jahren), andererseits aber auch der Anteil der alten Menschen (ab dem 65. Lebens-

jahr) geringfügig größer, während die mittleren Jahrgänge etwas schwächer besetzt sind.

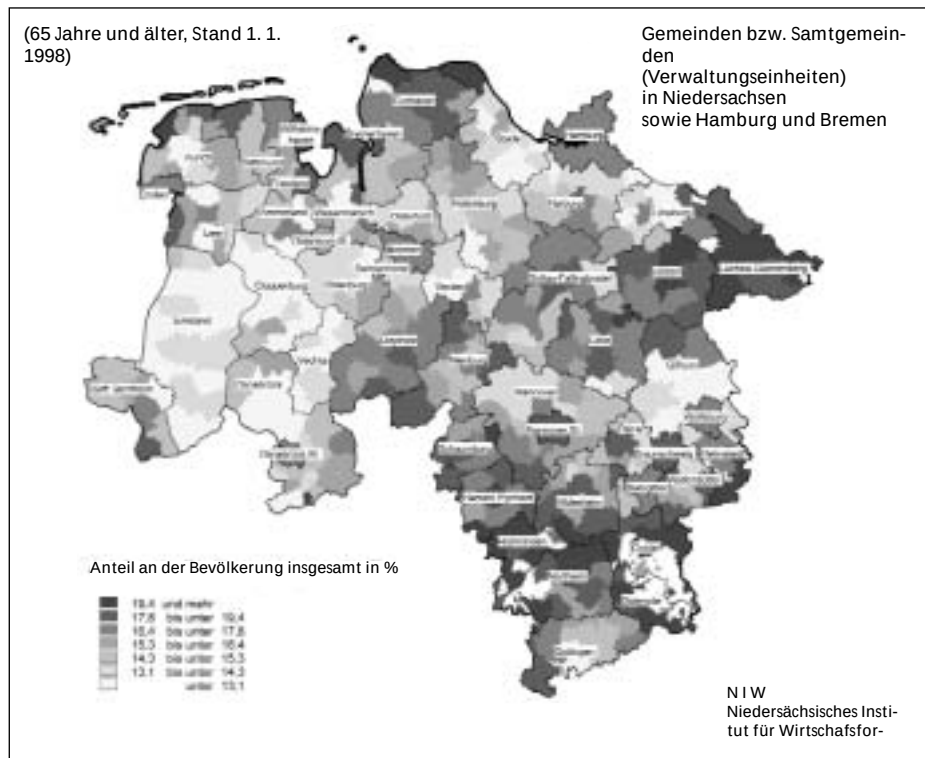
Innerhalb von Niedersachsen bestehen aber beträchtliche Unterschiede im Altersaufbau zwischen Stadt und Land sowie zwischen den westlichen und den südöstlichen Landesteilen. Vor allem die ländlichen Regionen im Westen des Landes mit den traditionell hohen Geborenensraten weisen nach wie vor weit überdurchschnittlich hohe Anteile von Kindern und Jugendlichen auf, besonders z. B. die Kreise Clopp-

penburg, Emsland, Vechta. In diesen Regionen ist dementsprechend auch weiterhin ein besonders ausgeprägter demographisch bedingter Anstieg des Arbeitskräfteangebots zu erwarten. In den großstädtischen Räumen hingegen sind aufgrund der niedrigeren Geboreneneraten vor allem in den Kernstädten die nachwachsenden Jahrgänge schwächer besetzt. Kompensiert wird diese Entwicklung etwas durch eine günstigere Altersstruktur im Umfeld, die vor allem auf Zuwanderungen von Familien mit Kindern

zurückzuführen ist. Einen überdurchschnittlichen Anteil von Bevölkerung im Rentenalter weisen die Landkreise des Harzraumes (Goslar und Osterode), des Weserberglandes (Kreise Hameln-Pyrmont und Holzminden) sowie die ländlich geprägten Kreise des nordöstlichen Niedersachsen auf.

Die Altersstruktur der Städte hängt in starkem Maße von der Stadtgröße, der wirtschaftlichen Entwicklung und ihren besonderen Funktionen (Hochschulstandorte, Kurorte, Tourismusstandorte) ab.

Anteil der älteren Menschen an der Bevölkerung



In den größeren Städten verursachen die Suburbanisierungsprozesse durch Wegzug von jungen Familien in das Umland eine Bevölkerungs-entmischung, die tendenziell zur Überalterung führt. Eine besonders starke Überalterung haben Hannover, Braunschweig und Hildesheim. Städte mit wirtschaftlichen Strukturproblemen, die über längere Zeit wegen der ungünstigen Arbeitsplatzentwicklung an Bevölkerung verloren haben, neigen ebenfalls zur Überalterung (z. B. Wilhelmshaven oder Peine). Eine Reihe von Städten der mittleren Größenordnung haben offensichtlich eine besondere Funktion als bevorzugte Altersruhesitzstandorte. Nicht nur in den klassischen Bädern (wie Bad Pyrmont oder Bad Harzburg), sondern auch in vielen der kleineren (ehemaligen) Kreisstädte (z. B. Münden, Goslar, Hameln, Celle oder Lüneburg) ist der Anteil der alten Menschen überproportional hoch. Die großstädtischen Zentren (Hannover, Braunschweig) und vor allem die (in Niedersachsen teilweise auch kleineren) Hochschul- und Fachhochschulstandorte (Göttingen, Osnabrück, Lüneburg und Oldenburg) haben als Zielregionen der „Ausbildungswanderer“ eine teilweise weit überdurchschnittliche Besetzung an jungen Menschen zwischen dem 18. und etwa dem 30. Lebensjahr.

Insgesamt werden sich allein aufgrund dieser Unterschiede im Altersaufbau deutlich abweichende Perspektiven der Bevölkerungsentwicklung ergeben. So ist insbesondere in den ländlichen Regionen des westlichen Niedersachsens weiterhin ein demographisch bedingter Anstieg des Arbeitskräftepotentials zu erwarten. Die Regionen des südlichen und südöstlichen Niedersachsens dürften hingegen allein aufgrund der schwächer besetzten nachwachsenden Jahrgänge und stärkerer Altersjahrgänge, die aus dem Erwerbsleben ausscheiden, auf dem Arbeitsmarkt eine relative „Entlastung“ erfahren. Demgegenüber besteht die Gefahr, dass die schwächere „Erneuerung“ des Arbeitskräftepotentials auch den qualifizierten Nachwuchs beeinträchtigt.

Insgesamt werden die oben skizzierten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Konsequenzen aus den Anomalien des Altersaufbaus die Regionen in unterschiedlichem Ausmaß treffen. Vor allem die demographischen Probleme der Großstädte dürften sich noch weiter verschärfen und auf längere Sicht neue Formen des Lasten- und Interessenausgleichs mit den umliegenden Regionen notwendig machen.

Hans-Ulrich Jung

Arbeitsmarkt: Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit und Qualifikationsstrukturen

Arbeitslosigkeit ergibt sich aus dem Auseinanderklaffen von Arbeitskräfteangebot und Arbeitskräftenachfrage auf den (regionalen) Arbeitsmärkten. Wichtigste Determinanten der Veränderung des Arbeitskräfteangebots sind neben der demographischen Komponente, d.h. dem Altersaufbau und der Veränderung der Altersstruktur durch Zu- bzw. Abwanderungen, die Erwerbsbeteiligung. Darüber hinaus wird das Arbeitskräfteangebot auf den regionalen Arbeitsmärkten auch durch Pendlerverflechtungen beeinflusst: Einpendler erhöhen und Auspendler verringern das regionale Arbeitskräfteangebot. Die Arbeitskräftenachfrage steht in engem Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Wachstum und dieses wiederum mit der Wettbewerbsfähigkeit der in der Region produzierten Güter und Dienstleistungen. Wichtige Determinanten der Wettbewerbsfähigkeit sind die Produktionskosten (u. a. Löhne und Prozessinnovationen) sowie der Innovationsgehalt der angebotenen Güter und Dienstleistungspalette (Produktinnovationen). In diesem Zusammenhang spielen Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen der Unternehmen sowie die Qualifikationsstruktur der Arbeitskräfte eine besondere Rolle.

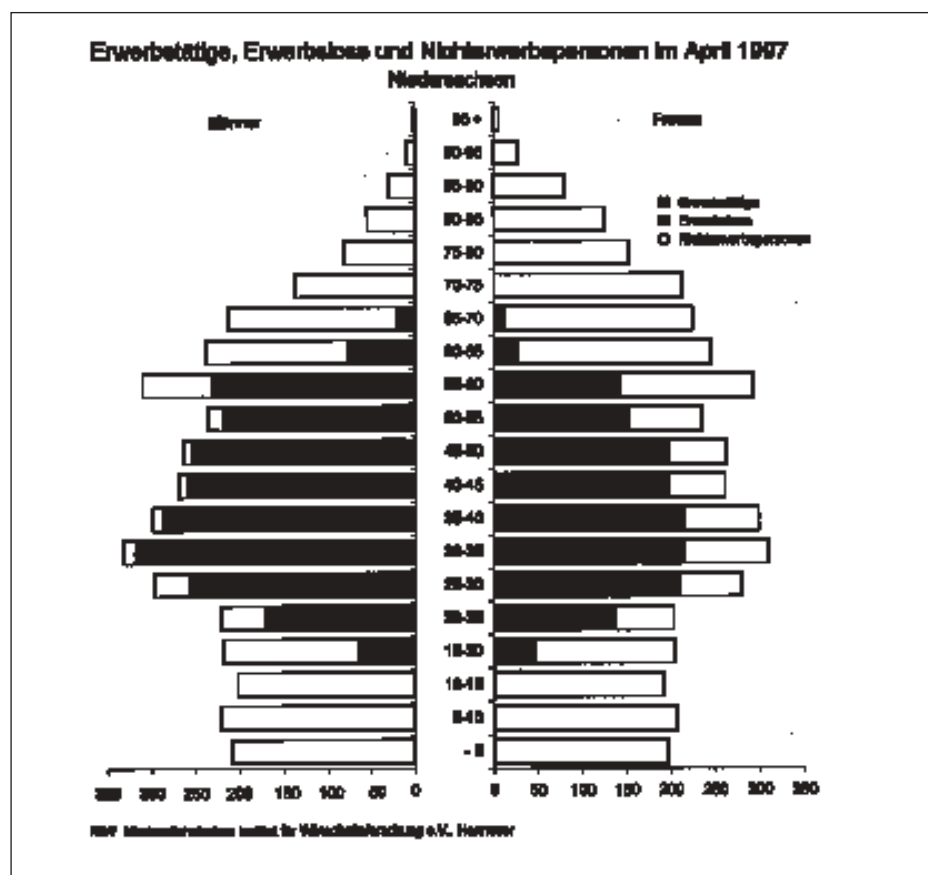
Erwerbstätigkeit

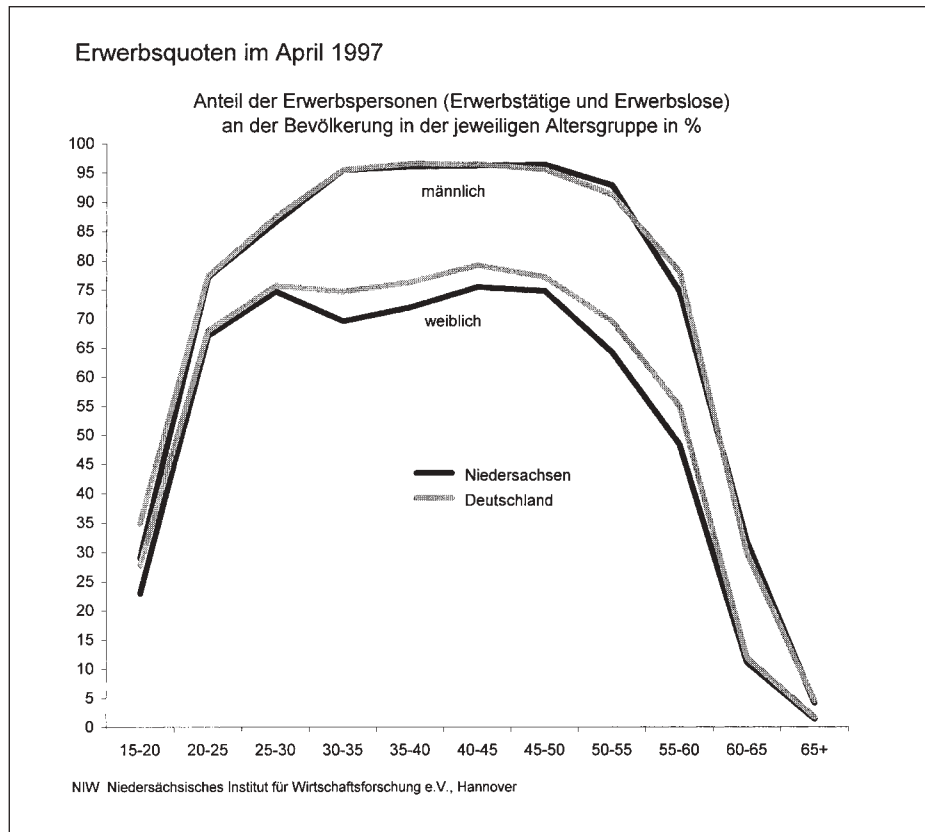
Von den 7,8 Mio. Einwohnern in Niedersachsen im Jahr 1997 waren 5,3 Mio. im Alter von 15 bis unter 65 Jahren und galten damit als Erwerbsfähige (Ergebnisse des Mikrozensus vom April 1997). Von diesen waren wiederum 3,4 Mio. tatsächlich erwerbstätig. Weitere 344.000 Personen strebten als Erwerbslose eine Erwerbstätigkeit an, sodass mit insgesamt 3,7 Mio. Erwerbspersonen die potentielle Erwerbsbeteiligung (Erwerbspersonen bezogen auf die erwerbsfähige Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahre) bei 69,6 % lag. Bei den Männern lag die Erwerbsquote bei 79,5 % und bei den Frauen bei 59,2 %.

Die Erwerbsbeteiligung weist typische geschlechts- und altersspezifische Unterschiede auf. Bei den Frauen ist die Erwerbsbeteiligung nicht nur tendenziell niedriger, sondern hat auch in den mittleren Altersjahrgängen einen deutlich anderen Verlauf als bei den Männern. Die Erwerbsbeteiligung sinkt zwischen dem 25. und 30. Lebensjahr wieder, weil Frauen in der Phase der Familiengründung bzw. nach der Geburt von Kindern vorübergehend aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Zwischen dem 35. und dem 50. Lebensjahr steigt die Erwerbsbeteiligung dann wieder an. Die Erwerbs-

beteiligung der Männer in Niedersachsen unterscheidet sich kaum von dem Bundesdurchschnitt. Bei den Frauen aber ist in fast allen Altersklassen die Beteiligung am Erwerbsleben geringer, und besonders der Ausstieg in der Familiengründungsphase ist nach wie vor deutlich ausgeprägt. Insgesamt signalisieren diese Befunde größere Arbeitsmarktprobleme vor allem für Frauen in den mittleren und älteren Jahrgängen in Niedersachsen.

Innerhalb des Landes besteht ein beträchtliches Stadt-Land-Gefälle in der Erwerbsbeteiligung von Frauen, das überlagert wird von einem Ost-West-Gefälle. Die höchste Erwerbsbeteiligung wird in den großstädtischen Zentren Hannover und Hamburg sowie in ihrem näheren Umland aufgrund vielfältigen Angebots an Beschäftigungsmöglichkeiten vor allem im Dienstleistungssektor erreicht. Deutlich niedriger ist sie in den stärker vom Produzieren-





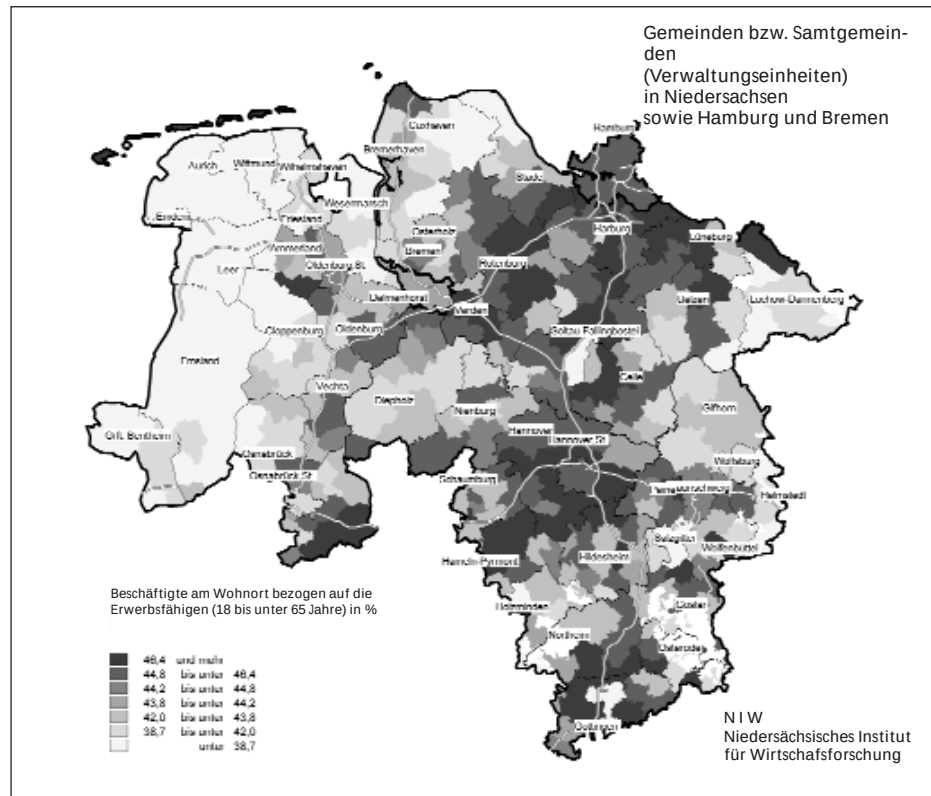
den Gewerbe geprägten großen Standorten wie Bremen, Braunschweig, Osnabrück oder auch Wolfsburg. Außerhalb der Verdichtungsräume bieten offensichtlich die Tourismusregionen sowie die sonstigen von Dienstleistungen geprägten Regionen vergleichsweise günstige Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen. Ausgesprochen niedrig ist demgegenüber die Erwerbsbeteiligung der Frauen im gesamten westniedersächsischen Raum sowie auch im Weserraum, im

Untere Elbegebiet und im Raum Lüchow-Dannenberg.

Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosigkeit ist in den alten Bundesländern nach einem vorläufigen Tiefstand zu Beginn der 80er-Jahre in der dann einsetzenden Rezession steil angestiegen und erreichte im Jahresdurchschnitt 1985 mit mehr als 2,3 Mio. Arbeitslosen den vorläufig höchsten Stand der Nachkriegszeit. Die Arbeitslo-

Erwerbsbeteiligung der Frauen 1997



senzen verharren in der Folgezeit auf diesem sehr hohen Niveau von mehr als 2 Mio. und schmolzen nur sehr allmählich ab. Erst mit der Öffnung der innerdeutschen Grenze und dem damit verbundenen (vorübergehenden) Wachstumsschub in den westdeutschen Ländern gingen die Arbeitslosenbestände trotz nicht unbeträchtlicher Zuwanderungen und Einpendlerzahlen (in den ehemaligen Grenzgebieten) mit zunehmender Geschwindigkeit zurück. Im Jahres-

durchschnitt 1990 wurde erstmals die Grenze von 2 Mio. Arbeitslosen, im Jahr 1991 sogar eine Zahl von 1,7 Mio. unterschritten. Allerdings schwächte sich der Abbau der Arbeitslosigkeit im Laufe des Jahres 1991 ab, und seit Anfang 1992 stiegen mit der einsetzenden Rezession die Arbeitslosenzahlen wieder mit zunehmendem Tempo an. Im Verlauf des Jahres 1994 schwächte sich der Zuwachs der Arbeitslosenzahlen aber wieder stark ab und in der ersten Hälfte des Jahres 1995 sanken

die Arbeitslosenzahlen vorübergehend sogar leicht. Im Jahresdurchschnitt 1995 lag die Arbeitslosenzahl in Westdeutschland bei 2,6 Mio. Die Abschwächung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums und vor allem auch die Auswirkungen der Anpassungsprozesse in den Unternehmen führten seit Mitte 1995 zu einem kräftigen Wiederanstieg der Arbeitslosenzahlen. Mitte 1997 erreichten die Arbeitslosenzahlen in Westdeutschland knapp 3,0 Mio. und lagen damit um fast zwei Drittel höher als 1992. Im Verlauf des Jahres 1997 hat sich der Anstieg der Arbeitslosenzahlen in Westdeutschland dann aber wieder verringert, und seit Anfang 1998 sinken sie erstmals seit langem wieder.

In Niedersachsen lag das Niveau der Arbeitsmarktungleichgewichte im Jahresdurchschnitt 1997 mit etwa 414.000 Arbeitslosen (Mitte 1997) und einer Arbeitslosenquote von 12,9 % um ein Sechstel über dem Durchschnitt der alten Bundesländer und etwa im Durchschnitt von Deutschland. Damit sind die Probleme immer noch größer als im übrigen Westdeutschland, die relative Position gegenüber dem Bundesdurchschnitt hatte sich von 1990 bis 1994 schrittweise verbessert, seit 1994 hat sich der Arbeitsmarkt in Niedersachsen allerdings nicht mehr günstiger entwickelt als im Bundesrend, sodass sich die relative Ar-

beitsmarktposition nicht mehr verbessert hat. Die Gründe für diese ungünstigere Entwicklung dürften vor allem in den hohen Zuwanderungen gelegen haben, denn der Beschäftigtenrückgang der letzten Jahre war durchweg weniger stark als im Bundestrend.

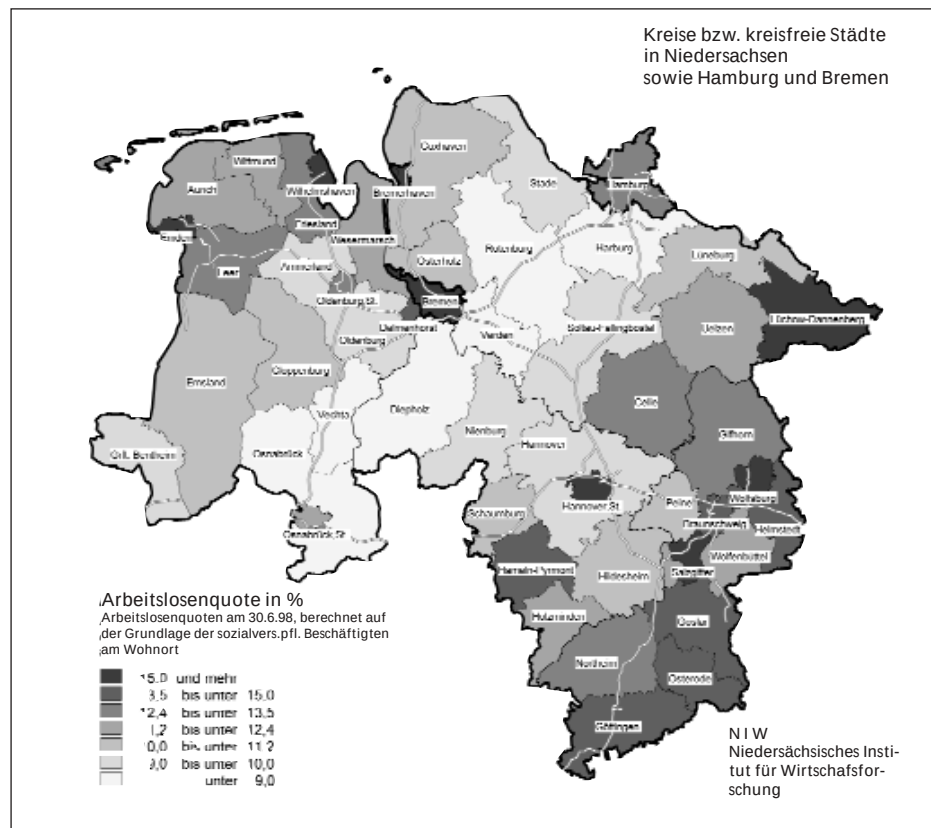
Innerhalb des Landes Niedersachsen beobachten wir seit langem große Gegensätze in der Arbeitsmarktsituation. Ende der 80er-Jahre waren die räumlichen Unterschiede besonders ausgeprägt. Die größte Arbeitslosigkeit hatten die Regionen des Küstenraumes. Ausgesprochen hoch waren die Arbeitsmarktprobleme auch in den nordwestdeutschen Großstadtreionen, wobei sich die Arbeitslosigkeit in besonderer Weise in den Zentren konzentrierte. Durch überdurchschnittliche Arbeitsmarktprobleme waren auch die südniedersächsischen Regionen sowie der nordostniedersächsische Grenzraum zur damaligen DDR gekennzeichnet. Vergleichsweise günstig war demgegenüber die Lage in den ländlichen Regionen des westlichen und mittleren Niedersachsens.

In der ersten Phase nach der Wiedervereinigung konnten fast alle niedersächsischen Regionen ihre Arbeitsmarktposition verbessern. Die größten Gewinner waren zunächst die großstädtischen Verdichtungsräume. Auch einige Regionen des westlichen Niedersachsen sowie des

Küstenraumes verbesserten ihre Arbeitsmarktposition deutlich. In den von Strukturproblemen gekennzeichneten Regionen Wilhelmshaven und Wesermarsch konnten kaum Fortschritte erzielt werden. Vor allem in den Arbeitsmärkten der grenznahen Regionen verschlechterte sich die (relative) Arbeitsmarktposition hingegen teilweise gravierend. Zwar entstanden in erheblicher Zahl neue Arbeitsplätze, der verstärkte Zustrom von

Arbeitskräften durch Zuwanderung und insbesondere auch durch Einpendler über die nunmehr offene Grenze führte zu einem Anstieg des Arbeitskräfteangebots. Die Folge war ein Verdrängungswettbewerb auf den regionalen Arbeitsmärkten. Darüber hinaus verstärkten sich in der vom Straßenfahrzeugbau geprägten Region Wolfsburg die strukturellen Probleme Anfang der 90er-Jahre bereits so stark, dass in hohem Maße vor allem ältere Ar-

Arbeitslosenquote 1998



beitnehmer freigesetzt wurden und die Arbeitslosenquote extrem anstieg.

Die jahresdurchschnittlichen Arbeitslosenquoten für 1998 belegen aber nach wie vor erhebliche regionale Unterschiede in der Betroffenheit von Arbeitslosigkeit. Die höchste Arbeitslosigkeit unter den Regionen haben die Küstenregionen Wilhelmshaven, Leer, Emden und Bremerhaven/Cuxhaven sowie die Grenzregionen zu der ehemaligen DDR wie Lüchow-Dannenberg im nordostwärtigen Niedersachsen, Wolfsburg/Gifhorn, Helmstedt, und die übrigen südniedersächsischen Regionen Göttingen, Osterode und Goslar.

Überdurchschnittlich sind nach wie vor die Arbeitsmarktprobleme auch im Leine- und Weser-Bergland sowie im Raum Braunschweig/Salzgitter. Die geringsten Arbeitsmarktungleichgewichte gibt es nach wie vor im westlichen Niedersachsen sowie in den ländlichen Regionen zwischen den Großstädten Hamburg, Bremen und Hannover.

Insgesamt ist die Arbeitslosigkeit in den Verdichtungsräumen deutlich niedriger als Mitte der 90er-Jahre. Allerdings konzentrieren sich nach wie vor die Arbeitslosen innerhalb der Verdichtungsräume und Stadtregionen in besonderer Weise in den Kernstädten, ausgesprochen hohe Arbeitslosenzahlen verzeich-

nen die Großstädte Bremerhaven, Wilhelmshaven, Emden, Wolfsburg und Salzgitter. Deutlich höher als im Umland sind die Arbeitsmarktprobleme auch in Hannover, Bremen, Braunschweig sowie in Hamburg.

Das Risiko der Erwerbslosigkeit ist je nach persönlichen und beruflichen Merkmalen und Qualifikationen sowie nach der jeweiligen Arbeitsmarktsituation äußerst unterschiedlich. Der rasche berufsstrukturelle und qualifikatorische Wandel sowie die langanhaltende hohe Arbeitslosigkeit seit Ende der 80er-Jahre haben immer mehr Arbeitnehmer mit geringen oder nicht mehr nachgefragten bzw. veralteten beruflichen Qualifikationen für längere Perioden bzw. auch dauerhaft aus dem Beschäftigungssystem hinausgedrängt. Da mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit die Arbeitslosen aber objektiv oder doch zumindest subjektiv immer stärker allgemeine und berufliche Qualifikationen verlieren, wird ein Wiedereinstieg in das Beschäftigungssystem dann zunehmend schwieriger. Die „kritische Schwelle“ wird bei einer Dauer der Arbeitslosigkeitsperiode von etwa einem Jahr gesehen. Diese „Langzeitarbeitslosigkeit“ hat mittlerweile beträchtliche Ausmaße angenommen.

Von den Arbeitslosen waren Mitte 1998 in Westdeutschland 38,0 % und in Deutschland insgesamt 36,8 % länger als ein Jahr arbeitslos.

In Niedersachsen ist dieser Anteil seit langem überdurchschnittlich. Mitte 1998 waren sogar 40,4 % oder etwa 152.000 Personen länger als ein Jahr ohne Beschäftigung. Die regionale Betroffenheit von Langzeitarbeitslosigkeit ist je nach strukturellen Ungleichgewichten zwischen Angebot und Nachfrage auf den regionalen Arbeitsmärkten äußerst unterschiedlich. Ausgesprochen hoch ist der Anteil der Langzeitarbeitslosen in den Industriegebieten, die sich in einem intensiven Umstrukturierungsprozeß befinden (z. B. Wolfsburg, Helmstedt, Braunschweig/Salzgitter sowie in den Küstenregionen Wilhelmshaven, Bremerhaven und Bremen) sowie in den insgesamt wachstumsschwächeren Räumen des südlichen Niedersachsen (Göttingen, Holzminde, Osterode, Hildesheim). Die augenfällige positive Korrelation mit der Arbeitslosigkeit älterer Arbeitnehmer macht deutlich, dass es sich bei der Langzeitarbeitslosigkeit weitgehend um Folgen des raschen Strukturwandels handelt. Vergleichsweise niedrig ist der Anteil der Langzeitarbeitslosen im westlichen Niedersachsen und im südlichen Umland von Hamburg.

Qualifikationsstrukturen

Der Qualifikation der Beschäftigten kommt im internationalen Wettbewerb der hochentwickelten

Volkswirtschaften und ihrer Regionen eine immer stärkere Bedeutung zu. Qualifizierte Arbeitnehmer sind eine Voraussetzung für die Entwicklung, Produktion und Vermarktung hochwertiger Güter und Dienstleistungen, bei denen ein Land wie die Bundesrepublik mit hohen Einkommensansprüchen komparative Vorteile besitzt. Qualifizierte Arbeitskräfte sind deshalb bereits heute ein wichtiger Standortfaktor, und viele Anzeichen sprechen dafür, dass die Entwicklungsperspektiven von Regionen in Zukunft noch entscheidender von der Mobilisierbarkeit qualifizierter Kräfte bestimmt werden.

Der Anteil der Auszubildenden an den Beschäftigten spiegelt die Ausbildungsanstrengungen der Wirtschaft wider. Dieser Anteil allerdings ist seit Mitte der 80er-Jahre fast durchgehend gesunken. Die Ursachen hierfür liegen zum einen in der (demographisch bedingten) geringeren Nachfrage nach Ausbildungsplätzen, zum anderen in den letzten Jahren auch im Abbau von Ausbildungskapazitäten vor allem in der Industrie. Neben einer rein quantitativen Betrachtung spielt unter regionalwirtschaftlichen Gesichtspunkten vor allem eine Rolle, in welchen Berufen ausgebildet wird. Die Zusammensetzung der Ausbildungsberufe hängt dabei eng mit der Wirtschaftsstruktur einer Region zusammen. In den ländli-

chen Räumen wird zwar in der Regel intensiv ausgebildet, die Ausbildung konzentriert sich aber häufig auf wenige Ausbildungsberufe, das Spektrum ist gegenüber großstädtischen Räumen stark eingengt. Ein vielfältiger Ausbildungsstellenmarkt ist aber gerade unter dem Aspekt der Anpassung der Qualifikationen im Zuge des wirtschaftlichen Strukturwandels von großer Bedeutung.

In der niedersächsischen Wirtschaft wurde über viele Jahre hinweg überdurchschnittlich ausgebildet. Die Zahl der Auszubildenden ist allerdings seit Ende der 80er-Jahre in Niedersachsen überproportional zurückgegangen. Im Jahr 1989 lag die Auszubildendenquote (Anteil der Auszubildenden an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten) noch erheblich über dem Bundesdurchschnitt und im Jahr 1997 übertraf sie den Bundeswert nur noch geringfügig. In allen Teilräumen des Landes sind die Auszubildendenquoten seit Ende der 80er-Jahre zurückgegangen, besonders stark in den Regionen, die ehemals weit überdurchschnittlich ausgebildet haben, sodass die regionalen Unterschiede deutlich geringer geworden sind. Vor allem in den ländlichen Regionen des westlichen Niedersachsen wird nicht mehr so stark ausgebildet. Nach wie vor sind aber die großen Industriestandorte und die Großstädte die Schlusslichter

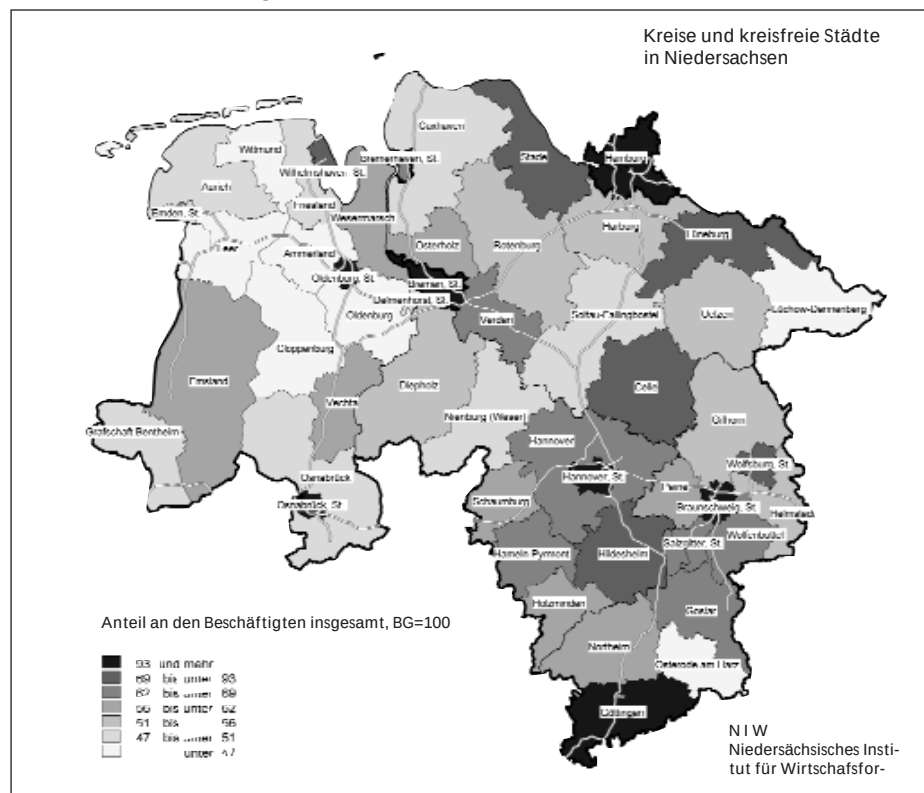
hinsichtlich der Intensität der beruflichen Erstausbildung.

Der sektorale Wandel der Beschäftigung in der Bundesrepublik wird begleitet von einem beträchtlichen qualifikatorischen Strukturwandel. So ist die Zahl der Beschäftigten ohne abgeschlossene Berufsausbildung von 1980 bis 1996 bundesweit um 35 % zurückgegangen, die Beschäftigung der mittleren Qualifikationen (mit abgeschlossener Berufsausbildung, ohne Fachhochschul- und Hochschulausbildung) ist demgegenüber um 22 %, diejenige der Hochqualifizierten (mit Fachhochschul- und Hochschulabschluß) sogar um etwa 94 % angestiegen.

In der niedersächsischen Wirtschaft wurden bereits Anfang der 80er-Jahre weniger unqualifizierte Kräfte und mehr Arbeitnehmer mit mittleren Qualifikationen beschäftigt, und seitdem war der qualifikatorische Strukturwandel darüber hinaus intensiver als im Bundesdurchschnitt.

Der Anteil der Unqualifizierten ist überdurchschnittlich zurückgegangen und lag 1997 deutlich unter dem Bundeswert, und der Anteil der mittleren Qualifikationen ist überdurchschnittlich gestiegen. Ein beträchtliches Defizit ergibt sich aber in Niedersachsen seit langem bei der Beschäftigung von hoch qualifizierten Kräften.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Fachhochschul- und Hochschulausbildung 1997



Der Anteil der Beschäftigten mit Fachhochschul- und Hochschulabschluß lag 1997 um mehr als ein Fünftel unter dem Bundesdurchschnitt. Gegenüber Anfang der 90er-Jahre konnte damit zwar der Anteil der Hochqualifizierten gesteigert, der relative Rückstand zum Bundesgebiet aber nicht verringert werden.

Die Qualifikationsstrukturen der Beschäftigten weisen ein beträchtliches regionales Gefälle auf mit ei-

nem weit überdurchschnittlichen Anteil von Hochqualifizierten in den großstädtischen Zentren und den Hochschulstandorten sowie ausgesprochen niedrigen Anteilen in den ländlichen und peripheren Räumen.

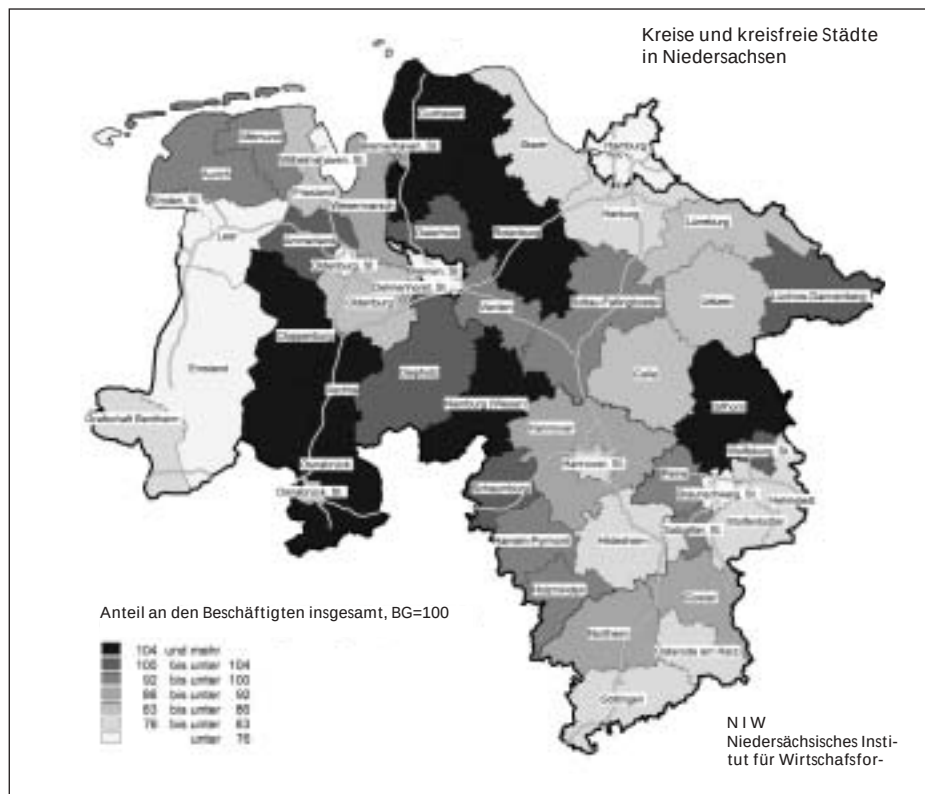
Alle Regionen des Landes haben seit Ende der 80er-Jahre den Anteil der Hochqualifizierten steigern können, besonders deutliche Zunahmen wurden in den großstädtischen Zentren des Landes erreicht.

Bei der Beschäftigung von wenig qualifizierten Kräften ist das regionale Verteilungsmuster demgegenüber nicht ganz so eindeutig. Es ist offensichtlich abhängig von den Wirtschafts- bzw. Industriestrukturen sowie der Sozialstruktur (z. B. ausländische Arbeitskräfte). In allen Regionen des Landes wurde seit Beginn der 90er-Jahre der Anteil der unqualifizierten Kräfte weiter reduziert. Einige stark ländlich geprägte Räume (Nienburg, Gifhorn, Cloppenburg, Lüchow-Dannenberg) so-

wie die Standorte der Großindustrie (Wolfsburg, Salzgitter, Emden) stehen aber nach wie vor an der Spitze.

Insgesamt stellen sich trotz des vergleichsweise günstigen wirtschaftlichen Wachstums in den letzten Jahren erhebliche Herausforderungen für die Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik in Niedersachsen. Der Anteil von hochqualifizierten Kräften muss durch die Schaffung entsprechender Arbeitsplätze nach-

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ohne abgeschlossene Berufsausbildung 1997



haltig erhöht werden. Der nach wie vor hohe Anteil von wenig Qualifizierten mit weit überdurchschnittlichem und im Strukturwandel noch steigenden Arbeitsmarktrisiken muss durch Nachholen schulischer Abschlüsse und Nachqualifizierungen reduziert werden. Darüber hinaus gilt es aber auch, für nicht (mehr) Qualifizierbare entsprechende einfache Beschäftigungsmöglichkeiten zu erhal-

ten und zu schaffen. Zur Abfederung der Folgen des innovations- und qualifikationsorientierten wirtschaftlichen Strukturwandels sind beträchtliche Anpassungsqualifikationen auch bei den qualifizierten Arbeitnehmern notwendig. Last but not least sind erhebliche Anstrengungen zur Wiedereingliederung von Frauen ins Erwerbsleben vonnöten.

Hans-Ulrich Jung

Mundarten und Hochsprache

Ursprachen und Mundarten

Die Ursprachen des heutigen Landes Niedersachsen sind Niederdeutsch und – im Küstenraum zwischen Weser und Ems – Friesisch. Obwohl die hochdeutsche Standardsprache seit dem Untergang der mittelniederdeutschen Hanse-sprache im 16. Jahrhundert zum Idiom der Schule, der Verwaltung, der Wissenschaft und des öffentlichen Lebens geworden ist, behaupteten immer noch 39% der erwachsenen Bevölkerung Niedersachsens in einer Umfrage aus dem Jahre 1987, über „gute bis sehr gute“ niederdeutsche Sprachkenntnisse zu verfügen. Das Altostfriesische, bis ca. 1400 die Sprache Ostfrieslands und der Groninger Ommelanden, wurde im Laufe des 15. Jahrhunderts von der Hanse-sprache abgelöst. Heute sprechen die Ostfriesen neben der Standard-sprache eine auf friesischem Substrat entstandene niederdeutsche Mundart, während das Uroostfriesische nur noch von ca. 2.000 Einwohnern der Gemeinde Saterland (Gesamteinwohnerzahl 11.000) in der Nordwestecke des Landkreises Cloppenburg gesprochen wird. Innerhalb des Landes Niedersachsen sind, neben dem Friesischen, alle drei Hauptmundarten des Westnieder-deutschen vertreten. Die folgenden

Sprachproben zeigen die Vielfalt der niedersächsischen Mundarten:

- (1) Hochdeutsche Standardsprache:
Ich habe mit ihm gesprochen, aber er sagte mir, dass er mir den Schlüssel nicht geben könne.
- (2) Westfälisch: Ik häwe mit em/en küert, man hee/häi hätt mie säggt, dat häi/hee mie den Slüettel nich giewwen kann.
- (3) Ostfälisch: Ik hääbe mit öh-n(e)/ne eköört/esnackt/esproken, man/aver hee/hei hat mik/mek eseggt, dat hei mik/mek den Slöttel nich geben könn(e).
- (4) Nordniedersächsisch:
 - a. Ostfriesland: Ik heb mit hum proot, man häi het (an) mie segd, dat häi/hee mie de Slötel/Slöätel/Schlöädel näit/nee(t)/nich geven/gäven kun;
 - b. Oldenburger Land: Ik heb mit üm/em s(ch)nackt, man hee/häi hef/het mie seggt, dat hee/häi mie den S(ch)löädel nich gäben kunn.
- (5) Saterfriesisch: Iek hābe mād him boald, man hie hād mie (tou)k-weden, dāt hie mie dān Koai nit reke kude.

Lediglich im äußersten Süden Niedersachsens in dem Kreis Hannoversch-Münden und im Südosten im Kreis Osterode findet man mehrere Ortschaften, wo mitteldeutsche Mundarten gesprochen werden. Dies gilt auch für den Kreis Blanken-

Einteilung der deutschen Dialekte: Das Westfälische, das Ostfälische und das Nordniederdeutsche



Quelle: Peter Wiesinger: Die Einteilung der deutschen Dialekte, In: Klaus Mattheier/
Peter Wiesinger (Hg.): Dialektologie des Deutschen, 2. Halbband, Tübingen 1994, S. 807 – 899.

burg in Sachsen-Anhalt. Sonst finden wir im ganzen Bundesland keine Spur der hochdeutschen Lautverschiebung, unter deren Einfluss

sich die stimmlosen Verschlusslaute *p*, *t*, und *k* je nach ihrer Stellung im Wort zu *ch*; *pf*, *f*, *ff*; *z*, *s*, *ss* und *ß* entwickelten: niederdeutsch *Pen-*

ning, hochdeutsch *Pfennig*, niederdeutsch *kopen*, hochdeutsch *kaufen*, niederdeutsch *Päper*, hochdeutsch *Pfeffer*; niederdeutsch *Kropp*, hochdeutsch *Kropf*, niederdeutsch *Tied*, hochdeutsch *Zeit*, niederdeutsch *bäter*, hochdeutsch *besser*; niederdeutsch *Lott*, hochdeutsch *Los*, niederdeutsch *heet*, hochdeutsch *heiß*, niederdeutsch *koaken*, hochdeutsch *kochen*.

Westfälisch

Die Hauptorte des Westfälischen sind Osnabrück in Niedersachsen und Bielefeld, Dortmund, Münster und Paderborn in Nordrhein-Westfalen. Die herausragenden Kennzeichen des Westfälischen sind:

- (1) Mittelniederdeutsch *a* in offener Silbe > westfälisch *aa* [a:], mittelniederdeutsch *â* > westfälisch *oa* [ɔ:] oder *au* [au]: mittelniederdeutsch *maken* „machen“, westfälisch *maken*, mittelniederdeutsch *schâp*, *skâp* „Schaf“, westfälisch *Schoap*, *Schaup*.
- (2) Die germanische Lautverbindung *sk* ist im In- und Auslaut weitgehend erhalten, während sie in den meisten anderen Dialekten (außerhalb des niederländischen Grenzraums) als *sch* erscheint: *Holsken* „Holzschuh“, *luunsk* „launisch“, *Disk* „Tisch“.
- (3) Die Endung der 2. Pers. Sg. Ind. Präs. und Prät. ist -s statt -st: *du giffs*, *gäfffs* „du gibst, gabst“, *du*

mens, *mendes* „du meinst, meinstest“.

- (4) Wenn eine Silbengrenze zwischen zwei Vokalen liegt, wird ein Gleitkonsonant eingeschoben, um die Entstehung eines Knacklautes zu vermeiden: ostfriesisch *näie* „neue“, westfälisch *nigge*; ostfriesisch *Eier* „Eier“, westfälisch *Egger*; ostfriesisch *Mauen* „Ärmel“ (Pl.), westfälisch *Movven*.
- (5) Aus den altniederdeutschen Kurzvokalen in offener Silbe *a*, *ε*, *e*, *i*, *o*, *ö*, *u*, *ü* entwickelten sich neben altniederdeutsch *a* > westfälisch *aa* eine Reihe von Kurzdiphthongen: altniederdeutsch *hamar*, westfälisch *Hamer* „Hammer“, altniederdeutsch *etan*, westfälisch *iätten* „essen“, altniederdeutsch *beki*, westfälisch *Biekke* „Bach“; altniederdeutsch *gedrivan*, westfälisch *driewwen* „getrieben“, altniederdeutsch *ginoman*, westfälisch *nuomen* „genommen“, mittellateinisch *cocina* > altniederdeutsch **kokina* > westfälisch *Küöken/Küeke* „Küche“; altniederdeutsch *kuman*, westfälisch *kuemen/kuomen* „kommen“, altniederdeutsch *slutil*, westfälisch *Slüettel* „Schlüssel“.

Ostfälisch

Die Hauptorte des Ostfälischen sind Hannover, Hildesheim, Braunschweig, Goslar und Göttingen. Die

herausragenden Kennzeichen des Ostfälischen sind:

- (1) Im Gegensatz zum Westfälischen und Nordniedersächsischen ist der ostfälische Dativ der Personalpronomina mit dem Akkusativ zusammengefallen. Die Einheitsformen sind *dik/dek* „dir, dich“, *mik/mek* „mir, mich“, *öne* „ihm, ihn“, *se* „ihr, sie“. In den übrigen Mundarten stehen die Dativformen für den Akkusativ.
- (2) Die Apokope des auslautenden -e unterbleibt: *Büsse* „Büchse“, *Eere* „Erde“, *Wulle* „Wolle“ gegenüber ostfriesisch *Büas*, *Eer* und *Wual*.
- (3) Die mittelniederdeutsche Präfix *ge-* bleibt als *e-* erhalten: *efraget* „gefragt“, *ekomen* „gekommen“, *eseihen* „gesehen“.
- (4) Die Dehnung kurzer Vokale in offener Tonsilbe unterbleibt vor unbetonter Endsilbe, vor allem vor -*el*, -*en*, -*er* der Folgesilbe: ostfälisch *Voggel* „Vogel“ statt nordniedersächsisch *Vagel/Vogel*; *betten* „bisschen“ statt nordniedersächsisch *bäten*; *Feder* „Feder“ statt nordniedersächsisch *Feer/Fäär*; ostfälisch *Leppel* „Löffel“ statt nordniedersächsisch *Läpel*.
- (5) Die altniederdeutschen Kurzvokale in offener Silbe *a*, *ε*, *e*, *i*, *o*, *ö*, *u*, *ü* entwickeln sich im Ostfälischen wie folgt: altniederdeutsch *macian*, „machen“, ost-

fälisch *moaken*; altniederdeutsch *geban* „geben“, ostfälisch *gäben*; altniederdeutsch *beki* „Bach“, ostfälisch *Beke*; altniederdeutsch *gidrivan* „getrieben“, ostfälisch *edreben*; altniederdeutsch *ginoman* „genommen“, ostfälisch *enomen*; altniederdeutsch *kuman* „kommen“, ostfälisch *komen*; mittellateinisch *cocina* > altniederdeutsch **kokina*, „Küche“, ostfälisch *Köke*; altniederdeutsch *slutil* „Schlüssel“, ostfälisch *Slöttel*.

- (6) Im ostfälischen Sprachgebiet befindet sich eine mitteldeutsche Sprachinsel, die zwischen 1520 und 1620 durch die Zuwanderung von Bergarbeitern aus dem Erzgebirge entstanden ist. Diese Siedler gründeten die sieben Oberharzer Bergstädte Altenau, Sankt Andreasberg, Clausthal, Hahnenklee, Lautenthal, Wildemann und Zellerfeld und brachten ihre mitteldeutsche Sprache mit sich.

Nordniedersächsisch

Innerhalb Niedersachsens wird das Nordniedersächsische durch den alten Regierungsbezirk Aurich, den Verwaltungsbezirk Oldenburg und den Regierungsbezirk Stade vertreten. Die Hauptmerkmale des Nordniedersächsischen sind:

- (1) In Ostfriesland findet man im Präs. Pl. Ind. die Endung -*en* aus der von diesem ursprünglich frie-

sischen Sprachgebiet übernommenen Hansesprache: *wie singen* (<mittelniederdeutsch *wî singen*) „wir singen“ gegenüber *wie singt* im übrigen Sprachgebiet. Ebenfalls in Ostfriesland findet man die Pronomina *hum* „ihm, ihn“ und *höör* „ihr, sie“ mit nordseegermanischer *h*-Prothese (vgl. engl. *him*, *her* und niederländisch *hem*, *haar*), die Formen west „gewesen“, *twalf* „zwölf“ und *kwamm/kweem/keem* „kam“ gegenüber den im nordniedersächsischen Raum üblichen Formen *twölf*, *wäsen/wään* und *keem/kööm*.

(2) Altniederdeutsch *î*, *û* und *ü*: sind Monophthonge geblieben, während diese Laute im West- und Ostfälischen häufig diphthongiert wurden.

(3) Ostfriesland zeigt wie das benachbarte Groningerland und die niederländische Standardsprache die Pluralendung *-en* oder, nach Substantiven, die auf *-el*, *-er* enden, *-s*, während die übrigen Mundarten des Nordniedersächsischen mehrere Pluralendungen verwenden: ostfriesisch *Pot*, *-ten* „Topf“, oldenburgisch *Pot*, *Pötte*, ostfriesisch. *Wief*, *Wieven* „Frau, Ehefrau“, oldenburgisch *Wief*, *Wiever*; ostfriesisch *Vögel*, *-s*, oldenburgisch *Voagel*, *Vöägel*.

(4) Im Nordniedersächsischen wurde das altniederdeutsche Vokalsystem stark vereinfacht. Die altniederdeutschen Kurzvokale in offener Silbe *a*, *ε*, *e*, *i*, *o*, *ö*, *u*, *ü* werden auf die Vokalphoneme *ää*, *oa* und *öä* (im westlichen Ostfriesland *ee*, *oo*, *öö*) reduziert: altniederdeutsch *macian*, „machen“, nordniedersächsisch *moaken*; altniederdeutsch *geban* „geben“, nordniedersächsisch *gäven*; altniederdeutsch *beki* „Bach“, nordniedersächsisch *Bäke*; altniederdeutsch *gidrivan* „getrieben“, nordniedersächsisch *dräven*; altniederdeutsch *ginoman* „genommen“, nordniedersächsisch *noamen*; altniederdeutsch *kuman* „kommen“, nordniedersächsisch *koamen*; mittellateinisch *cocina* > altniederdeutsch **kokina* „Küche“, nordniedersächsisch. *Köäken*; altniederdeutsch *slutil* „Schlüssel“, nordniedersächsisch *Slöätel*.

(5) Einen besonders starken Einfluss auf die nordniedersächsischen Mundarten innerhalb Niedersachsens hat die niederländische Sprache ausgeübt.

Schon im 12. Jahrhundert haben niederländische Kolonisten die Elbmarschen urbar gemacht, und wir finden dort zahlreiche niederländische Lehnwörter wie *Slüse* „Schleuse“ (niederländisch

sluis), *Wäteringe* „Abzugsgraben“ (niederländisch *wetering*), *Waterlose* „Schleusengraben, Sielgraben“ (niederländisch *waterlossing*).

Auch die im niederländischen Grenzraum liegenden Gebiete Ostfriesland, die Grafschaft Bentheim und das Emsland haben viele niederländische Wörter in ihre Mundarten aufgenommen: *Potlood* „Zimmermannsbleistift“ (niederländisch *potlood*), *Patrise* „Rebhuhn“ (niederländisch *patrijs*), *Kikkert* „Frosch“ (niederländisch *kikker*).

Im Hannoverschen Wendland findet man viele niederländische Lehnwörter, die über die von niederländischen Kolonisten besiedelte Altmark in die Sprache der Nachbarn aufgenommen wurden: *Bese* „Beere“ (niederländisch *bes*), *Parre* „Kröte“ (niederländisch *pad*); *Pier* „Regenwurm“ (niederländisch *pier*).

Standardsprache, Umgangssprache, Niederdeutsch

Die deutsche Standardsprache ist die Sprache der schriftlichen Kommunikation in der Bundesrepublik Deutschland, Österreich, der Schweiz und anderen Ländern, in denen Deutsch Amtssprache ist. Die Standardsprache ist, im Gegensatz zur Umgangssprache und Mundart,

in Wörterbüchern und Grammatiken kodifiziert, und sie unterliegt mehr oder weniger festen Regeln.

Die Umgangssprache im Lande Niedersachsen steht der Standardsprache nahe, aber sie ist von dem niederdeutschen Substrat stark beeinflusst. Obwohl eine Mehrheit der Niedersachsen keine aktiven Niederdeutschkenntnisse besitzt, gibt es gewisse niederdeutsche Sprachgewohnheiten, welche die meisten Niedersachsen trotz der standardsprachlichen Norm in ihre Sprache übernommen haben:

- (1) Die Lautverbindungen *sp*, *st* im Anlaut werden als [sp] und [st] statt als [p], [t] ausgesprochen.
- (2) In Wörtern wie *Glas*, *Rad*, *grob*, *Tag* spricht man den Vokal in geschlossener Silbe kurz. Nur wenn durch das Anhängen einer Endung der Vokal in eine offene Silbe tritt, wird er lang (*Gläser*, *Räder*, *grobe*, *Tage*) gesprochen.

Hier ahmt die Umgangssprache das Niederdeutsche nach; denn man findet z. B. ostfriesisch *Glas*, *Rad*, *grof*, *Dag* mit kurzem Stammvokal, aber die Pluralformen lauten *Gloasen*, *Roaden*, *groave*, *Doage(n)*.

- (3) Norddeutsch-niedersächsisch *g* wird, genau wie im Niederdeutschen, im Auslaut und vor *s*, *t* spirantisiert und entstimmmt: Man findet [ç] nach vorderen Vo-

kalen und [x] vor hinteren Vokalen. Die Formen *liegst*, *liegt* und *lag* werden als [li:çst], [li:çt] und [lax]/[la:x] realisiert. (Das kurze *a* in *lag* beruht auf derselben Erscheinung, die uns in (1) begegnet ist.)

- (4) Niederdeutsch ist auch die Bildung des Perfekts von *anfangen* mit *sein*: *Ich bin schon damit angefangen* (= niederdeutsch *ik bün der al mit anfangen/anfungen*).
- (5) Typisch für die niederdeutsche Umgangssprache ist die Trennung zusammengesetzter Pronominaladverbien nach niederdeutschem Vorbild: *Da habe ich mich groß über wundert* (= niederdeutsch *dar heb ik mie groot over wunnert.*). *Wo willst du den Hund mit füttern* (= niederdeutsch: *Wo wult du de(n) Hund mit fauern/foddern?*).

Die Zukunft des Niederdeutschen in Niedersachsen

Bis 1945 kamen die meisten Kinder, die aus den ländlichen Gebieten Niedersachsens stammten, ohne hochdeutsche Sprachkenntnisse in die Schule. In den Jahren nach dem 2. Weltkrieg haben die niederdeutschsprachigen Eltern festgestellt, dass die Kinder der Ostvertriebenen erhebliche Vorteile gegen-

über den einheimischen Kindern genossen, weil sie schon vor der Einschulung Hochdeutsch sprachen. Die niederdeutschen Eltern, die eine Benachteiligung der eigenen Kinder befürchteten, begannen ausschließlich Hochdeutsch mit ihnen zu sprechen. Im Laufe der fünfziger Jahre vollzog sich der Sprachwechsel, und Hochdeutsch löste Niederdeutsch als Sprache des Schulhofes ab. Heutzutage ist es eine Seltenheit, dass Menschen, die nach 1960 geboren wurden, das Niederdeutsche beherrschen. Abgesehen von dem westlichen Ostfriesland (Reiderland, Krummhörn) gibt es kaum noch Gebiete in Niedersachsen, wo mehr als eine Handvoll Kinder Niederdeutsch sprechen. Ein zweiter Faktor, der das Niederdeutsche bedroht, ist die weit verbreitete Überzeugung, dass man mit dem Niederdeutschen aufgewachsen sein muss, um die Sprache richtig zu sprechen. Es ist nicht ungewöhnlich, dass eine große niederdeutsche Gesprächsrunde zur Standardsprache überwechselt, wenn sich nur ein einziger Hochdeutscher der Runde anschließt. Wenn die Niederdeutschen nicht bereit sind, ihre Sprache aktiv zu pflegen und sie an Kinder, Enkelkinder und „Zugereiste“ weiterzugeben, wird das Niederdeutsche vor dem Ende des 21. Jahrhunderts aussterben.

Marron Fort

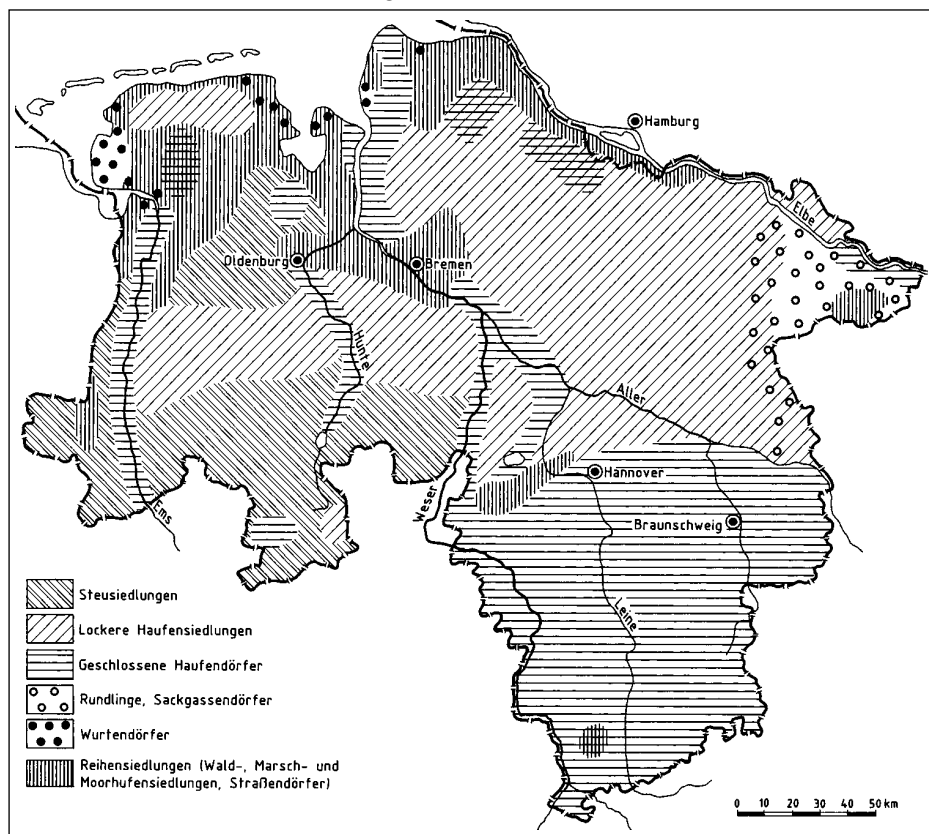
Siedlungsstrukturen

Überblick und ländliche Siedlungsformen

Im relativ dünn besiedelten Flächenland Niedersachsen liegt in räumlicher Hinsicht eine Ungleichverteilung der Anzahl und Größe der Siedlungen vor. Der Norden und Westen sind verhältnismäßig städtearm und weisen zumeist auch nur kleinere Dörfer auf. Im Gebiet der

Lössbörde im Südosten liegt dagegen eine Häufung von Siedlungen (Dörfern sowie Städten) vor. Viele der in diesem Altsiedelland gelegenen Ansiedlungen können auf eine mehr als tausendjährige Geschichte zurückblicken. Andere Räume wie die junge Marsch oder große Moorgebiete wurden erst sehr viel später besiedelt, das Emsland im äußersten Westen wurde in weiten Teilen so-

Traditionelle ländliche Siedlungsformen in Niedersachsen



Quelle: nach Seedorf und Meyer 1996, S. 109.

gar erst nach dem Zweiten Weltkrieg planmäßig erschlossen.

Es sind mehrere verschiedenartige Siedlungsformen zu unterscheiden, die jeweils charakteristische Verbreitungsgebiete haben. Auch wenn durch den Ausbau und die Ausweitung der Siedlungsfläche, vor allem seit Ende des Zweiten Weltkrieges, eine Überformung der Siedlungen stattgefunden hat, so sind die Grundstrukturen der Siedlungsformen zumeist noch deutlich erkennbar.

Die Abbildung Traditionelle ländliche Siedlungsformen zeigt die räumliche Verbreitung der ländlichen Siedlungsformen in Niedersachsen. Im Südosten sind geschlossene Haufendörfer prägend, die, bedingt durch die hohe landwirtschaftliche Tragfähigkeit, im Bördegebiet zu einer verhältnismäßig hohen Bevölkerungsdichte geführt haben. Ebenfalls zu den älteren Siedlungsformen zählt die niedersächsische Geestsiedlung (der Drubbel), die zu den lockeren Haufensiedlungen gehört. Ein solcher Drubbel bestand zumeist aus 4–10 Höfen und lag am Rande des Dauerackerlandes, dem Esch, der sich zumeist aus der feuchteren Umgebung heraushebt und durch anthropogene Einflüsse durch Aufbringen von Dungmaterial im Verlauf mehrerer Jahrhunderte mit einer mächtigen Humusaufgabe versehen wurde. Ursprünglich war der Esch in Längsstreifen untergliedert,

die Flurstücke lagen in Gemengelage. Durch Verkoppelungen und Flurbereinigungen sind diese Merkmale der Flurgestaltung zumeist verloren gegangen.

Einzelhof- und Streusiedlungen sind ebenfalls auf der Geest verbreitet, vor allem im Bereich der Oldenburgisch-Ostfriesischen Geest, im Emsland und im Osnabrücker Raum. Einige dieser Siedlungen sind älteren Datums und lassen sich auf mittelalterliche Einzelhöfe, auf Siedlungsausbau im hohen Mittelalter, auf alte Mühlenstandorte oder auf Reste ehemaliger Dörfer, die im Spätmittelalter wüstgefallen sind, zurückführen, andere sind erst im Zuge der Neulandgewinnung (junge Marsch) oder der Ödlandkultivierung (Emsland) entstanden.

Wurtendörfer oder Wurtenrunddörfer sind auf den Bereich der Altmarsch an der Nordseeküste beschränkt. Ihre Entstehungszeit liegt in etwa im Zeitraum 100 n.Chr. – 1000 n.Chr. Sie wurden vor der Eindeichung zum Schutz vor Sturmfluten auf künstlichen Hügeln errichtet. Sie sind planmäßig angelegt, dicht bebaut und die alten Bauernhöfe liegen zumeist radial um die Kirche bzw. den Dorfplatz gruppiert. Ihr runder oder ovaler Ortsgrundriss stellt die beste Anpassung an die damaligen Bedingungen (Schutz vor Sturmflut) dar. Charakteristisch sind Namensendungen auf -wurt, -wart, -warden oder -warp.

Eine ganz andere Form von Rundlingen ist im äußersten Osten Niedersachsens, vor allem im sog. Hannoverschen Wendland, anzutreffen. Um den Mittelpunkt der abseits der Hauptstraßen gelegenen Rundlinge, den Dorfplatz, gruppieren sich 6–15 Höfe mit keilförmigen Grundstücken. Ursprünglich führte nur ein einziger Weg zum Dorfplatz, über den auch alle Hofzufahrten erfolgten. Die Häuser stehen mit dem Giebel zum Dorfplatz und umrahmen diesen, was der gesamten Dorfanlage eine geschlossene Form verleiht. Es handelt sich unverkennbar um planmäßig angelegte Siedlungen, doch ist die geschlossene Rundlingsform erst später aus halbbogen- und hufeisenförmigen Anlagen durch Hofteilungen und Nachsiedlungen kleiner Hofstellen entstanden.

Zumeist – mit Ausnahme der Straßendörfer – ein Ergebnis gelenkter Siedlungstätigkeit sind die verschiedenen Formen von Reihensiedlungen. Ältere Formen sind die Hufensiedlungen, die im Mittelalter oder später angelegt wurden. Sie stellen ein typisch koloniales Siedlungszeugnis dar. In der sehr lang gestreckten, oft kilometerlangen Ortschaft, liegen die Gehöfte in mehr oder weniger großen Abständen entlang einer Straße aufgereiht. Der zu den Höfen gehörende Grundbesitz liegt in Form von langen, durchlaufenden Streifen (Hu-

fen) hinter den Höfen. Zu unterscheiden sind Wald-, Marsch- und Moorhufendörfer.

Waldhufendörfer, einschließlich der Sonderform der Hagenhufendörfer, bei denen die einzelnen Hufen durch Zäune o. Ä. voneinander getrennt waren und die auch einen besonderen Rechtsstatus hatten, wurden vor allem bei der Erschließung der Mittelgebirge angelegt. Ein ausgeprägtes Verbreitungsgebiet liegt in Form der Hagenhufendörfer, leicht erkennbar an der Namensendung „-hagen“, im Raum südlich des Steinhuder Meeres bis nördlich von Hannover.

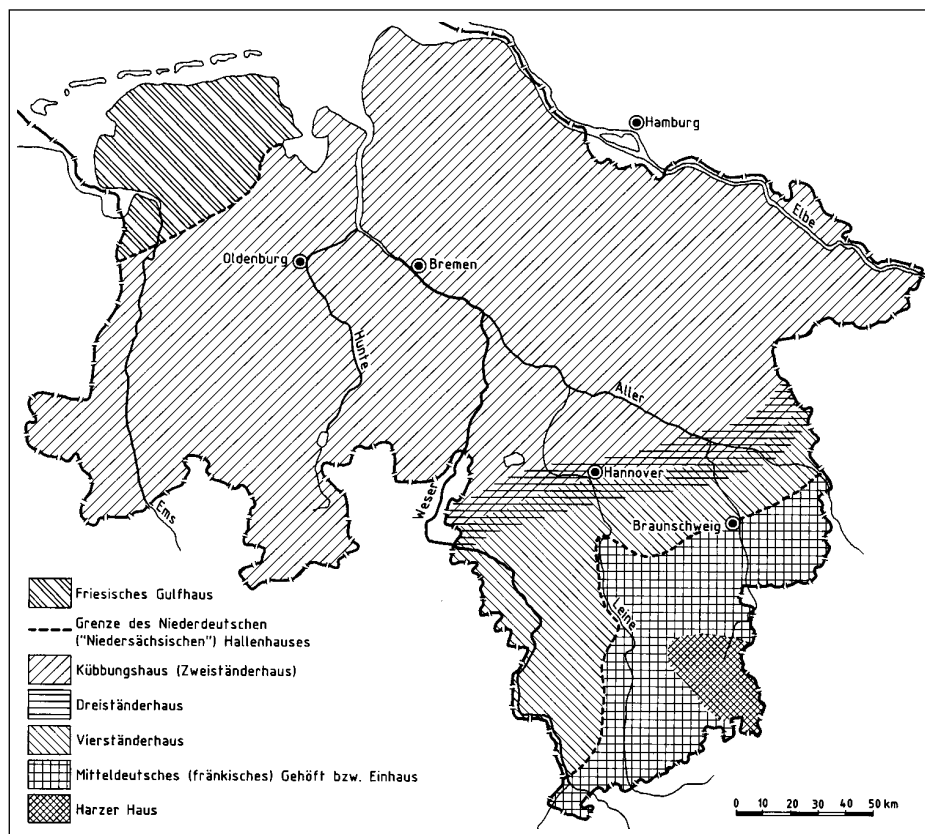
Marschhufendörfer sind unter anderem durch die hochmittelalterliche Marschhufenkolonisation in der Wesermarsch entstanden, die ab Anfang des 12. Jahrhunderts auf Betreiben des Erzbischofs von Bremen erfolgte. Da die Ausführenden dieser Urbarmachung holländische Siedlungstechniker und Kolonisten waren, werden diese Siedlungen auch als „Hollerkolonien“ bezeichnet.

Moorhufendörfer sind in den großen Mooregebieten im Nordwesten Niedersachsens verbreitet. Sie stellen eine relativ junge Form dar und verdanken ihre Entstehung den Phasen herrschaftlich organisierter Binnenkolonisation der frühen Neuzeit (17. – 19. Jahrhundert), wenngleich Vorformen auch schon älteren Datums sein können. Eine sol-

che Vorform sind die Aufstrecksiedlungen in Ostfriesland, die der mittelalterlichen Binnenkolonisation (11. – 14. Jahrhundert) zugehören. Dabei wurde nach dem Aufstreckrecht die Parzelle nur nach der Breite vermessen, die Bewohner drangen auf ihrem Besitzstreifen in das Moor so weit kultivierend vor, bis sie auf ein natürliches (z. B. Fluss) oder künstliches Hindernis (z. B. andere Parzellengrenze) stießen.

Eine verhältnismäßig junge Entwicklung sind die Fehnsiedlungen, die auf das 18. – 19. Jahrhundert zu datieren sind. Es handelt sich dabei um eine Reihensiedlung entlang eines Kanals in großen Mooregebieten im Nordwesten Niedersachsens (Fehn= altfries.: Sumpf, Morast, wässriges und niedriges Land). Der Kanal wurde zur planmäßigen Entwässerung und zum Abtransport des gewonnenen Torfes angelegt.

Vorherrschende bäuerliche Hausformen in Niedersachsen



Quelle: nach Seedorf und Meyer 1996, S. 128.

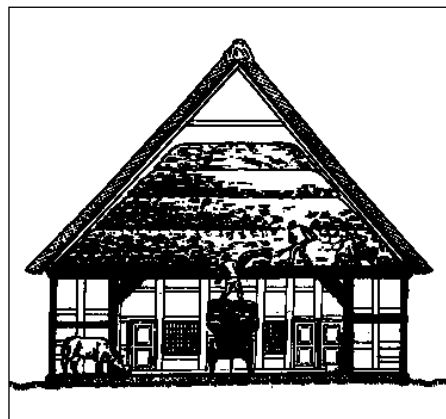
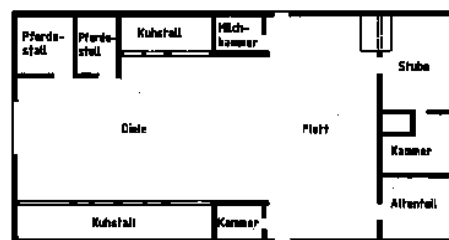
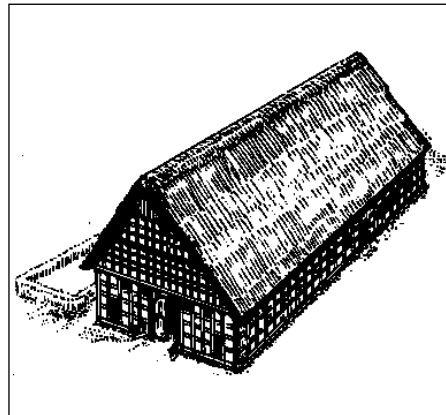
Die Bebauung erfolgte regelmäßig und reihenförmig entlang des Kanalsystems, sodass von „Kanalreihendörfern“ gesprochen werden kann. Aufgrund der lang gestreckten Anlage fehlt ein Siedlungskern. Ursprünglich war eine enge Verbindung von Landwirtschaft und Schifffahrt gegeben, die sich aber später – u. a. bedingt durch die größere Bedeutung der Landverkehrswege (z. B. Eisenbahn) und die Verlegung von Werften nach Leer und Emden – auflöste. Auch der Siedlungstyp als solcher hat durch Verschlammung, Funktionswandel und teilweise Zuschüttung der Kanäle gelitten. Ein bekanntes Beispiel für eine Fehnsiedlung ist die Stadt Papenburg.

Bäuerliche Hausformen

Trotz Überprägung und Zurückdrängung durch jüngere Zweckbauten lassen sich für die Regionen Niedersachsens drei bäuerliche Hausformen als prägend kennzeichnen.

Sehr weit verbreitet ist das „Niederdeutsche Hallenhaus“ oder auch „Niedersachsenhaus“. In diesem Fachwerkbau, das früher mit Stroh oder Schilf gedeckt war, lebten Mensch und Vieh unter einem Dach. Den größten Teil des Hauses nahm die große Halle ein, die als Dreschdiele, Flur und/oder Futtergang diente. An den Seiten der Diele stand das Vieh, als Speicherraum

Das niedersächsische Hallenhaus
Außenansicht – Grundriss –
Getreidelagerung



Quelle: Kaiser und Ottenjann 1997, S. 99, 113, 147.

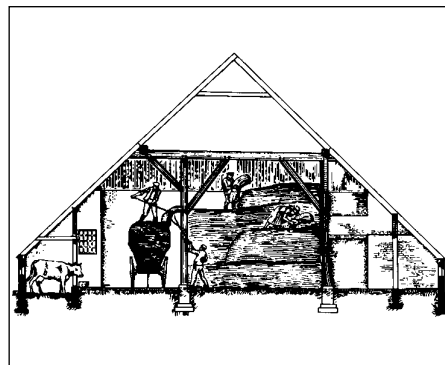
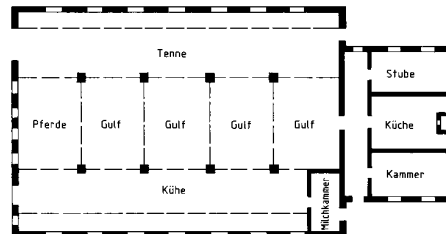
diente die Dachfläche oberhalb dieses Wirtschaftsteiles. Zum Wohnteil gehörte der Herdraum (das Flett).

Das Niedersachsenhaus war ein Rauchhaus ohne Schornstein, der Rauch der Herdstelle zog frei durch den Dachraum ab. Dabei räucherte er die unter den Balken hängenden Würste und Schinken und trocknete die Erntevorräte auf dem Dachboden.

Das Gulfhaus oder „Ostfriesenhaus“ verdrängte im Bereich der ostfriesischen Marschen ab dem 16. und 17. Jahrhundert die Niedersachsenhäuser, als die Marschen eine große Bedeutung für den Ackerbau erlangten und nun großer Stapelraum für das Getreide benötigt wurde. Das Mittelschiff dieses Hauses diente als Lagerraum, wobei zwei Reihen von hohen Ständern die Gulfe umgaben, in denen das Getreide erdlastig gestapelt wurde. Somit bildete der Gulf den Hauptteil des Wirtschaftsbereiches, flankiert vom Viehstall und der Wagendurchfahrt (gleichzeitig Dreschraum). Kennzeichnend sind die an den Rand des Giebels gerückten Türen. Diese Backsteinhäuser wiesen eine klare Trennung zwischen Wohn- und Wirtschaftsteil auf, der Wohnteil war entsprechend dem Reichtum der Marschbauern meist anspruchsvoll gestaltet.

Im Gegensatz zu diesen längs aufgeschlossenen Häusern ist das besonders in Südniedersachsen und

Das friesische Gulfhaus
Außenansicht – Grundriss –
Getreidelagerung



Quelle: Seedorf und Meyer 1996, S. 133;
Kaiser und Ottenjann 1997, S. 147.

im Bereich der Lössbörde anzutreffende mitteldeutsche Gehöft quer aufgeschlossen. Das mitteldeutsche Haus ist ein reines Wohnhaus, die Wirtschaftsräume waren in besonderen Bauten untergebracht. Die

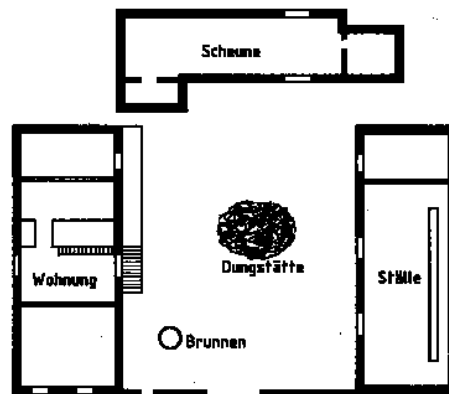
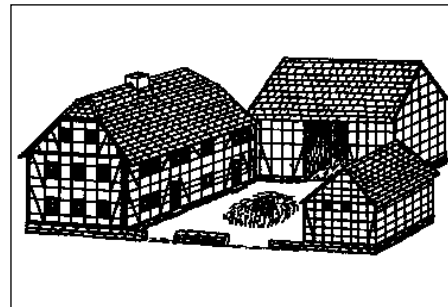
höhere Bodenfruchtbarkeit und die größere Produktion verursachte in diesem Verbreitungsgebiet eine höhere Bevölkerungsdichte. Die Siedlungen sind geschlossener, der Hofraum ist dadurch kleiner und enger, was sich in jüngerer Zeit als nachteilig erwiesen hat, da der Zugang zum Hofraum mit modernen und großen landwirtschaftlichen Maschinen erschwert wird.

Einen eigenständigen Typ stellt auch das Harzer Haus dar, das als eine Kleinform des mitteldeutschen Wohnhauses zu deuten ist und auf die Bedürfnisse der Bergleute, Holzhauer und Köhler zugeschnitten und auch an die besonderen Klimabedingungen angepasst war.

Überprägungen ländlicher Siedlungen

Die traditionellen Strukturen ländlicher Siedlungen in Niedersachsen haben in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg eine umfassende Überprägung erfahren. Durch den Rückgang der Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe und der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung veränderte sich die Sozialstruktur im Dorf. Die früher bestimmende bäuerliche Bevölkerung verlor ihre Vorrangstellung und wurde zur Minderheit. Durch Ausweisung neuer Wohngebiete für die anwachsende Bevölkerung erfolgte eine Ausweitung der Siedlungskörper. Viele

Das mitteldeutsche Gehöft
Außenansicht – Grundriss



Quelle: Seedorf und Meyer 1996, S. 134.

ländliche Siedlungen wurden zu Pendlerwohnorten, insbesondere im Umland großer Städte erfolgte durch Fortzug aus der Stadt und Zuzug in ländlichen Siedlungen eine Suburbanisierung bislang ungekannten Ausmaßes.

Die Anzahl der Gemeinden in Niedersachsen hat sich von 4.237 im Jahr 1946 auf 1.029 im Jahr 1996 verringert. Von wenigen freiwilligen Zusammenschlüssen abgesehen, ist diese Verringerung das Ergebnis einer Gemeindereform, die 1971 be-

schlossen und in den Folgejahren umgesetzt wurde. Ziel war es, eine Gemeinde- bzw. Samtgemeindegröße von mindestens 7.000, im ländlichen Raum ausnahmsweise auch von mindestens 5.000 Einwohnern, zu erreichen, um so zu Verwaltungseinheiten zu kommen, die ihren Aufgaben besser nachkommen können als kleinere Gemeinden dies vermögen. So hat sich insbesondere die Zahl der kleinen Gemeinden (unter 2.000 Einwohner) sehr stark verringert. Lebten 1946 noch 40,5 % der niedersächsischen Bevölkerung in derartigen Gemeinden, sind es derzeit nur noch rund 7 %.

Städtische Siedlungen und Zentralörtliches System

Die Ursprünge alter niedersächsischer Städte liegen in früheren Handelsplätzen, Bischofssitzen und Klosterorten sowie Burg- und Dammstädten begründet. Die ältesten Städte, die vor 1180 Stadtrecht erhielten, sind Osnabrück, Braunschweig, Hildesheim, Goslar und Helmstedt. Zahlreiche weitere Stadtrechtsverleihungen erfolgten im Hoch- und Spätmittelalter, aber auch bis in die unmittelbare Gegenwart werden Stadtrechte verliehen. Wirkliche Neugründungen von Städten in jüngerer Zeit sind dagegen sehr selten. Als ein Beispiel ist Wilhelmshaven zu nennen, das 1853 als preußischer Kriegshafen gegrün-

det wurde und 1859 Stadt wurde. Am bekanntesten sind die Neugründungen Wolfsburg und Salzgitter, mit deren Aufbau unter nationalsozialistischer Regie ab 1937/1938 begonnen wurde. Wolfsburg wurde zum Sitz des Volkswagenwerkes erkoren, während in Salzgitter auf der Basis dort vorhandener Eisenerzvorkommen ein großes Hüttenwerk errichtet wurde.

Auch die niedersächsischen Städte haben eine mehrfache Überprägung erfahren. In früherer Zeit war es die Errichtung von Stadtwälle und Befestigungsanlagen bzw. deren spätere Beseitigung, die das Stadtbild veränderten. Auch der Aufbau von Residenzen und Garnisonen hat zu Strukturveränderungen geführt. Vor allem aber war es die industrielle Überformung durch den Aufbau von Industrievierteln und Arbeitersiedlungen, die nachhaltig zu Wandlungen und zum Größenwachstum der Städte geführt haben. In jüngster Zeit sind es die Ansprüche des Individualverkehrs, die zu Umbildungen führen. Gleichzeitig werden jedoch in den Innenstädten verkehrsberuhigte Bereiche und Fußgängerzonen eingerichtet, um die Attraktivität der Innenstädte zu erhöhen.

In der Raumordnung spielt das Netz der zentralen Orte eine besondere Rolle, das von den Grundzentren über die Mittelzentren bis zu den Oberzentren reicht.

Höhere Zentrale Orte in Niedersachsen



Quelle: nach Landesraumordnungsprogramm Niedersachsen 1994.

Die Mittelzentren dienen der Bereitstellung der zentralen Einrichtungen und Angebote zur Deckung des gehobenen Bedarfs. Für ein jeweils größeres Umland sind vor allem die Oberzentren von Bedeutung, deren Aufgabe die Bereitstellung der zentralen Einrichtungen und Angebote zur Deckung des spezialisierten höheren Bedarfs ist. Einige dieser Oberzentren wie Hannover, Braunschweig, Oldenburg,

Hildesheim und Osnabrück waren bereits früher als Residenz- bzw. Landeshauptstädte bedeutend, andere erfuhren erst in jüngerer Zeit eine Aufwertung.

Die Städte Salzgitter und Wolfsburg sind Mittelzentren mit oberzentralen Teilfunktionen, d. h. sie erfüllen die Aufgaben von Mittelzentren und darüber hinaus Teilaufgaben von Oberzentren.

Werner Klohn

Gesundheitliche Versorgung und Sozialsystem

Das deutsche Sozialsystem und speziell das Gesundheitswesen sollen im Folgenden in ihren Strukturen aufgezeigt und dabei in ihren niedersächsischen Ausprägungen dargestellt werden.

Nicht eingegangen wird auf die Sondersysteme z. B. der Beamten im Bereich Versorgung und Beihilfe oder der freien Berufe durch die Versorgungswerke.

Niedersachsen verfügt über ein ausdifferenziertes System der gesundheitlichen Versorgung und der sozialen Sicherung. Beide Bereiche sind eng miteinander verzahnt: Eine der wichtigsten Säulen des sozialen Sicherungssystems ist die gesetzliche Krankenversicherung; sie versichert ca. 90 % der Bevölkerung gegen gesundheitliche Risiken und strukturiert damit zugleich wesentlich die gesundheitliche Versorgung.

Das Sozialsystem

Die soziale Sicherheit ist in Deutschland eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Grundlage für staatliche Sozialpolitik ist das im Grundgesetz verankerte Sozialstaatsprinzip. Dieses Prinzip ist in zahlreichen Bundes-, aber auch Landesgesetzen ausgestaltet, die dem Einzelnen oder bestimmten Gruppierungen gewährleistet, soziale Rechte wahrnehmen zu können. Zu diesen Rechten gehören im einzel-

nen Bildung und Ausbildungsförderung, Leistungen der Sozialversicherung, soziale Entschädigung bei Gesundheitsschäden, Minderung des Familienaufwandes, Zuschuss für eine angemessene Wohnung, Kinder- und Jugendhilfe, Sozialhilfe sowie die Eingliederung Behinderter.

Für die Ausgestaltung dieser Rechte und für die Sicherstellung des sozialen Auftrags sind die Institutionen verantwortlich, die die Sozialleistungen zur Verfügung stellen. Hierbei kann es sich sowohl um den Bund, das Land oder die Kommunen handeln, aber auch um andere öffentlich-rechtliche Institutionen, wie z. B. die Sozialversicherungsträger, oder auch private Organisationen wie die freie Wohlfahrtspflege oder Selbsthilfegruppen.

Das so geknüpfte soziale Netz beruht auf der Erfahrung, dass bestimmte Lebensrisiken und -situationen nur solidarisch getragen und bewältigt werden können. Es entläßt den Einzelnen natürlich nicht aus seiner Pflicht, selbst Verantwortung für seine soziale Situation zu übernehmen.

Die Säulen der sozialen Sicherheit

Diesen Grundgedanken entsprechend besteht das System der sozialen Sicherung aus ganz unterschied-



lich konstruierten Säulen, auf die im Folgenden näher eingegangen wird.

1. Säule: Sozialversicherung

Die Sozialversicherung ist das Kernstück der sozialen Sicherung. Sie gliedert sich in die Zweige Kranken-, Renten-, Unfall- und Pflegeversicherung sowie Arbeitsförderung.

Die Leistungen der Versicherten-gemeinschaft erhält der Versicherte nicht ohne Gegenleistung: Er hat dafür Geld in Form von Beiträgen zu zahlen. Im Gegensatz zur Privatversicherung werden die Beiträge aber

nicht nach dem zu versichernden Risiko bemessen, sondern nach der individuellen Leistungsfähigkeit des Versicherten. Dies ist Ausdruck des Solidarprinzips in der Sozialversicherung; zugleich unterscheidet die der Leistung vorangegangene Beitragszahlung die Sozialversicherung von staatlichen Fürsorgesystemen wie z. B. der Sozialhilfe.

Bis auf die Unfallversicherung, die allein durch Beiträge der Arbeitgeber getragen wird, erfolgt grundsätzlich eine paritätische Finanzierung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die Parität ist auch sonst wesentliches Element der Sozialver-

sicherung: Sie wird gemeinsam durch Vertreter der Sozialpartner selbstverwaltet und unterscheidet sich so von rein staatlichen Systemen, wie sie z. B. in anderen europäischen Ländern existieren. Teilweise werden Renten-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung durch entsprechende Zuschüsse insbesondere aus dem Bundeshaushalt auch steuerfinanziert.

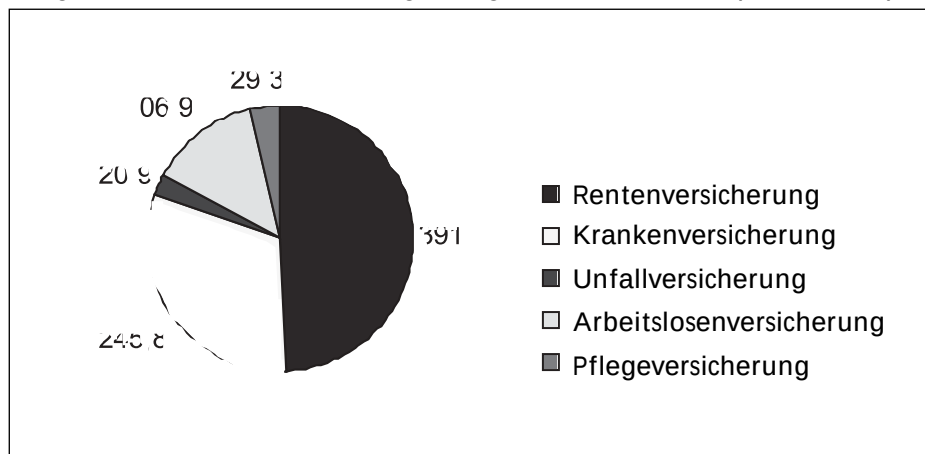
Bundesweit beliefen sich die Ausgaben 1997 in den fünf Sozialversicherungszweigen nach dem Sozialbericht der damaligen Bundesregierung auf 794,2 Mrd. DM. Dies entspricht ca. 22 % des gesamten Bruttoinlandsproduktes.

Da verschiedene Sozialversicherungsträger bundesweit organisiert sind, existieren nur bedingt landesbezogene Einnahme- und Ausgabe-statistiken. Aufgrund der Einwoh-

nerzahl und anderer Erfahrungswerte ist aber davon auszugehen, dass ca. 10 % dieser Ausgaben auf die Bürgerinnen und Bürger des Landes Niedersachsen entfallen.

Der bezogen auf die Ausgaben bedeutendste Zweig im Bereich der Sozialversicherung ist die gesetzliche Rentenversicherung, in der generell alle abhängig Beschäftigten versichert sind. Die Rentenversicherungsträger gewähren Alters- und Hinterbliebenenrenten, Renten bei Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit sowie Leistungen der Rehabilitation. Der Rentenversicherungsträger der Angestellten ist die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte mit Sitz in Berlin. Die Träger der Arbeiterrentenversicherung sind in Niedersachsen die drei Landesversicherungsanstalten Braunschweig, Hannover und Oldenburg-Bremen.

Ausgaben der Sozialversicherungszweige in Mrd. DM 1997 (bundesweit)



Quelle: Sozialbericht 1997

Darüber hinaus existieren für den Bergbau mit der Bundesknappschaft, für die Landwirtschaft mit den landwirtschaftlichen Alterskassen – ebenfalls für Braunschweig, Hannover und Oldenburg-Bremen – sowie der Alterskasse der Seeleute Sondersysteme für bestimmte Berufsgruppen. Diese Sondersysteme gibt es im übrigen auch in der Kranken-, Unfall- und Pflegeversicherung. In Niedersachsen waren am 1.1.1997 1.913.714 Personen und damit 24,5% der Gesamtbevölkerung Rentenempfänger. Der durchschnittliche Rentenzahlbetrag betrug zum damaligen Zeitpunkt 1.162,21 DM.

Die Krankenversicherung als zentraler Träger der gesundheitlichen Versorgung hat die Aufgabe, die Gesundheit der Versicherten zu erhalten, sie wieder herzustellen oder ihren Gesundheitszustand zu bessern. Träger der Krankenversicherung sind die fast 470 in Deutschland existierenden Krankenkassen, von denen (Stand: 1.1.1999) 39 ihren Sitz in Niedersachsen haben. Es handelt sich hierbei um die Allgemeine Ortskrankenkasse (AOK), eine landesweit tätige Krankenkasse mit einem Marktanteil von über 37,4 % (Stand: 1.10.1997), 26 Betriebskrankenkassen – diese Kassenart hatte 1997 einen Marktanteil von 12,3 % –, 8 Innungskrankenkassen (Marktanteil: 7,4 %), die drei bereits erwähnten landwirtschaftli-

chen Krankenkassen sowie mit der KKH und der Buchdrucker-Krankenkasse zwei Ersatzkassen. Andere große Ersatzkassen, wie z. B. die Deutsche Angestellten-Krankenkasse (DAK), die Barmer Ersatzkasse oder die Techniker Krankenkasse sind bundesweit tätige Krankenversicherungsträger. Alle Ersatzkassen zusammen verfügten 1997 in Niedersachsen über einen Marktanteil von 38,4 %. Neben den bereits erwähnten fünf Kassenarten existieren auch in diesem Bereich die Bundesknappschaft sowie die Seekasse.

Bei der Angabe der Marktanteile konnten aus statistischen Gründen nicht die Wanderungsbewegungen berücksichtigt werden, die aufgrund des Wahlrechts der Versicherten am Ende der Jahre 1997 und 1998 zu verzeichnen waren. Sie sind nach vorliegenden Erkenntnissen im wesentlichen zu Lasten der AOK verlaufen und haben insbesondere den Betriebskrankenkassen Mitgliederzuwächse gebracht.

Träger der Unfallversicherung sind vor allem die gewerblichen Berufsgenossenschaften und die Eigenunfallversicherungsträger der öffentlichen Hand, aber auch hier wieder Sondersysteme im Bereich der landwirtschaftlichen Unfallversicherung und der See-Unfallversicherung. Die gewerblichen Berufsgenossenschaften gliedern sich nach Wirtschaftszweigen, wie z. B. die Nordwestdeutsche Metall-Be-

rufsgenossenschaft mit Sitz in Hannover; die drei landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften gliedern sich nach Regionen und die Eigenunfallversicherungsträger nach verschiedenen öffentlichen Arbeitgebern.

Aufgabe der Unfallversicherung ist es, Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten sowie arbeitsbedingte Gesundheitsgefahren zu verhüten, aber auch nach deren Eintritt die Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Versicherten wieder herzustellen und sie oder ihre Hinterbliebenen durch Geldleistungen zu entschädigen.

Die Arbeitsförderung ist Aufgabe der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg. Sie beinhaltet die Information der Arbeitssuchenden über die Lage am Arbeitsmarkt und die Berufsberatung, die Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen, die Arbeitsvermittlung sowie die Zahlung von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenunterstützung.

Die Betreuung vor Ort erfolgt über die zuständigen Arbeitsämter. Im September 1997 erhielten in Niedersachsen von den 401.305 Arbeitslosen 158.620 Arbeitslosengeld und 135.229 Arbeitslosenhilfe. Der durchschnittliche Monatsbezug von Arbeitslosengeld betrug 1.391,00 DM und der Arbeitslosenhilfe 1.031,00 DM.

Die Pflegeversicherung ist der jüngste Zweig der gesetzlichen Sozi-

alversicherung; er existiert erst seit 1995 und dient durch Pflege- und Geldleistungen sowie Pflegehilfsmitteln und technischen Hilfen der Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit. Die Krankenkassen nehmen hierbei als Pflegekasse die Aufgabe als Träger der Pflegeversicherung wahr.

Das Land fördert die Investitionsaufwendungen nach Maßgabe des Niedersächsischen Pflegegesetzes.

2. Säule: Soziale Entschädigung

Soziale Entschädigungsleistungen erhalten die Bürger, denen Gesundheitsschäden entstanden sind, weil ihnen die staatliche Gemeinschaft z. B. durch Kriegs- oder Wehrdienst ein besonderes Opfer auferlegt hat.

Diese im Bundesversorgungsgesetz geregelten Ansprüche umfassen Heil- und Krankenbehandlung, Maßnahmen zur Rehabilitation und Rentenleistungen, aber auch Hilfe zur Pflege und Altenhilfe. Darüber hinaus regelt das Opferentschädigungsgesetz Leistungen an die Personen, die Opfer einer Gewalttat geworden sind.

Die Durchführung des sozialen Entschädigungsrechts obliegt in Niedersachsen den Versorgungsämtern. 1998 betrugen in Niedersachsen die Aufwendungen für diesen Bereich 979,29 Mio. DM.

3. Säule: Soziale Hilfen

Schwerpunkt ist hier die Sozialhilfe. Sie unterstützt Personen, die nicht in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt selbst zu bestreiten oder sich in besonderen Lebenslagen selbst zu helfen und bei denen auch keine andere Einrichtung oder ein Familienangehöriger zur Hilfe in der Lage ist.

Unterschieden wird bei diesen steuerfinanzierten Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) zwischen Hilfe zum Lebensunterhalt, die vorrangig durch monetäre Leistungen die Einkommensarmut beheben soll, und der Hilfe in besonderen Lebenslagen, die in bestimmten Lebenssituationen die Hilfesuchenden z. B. durch Eingliederungshilfe für Behinderte, Hilfe zur Pflege, Alten- und Krankenhilfe unterstützen und die Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft sichern soll.

In Niedersachsen wurden 1996 insgesamt rd. 4,56 Mrd. DM für Sozialhilfe aufgewandt, wobei 41 % auf die Hilfe zum Lebensunterhalt entfielen. Sozialhilfeleistungen sind fast ausschließlich von den Landkreisen und kreisfreien Städten aufzubringen.

Ebenfalls zu den sozialen Hilfen gehören die Leistungen nach dem Schwerbehindertengesetz. Hiernach stellen die Versorgungsämter auf Antrag das Vorliegen einer Behinderung und den Grad der Behin-

derung (GdB) fest. Bei einem GdB von wenigstens 50 erlangen Behinderte die Schwerbehinderteneigenschaft. Je nach Grad der Behinderung werden Steuererleichterungen bzw. -ermäßigungen gewährt oder bei weiteren gesundheitlichen Merkmalen sog. Nachteilsausgleiche festgestellt. Hinzu kommen Maßnahmen zur Eingliederung in das Erwerbsleben und zur Sicherung des Arbeitsplatzes, Letzteres insbesondere in Form eines besonderen Kündigungsschutzes.

1997 waren in Niedersachsen 337.261 Personen behindert und 659.980 Personen schwerbehindert.

Die wiederum im BSHG geregelten Leistungen zur Eingliederung Behinderter richten sich an die Menschen, die aufgrund von körperlichen Regelwidrigkeiten, Schwächen der geistigen Kräfte oder seelischer Störungen über einen Zeitraum von mehr als sechs Monaten nicht in die Gesellschaft eingegliedert sind und deren Fähigkeit zur Eingliederung in erheblichem Umfang beeinträchtigt ist. 1996 waren in Niedersachsen rund 38.000 Menschen in diesem Sinne wesentlich behindert.

Durch ein breit gefächertes Angebot an Betreuungs- und Fördermaßnahmen in 66 allgemeinen Frühförderstellen, 24 Sprachheilambulanzen, 13 interdisziplinären Frühförder- und Früherkennungsteams, vier sozialpädiatrischen Zentren, Sonderkindergärten, Tagesbil-

dungsstätten für geistig Behinderte, einem differenzierten Sonderschulwesen, Maßnahmen für ein behindertengerechtes Wohnen und Angebote des Betreuten Wohnens, Wohnheime für Behinderte, stationären Einrichtungen mit differenzierten, behindertenspezifischen Betreuungsformen und den Werkstätten für Behinderte soll den wesentlich behinderten Menschen geholfen werden, nach Möglichkeit eigenständig im Beruf, Wohnbereich und mit den üblichen Kontakten in der Gesellschaft zu leben. Hierbei werden die Kosten, die durch die stationäre Betreuung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen unter 60 Jahren entstehen, vom Land Niedersachsen als überörtlichem Träger der Sozialhilfe übernommen.

Für die besondere Wahrnehmung der Interessen behinderter Menschen hat das Land einen Behindertenbeauftragten ernannt, der beim Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales angesiedelt ist. Als besondere Leistung gewährt das Land nach Maßgabe eines entsprechenden Landesgesetzes Blindengeld.

Die im Sozialgesetzbuch (SGB) VIII geregelte Kinder- und Jugendhilfe soll u.a. durch Angebote der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit, aber auch des Kinder- und Jugendschutzes, der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in der Tagespflege, aber auch durch

Hilfe zur Erziehung junge Menschen in ihrer Entwicklung fördern, Erziehungsberechtigte beraten und unterstützen sowie insgesamt dazu beitragen, dass positive Lebensbedingungen für junge Menschen und Familien geschaffen werden.

Für die dadurch entstehenden Verpflichtungen sind in Niedersachsen die Landkreise und kreisfreien Städte zuständig; allgemein ist die Kinder- und Jugendhilfe gekennzeichnet durch eine große Vielfalt von öffentlichen und freien Trägern.

Gesundheitliche Versorgung

„Gesundheit ist ein Zustand völligen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht nur das Freisein von Krankheiten“, so die Definition von Gesundheit der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Dieser umfassende Gesundheitsbegriff beinhaltet viel mehr als das, was landläufig unter gesundheitlicher Versorgung verstanden wird. Er macht trotz seiner fast nicht fassbaren Weite deutlich, dass hier ein Umdenken stattgefunden hat: Krankheit soll nicht nur behandelt werden, sondern gesellschaftliches Handeln dient auch der positiven Entfaltung von Gesundheit.

Gerade der Ausbau von Gesundheitsförderung sowie die Krankheitsverhütung und -vorsorge machen dies auch in der Praxis deut-

lich. So tragen die Früherkennungsprogramme z. B. bei Krebs und die Vorsorgeuntersuchungen im Kinder- und Jugendalter dazu bei, dass bereits die Entstehung gesundheitlicher Belastungen und Schädigungen verhindert wird. Prävention soll insgesamt aber nicht nur das individuelle Handeln beeinflussen, sondern auch die Lebens- und Umweltbedingungen durch geeignete Maßnahmen positiv verändern.

Dieses Aufgabenspektrum war seit 1989 auch ein Teil des Angebots der gesetzlichen Krankenversicherung. Durch das am 1.1.1997 in Kraft getretene sogenannte „Beitragsentlastungsgesetz“ ist der Bereich der Gesundheitsförderung und Krankheitsverhütung allerdings erheblich eingeschränkt worden. Viele Krankenkassen haben ihre entsprechenden Programme sogar völlig eingestellt.

Um so stärker sind in letzter Zeit die Leistungen in das Blickfeld gerückt, die von den Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung, dem öffentlichen Gesundheitsdienst im Rahmen der kommunalen Gesundheitsämter, dem Land Niedersachsen oder auch durch die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung angeboten und gefördert worden sind. Bei den Aktivitäten im Landesbereich sind insbesondere die Programme zur Suchtprävention und zur Aids-Aufklärung, die Förderung der Selbst-

hilfe sowie die Kampagnen und Initiativen z. B. der Landesvereinigung für Gesundheit zu erwähnen.

Trotz dieser Bemühungen, den Präventionssektor auszubauen, steht die „klassische“ Versorgung im ambulanten und stationären Bereich nach wie vor im Mittelpunkt des Gesundheitswesens. Hierbei werden unter gesundheitlicher Versorgung – auch unter Anknüpfung an die erwähnte WHO-Definition – ebenfalls Pflegeleistungen, Rehabilitationsleistungen im Bereich der Rentenversicherung, Invaliditätsrenten sowie die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall verstanden.

1. Ambulante Versorgung

Die ambulante medizinische Versorgung der Bevölkerung umfaßt die ärztliche und zahnärztliche Behandlung, die Arbeit der Zahntechniker, die Versorgung mit Arzneimitteln, die Heil- und Hilfsmittelerbringung, aber auch die Tätigkeit der Hebammen sowie die Leistungen im Bereich von Rettungsdienst und Krankentransport.

Gemessen am Ausgabevolumen liegt ein wichtiger Teil dieses Versorgungsbereichs in den Händen der niedergelassenen Vertragsärzte und -zahnärzte. Sie sind freiberuflich tätig und üben ihren Beruf in eigener Praxis oder Gemeinschaftspraxis aus. Darüber hinaus wirken an der vertrags(zahn)ärztlichen Versor-

gung auch angestellte oder ermächtigte Ärzte mit. Bei ermächtigten Ärzten handelt es sich um Krankenhausärzte, die aufgrund eines besonderen quantitativen oder qualitativen Bedarfs die Möglichkeit erhalten haben, auch im ambulanten Bereich tätig zu werden.

Zudem sind Krankenhäuser im Einzelfall auch im Rahmen der ambulanten Versorgung tätig. Teil der ambulanten Leistungen ist ebenfalls die psychotherapeutische Versorgung. Sie wird von psychotherapeutisch tätigen Ärzten, psychologischen Psychotherapeuten sowie Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten erbracht. Berufsausübung und Leistungserbringung in diesem Bereich sind zum 1.1.1999 neu geregelt worden.

Ende 1997 nahmen in Niedersachsen 11.076 Ärzte an der vertragsärztlichen und 4.679 Vertragszahnärzte einschließlich der Fachzahnärzte für Kieferorthopädie an der vertragszahnärztlichen Versorgung teil. Die Zahl der in diesem Bereich arbeitenden Ärzte und Zahnärzte in Niedersachsen hat seit Ende 1992 in beiden Bereichen jeweils um über 20% zugenommen: Damals waren nur 9.187 Ärzte und 3.796 Zahnärzte im ambulanten Sektor tätig.

Jeder zugelassene Arzt oder Zahnarzt ist Mitglied der Kassenärztlichen bzw. Kassenzahnärztlichen Vereinigung Niedersachsen.

Diese Selbstverwaltungskörperschaften haben die Interessen der Ärzte/Zahnärzte gegenüber den Krankenkassen wahrzunehmen, zugleich aber die flächendeckende, angemessene und wirtschaftliche ärztliche bzw. zahnärztliche Versorgung sicherzustellen.

Die Versorgung mit Arzneimitteln wird in Niedersachsen (Stand: 31.12.1998) von 2.148 Apotheken, darunter 42 Krankenhausapotheken, gewährleistet. Die Apotheker selbst sind – wie andere Heilberufe auch – in Kammern organisiert.

Zudem besteht mit dem Landesapothekerverband Niedersachsen eine Interessenvertretung, die für den Abschluss von Verträgen mit den Krankenkassen und deren Verbänden zuständig ist.

Die Heilmittelversorgung umfasst im wesentlichen die Arbeit der Masseure, medizinischen Bademeister und Physiotherapeuten, während im Hilfsmittelbereich die Gesundheitshandwerke wie Augenoptiker, Hörgeräteakustiker, Orthopädie- und Orthopädienschuhmechaniker sowie Bandagisten tätig sind.

2. Stationäre Versorgung

Die Krankenhäuser in Niedersachsen bieten ein differenziertes Spektrum vollstationärer, teilstationärer sowie vor- und nachstationärer Versorgung; auch ambulante Operationen werden im Rah-

Struktur der zugelassenen Ärzte nach Fachgebieten

Arztgruppe	Teilnehmende Ärzte	Vertragsärzte	Angestellte Ärzte	Ermächtigte Ärzte
Allgemeinärzte	3077	3032	36	9
Praktische Ärzte/Ärztinnen	1211	1027	171	13
Anästhesisten	294	122	12	160
Augenärzte	468	455	4	9
Chirurgen	523	291	2	230
Frauenärzte	945	827	4	114
HNO-Ärzte	344	324	2	18
Hautärzte	275	261	4	10
Internisten	1546	1229	17	300
Kinderärzte	517	435	6	76
Kinder- und Jugendpsychiater	45	28	0	17
Laborärzte	68	42	0	26
Lungenärzte	17	14	0	3
Mund-Kiefer-Gesichtschirurgen	68	59	2	7
Nervenärzte/Neurologen/Psychiater	433	337	8	88
Psychotherapeutisch tätige Ärzte	261	188	2	71
Neurochirurgen	29	15	0	14
Orthopäden	386	354	1	31
Pathologen	45	23	3	19
Radiologen	238	154	9	75
Nuklearmediziner	33	27	1	5
Urologen	240	211	0	29
Übrige Arztgruppen	13	7	0	6
Summe Arztgruppen	11076	9462	284	1330

Quelle: Strukturanalyse der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen

men der Krankenhausbehandlung durchgeführt.

Zum 1.1.1998 waren in den Krankenhausesplan des Landes Niedersachsen 202 Krankenhäuser mit zusammen 48.934 Betten aufgenommen. Hierzu gehören auch 10 Landeskrankenhäuser sowie die beiden Universitätskliniken in Göttingen und Hannover.

Das Land Niedersachsen weist in den alten Bundesländern – gemessen an der Einwohnerzahl – die geringste Versorgungsdichte mit Betten auf; dies ist auch darauf zurückzuführen, dass seit 1993 insgesamt über 4.500 Betten abgebaut worden sind, um so rationellen Mitteleinsatz im stationären Sektor zu erreichen.

Insgesamt befinden sich 82 Häuser in öffentlicher und dabei zu meist kommunaler Hand; 79 Krankenhäuser haben freigemeinnützige und 41 Krankenhäuser private Träger. Freigemeinnützige Träger sind Kirchen oder gemeinnützige Verbände wie z. B. das Deutsche Rote Kreuz. Das Land fördert den Investitionsaufwand in den sog. Plankrankenhäusern nach Maßgabe des Niedersächsischen Krankenhausgesetzes.

3. Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen

Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen sind stationäre Einrich-

tungen, die dazu dienen, Krankheit vorzubeugen oder eine Krankheit zu heilen, ihre Verschlimmerung zu verhüten oder Krankheitsbeschwerden zu lindern oder im Anschluss an eine Krankenhausbehandlung den dabei erzielten Behandlungserfolg zu sichern, um so Behinderung und Pflegebedürftigkeit vorzubeugen oder ihr zu begegnen.

Sie sind daher eine wichtige Ergänzung zur oben beschriebenen Akut-Behandlung.

Niedersachsen verfügt seit jeher aufgrund seiner besonderen, auch heilklimatischen Bedingungen mit seinen 47 Heilbädern und Kurorten über einen hohen Anteil an ambulanten und stationären Institutionen im Bereich von Vorsorge und Rehabilitation. Allein im stationären Sektor existierten Mitte 1996 noch 165 Einrichtungen mit insgesamt 20.145 Betten; hiervon besaßen 129 Häuser mit 16.047 Betten einen Versorgungsvertrag mit den Krankenkassenverbänden in Niedersachsen.

Speziell das am 1.1.1997 in Kraft getretene sog. „Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz“ hat mit seinen Kürzungen bei den Gesamtausgaben in diesem Bereich und seinen leistungsrechtlichen Einschnitten zu massiven Nachfrageeinbrüchen und damit der Schließung von Einrichtungen geführt. So hatten im Mai 1998 nur noch 105

Die Krankenhausstruktur in Niedersachsen

	Regierungsbezirke				Land Niedersachsen
Fachrichtungen	Braunschweig	Hannover	Lüneburg	Weser-Ems	
Somatisch					
Augenheilkunde	180	199	54	206	639
Chirurgie	2817	3450	2214	3550	12031
Frauenheilkunde und Geburtshilfe	1093	1155	720	1597	4565
davon Frauenheilkunde	685	713	401	929	2728
davon Geburtshilfe	408	442	319	668	1837
HNO-Heilkunde	307	367	206	429	1309
Haut- und Geschlechtskrankheiten	89	109	31	188	417
Herzchirurgie	75	82	56	123	336
Innere Medizin	3692	4545	2697	4399	15333
Kinderchirurgie	22	111		10	143
Kinderheilkunde	388	496	261	672	1817
Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie	89	84	24	84	281
Neurochirurgie	172	229	271	271	672
Neurologie	299	701	414	569	1983
Nuklearmedizin	14	25	24	15	78
Orthopädie	330	488	539	611	1968
Plastische Chirurgie	20	111		18	149
Strahlentherapie	89	58	84	109	340
Urologie	357	429	262	429	1477
Zwischensumme 1	10033	12639	7586	13280	43538
Psychiatrisch					
Kinder- und Jugendpsychiatrie	91	170	40	219	520
Psychiatrie und Psychotherapie	1379	1446	696	1355	4876
Psychotherapeutische Medizin					
Zwischensumme 2	1470	1616	736	1574	5396
Summe	11503	14255	8322	14854	48934

Quelle: Niedersächsischer Krankenhausplan Stand: 1. Januar 1998 (13. Fortschreibung).

Einrichtungen mit 13.737 Betten einen entsprechenden Versorgungsvertrag.

In den Heilbädern und Kurorten sind nach den Schätzungen des Heilbäderverbandes Niedersachsen aufgrund der beschriebenen Maßnahmen weit über 10.000 Arbeitsplätze verlorengegangen. Die betroffenen Kommunen, die Einrichtungsträger, aber auch das Land versuchen, dieser Krise durch ein differenziertes Maßnahmebündel zu begegnen.

4. Gesundheits- und sozialpflegerische Dienste

In Niedersachsen besteht über die bereits beschriebenen Bereiche der medizinischen Versorgung hinaus ein vielfältiges Angebot an Gesundheits- und sozialpflegerischen Diensten. Insbesondere nach dem Inkrafttreten des Pflegeversicherungsgesetzes hat sich hier eine neue Struktur der Versorgung herausgebildet, die sich derzeit dynamisch entwickelt.

Ingo Werner

Wirtschaft

Energierohstoffe, mineralische Bodenschätze und Torf

Niedersachsen ist reich an natürlichen Bodenschätzen. Diese können, abgesehen von den ergiebigen Grundwasservorkommen des Landes, in die Energierohstoffe Erdöl, Erdgas, Kohle und Ölschiefer sowie eine große Vielzahl unterschiedlicher mineralischer Rohstoffe und Torf eingeteilt werden.

Energierohstoffe

Erdöl und Erdgas

Niedersachsen ist bei der inländischen Erdöl- und Erdgasproduktion in Deutschland das führende Bundesland: 67 % des in Deutschland geförderten Erdöls und 85 % des Erdgases stammen aus niedersächsischen Lagerstätten. Zumindest beim Erdgas wird Niedersachsen in den kommenden Jahren diese Position halten, da fast 90 % der nachgewiesenen Erdgasreserven in Niedersachsen liegen.

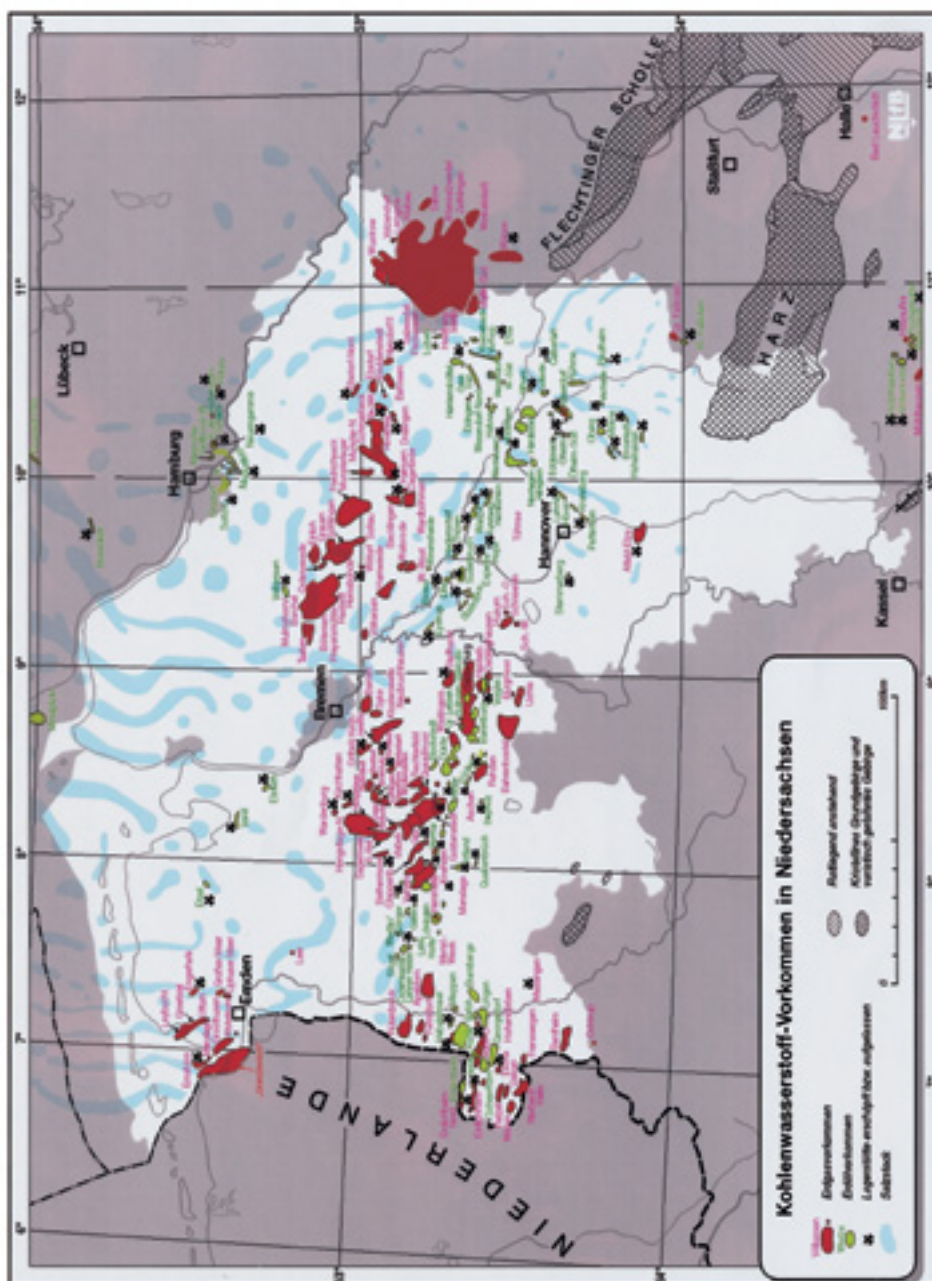
Bereits im Jahr 1546 beschrieb Agricola die Nutzung von Erdöl, das aus natürlichen Austritten in Teerkuhlen bei Braunschweig und Hänigsen abgeschöpft wurde. Damit ist dokumentiert, dass diese Region zu den ältesten bekannten Erdölgebieten Europas gehört. Die gezielte Bohrtätigkeit auf Erdöl begann aber erst viel später. Sie wurde

durch einen eher zufälligen Ölfund im Jahr 1859 in Wietze ausgelöst, wo ein Besuch des Deutschen Erdölmuseums heute noch einen guten Eindruck von den Arbeits- und Lebensverhältnissen in der Heide vor der Ölförderung, während ihres Höhepunkts und danach vermittelt.

Die förderstärksten niedersächsischen Erdölfelder wurden zwischen 1940 und 1960 entdeckt: Emlichheim und Georgsdorf 1944, Rühle und Scheerhorn 1949, Hankensbüttel 1954 und Bramberge 1958. In den Jahren ab 1960 wurden mit Meppen (1960), Ölheim-Süd (1968), Groß-Lessen (1969) und Sulingen-Valendis (1973) noch einige größere Ölvorkommen gefunden. Danach gab es nur noch einige kleinere Funde. Die heute in den Erdölfeldern niedergebrachten Bohrungen dienen nicht mehr der Suche nach neuem Öl, sondern der verbesserten und schnelleren Ausbeute der bereits bekannten Reserven. Die Ausichten, bisher unentdeckt gebliebene Erdölfelder zu finden, sind nicht sehr hoch. Die hoffigsten Gebiete liegen nicht auf dem Festland, sondern vor der Küste.

Der erste Erdgasfund war ebenfalls nicht das Ergebnis einer gezielten Erdgasexploration, sondern Zufall: Im Jahr 1910 stieß eine Wasser-

Verbreitung der niedersächsischen Erdöl- und Erdgasfelder



Quelle: Niedersächsisches Landesamt für Bodenforschung

bohrung der Hamburger Gaswerke in einer Tiefe von 240 m unvorbereitet auf ein Erdgasvorkommen. Es kam zu einem starken Gasausbruch mit einer Explosion. Die „Flamme von Neuengamme“ konnte erst nach mehreren Tagen unter Kontrolle gebracht werden.

Auch die Bohrung Norddeutschland 1, mit der im Jahr 1938 das erste Erdgasvorkommen bei Bentheim entdeckt wurde, war von der Zielsetzung her keine Erdgasbohrung. Sie sollte eine vermutete Erdöllagerstätte erschließen, hatte aber bei Erreichen des Zielhorizontes einen schweren Gasausbruch. Nachdem eine zweite Bohrung und eine Gasleitung zu den Chemischen Werken Hüls fertig gestellt war, wurde 1942 die regelmäßige Gasproduktion in Bad Bentheim aufgenommen.

Erst danach setzte die gezielte Erdgasexploration ein. Zwischen dem überwiegend in Sachsen-Anhalt liegenden Erdgasfeld Salzwedel-Peckensen im Osten und dem niederländischen Feld Groningen wurden viele große und kleine Erdgasfelder entdeckt, die eine Steigerung der niedersächsischen Erdgasproduktion auf fast 20 Milliarden Kubikmeter im Jahr 1998 erlaubten. Mit dieser Produktion steuert Niedersachsen etwa ein Fünftel des deutschen Erdgasverbrauchs bei.

Die förderstärksten Erdgasfelder sind zurzeit Söhlingen (Fundjahr 1980), Böttersen (1987), Hemmelte

(1980), Siedenburg/Staffhorst (1963), Hemsbünde (1986), Visbeck (1963), Hengstlage (1963), Goldenstedt/Oythe (1959), Klosterseelte/Kirchseelte (1985) und Mulmshorn/Borchel (1984). Der neueste Erdgasfund wurde 1992 in Völkersen bei Verden erzielt. Er zeigt, dass die Suche nach Erdgas in Niedersachsen noch Erfolg versprechend ist. Zurzeit fallen insbesondere im Dreieck zwischen Hannover, Hamburg und Bremen die nachts hell erleuchteten Bohranlagen auf, die für jeweils etwa sechs Monate auf ihren Lokationen stehen und in dieser Zeit die etwa 5.000 m tiefen Erdgassonden fertig stellen. Die Abbildung zeigt die Verbreitung der niedersächsischen Erdöl- und Erdgasfelder.

Die überwiegend in Niedersachsen ansässige deutsche Erdöl- und Erdgasindustrie beschäftigt zusammen mit der Zulieferindustrie etwa 20.000 Mitarbeiter. In Niedersachsen wurden auch neue Technologien für die Erdgasexploration und Fördertechnik entwickelt, die inzwischen weltweit für die Erschließung tief liegender Erdgaslagerstätten in geringdurchlässigen Gesteinen eingesetzt werden. Jährlich werden knapp 2 Millionen Tonnen Erdöl und fast 20 Milliarden Kubikmeter Erdgas gefördert. Aus der Erdgasaufbereitung von Sauggas in Südoldenburg kommen noch etwa 1 Million Tonnen Schwefel hinzu, die in der Chemischen Industrie weiter

verarbeitet werden. Auf die gesamte Produktion wurden im Jahr 1997 in Niedersachsen etwa 278 Millionen DM an Förderzins und Feldesabgaben entrichtet. Das einheimische Erdöl und das Erdgas sind damit einer der bedeutendsten Wirtschaftsfaktoren für das Land Niedersachsen.

Kohle

Volkswirtschaftliche Bedeutung hat derzeit nur noch die Braunkohlelagerstätte bei Helmstedt, wo die Braunkohle in zwei von einem Salzstock getrennten Mulden abgelagert ist. Zwei Flözgruppen fallen von den Muldenrändern zum tiefsten Punkt der Mulden hin ein und sind am Salzstock steil aufgerichtet. Im Tagebau Helmstedt wird die Kohle der Hangenden Flözgruppe bis voraussichtlich Ende 2001 abgebaut. Kohle der Liegenden Flözgruppe wird im Tagebau Schöningen gewonnen, die Vorräte reichen hier wahrscheinlich noch bis zum Jahr 2017. Die Braunkohle im Helmstedter Revier wird ausschließlich zur Stromerzeugung in den beiden Kraftwerken Offleben und Buschhaus eingesetzt. Im Jahr 1997 wurden rund 3,9 Millionen Tonnen Rohbraunkohle gefördert und daraus etwa 4,6 Mio. MWh elektrische Energie in den Kraftwerken erzeugt.

Der untertägige Abbau von Anthrazit am Piesberg bei Osnabrück und von Steinkohle am Nordrand

des Teutoburger Waldes zwischen Georgsmarienhütte und Borgholzhausen, bei Bohmte, in der Schaumburg-Lippeschen Kreidemulde, am Deister sowie im Osterwald hatte in Niedersachsen eine lange Tradition, ehe als letzter Gewinnungsbetrieb Schacht Kronprinz bei Borgloh 1963 stillgelegt wurde. Noch vorhandene Restvorräte haben in übersehbaren Zeiträumen keine wirtschaftliche Bedeutung mehr.

Ölschiefer

Im Raum Braunschweig, bei Schandelah-Flechtorf und Hondelage-Wendhausen, sind in Oberflächennähe große Lagerstätten von Ölschiefen nachgewiesen worden, die als bitumenhaltige Ton- und Mergelsteine zur Stromerzeugung verbrannt oder zur Herstellung von Schieferölen verschwelt werden können. Der gewinnbare Schieferöl-Inhalt der niedersächsischen Lagerstätten beträgt mit 150-180 Mio. t mehr als das 5-fache der in Niedersachsen noch vorhandenen Erdölreserven. Ölschiefer wird in Niedersachsen zurzeit nicht abgebaut. Eine wirtschaftliche Verwertung, gleich in welcher Form, ist abhängig von der Entwicklung der Energiepreise auf dem Weltmarkt.

Mineralische Rohstoffe

Von herausragender Bedeutung sind die sog. Steine und Erden-Rohstoffe, deren verbrauchernahe Ver-

fügbare vor allem für die Bau- und Baustoffindustrie und damit für die gesamte wirtschaftliche Entwicklung des Landes einen wichtigen Standortfaktor darstellt.

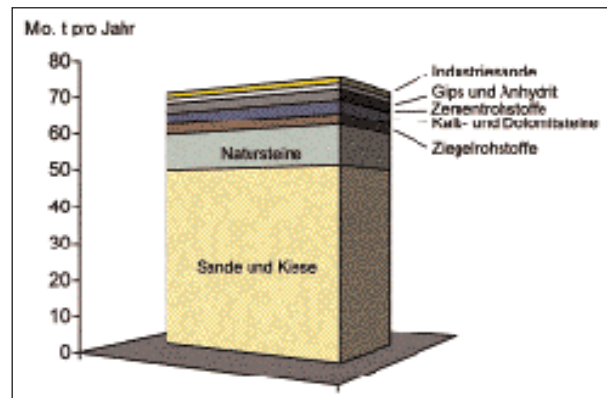
Zu diesen im Tagebau gewonnenen Rohstoffen zählen Kiese und Sande, verwitterungsbeständige Natursteine, Tone, Kalk-, Dolomit- und Mergelsteine sowie Gipsstein.

Die Anteile der verschiedenen Steine und Erden-Rohstoffe an der Gesamtproduktion von mehr als 70 Millionen Tonnen pro Jahr sind in der Abbildung zu entnehmen. Niedersachsen verfügt ferner über Rohstoffe für die Herstellung von Spezialprodukten sowie Erz- und Salzlagern.

Steine und Erden

Kiese und Sande sind in Niedersachsen mengenmäßig die wichtigsten Massenrohstoffe und werden pro Jahr in einer Größenordnung von etwa 50 Millionen Tonnen benötigt. Kieslagerstätten sind bevorzugt an die Flussläufe von Weser, Leine, Oker sowie Innerste, Oder, Sieber und Rhume gebunden. Der Kiesanteil in den Terrassensedimenten der Flüsse nimmt generell vom Oberlauf zum Mittellauf kontinuier-

Anteile der verschiedenen Steine und Erden-Rohstoffe an der Gesamtproduktion in Niedersachsen



Quelle: Niedersächsisches Landesamt für Bodenforschung

lich ab. Meist nur regionale Bedeutung haben örtliche Kiesanreicherungen vor allem in den Stauchmoränen des norddeutschen Tieflandes. Grundsätzlich bleibt festzustellen, dass die Vorkommen hochwertiger Kiese für die Betonherstellung weitgehend auf das südliche Niedersachsen beschränkt sind (vgl. Abb. Verbreitung der Kies- und Sandlagerstätten in Niedersachsen) und eine Versorgungsfunktion für die übrigen Landesteile haben. Die teilweise sehr großflächigen Sandvorkommen unterschiedlicher Qualität im nördlich anschließenden Tiefland weisen überwiegend Kiesgehalte von weniger als 10 Massen-% auf. Erwähnenswert sind ferner Lagerstätten von hochreinen kreide- und tertiärzeitlichen Quarzsanden vor allem im Raum Helmstedt und südlich von Hildesheim

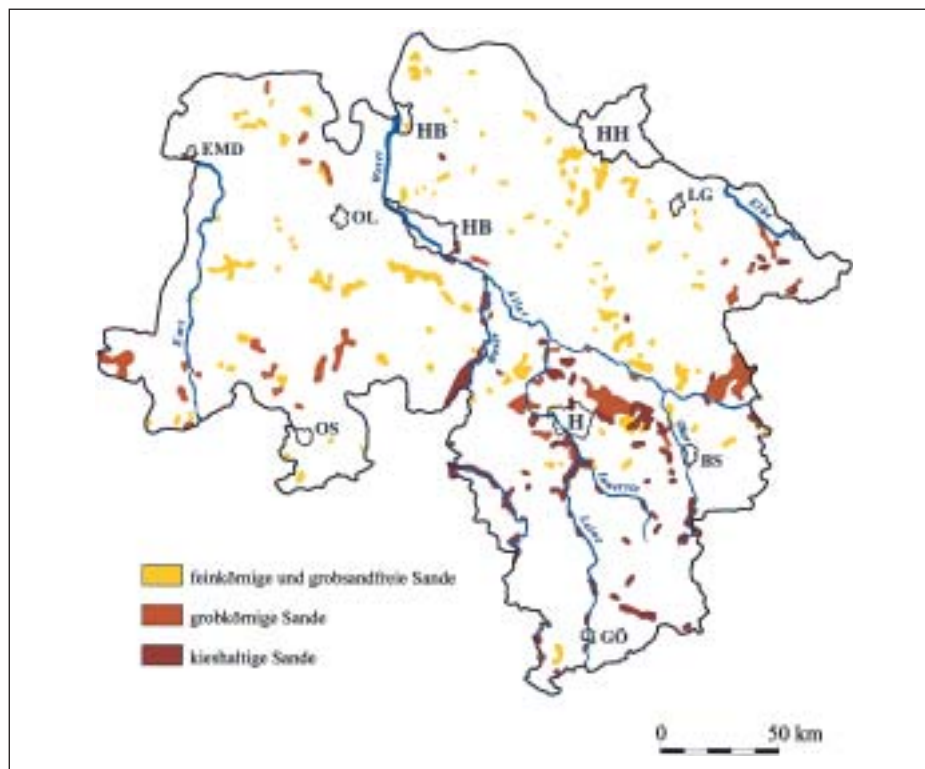
(Duingen), die als Industriesande unter anderem von der Glasindustrie als Rohstoffe verwendet werden.

Als Natursteine für den Verkehrswege-, Beton- und Wasserbau, deren Vorkommen auf das Bergland begrenzt sind, eignen sich verschiedene Karbonatgesteine, Sandsteine mit kieseligem Bindemittel sowie die nur lokal vorhandenen magmatischen Gesteine Basalt, Diabas und Gabbro. Die beiden letztgenannten Gesteinstypen treten ausschließlich

im Harz auf. Niedersachsen ist zur Deckung seines jährlichen Bedarfs von mehr als 12 Mio. t an diesen Rohstoffen auf Zulieferungen aus anderen Bundes- und EU-Ländern in einer Größenordnung von etwa 20 % angewiesen.

Im Gegensatz zu früher ist die einheimische Gewinnung von Rohstoffen für die Herstellung von Naturwerksteinen auf wenige, optisch ansprechende und in großen Blöcken anfallende Gesteine begrenzt.

Verbreitung der Kies- und Sandlagerstätten in Niedersachsen



Quelle: Niedersächsisches Landesamt für Bodenforschung

Rohstoffe der Ziegelindustrie sind verschiedenartige Tongesteine, daneben werden unterschiedliche Mengen (durchschnittlich ca. 10 %) Sande zum Abmagern der Ziegelmassen benötigt. Besonders hochwertige Ziegeltoner, die zur Herstellung von Vormauerziegeln, Klinkern und Dachziegeln geeignet sind, finden sich im Raum Oldenburg, Friesland, Osnabrück, Hannover, Hildesheim und Göttingen. Tonrohstoffe für die Erzeugung von Hintermauersteinen sind aufgrund geringerer Qualitätsanforderungen häufiger und weiter verbreitet.

Hochwertige Kalk- und Dolomitsteine, die im südöstlichen Niedersachsen vorkommen, sowie die daraus hergestellten Produkte sind für Industrie, Land- und Forstwirtschaft und den Umweltschutz wichtige Grundstoffe. Sie haben ein breites Einsatzspektrum im Baugewerbe, in der Baustoffindustrie, in der Chemischen Industrie und werden u. a. für die Herstellung von Eisen und Stahl, Zucker, Glas, Feinkeramik, Zellstoff, Papier, Futter- und Düngemitteln sowie darüber hinaus in der Abgas- und Wasserreinigung eingesetzt. Sehr reine Kalksteine, die für alle Verwendungen geeignet sind, werden bei Bad Grund im Harz gewonnen.

Für die Herstellung von Zement werden die in großen Mengen benötigten Kalk- und Kalkmergelsteine nur noch im Raum Hannover

abgebaut, wo die niedersächsische Zementindustrie konzentriert ist. Ein Zementwerk bei Göttingen hat im Jahr 1998 die eigene Produktion von Portlandzementklinkern, die das Ausgangsmaterial für die verschiedenen Zementarten sind, eingestellt und verarbeitet Klinker aus Hannover. Da der Zementverbrauch in Niedersachsen deutlich höher als die Produktion ist, wird Zement besonders aus Nordrhein-Westfalen, aber auch aus anderen Bundesländern, Polen und Tschechien eingeführt.

Gipssteine werden zu Spezialgipsen und zu Baugipsen bzw. Baugipsprodukten verarbeitet, daneben sind sie in der Zementindustrie zur Regelung der Erstarrungszeiten des Betons unentbehrlich. Wirtschaftliche Bedeutung haben vor allem die Gipslagerstätten am südlichen Harzrand, bei Stadtoldendorf und Weenzen/Hils. Niedersächsische Firmen, die ihren Sitz im Landkreis Osterode haben, erzeugen etwa 80 % der in Deutschland hergestellten Spezialgipse, insbesondere Formgipse. Der größte Teil wird von der deutschen feinkeramischen Industrie verbraucht, aber auch z. B. für die Dachziegelherstellung, Medizintechnik, Gießereiindustrie und Gummiindustrie. Etwa 25 % der in Niedersachsen hergestellten Spezialgipse werden in mehr als 60 Länder exportiert und haben weltweit eine führende Stellung.

Rohstoffe für die Herstellung von Spezialprodukten

Größere Kieselgurlagerstätten finden sich in Deutschland nur in der Lüneburger Heide in der Umgebung von Munster. Die Gewinnung und Verarbeitung der Kieselgur, die zur Herstellung von Filtern und als Hilfsstoff vor allem in der Nahrungsmittelindustrie und Chemischen Industrie verwendet wird, mußte im Jahr 1994 wegen der hohen Gewinnungs- und Aufbereitungskosten aufgegeben werden. Im niedersächsischen Küstengebiet bei Varel und Cuxhaven wurden Schwermineralsande nachgewiesen, doch sind sie aufgrund der zur Zeit niedrigen Weltmarktpreise für die darin enthaltenen Wertminerale nicht wirtschaftlich gewinnbar. Spezielle Tone werden von einem Werk im Landkreis Cuxhaven abgebaut und zu Blähton verarbeitet, der zur Herstellung von Leichtbeton und als Pflanzensubstrat verwendet wird. Als hochwertiger Füllstoff für die Farb-, Lack- und Papierindustrie und andere Verwendungen wird Schwerspat (Bariumsulfat) bei Bad Lauterberg im Südharz untertägig gewonnen. In der einzigen untertägigen Asphaltkalk-Grube Europas bei Holzen im Ith werden seit Anfang des Jahrhunderts mit Asphalt imprägnierte Kalksteine abgebaut. Der zusätzlich mit Fremdbitumen versetzte As-

phaltkalkstein wird zu besonders verschleißfesten Fußbodenplatten verarbeitet.

Erze

Eisenerze werden in Niedersachsen wegen der Konkurrenz zu den preisgünstigen Importerzen nicht mehr abgebaut. Die letzte von ehemals mehr als 20 betriebenen Gruben wurde im Jahre 1982 geschlossen. In Niedersachsen noch vorhandene, mengenmäßig nicht unbedeutliche Eisenerzvorkommen (ca. 2 Mrd. t Erz mit 30 % bis 40 % Fe, d. h. ca. 700 Mio. t Eiseninhalt) stellen somit eine Zukunftsreserve dar.

Die im Harz bei Bad Grund und Goslar noch vorhandenen Buntmetallerzvorräte mit kumulativen Metallgehalten (Blei, Zink und Kupfer) zwischen 10 % und 30 % im Reicherz sind aus heutiger Sicht unbedeutend und betragen nur noch wenige Millionen t. Ein Abbau dieser nur unter schwierigen Bedingungen gewinnbaren Vorkommen ist auch zukünftig nicht zu erwarten.

Salz

Der Untergrund Niedersachsens ist reich an Salzvorkommen, wobei insbesondere die Salzstrukturen (Salzkissen, Salzstöcke) eine große wirtschaftliche Bedeutung für den Kali- und Steinsalzbergbau, die industrielle Soleproduktion im Tief-solverfahren und den Kavernenbau zur Speicherung von gasförmigen

und flüssigen Energieträgern und Produkten haben. Die Nutzung der Salzlagerstätten durch Bergwerke ist im Wesentlichen auf den Raum Braunschweig-Hannover wegen der begrenzten Verbreitung abbauwürdiger Kalisalzvorkommen konzentriert. Die hohen Kosten des konventionellen Abbaus in den kompliziert gebauten niedersächsischen Lagerstätten sowie die weitgehende Erschöpfung vieler Vorkommen haben bereits zur Stilllegung zahlreicher Kali- und Steinsalzbergwerke geführt. Dieser Trend wird sich vermutlich fortsetzen. Wachsende Bedeutung kommt hingegen der Steinsalzgewinnung im Tiefsolverfahren zu. Mit diesem Verfahren werden mit Schwerpunkt in Nordniedersachsen große Mengen Steinsalz als Grundstoff für die Chemische Industrie und die Lebensmittelindustrie gewonnen.

Torf

Von großer Bedeutung ist die in Deutschland überwiegend auf Niedersachsen konzentrierte Torf- und Humuswirtschaft mit fast 100 Betrieben. Grundlage dieser Industrie sind die im niedersächsischen Tiefland weit verbreiteten Hochmoortorf-Lagerstätten. Niedermoortorfe, die meist durch Verlandung von Seen oder Altläufen von Flüssen entstehen, werden nur in geringem Umfang für balneologische Zwecke abgebaut. Ein erheblicher Anteil

der Gesamtproduktion wird ins europäische Ausland und sogar nach Übersee geliefert. Dabei überwiegen hochwertige Kultursubstrate, die fast ausschließlich im Erwerbsgartenbau verwendet werden. Torf wird bei Blumenerden, im Hobbybereich und im Garten- und Landschaftsbau inzwischen durch Kompost und andere organische Komponenten so weit wie möglich substituiert. Aufgrund der spezifischen Anforderungen an Kultursubstrate für den Erwerbsgartenbau ist ein Ersatz von Torf durch Kompost bei diesen Produkten bisher weitgehend ausgeschlossen. Der Torfabbau erfolgt in der Regel auf landwirtschaftlich genutzten, bereits entwässerten Flächen und nicht in Gebieten mit intakter Hochmoorvegetation. Inzwischen werden die Abbauflächen nach der Abtorfung überwiegend wiedervernässt, mit dem Ergebnis, dass sich bereits nach relativ kurzen Zeiträumen aus Naturschutzsicht sehr wertvolle, schützenswerte Biotope in den ehemaligen Abbaubereichen entwickeln.

Probleme bei der Versorgung mit oberflächennahen Rohstoffen

Bei ausschließlich rohstoffgeologischer Sichtweise ist das in Niedersachsen vorhandene Potential an hochwertigen mineralischen Mas-

senrohstoffen (Steine und Erden) für die Versorgung der Bauindustrie sowie an Torf als Rohstoffbasis für die Torf- und Humuswirtschaft auch langfristig ausreichend. Der Abbau dieser oberflächennahen Rohstoffe ist immer mit einem Eingriff in den begrenzten Naturraum verbunden und steht damit häufig im Widerspruch zu anderen berechtigten Nutzungsinteressen, was zunehmend zu schwer lösbaren Konflikten sowie zu Versorgungsengpässen bei einzelnen Rohstoffen führt. Beispielsweise sind die Flusstäler mit den wichtigsten Kieslagerstätten gleichzeitig die Hauptsiedlungsräume im Bergland und werden für die Verkehrsinfrastruktur genutzt. Große Flächenanteile mit hochwertigen Kiesvorkommen werden auch für die Trinkwassergewinnung beansprucht, andere Teilräume sind für den Naturschutz von besonderem Wert.

Auch ein verstärkter Einsatz von gebrochenen Hartsteinen als Kiesersatz ist kaum realisierbar. Die verwitterungsresistenten Festgesteine bilden fast immer die Kammlagen der Mittelgebirge und größere Eingriffe durch den Gesteinsabbau können vor allem das Landschaftsbild weit sichtbar und teilweise irreversibel beeinträchtigen, was in der Praxis der Genehmigungsfähigkeit

von Steinbrüchen entgegensteht. Grundsätzlich ergeben sich bei der Nutzung aller oberflächennahen Rohstoffe vergleichbare Probleme, die auch durch verstärkte Importe von Massenrohstoffen nicht befriedigend gelöst werden können. Die zur einheimischen Versorgung notwendigen Rohstoffe würden dann lediglich anderenorts abgebaut und die notwendigen Eingriffe außerhalb der Landesgrenzen erfolgen. Hinzu kämen aufgrund der größeren Transportentfernungen erhebliche zusätzliche Verkehrsbelastungen und Immissionen, Preissteigerungen für die Verbraucher, Verluste an Arbeitsplätzen und eine Verringerung der Bruttowertschöpfung.

Die langfristige Sicherung der einheimischen Rohstoffversorgung kann deshalb nur durch die Raumordnung und Landesplanung sichergestellt werden, indem wertvolle Lagerstätten durch verbindliche planerische Festlegungen von anderen Nutzungen, die einen Rohstoffabbau erschweren oder verhindern, frei gehalten werden. Hierzu erarbeitet das Niedersächsische Landesamt für Bodenforschung in Hannover die geowissenschaftlichen und rohstoffwirtschaftlichen Grundlagen.

Michael Kosinowski
und Alfred Langer

Internationale Verflechtungen

Im Zuge der zunehmenden Internationalisierung wirtschaftlicher Aktivitäten eröffnen sich für die niedersächsische Wirtschaft sowohl Chancen als auch Risiken. Chancen, wenn es niedersächsischen Unternehmen gelingt, z. B. über verstärkte Exportaktivitäten, Impulse für die Ausweitung der Kapazitäten und Sicherung oder gar Ausbau von Arbeitsplätzen aufzunehmen. Eine wesentliche Voraussetzung ist, dass die Unternehmen international wettbewerbsfähige Produkte herstellen, die auf den

einheimischen, aber auch ausländischen Märkten ihren Absatz finden. Gelingt dies nicht, werden sich die niedersächsischen Unternehmen nur schwer gegen die Konkurrenz aus dem In- und Ausland behaupten und den aktuellen Beschäftigungsstand auf dem derzeitigen hohen Einkommensniveau beibehalten können.

Vor diesem Hintergrund werden in diesem Kapitel die Entwicklung, Struktur und regionale Ausrichtung der Exportaktivitäten sowie ausländischer Direktinvestitionen in und

Ausfuhr nach Bundesländern

	Anteil an den gesamten Ausfuhren des Bundesgebietes (alt) in %								
Bundesland:	1980	1982	1984	1986	1988	1990	1992	1994	1996
Schleswig-Holstein	1,9	2,1	2,3	2	2,2	2,1	2,3	2,2	2,3
Hamburg	2,7	2,8	2,9	2,3	2,1	2,1	2,2	2,3	3,1
Niedersachsen	10,2	9,9	9,6	9,6	9,2	9,8	10,5	9,5	8,8
Bremen	1,4	1,5	1,8	1,8	1,9	2,2	2,4	2,6	2,2
Nordrhein-Westfalen	31,3	30,1	29,8	29	29,1	28,1	27,2	26,6	26,3
Hessen	8,7	8,4	8,5	8,3	7,9	7,9	7,9	8,2	7,7
Rheinland-Pfalz	6,7	7	6,4	6,1	6,4	6,4	6,2	6	6,0
Baden-Württemberg	18,5	18,7	18,6	19,9	19,8	19,8	19,7	20,4	20,9
Bayern	14,7	15,7	16,3	17,1	17,5	17,8	17,7	18,4	18,8
Saarland	2,3	2,2	2,1	1,9	2	1,9	2	1,9	1,8
Berlin (West)	1,7	1,7	1,8	2	1,8	1,9	2	1,9	2,0
Bundesgebiet (alt)	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Quelle: NIW 1997, Statistisches Bundesamt 1998.

aus Niedersachsen analysiert, um Anhaltspunkte über die internationale Wettbewerbsfähigkeit der niedersächsischen Wirtschaft zu erhalten.

Entwicklung, Struktur und regionale Ausrichtung niedersächsischer Exporte

Die Entwicklung der niedersächsischen Ausfuhren in den 80er- und 90er-Jahren ist von einem Abwärtstrend geprägt. Zwar hat sich der Wert der aus Niedersachsen ausgeführten Waren von 30 Mrd. DM im Jahr 1980 auf 55 Mrd. DM im Jahr 1996 nahezu verdoppelt. Gemessen an den Anteilen Niedersachsens an den Ausfuhren des Altbundesgebietes und den weltweiten Ausfuhren ist seine Bedeutung deutlich zurückgegangen.

In den 80er-Jahren lag der Anteil Niedersachsens an den Ausfuhren des Altbundesgebietes konstant zwischen 9 und 10 %. Nach dem Höchstwert in 1992 von 10,5 %, der unmittelbar mit der Öffnung Mittel- und Osteuropas und der relativ guten Positionierung der niedersächsischen Unternehmen zusammenhing, sank er jedoch auf 9,5 % in 1995 und auf 8,8 % in 1996. Auch die Bedeutung Niedersachsens im Welthandel hat sich vor allem ab 1992 verringert. Betrug Niedersachsens Anteil an den Ausfuhren der gesamten Welt 1992 rund 1,2 %,

verringerte sich der Anteil bis 1994 auf rund 1 %. Der niedrige Welt-handelsanteil Niedersachsens darf aber nicht darüber hinweg täuschen, dass niedersächsische Unternehmen dennoch sehr stark in den Welthandel eingebunden sind. Die Exportquote Niedersachsens, der Anteil der Ausfuhren in Prozent des Produktionswertes, lag 1994 bei 36 %, der Auslandsumsatzanteil (Anteil des Auslandsumsatzes in Prozent des Gesamtumsatzes) 1995 bei 30,3 %.

Die sehr ungünstige Ausfuhrentwicklung zwischen 1992 und 1994 ist vor allem auf die massiven Absatzeinbußen des Automobilbaus zurückzuführen. Darin spiegelt sich eine strukturelle Schwäche der niedersächsischen Exportwirtschaft wider, die wenig diversifiziert ist. Allein auf die Straßenfahrzeuge entfiel 1995 ein Anteil von 31,3 % aller niedersächsischen Industriegüterexporte. Mit deutlichem Abstand folgen Erzeugnisse des Maschinenbaus (11,7 %), der Chemischen Industrie (10,6%), der Elektrotechnik (9,9 %) und der Nahrungs- und Genussmittelindustrie (7,7 %). Die Stärken und Schwächen der niedersächsischen Exportwirtschaft lassen sich am besten an den Welthandelsanteilen bestimmter Produktgruppen verdeutlichen. Spezialisierungsvorteile der niedersächsischen Exportwirtschaft bestehen bei Straßenfahrzeugen, in der Gummi- und

Welthandelsanteile Niedersachsens und Deutschlands für Produktgruppen und ausgewählte Produkte

Produktgruppen und ausgewählte Produkte der nds. Ausfuhr in %	Anteil der Sektoren an Deutschlands in %	Anteil Nds. an den Ausfuhren	Welthandelsanteile in %	
			Deutschland	Niedersachsen
Nahrungsmittel u. lebende Tiere	7,8	14,5	6,7	1,0
Getränke und Tabak	0,8	8,5	8,1	0,7
Rohstoffe	1,7	7,1	5,3	0,4
Mineral. Brennstoffe, Schmiermittel u. verwandte Erzeugnisse	3,0	20,8	2,0	0,4
Tierische u. pflanzliche Öle, Fette u. Wachse	0,3	7,6	9,2	0,7
Chemische Erzeugnisse	11,5	6,8	16,9	1,1
Medizinische und pharmazeutische Erzeugnisse	0,6	2,2	16,1	0,4
Bearbeitete Waren, vorwiegend nach Beschaffenheit gegliedert	16,0	7,9	12,7	1,0
Gummiwaren	1,9	9,3	19,1	1,8
Maschinenbau-, elektrotechnische Erzeugnisse u. Fahrzeuge	48,9	7,9	14,9	1,2
Kraftmaschinen und -ausrüstungen	3,2	8,9	13,2	1,2
Büro- und EDV-Maschinen	0,3	1,1	5,6	0,1
Geräte für Nachrichtentechnik, Video- u. Audiogeräte	1,8	6,6	7,6	0,5
Straßenfahrzeuge	27,2	13,4	19,2	2,6
Verschiedene Fertigwaren	7,5	5,7	9,0	0,5
Mess-, Prüf- u. Kontrollinstrumente u. -geräte	2,6	8,3	16,5	1,4
Fotografische Apparate, optische Waren	0,5	3,8	10,0	0,4

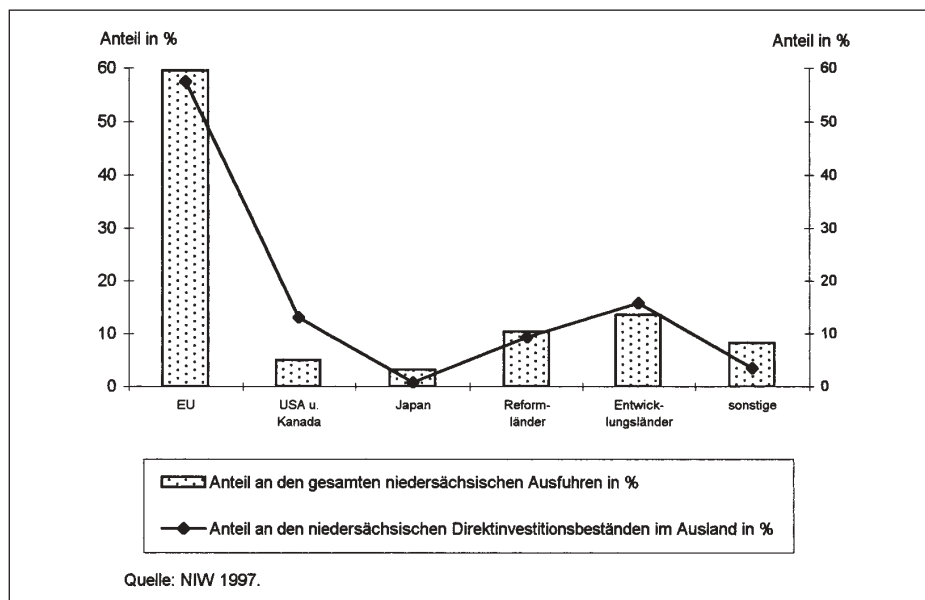
Quelle: Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung 1997.

Papierindustrie und in Teilen der Chemie und Kunststoffverarbeitung. Die Entwicklung in den einzelnen Produktgruppen verläuft aber nicht stabil.

Der Welthandelsanteil der niedersächsischen Straßenfahrzeuge ist von 3,6 % im Jahr 1992 auf 2,6 % in 1994 gesunken. Durch das hohe Gewicht der Straßenfahrzeugexporte hat dieser Sektor maßgeblich zu den Anteilsverlusten der niedersächsischen Exportwirtschaft beigetragen. Der Gummi- und der Papierindustrie ist es gelungen, ihren Welthandelsanteil (2,2 % bzw. 1,8 %) zu halten bzw. leicht auszubauen, während die Chemische In-

dustrie mit Ausnahme der Kunststoffherzeugung Anteilsverluste hinnehmen musste. Besonders positiv hervorzuheben ist die Entwicklung von Mess-, Prüf- und Kontrollinstrumenten. Niedersächsische Unternehmen konnten ihren Welthandelsanteil von 1 % im Jahr 1989 auf 1,3 % in 1994 erhöhen. Spezialisierungsnachteile bestehen in einigen Branchen, die im Weltmaßstab durch hohe Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten geprägt sind. So konnten die Gruppen des Maschinenbaus und der Antriebstechnik sowie der Elektrotechnik ihre ohnehin geringen Welthandelsanteile (zwischen 1,3 % und 0,6 %)

Regionale Ausrichtung der niedersächsischen Exporte und Direktinvestitionen 1995



Quelle: Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung

nicht halten. Fast bedeutungslos sind aus niedersächsischer Sicht Exporte von Büro- und ADV-Maschinen, von Erzeugnissen der Pharmaindustrie, der Luft- und Raumfahrtindustrie sowie der Optik.

Die regionale Ausrichtung der niedersächsischen Exporte ist wie im Altbundesgebiet auf westliche Industrieländer und hier insbesondere auf Länder der Europäischen Union konzentriert.

1995 gingen rund 59,5 % der Exporte in Länder der EU, 5 % in die USA und Kanada sowie 3,2 % nach Japan. Seit Mitte der 80er-Jahre hat sich die Regionalstruktur zugunsten von Ländern Mittel- und Osteuropas sowie der Volksrepublik China verlagert. Am stärksten ist der Absatz auf den nordamerikanischen Märkten zurückgegangen, der bis Mitte der 80er-Jahre noch bei 15 % lag. Ausschlaggebend war die Wettbewerbschwäche der niedersächsischen Automobilindustrie, die – begünstigt durch den niedrigen US-Dollarkurs – Marktanteile an die wiedererstarkte US-Automobilindustrie und an japanische und koreanische Konkurrenten verloren hat. Im Gegenzug konnten die Absätze in Mittel- und Osteuropa sowie der VR China deutlich gesteigert werden (1995: 4,7 % bzw. 3,4 %). Zwar erweist sich die Angebotsstruktur der niedersächsischen Unternehmen in Bezug auf die hohe Investitionsgüternachfrage in den mittel- und ost-

europäischen Reformstaaten als nachteilig. Die niedersächsischen Unternehmen konnten trotzdem unter Ausnutzung von Lagevorteilen hohe Exportzuwachsraten erzielen. Ebenso positiv ist die Exportentwicklung in die VR China, wo sich frühzeitiges Engagement auch in zunehmenden Exportverflechtungen niederschlägt.

Ausländische Direktinvestitionen in und aus Niedersachsen

Die Analyse der Kapitalverflechtungen mit dem Ausland kann Hinweise zum einen über die Attraktivität des Standortes Niedersachsen und zum anderen über die internationale Wettbewerbsfähigkeit der einheimischen Unternehmen liefern. Gelingt es, ausländische Unternehmen anzuziehen, deutet das auf Stärken des Standortes hin. Investieren einheimische Unternehmen im Ausland, so ist das zunehmend ein Signal für eine hohe Exportwettbewerbsfähigkeit und für eine angestrebte Ausweitung von Marktanteilen. Nach einer Studie des IFO-Instituts (Köddermann/Wilhelm 1996) sind Markterschließung und Diversifizierung, zukünftiges Marktwachstum sowie Marktpflege und Verteidigung von Marktanteilen Hauptmotive für deutsche Direktinvestitionen im Ausland.

Die ausländische Direktinvestitionsbilanz Niedersachsens weist er-

hebliche Internationalisierungsdefizite auf. Von 1976 bis 1994 ist der Bestand niedersächsischer Direktinvestitionen im Ausland von 3 Mrd. auf 22 Mrd. DM gestiegen (vgl. Tabelle Ausländische Direktinvestitionen in und aus Deutschland nach Bundesländern). Im Vergleich zum Altbundesgebiet war der Anstieg unterdurchschnittlich. Waren 1976 rund 7 % des deutschen Direktinvestitionsbestandes aus Niedersachsen,

waren es 1994 nur 6,8 %. Auch die Präsenz ausländischer Investoren lässt zu wünschen übrig. 1994 entfielen nur 6,2 % des ausländischen Direktinvestitionsbestandes im Altbundesgebiet auf Niedersachsen (rund 15 Mrd. DM). Gründe für das geringe Auslandsengagement niedersächsischer Unternehmen sind nach einer NIW-Studie (Gehrke/Legler u. a. 1997) die Sektorstruktur, die geringe Technologieorientie-

Ausländische Direktinvestitionen in und aus Deutschland nach Bundesländern

Bundesland	Bestand							
	deutscher Direktinvestitionen im Ausland				ausländischer Direktinvestitionen im Bundesgebiet (alt)			
	1976		1994		1976		1994	
	Mrd. DM	%	Mrd. DM	%	Mrd. DM	%	Mrd. DM	%
Schleswig – Holstein	0,1	0,2	2,0	0,6	1,0	1,6	3,3	1,4
Hamburg	3,0	7,0	15,7	4,8	11,8	18,6	24,2	10,1
Niedersachsen	3,0	7,0	22,2	6,8	2,7	4,3	14,9	6,2
Bremen	0,2	0,5	1,1	0,3	1,0	1,6	2,1	0,9
Nordrhein – Westfalen	14,2	32,9	81,7	24,9	17,0	26,8	66,5	27,6
Hessen	7,5	17,4	59,0	17,9	11,0	17,3	55,6	23,1
Rheinland – Pfalz	2,9	6,7	19,8	6,0	1,5	2,4	5,7	2,4
Baden – Württemberg	5,2	12,1	45,6	13,9	10,4	16,4	32,8	13,6
Bayern	5,8	13,5	71,2	21,7	4,9	7,7	22,5	9,4
Saarland	0,8	1,9	2,1	0,6	1,4	2,2	2,8	1,2
Berlin (West)	0,4	0,9	8,3	2,5	0,7	1,1	10,2	4,2
Bundesgebiet (alt)	43,1	100	328,7	100	63,5	100	240,6	100

Quelle: Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung 1997.

rung und der kleine Bestand an Großunternehmen. Die sektorale Zusammensetzung der niedersächsischen Auslandsinvestitionen wird durch das Verarbeitende Gewerbe geprägt (1994 = 62 % der Auslandsinvestitionen aller Wirtschaftsbeiriche) und gibt deutlich die Industriestruktur des Landes wieder. Der niedersächsische Straßenfahrzeugbau, die Kunststoff- und Gummiindustrie sind für den Großteil der Auslandsinvestitionen verantwortlich. Branchen, die im Bundestrend vergleichsweise stark im Ausland engagiert sind, z. B. die Chemische Industrie, die Elektrotechnik, der Maschinenbau, sind in Niedersachsen als Investoren nur schwach vertreten. Auslandsinvestitionen von Dienstleistungsbetrieben sind angesichts der hohen Bedeutung der Industrie im Vergleich zum Altbundesgebiet unterrepräsentiert. 1994 lag der Anteil der niedersächsischen Dienstleistungen an den Auslandsinvestitionen bei 29 %, im Altbundesgebiet bei 47 %. Regionaler Schwerpunkt niedersächsischer Auslandsinvestitionen sind westliche Industrieländer, allen voran Länder der EU, die 1994 50 % der niedersächsischen Direktinvestitionen aufnahmen.

Innerhalb der EU waren Irland als Standort für Finanzdienstleister, Belgien und Spanien als Standorte der niedersächsischen Fahrzeugindustrie die wichtigsten Zielländer.

Außerhalb der EU sind die USA mit 11 % der niedersächsischen Direktinvestitionsbestände die bevorzugte Zielregion, wobei der Anteil deutlich hinter dem des Altbundesgebietes von 21 % zurückbleibt. Seit Beginn der 90er-Jahre haben sich Mittel- und Osteuropa sowie die VR China als wichtige Zielregionen etabliert.

Der Anteil niedersächsischer Investitionen in diesen Reformländern hat sich zwischen 1991 und 1994 von 0,8 % auf 7,3 % erhöht. Ebenfalls hoch ist das Engagement niedersächsischer Unternehmen, vor allem des Fahrzeugbaus und der mit ihr verbundenen Zulieferer, in Brasilien und Mexiko (1994: 11,5 % aller niedersächsischen Direktinvestitionsbestände). Besonders schwach sind niedersächsische Investoren in der asiatisch-pazifischen Wachstumsregion vertreten. In Japan, Malaysia, Hongkong, Singapur, Thailand oder Vietnam sind niedersächsische Unternehmen nur selten anzutreffen.

Es stellt sich die Frage, ob sich das bisherige Exportniveau ohne stärkeres Engagement wird halten lassen können. Denn wie die Regionalstruktur der niedersächsischen Direktinvestitionen zeigt, vollzieht sich die Entwicklung der Direktinvestitionsbestände parallel zur Entwicklung der Exportströme, sodass von einer Flankierung der nieder-

sächsischen Ausfuhren durch Direktinvestitionen gesprochen werden kann.

Insgesamt gesehen ist mit Ausnahme des Straßenfahrzeugbaus und der mit ihm verbundenen Zulieferer die Präsenz niedersächsischer Unternehmen im Ausland nur sehr schwach ausgeprägt. Auch wenn der Straßenfahrzeugbau zur Zeit hohe Wachstumsraten im Ausland erzielt, geht die Mehrheit der Prognosen für 1999 von einer Abschwächung aus. Die wenig diversifizierte und technologisch nicht auf Spitzentechnologie ausgerichtete Exportgüterstruktur birgt die Gefahr, dass sich Absatzeinbußen des Straßenfahrzeugbaus sofort negativ in der niedersächsischen Außenhandelsbilanz niederschlagen. Trotz positiver Anzeichen in Mittel- und Ost-

europa sowie in der VR China ist die Regionalstruktur der niedersächsischen Ausfuhren zu stark auf westliche Industrieländer konzentriert. Die gerade hier für Produkte mittlerer und höherwertiger Technologie beobachtbare Marktsättigung setzt niedersächsische Unternehmen zunehmend einem starken Preiswettbewerb aus. Ausfuhren in die durch die asiatische Währungs- und Finanzkrise vorübergehend geschwächten Wachstumsregionen Südostasiens bilden die Ausnahme. Impulse für eine Neuorientierung niedersächsischer Exporte durch Auslandsinvestitionen sind nicht zu erwarten, da die Hauptexportländer auch die Hauptanlageländer für niedersächsische Unternehmen darstellen.

Javier Revilla Diez

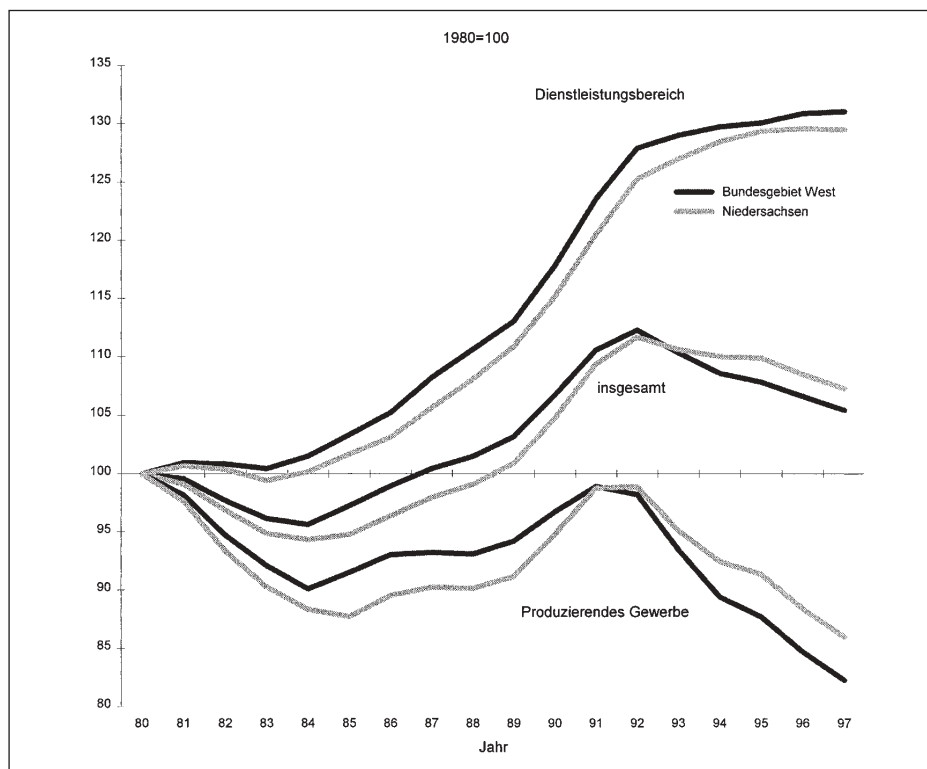
Verarbeitendes Gewerbe

Strukturwandel

Der langfristige sektorale Strukturwandel verläuft in Niedersachsen ebenso wie in der Bundesrepublik zugunsten des Dienstleistungssektors und zu Lasten der Produzierenden Bereiche. Im Strukturwandel der 80er-Jahre entwickelten sich die einzelnen Zweige des Verarbeitenden Gewerbes dabei aber sehr unterschiedlich. Sich gut behaupten

und an Beschäftigung gewinnen konnten diejenigen Industriezweige, die in ihrer Produktion relativ viel Forschung und Entwicklung sowie (hoch)qualifiziertes Personal einsetzten und entsprechend international wettbewerbsfähige technologisch hochwertige Produkte anbieten konnten (Luft- und Raumfahrzeugbau, weite Teile des Maschinenbaus, der Elektroindustrie, hochwertige Chemie).

Beschäftigtenentwicklung des Produzierenden Gewerbes und der Dienstleistungen in Niedersachsen und im Bundesgebiet (alte Bundesländer) seit Anfang der 80er-Jahre



Zu den Verlierern des Strukturwandels zählten neben den Herstellern einfacher Konsum- und Investitionsgüter vor allem die energie- und rohstoffintensiven sowie die umweltbelastenden Produktionszweige.

Die Öffnung der Grenzen zur ehemaligen DDR und die Integration der ostdeutschen Bundesländer beschleunigte nicht nur das Wachstum der westdeutschen Bundesländer insgesamt stark, sondern auch die Wachstumsperspektiven der einzelnen Zweige wichen vorübergehend z. T. beträchtlich von den langfristigen Linien des sektoralen Strukturwandels ab.

Besonders begünstigt waren aufgrund des Nachfrageschubs aus den ostdeutschen Ländern die Konsumgüterproduzierenden Industriezweige und deren Zulieferer, so z. B. das Ernährungsgewerbe, der Straßenfahrzeugbau, die Hersteller von Unterhaltungselektronik, Haushaltsgeräten und Lampen, die Holzverarbeitung, die Kunststoffverarbeitung und die Papier- und Pappeverarbeitung sowie die von der Bau nachfrage abhängigen Zulieferindustrien (Herstellung von Baustoffen, Fenstern, Ver- und Entsorgungsanlagen, Heizungen, u. Ä.).

Mit dem allmählichen Auslaufen des Wachstumsschubs aus den neuen Bundesländern im Verlauf des Jahres 1991 geriet die bundesdeutsche Industrie vorübergehend in

den Sog der weltweiten Rezession. Sie fand zwar schnell wieder auf einen leichten Wachstumskurs zurück, es setzte aber eine dramatische Strukturkrise ein, die bis heute nicht vollständig überwunden ist. Sie betraf nicht mehr ausschließlich solche Branchen des Hochtechnologie-sektors, die schon seit längerem wachsendem Wettbewerbsdruck aus den aufstrebenden Schwellenländern unterlagen (Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen). Zunehmend gerieten vielmehr auch die Domänen und Zugpferde der deutschen Exportwirtschaft, vor allem der Maschinen- und Straßenfahrzeugbau, unter strukturellen Anpassungsdruck. Die Wettbewerbsposition der deutschen Exportwirtschaft mit ihren hohen Standortkosten wurde dabei nicht nur von den anderen führenden Technologienationen der Avantgarde (USA und Japan) angegriffen, sondern auch von den sich im Aufholprozess befindlichen Technologieproduzenten im fernen Osten und in Europa „in die Zange genommen“. Gleichzeitig verstärkte die zunehmende Integration der osteuropäischen Volkswirtschaften mit ihren konkurrenzlos günstigen Löhnen bei ausreichend hoher Qualifikation der Erwerbstätigen aus Sicht deutscher Anbieter den Wettbewerbsdruck bei solchen Produktionen, bei denen der Preis der entscheidende Absatzparameter ist. Da

sich dieser Prozess unmittelbar „vor der Haustüre“ abspielt, erhöhten sich die Anreize zur Verlagerung von arbeitsintensiven Produktionen in diese Länder beträchtlich.

Die Strukturkrise der letzten Jahre war vor allem gekennzeichnet durch bundesweit stark rückläufige Beschäftigung in fast allen Bereichen des industriellen Sektors. Durch die damit verbundene erhebliche Steigerung der Produktivität gelang es der Wirtschaft aber zunehmend, die internationale Wettbewerbsfähigkeit wieder durchgreifend zu verbessern.

Ein zentrales Charakteristikum des wirtschaftlichen Strukturwandels neben seiner Begünstigung der Dienstleistungen ist seine starke Innovations- und Qualifikationsorientierung. Entscheidende Größen im internationalen wie im regionalen Wettbewerb sind das Hervorbringen von innovativen Produkten und Dienstleistungen sowie der Einsatz modernster Technologien. Damit eng verbunden ist der Einsatz von qualifizierten und zunehmend auch hochqualifizierten Kräften im Entwicklungs-, im Produktions- und im Vermarktungsprozess.

Vor dem Hintergrund der o.g. Herausforderungen verändern sich auch die Unternehmensstrukturen beträchtlich:

- Zum einen beobachten wir eine Neuordnung der Unternehmens- und Konzernstrukturen, die sich

in verstärkten Übernahmen und Eingliederungen von bislang selbständigen Betrieben in Unternehmensverbünde ausdrücken. Die wachsende externe Kontrolle und Außensteuerung der regionalen Betriebe im Zuge der Globalisierung und Unternehmenskonzentration macht aus regionaler Sicht den Zugang zu den Entscheidungsträgern schwieriger. Sie sind in vielen Fällen nicht mehr in der Region ansässig und fühlen sich nicht mehr so stark für sie verantwortlich.

- Die Neuordnung der Unternehmensstrukturen ist aber auch verbunden mit innerbetrieblichen Veränderungen durch Konzentration auf Kernkompetenzen, schlankere Produktion und Outsourcing von betrieblichen Funktionen und Bereichen. Gerade die durch Outsourcing entstehenden neuen Unternehmensstrukturen machen eine intensive Beobachtung der Unternehmensentwicklung durch die Wirtschaftsförderung notwendig („was tut sich in den Unternehmen“), um ggf. schnell reagieren zu können.
- Darüber hinaus intensiviert sich auch die Erneuerung der Wirtschaftsstruktur, wobei einem Höchststand an Insolvenzen und Betriebsaufgaben ein Rekord an Neugründungen gegenüber-

steht. Insbesondere die „Welle von Existenzgründungen“ führt zu einer neuen Zielgruppe der Wirtschaftsförderung mit sehr spezifischen Problemen und Engpässen in den unterschiedlichen Phasen der Unternehmensgründung und -entwicklung. Neue Herausforderungen der Sicherung des Unternehmensbestandes sind auch in der aufgrund der typischen Altersstruktur von Betriebsinhabern verstärk sich stellenden Unternehmensnachfolgeproblematik nicht nur im Handwerk, sondern auch in anderen Wirtschaftsbereichen zu sehen.

Die Globalisierung und die Internationalisierung der Wirtschaftsbeziehungen führen zu einem verschärften überregionalen und internationalen Wettbewerb der Regionen und Standorte. An erster Stelle der Standortfaktoren stehen hier die Lage und Erreichbarkeit im nationalen und internationalen Verkehrs- und Kommunikationsnetzwerk. Darüber hinaus spielen erwartungsgemäß die quantitativen und qualitativen Arbeitsmarktfaktoren in den meisten Fällen eine ausschlaggebende Rolle. Neben den unabdingbaren „harten“ Standortfaktoren werden auch „weiche“ unternehmens- und personenbezogene Standortbedingungen zunehmend wichtiger.

Dazu zählen neben den Wohn- und Lebensbedingungen mit dem Freizeit- und Kulturangebot sowie der Umweltqualität in einer Region besonders auch das Image, die „Wirtschaftsfreundlichkeit“ und letztlich auch die Leistungsfähigkeit der Akteure im Bereich der Wirtschaftsförderung.

Produzierendes Gewerbe

Das Produzierende Gewerbe in Niedersachsen hat mit etwa 40 % der Beschäftigten (im Folgenden: sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am 30.6.1997) in etwa die gleiche Bedeutung in der Wirtschaftsstruktur wie in den alten Bundesländern. Die Industrie in Niedersachsen ist durch eine Reihe namhafter Unternehmen repräsentiert.

Insgesamt weicht die Branchenstruktur des Produzierenden Gewerbes deutlich vom Bundesdurchschnitt ab.

- Größter Zweig des Produzierenden Gewerbes in Niedersachsen ist das Baugewerbe, das mit 8,5 % der Gesamtbeschäftigten deutlich überrepräsentiert ist. Das Baugewerbe spielt vor allem in den ländlichen Regionen und im näheren Umfeld der Großstädte eine besondere Rolle.
- Der mit Abstand größte Industriezweig ist der Straßenfahrzeugbau mit 6,6 % der Gesamt-

Die 30 größten Industrieunternehmen in Niedersachsen 1997

Rang / Unternehmen	Sitz	Umsatz in Mio. DM	Beschäftigte	Branche
1 Volkswagen AG (K)	Wolfsburg	113245,0	256.132	Straßenfahrzeugbau
zu 1 Volkswagen AG	Wolfsburg	54285,0	100.370	Straßenfahrzeugbau
2 Preussag AG (K)	Hannover	26658,0	63.021	Mischkonzern
3 Preussen Elektra AG (K)	Hannover	16197,1	23.085	Energieerzeugung und -versorgung
zu 3	Continental AG (K)	Hannover	11186,1	44.800
Gummiverarbeitung				
5 Preussen Elektra AG	Hannover	6343,9	5.918	Energieerzeugung und -versorgung
6 KM Europa Metal AG (K)	Osnabrück	4294,6	7.657	NE-Metallindustrie
7 Solvay Deutschland Gruppe (K)	Hannover	3918,0	9.534	Chemische Industrie
7 BEB Erdgas und Erdöl GmbH	Hannover	3688,2	1.691	Erdgas- und Erdölförderung und - handel
zu 2	Preussag Stahl AG	Salzgitter	3175,9	7.957 Eisen- und Stahlerzeugung
8 Siemens AG in Niedersachsen	Niedersachsen	2934,0	8.108	Elektrotechnik
zu 4	Continental AG	Hannover	2893,0	7.513 Gummiverar- beitung
9 Alcan Deutschland GmbH	Göttingen	2656,8	3.885	NE-Metallindustrie
10 Alcatel Kabel Beteiligungs- AG (K)	Hannover	2548,1	5.816	Elektrotech- nik
11 VARTA AG (K)	Hannover	2461,7	11.133	Akkumulatoren, Bat- terien
12 Effem GmbH	Verden (Aller)	2030,3	1.403	Heimtiernahrung
13 Haarmann & Reimer GmbH (K)	Holzminde	2005,4	4.889	Duft- und Aromastoffe
14 Bahlsen Gruppe (K)	Hannover	1974,5	9.468	Dauerbackwaren
15 Elastogran GmbH	Lemförde	1785,8	1.138	Chemische Industrie
16 MZO Oldenburger- Botterblom-Milch eG	Oldenburg	1763,6	1.757	Milchverarbeitung
17 Lemförder Fahrwerktechnik PKW/NKW	Lemförde	1761,0	6.445	Fahrwerktechnik
AG & Co. (K)				
18 Nordmilch eG (K)	Zeven	1760,3	1.769	Milchverarbeitung
19 Nordzucker AG (K)	Braunschweig	1758,2	1.956	Zuckerindustrie
20 Bertrand Faure Sitztechnik GmbH & Co KG	Stadthagen	1717,0	4.921	Kfz-Sitzfertigung
21 Lohmann & Co. AG (K)	Rechterfeld/Visbek	1704,2	3.612	Geflügelwirtschaft
22 Wendeln GmbH & Co KG	Garrel	1700,0	7.500	Brot- und Backwarenherstellung
23 Nordland Papier AG	Dörpen /Ems	1464,4	1.726	Papiergewerbe
zu 5	KM Europa Metal AG	Osnabrück	1404,0	3.075 NE- Metallindustrie
24 Wilhelm-Karmann GmbH (K)	Osnabrück	1370,1	5.425	Straßenfahrzeugbau

Quelle: Nord/LB, Wirtschaft Niedersachsen, Januar 1999.

beschäftigten bzw. 22 % der Industriebeschäftigten. Die indirekte Abhängigkeit des Landes vom Straßenfahrzeugbau ist aber noch deutlich größer, weil eine Vielzahl von Branchen (Herstellung von Reifen, Kunststoffen, Batterien, Bremsen, Autodios, Eisen-, Stahl- und Aluminiumerzeugnissen bzw. Maschinen- und Anlagenbau) als Zulieferer bzw. Lieferant von Investitionsgütern auf die Herstellung von Straßenfahrzeugen ausgerichtet sind (vgl. hierzu vor allem die Studie der Nord/LB zur Bedeutung der Straßenfahrzeugbauzulieferer in der Region Hannover). Schätzungsweise 40 % des niedersächsischen Exports entfallen auf Kraftfahrzeuge. Die größten Standorte sind Wolfsburg mit der Konzernzentrale von Volkswagen, Hannover, Salzgitter, Emden, Braunschweig und Osnabrück.

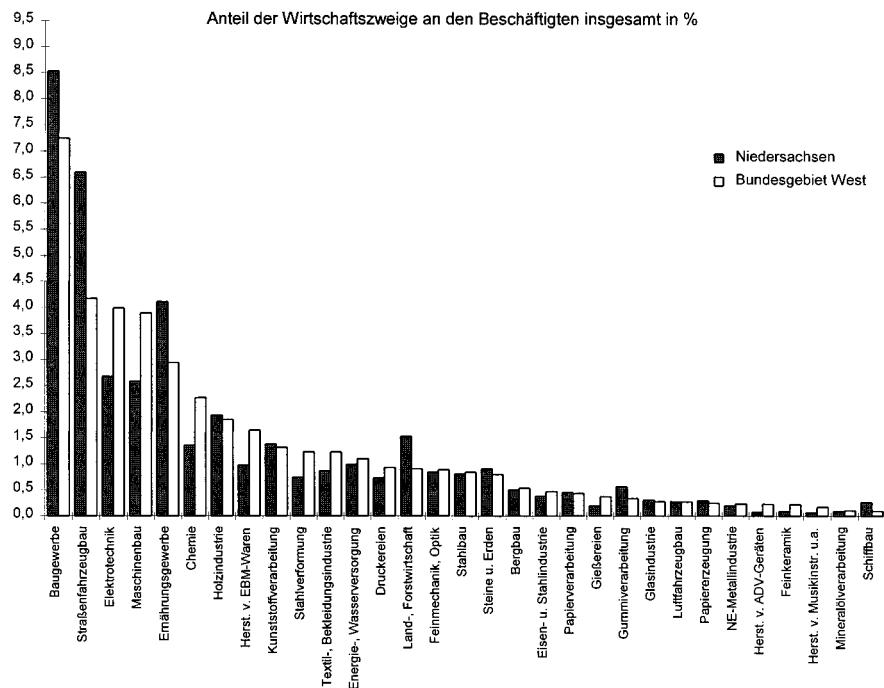
- An zweiter Stelle der Industriezweige folgt das Ernährungsgewerbe, auf das etwa knapp 13 % der Beschäftigten des Verarbeitenden Gewerbes entfallen. Standortvorteile ergeben sich vor allem aus der starken landwirtschaftlichen Prägung des Landes sowie aus der Nähe zu den Seehäfen. Allerdings setzt sich das Ernährungsgewerbe aus einer Vielzahl von einzelnen

Branchen zusammen. Bedeutendste Zweige in Niedersachsen sind die Fleischverarbeitung (vor allem im Weser-Ems-Raum mit dem Schwerpunkt der Intensivhaltung von Schweinen und Geflügel im Raum Vechta/Cloppenburg und seinem Umfeld), die Herstellung von Backwaren und Dauerbackwaren (u. a. Raum Hannover), Molkereierzeugnisse (Heidegebiet und deren Randbereiche, Emsgebiet und der Küstenraum), die Getränkeindustrie (mit der Bierherstellung u. a. in Hannover und Südniedersachsen sowie die Spirituosenindustrie in den ländlichen Räumen u. a. des westlichen Niedersachsen), die Zuckerindustrie (südniedersächsische Bördezone Hannover / Braunschweig / Hildesheim sowie der Raum Uelzen), die Futtermittelindustrie (im Umfeld der Seehäfen sowie in den agrarischen Intensivgebieten im westlichen Niedersachsen). Hochspezialisierte Zweige sind darüber hinaus die Herstellung von diätischen Nahrungsmitteln (Raum Lüneburg), von Nahrungsfetten, Saucen, Fertiggerichten u. a. (Raum Osnabrück) oder die Fischverarbeitung (u. a. Cuxhaven). Entsprechend hat das Ernährungsgewerbe Schwerpunkte in den ländlichen Räumen des westlichen Niedersachsen, im Küstenraum

und im Elbe-Weser-Raum sowie im Umfeld der südniedersächsischen Großstädte. Insgesamt ist das Ernährungsgewerbe der Industriezweig mit der breitesten räumlichen Streuung und damit der größten Bedeutung in den ländlichen Regionen des Landes.

- Die Elektrotechnik steht mit 9 % der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe zwar an dritter Stelle, ist aber im Vergleich zum übrigen Bundesgebiet deutlich unterrepräsentiert. Große Standorte sind u. a. Hannover, Hildesheim, Braunschweig und Salzgitter sowie Göttingen, Osterode und Holzminden, Wesermarsch und Oldenburg.
- Der Maschinenbau erreicht mit knapp 9 % der Beschäftigten den vierten Rang unter den Industriezweigen. Auch der Maschinenbau ist deutlich schwächer vertreten als im Bundesdurchschnitt. Der niedersächsische Maschinenbau war in seiner historischen Entwicklung stark auf die Bedürfnisse anderer regional bedeutsamer Wirtschaftszweige wie Landwirtschaft, Ernährungsgewerbe, Holzverarbei-

Branchenspezialisierung des Produzierenden Gewerbes in Niedersachsen 1997



tung und Bergbau ausgerichtet, mittlerweile ist das gesamte Spektrum vertreten. Es reicht von der Herstellung von Baumaschinen (Hannover, Delmenhorst) über landwirtschaftliche Maschinen (Raum Osnabrück, Oldenburg, Wolfenbüttel) bis hin zu Aufzügen und Fahrtreppen (Hannover, Schaumburg). Die wichtigsten Standorte sind Stadt und Landkreis Hannover, der Raum Braunschweig-Salzgitter, Hildesheim, Stadt und Landkreis Osnabrück, Emsland sowie das Umland von Bremen und Hamburg.

Auf die vier größten Industriezweige entfallen zusammen mehr als 50 % aller industriellen Arbeitsplätze. In besonderer Weise spezialisiert (unabhängig von der Größe der Branche) ist die niedersächsische Wirtschaft darüber hinaus auf die kleine Branche der Gummiverarbeitung sowie auf den Schiffbau. Leicht überdurchschnittlich vertreten sind darüber hinaus auch die Industrie der Steine und Erden, die Glasindustrie, die Papiererzeugung und Papierverarbeitung, die Holzindustrie sowie auch der Luftfahrzeugbau (mit Standorten im Raum Bremen und Hamburg sowie Langenhagen bei Hannover). Unterdurchschnittlich vertreten sind neben Elektrotechnik und Maschinenbau vor allem die Chemische Indu-

strie, die Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren, die Leder-, Textil- und Bekleidungsindustrie sowie die Druckindustrie. Eine nur noch geringe Bedeutung hat auch die Herstellung von EDV-Geräten.

Die Beschäftigtenentwicklung des niedersächsischen Produzierenden Gewerbes in den 80er-Jahren war durch eine deutliche Entwicklungsschwäche gekennzeichnet. Nach dem überdurchschnittlichen Rückgang der Zahl der Beschäftigten in der Rezession in der ersten Hälfte der 80er-Jahre fasste die Industrie nur sehr allmählich wieder Tritt, und erst gegen Ende der 80er-Jahre lagen die Zuwachsraten der Beschäftigung wieder über dem Bundestrend. Von 1980 bis 1989 gingen landesweit etwa 95.000 Arbeitsplätze im Produzierenden Gewerbe verloren.

Hohe Verluste waren in den 80er-Jahren bei traditionellen und eher wachstumsschwächeren Branchen zu verzeichnen, wie bei der Holzindustrie, der Industrie der Steine und Erden, der Glasindustrie, der Leder-, Textil- und Bekleidungsindustrie, der Eisen- und Stahlindustrie, der Gießereiindustrie und auch der Mineralölverarbeitung. Überdurchschnittliche Verluste hatte auch das Baugewerbe. Dramatisch war der Niedergang der Büromaschinen/EDV-Industrie, von dem vor allem der Raum Wilhelmshaven betroffen war. Weit überdurchschnittlich

waren auch die Verluste im Maschinenbau (z. B. der Herstellung von Baumaschinen und Landmaschinen). Deutlich schwächer war zunächst auch die Entwicklung des Straßenfahrzeugbaus und der Elektrotechnik (vor allem der Unterhaltungselektronik). Nur wenige Branchen lagen im Trend, dazu zählten vor allem die niedersächsische Ernährungsindustrie, die Chemie und die Kunststoffverarbeitung. Eine positive Entwicklung hatten nur einige kleinere Branchen wie der Luftfahrzeugbau, die Feinmechanik und Optik sowie die Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren.

In der ersten Phase nach der Wiedervereinigung waren die Impulse für die niedersächsische Industrie dann weit überdurchschnittlich. Von 1989 bis 1992 entstanden 83.000 Arbeitsplätze im Produzierenden Gewerbe, darunter 58.000 in der Industrie und weitere 30.000 im Baugewerbe.

Insgesamt zeigte sich, dass die Produktpalette der niedersächsischen Industrie ideal auf den von der Wiedervereinigung ausgelösten Nachfrageboom passte. Positiv war die Entwicklung von Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik, und von Eisen-, Blech-, Metall-Waren, überdurchschnittlich die Impulse auch für das Ernährungsgewerbe, die Papierindustrie und das Druckgewerbe. Weit überproportional profitierten das Baugewerbe und die Bauzu-

lieferindustrien (Steine und Erden, Holzindustrie, Holzverarbeitung). Kurzfristig war zunächst auch die Beschäftigtenentwicklung des Straßenfahrzeugbaus und seiner Zulieferindustrien (u. a. Kunststoffverarbeitung, Gummiverarbeitung) überdurchschnittlich. Relativ rasch setzte aber dann gerade hier ein massiver Umstrukturierungsprozess ein, der mit starkem Beschäftigungsabbau einherging. Belastet wurde der Arbeitsmarkt in dieser Phase auch durch weltweit krisenhafte Entwicklungen sowie erste Anpassungen an durch die Wiedervereinigung geschaffene Überkapazitäten in der Eisen- und Stahlindustrie, in der Nicht-Eisen-Metallindustrie, im Schiffbau und im Bergbau (insbesondere Kaliindustrie). Auch in anderen Verliererbranchen des Strukturwandels wie der Textil- und Bekleidungsindustrie konnte ein weiteres Abschmelzen von Beschäftigung nicht verhindert werden.

Seit 1992 ist auch in Niedersachsen die Beschäftigung im Produzierenden Gewerbe stark rückläufig. Von 1992 bis 1997 sind rund 140.000 Arbeitsplätze verloren gegangen. Allerdings war dieser Rückgang zunächst (bis etwa 1995) weit weniger stark als im Bundestrend. In den letzten Jahren liegt der Beschäftigtenabbau ungefähr im Trend.

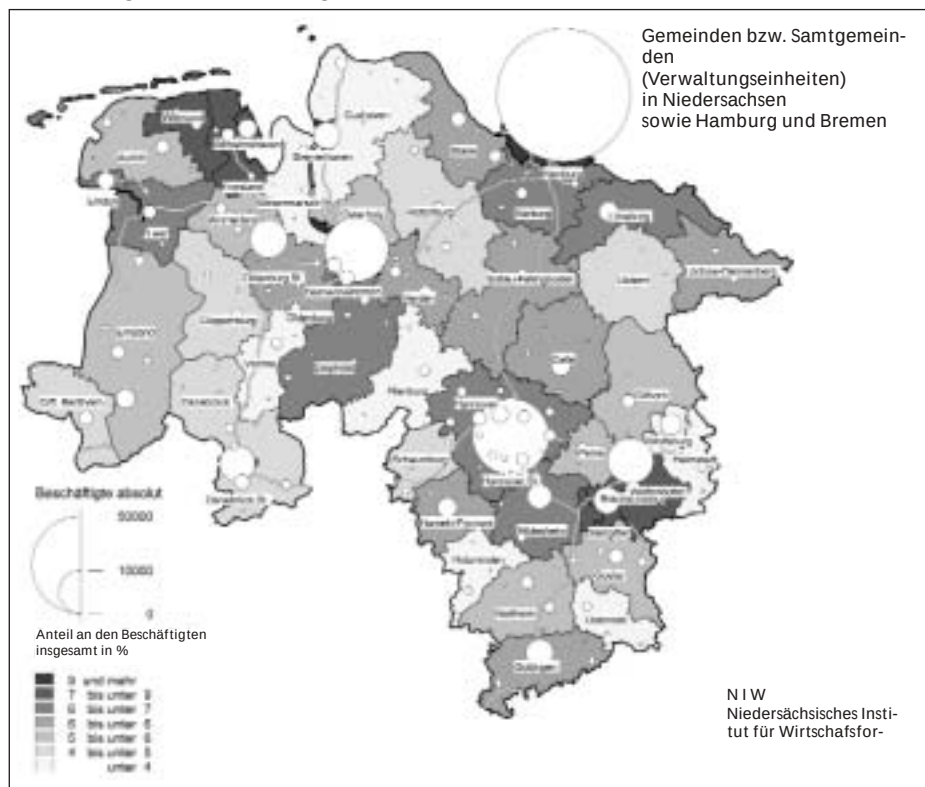
Innerhalb von Niedersachsen verloren in den 80er-Jahren die Agglomerationsräume, und hier vor allem

die Kernstädte in besonderer Weise an Arbeitsplätzen im Produzierenden Gewerbe. Darüber hinaus zeigte sich eine ausgesprochene Entwicklungsschwäche des Küstenraumes. Weitaus günstiger als die übrigen Landesteile entwickelten sich demgegenüber die ländlichen Räume des Landes. Besonders positiv war die industrielle Entwicklung im westlichen Niedersachsen.

In der ersten Phase nach der Öffnung der innerdeutschen Grenze und der Wiedervereinigung hatten

dann alle niedersächsischen Regionen mehr oder weniger starke Beschäftigungsgewinne. An der Spitze standen aber weiterhin die ländlichen Regionen, und auch das ehemalige Zonenrandgebiet konnte erstmals seit längerem wieder überdurchschnittlich profitieren. In den Verdichtungsräumen und vor allem in den vom Straßenfahrzeugbau geprägten Regionen setzte allerdings relativ rasch ein intensiver Umstrukturierungs- und Anpassungsprozess ein, sodass sie insgesamt am wenig-

Beschäftigtenentwicklung im Produzierenden Gewerbe 1992 bis 1997



ten von dem Nachfrageschub aus den neuen Bundesländern profitierten. Die Kernstädte der Verdichtungsräume konnten nur geringe Arbeitsplatzgewinne realisieren, während das Umland im Zuge des weiterhin intensiven Suburbanisierungsprozesses vergleichsweise starke Beschäftigungsgewinne aufwies. Auch in einigen weiteren Industrie-regionen des Landes (Wesermarsch, Grafschaft Bentheim) überwogen die Anpassungsprozesse, und die Beschäftigung wuchs nur schwach.

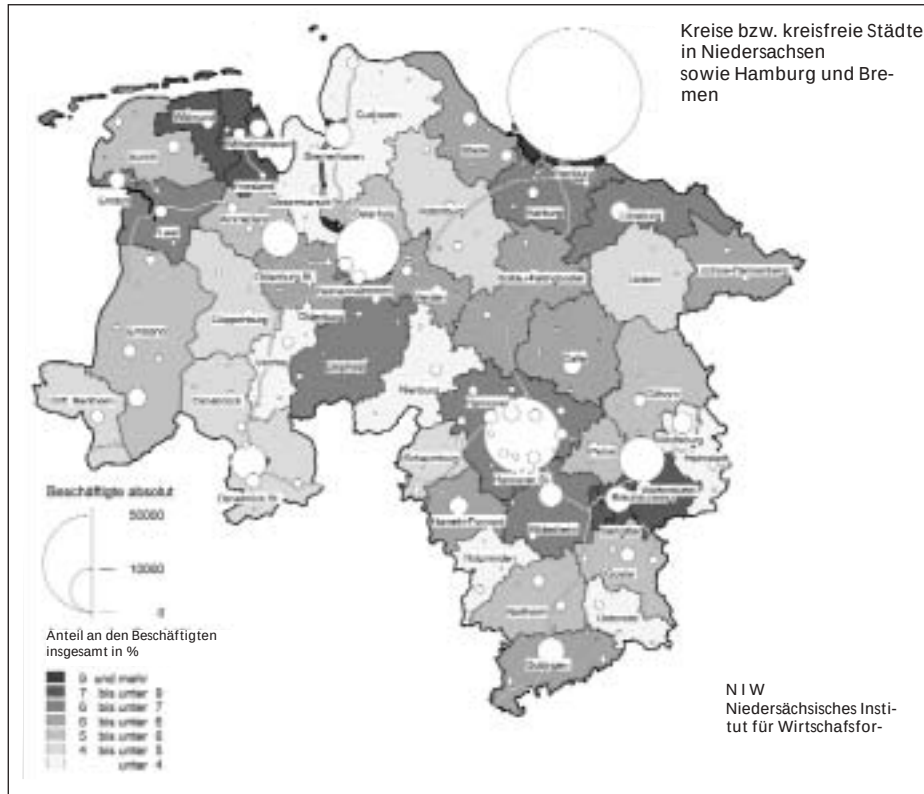
Nach 1992 wirkten sich Rezession und Strukturkrise in allen Regionen des Landes aus. Einen extrem starken Einbruch verzeichnete das ehemalige Zonenrandgebiet. In den Agglomerationsräumen hingegen war der industrielle Beschäftigungsabbau nicht ganz so stark wie im Bundestrend. Vergleichsweise günstig blieb die Entwicklung der Randbereiche. Am besten schnitten auch weiterhin die ländlichen Regionen ab. Zumindest bis 1995 konnten sie in den meisten Fällen sogar ihren Beschäftigungsstand halten, erst seit 1995 überwogen auch hier die Arbeitsplatzverluste.

Die günstigste Entwicklung des Produzierenden Gewerbes hatten 1992 bis 1997 die überwiegend ländlich geprägten Regionen Cloppenburg, Vechta, Emsland sowie Rotenburg, Lüneburg und Stade. Anders als in den 80er-Jahren blieben die Verluste in den Wirtschafts-

räumen Hamburg, Bremen und auch Hannover und Braunschweig vergleichsweise moderat. Zu den größten Verlierern zählten hingegen die industriell geprägten Regionen, allen voran die Automobilregion Wolfsburg. Aber auch die Industrieräume Wesermarsch, Osterode, Salzgitter, Hildesheim oder Bremerhaven/Cuxhaven hatten massive Arbeitsplatzverluste im Produzierenden Gewerbe.

Die aktuelle Entwicklung zeigt, dass die Umstrukturierungs- und Anpassungsprozesse weitgehend abgeschlossen sein dürften. In einigen Regionen, so z. B. den Standorten des Straßenfahrzeugbaus steigt die Beschäftigung sogar wieder leicht. Allerdings werden auch in Zukunft neue Arbeitsplätze nicht im industriellen Sektor, sondern in den Dienstleistungen entstehen. Eine besondere Rolle spielen hierbei die stark wachsenden unternehmerorientierten Dienstleistungen (Rechts-, Wirtschafts- und Finanzberatung, Technische Beratung und Planung, Wirtschaftswerbung, sonstige unternehmensbezogene Dienste). Von 1980 bis 1997 hat die Beschäftigung in diesem Sektor in Niedersachsen um fast 80.000 zugenommen und sich damit mehr als verdoppelt. Die Entwicklungsdynamik entsprach damit in etwa dem Bundestrend. Die räumliche Verteilung der unternehmerorientierten Dienstleistungen zeigt nach wie vor

Standorte der unternehmensorientierten Dienstleistungen 1997



eine besondere Konzentration in den großstädtischen Zentren und in ihrem unmittelbaren Umfeld. Insgesamt ist aber die Dynamik der unternehmensorientierten Dienstleistungen vor allem in den Regionen besonders stark, in denen auch die Entwicklung des Produzierenden Gewerbes günstiger ist. Das bedeutet, dass die unternehmensbezogenen Dienste in den ländlichen Regionen stärker wachsen und die räumliche Verteilung der Industrie und der mit ihr verbundenen

Dienstleistungen tendenziell gleichmäßiger wird.

Unter den veränderten Wettbewerbsbedingungen und der besonderen Bedeutung von Innovationsaktivitäten für die Weiter- und Neuentwicklung von Produkten sowie für die effiziente Gestaltung von Produktions- und Arbeitsprozessen kommt den Anstrengungen der Unternehmen in Forschung und Entwicklung eine strategisch Rolle zu. Die Erfassung von Innovations- sowie Forschungs- und Entwicklungs-

aktivitäten auf regionaler Ebene ist schwierig. Wichtige Hinweise lassen sich aus der Funktionalstruktur, d. h. den beruflichen Tätigkeiten der Beschäftigten ableiten. So kann der Anteil der Ingenieure und Wissenschaftler in technischen Diensten (Ingenieure, Chemiker, Naturwissenschaftler) an den Beschäftigten des Verarbeitenden Gewerbes als Indikator für das Innovationspotential der gewerblichen Wirtschaft einer Region gelten. Dieser auch als Wissenschaftlerintensität bezeichnete Indikator gibt an, wie stark bestimmte Schlüsselqualifikationen für technische Innovationsprozesse verfügbar sind.

Insgesamt liegt die Wissenschaftlerintensität für das Produzierende Gewerbe in Niedersachsen etwa um ein Fünftel unter dem Bundesdurchschnitt. Insgesamt bestätigen sich damit auch andere Untersuchungen, nach denen sich die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten in Deutschland in besonderer Weise in den süddeutschen Verdichtungsräumen konzentrieren (H. Legler/B. Gehrke). Innerhalb von Niedersachsen finden sich die industriellen Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten offensichtlich in

besonderer Weise in den Standorten Wolfsburg, Hannover und Braunschweig sowie in den Regionen Stade und Celle. Mit deutlichem Abstand folgen die Städte Salzgitter und Osnabrück sowie die Regionen Hildesheim, Hameln-Pyrmont, Wesermarsch und Verden. In den übrigen Regionen liegen die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten deutlich niedriger. Fast alle niedersächsischen Regionen sind seit Ende der 80er-Jahre in der Beschäftigung von Wissenschaftlern im Produzierenden Gewerbe vorangekommen. Dies gilt vor allem für Wolfsburg und Hannover, die mittlerweile sogar Hamburg überflügelt haben. Rückläufig war die Beschäftigung des industriellen wissenschaftlichen Personals in den Räumen Wilhelmshaven und Wolfenbüttel sowie in Bremerhaven. Insgesamt haben die niedersächsischen Regionen damit zwar im innovationsorientierten Strukturwandel überwiegend mithalten können, den Rückstand zum Bundestrend und insbesondere zu den süddeutschen Regionen aber nur in wenigen Fällen deutlich verringern können.

Hans-Ulrich Jung

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Wirtschaftliche Bedeutung

Der Wirtschaftsbereich „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“ hat auch in Niedersachsen in den vergangenen Jahrzehnten beträchtlich an relativer Bedeutung verloren. Im Jahr 1970 trug er noch zu 6,3 % zur Bruttowertschöpfung des Bundeslandes bei, im Jahr 1996 lag der Wert bei nur noch 2,7 %. Dabei ist aber zu bedenken, dass die in diesem Sektor erzeugten Produkte unverzichtbar für die gesamte weiterverarbeitende Nahrungsmittelwirtschaft sind. Außerdem werden von der Land- und Forstwirtschaft Rohstoffe für Nicht-Nahrungszwecke (Holz, Faserpflanzen) bereitgestellt. Die Bedeutung dieses Wirtschaftssektors ist auch regional sehr unterschiedlich groß. In agrarisch intensiv genutzten Gebieten oder in waldreichen Regionen ist der primäre Wirtschaftssektor zumeist überdurchschnittlich bedeutend und auch wegen seiner Arbeitsplatzfunktion unverzichtbar.

Die Landwirtschaft

In der niedersächsischen Landwirtschaft hat sich in den vergangenen Jahrzehnten ein gravierender Strukturwandel vollzogen. Die Anzahl der Betriebe (ab 1 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche) verringerte sich von 213.112 im Jahr 1960 auf

75.188 im Jahr 1997, dabei ist die durchschnittliche Fläche der Betriebe von 9,9 ha auf 35,7 ha angestiegen. Damit liegt Niedersachsen um etwa ein Drittel über dem Durchschnitt der Alten Bundesländer und wird nur von Schleswig-Holstein übertroffen. Mehr als zwei Drittel der Wertschöpfung der niedersächsischen Landwirtschaft entfallen auf

Produktionswert der Landwirtschaft in Niedersachsen 1995

Erzeugnis	Produktionswert in Mill. DM	in %
Tierische Produkte	8.860,4	68,1
Milch	3.076,3	23,7
Schweine	2.780,4	21,4
Rinder und Kälber	1.545,4	11,9
Geflügel	745,8	5,7
Eier	646,9	5,0
Pflanzliche Produkte	4.127,3	31,7
Hackfrüchte	1.491,9	11,5
Getreide	918,1	7,1
Baumschulerzeugnisse	513,7	4,0
Frischobst	395,0	3,0
Frischgemüse	241,9	1,9
Produktionswert insgesamt	13.001,5	100,0

Quelle: Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Die niedersächsische Landwirtschaft in Zahlen 1997.

tierische Erzeugnisse, weniger als ein Drittel auf die Pflanzenproduktion.

Das mit großem Abstand wichtigste Produkt ist die Milch, die annähernd ein Viertel der Wertschöpfung ausmacht. Dass die tierische Produktion in Niedersachsen eine überproportional große Bedeutung erlangt hat, zeigt sich in den hohen Anteilen, die in vielen Sparten der Tierhaltung auf dieses Bundesland entfallen. Obwohl Niedersachsen nur 14 % der landwirtschaftlichen Betriebe und 16 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche

Deutschlands umfasst, werden dort mehr als die Hälfte aller deutschen Masthühner und Truthühner, ein Drittel aller Legehennen und annähernd ein Drittel aller Mastschweine gehalten. Auch über 45 % der deutschen Kartoffelernte werden in Niedersachsen eingebracht.

Unter Einbeziehung der Betriebe des Gartenbaus und der Forstwirtschaft wird anhand der vorherrschenden Betriebssysteme die regionale Gliederung der Landwirtschaft erkennbar.

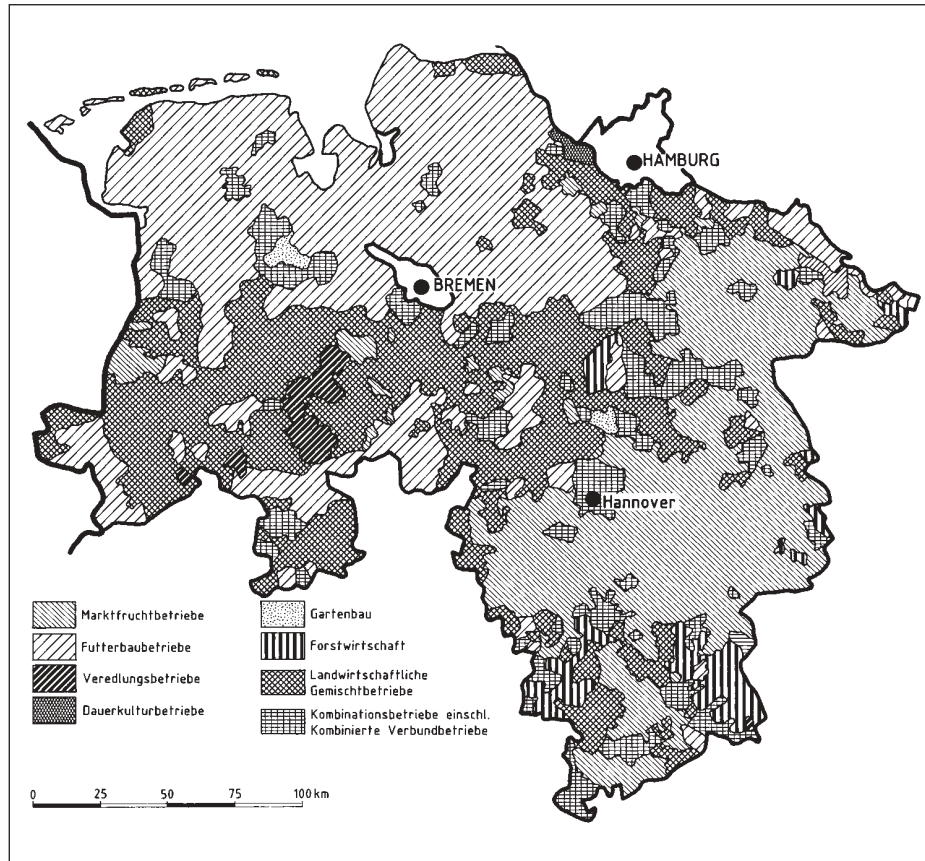
Die küstennahen Bereiche sowie die Moorniederungen werden als

Anteile Niedersachsens an der landwirtschaftlichen Produktion in Deutschland

	Deutschland	Niedersachsen	in %
Landwirtschaftliche Betriebe 1997 (Anzahl)	525.121	75.188	14,3
Landwirtschaftliche Nutzfläche 1997 (1.000 ha)	17.200,8	2.682,2	15,6
Schweine 1997 (in 1.000)	24.795,2	7.120,5	28,7
Mastschweine 1997 (in 1.000)	9.362,6	2.877,4	30,7
Zuchtsauen 1996 (in 1.000)	2.613,5	654,8	25,1
Rinder 1997 (in 1.000)	15.227,2	2.884,6	18,9
Milchkühe 1997 (in 1.000)	5.026,2	827,3	16,5
Legehennen 1996 (in 1.000)	42.381,5	14.153,3	33,4
Masthühner 1996 (in 1.000)	43.357,0	22.091,1	51,0
Truthühner 1996 (in 1.000)	7.075,2	3.599,1	50,9
Kartoffelernte 1997 (1.000 t)	11.659,3	5.334,4	45,8
Zuckerrübenenernte 1997 (1.000 t)	25.768,9	6.574,8	25,5

Quelle: berechnet nach amtl. Statistik

Vorherrschende Betriebssysteme in Niedersachsen



Quelle: Agrarbericht der Bundesregierung 1994, S. 11.

traditionelle Grünlandstandorte vorwiegend von Futterbaubetrieben eingenommen. Auf diesen Bereich entfällt mit annähernd 40 % der größte Anteil der Betriebe. In diesem Betriebszweig, der vor allem die Milchkuhhaltung umfasst, sind fast ausschließlich bäuerliche Familienbetriebe anzutreffen. Die Milchkühhalter verfügen im Durchschnitt über 31 Milchkühe, der Durch-

schnitt der Alten Bundesländer liegt bei nur 23 Tieren. Im östlichen Landesteil dominieren Marktfrochtbetriebe (Erzeugung von Kartoffeln, Getreide, Zuckerrüben), die in der Anzahl der Betriebe an zweiter Stelle stehen. Hier wird die noch weitgehende Abhängigkeit des Pflanzenbaus von den natürlichen Standortbedingungen deutlich. Auf den sandigen Böden der Geest wird sehr

Betriebssysteme in der niedersächsischen Landwirtschaft, im Gartenbau und in der Forstwirtschaft 1995

Betriebssystem	Anzahl der Betriebe	in %	Durchschnittl. landw. Nutzfläche je Betrieb
Marktfrucht	21.882	22,9	45,0
Futterbau	38.198	39,9	32,2
Veredlung	11.965	12,5	20,4
Dauerkultur	1.233	1,3	11,0
Gemischt	4.272	4,5	41,3
Landwirtschaft insges.	77.550	81,1	34,3
Gartenbau	2.156	2,3	4,6
Forstwirtschaft	13.788	14,4	0,7
Kombiniert	2.136	2,2	12,1
Landw. Betriebe und Forstbetriebe insges.	95.630	100,0	28,3

Quelle: amtl. Statistik

viel Kartoffelanbau betrieben, aber auch in der Lössbörde werden zunehmend Kartoffelsorten angebaut, die für Veredlungszwecke (z. B. Kartoffel-Chips) erzeugt werden und schwerere Böden benötigen. In der Lössbörde zwischen dem Steinhuder Meer und Helmstedt, aber auch im Uelzener Becken mit seinen Sandlössböden, sind flächengroße Betriebe zu finden, die Getreide (vor allem Weizen) oder Zuckerrüben anbauen. Im Raum Hannover/Hildesheim sind auch die Verarbeitungsbetriebe für die Zuckerrüben konzentriert.

Veredlungsbetriebe, die auf Schweinemast oder die Geflügelhaltung spezialisiert sind, finden sich vor allem im Süden des Regierungs-

bezirkes Weser-Ems, wobei die Region „Südoldenburg“, die Landkreise Vechta und Cloppenburg, von überregionaler Bedeutung ist. Sie bildet, gemeinsam mit den benachbarten Landkreisen, das Zentrum der Tierhaltung in Niedersachsen.

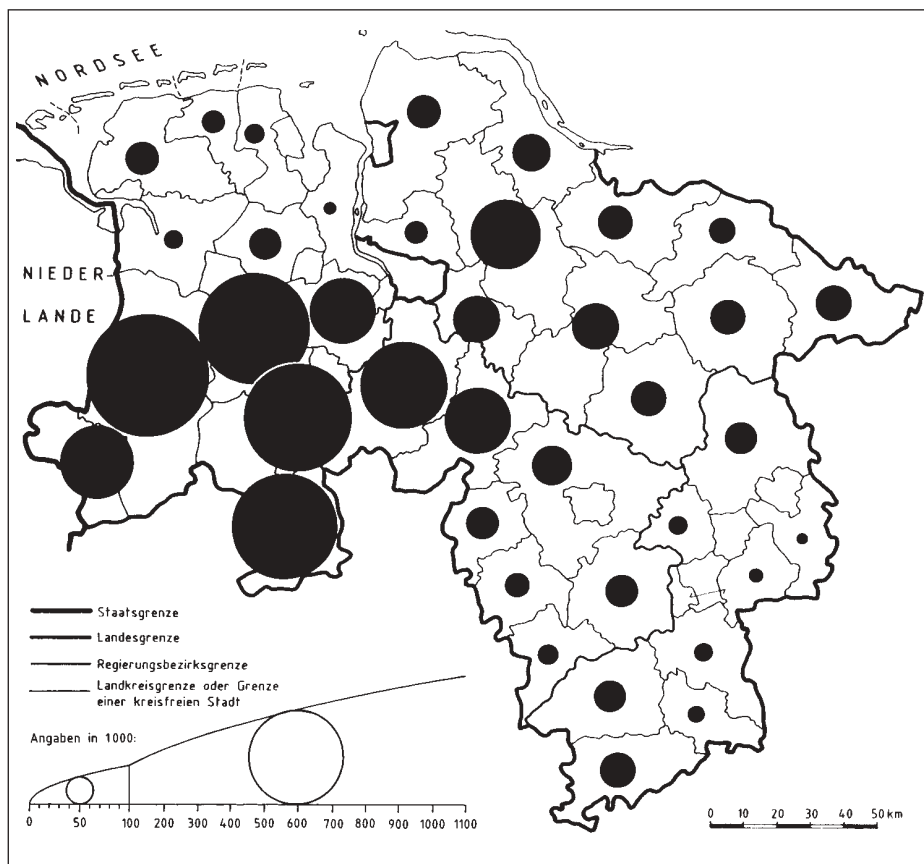
Die Schweinehaltung ist traditionell in sehr kleinstrukturierten und eher flächenarmen Betrieben zu finden, dies gilt sowohl für den Südwesten als auch für Ostniedersachsen. Viele niedersächsische Mastbetriebe müssen jährlich von außerhalb große Mengen an Ferkeln zu kaufen, die insbesondere von spezialisierten Betrieben aus Baden-Württemberg, aber auch aus Bayern, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern

und den Niederlanden bezogen werden. In der Mastschweinehaltung sind regional sehr unterschiedliche Bestandsgrößen anzutreffen. Während in Ostniedersachsen im Durchschnitt weniger als 100 Mastschweine pro Betrieb gezählt werden (im Südosten sogar unter 50), sind es in den Hochburgen in Westniedersachsen weitaus mehr, wobei der Landkreis Vechta mit

annähernd 400 Tieren den Spitzenplatz einnimmt.

Die Legehennenhaltung ist fast gänzlich aus den bäuerlichen Betrieben verschwunden und erfolgt heute zum größten Teil in großen agrarindustriellen Unternehmen. Im Landkreis Vechta ist das größte eierproduzierende Unternehmen Deutschlands ansässig und betreibt dort auch ein modernes Eiprodukt-

Die Schweinebestände in Niedersachsen nach Landkreisen 1996



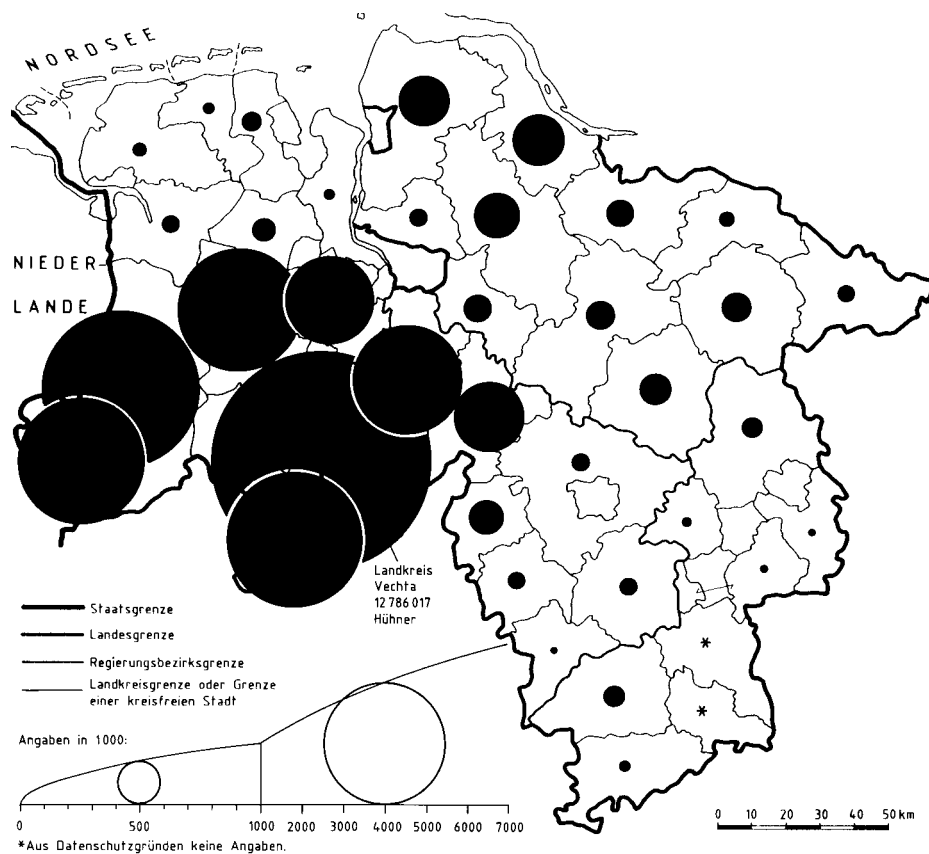
Quelle: amtl. Statistik

tenwerk. So erklärt sich die große sektorale Konzentration, bei der ein Großteil der Gesamtproduktion an Eiern von nur wenigen Unternehmen erbracht wird. Daraus wiederum resultiert eine starke regionale Konzentration in den Standräumen der betreffenden Unternehmen

Die Erzeugung von Masthühnern erfolgt zum größten Teil in Verbundsystemen, in denen bäuerliche

Vertragsmäster für vertikal integrierte agrarindustrielle Unternehmen produzieren, die eine eigene Brüterei, Mischfutterwerke und Geflügelschlachtereien betreiben. Derartige komplexe Unternehmen, die teilweise international tätig sind und auf dem deutschen Markt hohe Marktanteile erreichen, haben sich vor allem in Westniedersachsen ausgebildet. Eine besonders dynami-

Die Hühnerbestände in Niedersachsen nach Landkreisen 1996



Quelle: amt. Statistik

sche Entwicklung hat die Truthühnerhaltung im Regierungsbezirk Weser-Ems genommen. Eines der bedeutendsten Unternehmen Deutschlands in der Zucht und Vermehrung von Truthühnern ist im Landkreis Cloppenburg ansässig und hat diese Expansion maßgeblich beeinflusst.

Aus der Abbildung Vorherrschende Betriebssysteme in Niedersachsen ist außerdem zu sehen, dass an der Niederelbe bei Hamburg, im so genannten „Alten Land“, spezialisierte Dauerkulturbetriebe (Obstbau) zu finden sind, in der Nähe größerer Städte sowie im Raum Wiesmoor und Papenburg haben Gartenbaubetriebe große Bedeutung erlangt. In den Gebirgslagen von Harz und Solling, aber auch in Teilen der walddreichen Lüneburger Heide, verfügen die Betriebe häufig über größere Waldflächen, sofern nicht ohnehin die Forstwirtschaft dominiert.

Die Zukunftsperspektiven für die niedersächsische Landwirtschaft sind eher skeptisch zu beurteilen. Die Futterbaubetriebe in der feuchten Marsch werden bei einer möglichen Abschaffung der Milchquotenregelung ab 2006 oder weiteren Preissenkungen für Milch große Probleme bekommen. Landwirtschaftliche Alternativen sind dort kaum vorhanden, lediglich in Teilbereichen kann der Fremdenverkehr zusätzliche Einkommen bieten.

Auch für die Getreidebaubetriebe in Ostniedersachsen werden die abzusehenden Preissenkungen für Getreide beträchtliche Einkommensrückgänge bescheren. In den Veredelungsregionen, die bislang eine sehr dynamische Entwicklung genommen haben und über eine gute Infrastruktur verfügen, stehen durch die erreichte Viehdichte Probleme in der Seuchenhygiene (z. B. Gefahr der Schweinepest) und durch Umweltauflagen (z. B. Beseitigung der tierischen Exkremente) einer Weiterentwicklung im Wege. Auch für die Betriebe in der Mittelgebirgsregion sind die Perspektiven eher düster, sofern sie sich nicht zusätzliche Einkommen durch den Fremdenverkehr erschließen können. Weitere drastische Strukturveränderungen stehen der niedersächsischen Landwirtschaft somit bevor.

Die Forstwirtschaft

Mit knapp 1,1 Mill. ha Waldfläche weist Niedersachsen einen Bewaldungsgrad von 23 % auf und liegt damit, wie die anderen norddeutschen Länder auch, unter dem Bundesdurchschnitt von 30 %. Innerhalb des Landes ist die Waldverteilung sehr unterschiedlich. Ostniedersachsen ist sehr viel walddreicher als der Westen, wobei größere geschlossene Waldgebiete insbesondere in den Mittelgebirgen und in der Lüneburger Heide anzutreffen

sind. Annähernd die Hälfte der Waldfläche (49 %) ist Privatwald, 36 % sind Staatswald und 14 % befinden sich im Eigentum von Kommunen und Körperschaften. Das jährliche potentielle Rohholzaufkommen beträgt 4,3 Mill. m³, in den vergangenen Jahren (Durchschnitt der Jahre 1989-1996) wurden jedoch nur jeweils 3,2 Mill. m³ eingeschlagen. Die Holzvorräte in den niedersächsischen Wäldern wachsen somit weiter an, auch die Waldflächenentwicklung verläuft seit etlichen Jahren durch Neuaufforstungen positiv. Die Bewirtschaftung erfolgt, wie auch im Landeswaldgesetz verbindlich vorgeschrieben, nach dem Prinzip der Nachhaltigkeit. Demnach wird der Wald so bewirtschaftet, dass alle Waldfunktionen langfristig in Qualität und Quantität möglichst optimal erbracht werden können.

Problematisch ist die Ertragssituation in der Forstwirtschaft, da u.a. durch billige Importe aus Osteuropa die Holzpreise, vor allem für Schwachholz, seit mehreren Jahren so niedrig sind, dass ein kostendeckendes Wirtschaften häufig nicht möglich ist. Den Rationalisierungsmaßnahmen der Privatforstbetriebe folgend, wurde auch in der niedersächsischen Landesforstverwaltung eine Forstverwaltungsreform initiiert. So werden statt 80 nur noch 45 Forstämter mit jeweils größerer Zuständigkeitsfläche ver-

bleiben, auch die Zahl der ihnen zugehörigen Revierförstereien wird um 20 % verringert.

Durch jahrhundertelange Einflussnahme des Menschen wurde die natürliche Baumartenzusammensetzung zugunsten von Nadelbäumen verändert. Gegenwärtig sind 37 % der Waldfläche mit Laubbäumen bestanden, 63 % mit Nadelbäumen. Vor Eingriff des Menschen war das Verhältnis umgekehrt. Vom Wirtschaftswald werden über 99 % als Altersklassenwald bewirtschaftet, d.h. es stehen jeweils Bäume gleicher Altersstufe auf einer Fläche. Nur sehr geringe Flächenanteile werden als Plenterwald geführt, bei dem Bäume unterschiedlichen Alters auf der gleichen Fläche stehen. Aufgrund seines stufigen Aufbaues und seiner größeren Naturnähe soll der Aufbau von Plenterwaldflächen in Zukunft gezielt vorangetrieben werden. In den niedersächsischen Landesforsten wird ein Programm zur langfristigen ökologischen Waldentwicklung (LÖWE) umgesetzt, mit dem eine Bewirtschaftung nach ökologischen Gesichtspunkten verfolgt wird. Dabei sollen die natürlichen Waldgesellschaften geschützt und wiederhergestellt werden. Der Flächenanteil der Laubbaumarten soll von 37 % auf 65 % erhöht und ein Netz von Waldschutzgebieten aufgebaut werden. Diese und weitere mit dem Programm verbunde-

ne Maßnahmen sollen wieder zu einer „naturnahen Waldwirtschaft“ führen.

Die Fischerei

Die Entwicklung und gegenwärtige Situation der niedersächsischen Seefischerei ist eng an die seerechtlichen Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte geknüpft. Nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgte ein rascher Wiederaufbau der deutschen Hochseefischerei zwecks Behebung der Nahrungsmittelknappheit. In der Folgezeit weiteten mehrere Staaten, vor deren Küsten niedersächsische Schiffe fischten, ihre Hoheitsgrenzen zur See aus. Norwegen und Island begannen 1951/52 mit der Ausweitung auf 4 Seemeilen, 1958/59 erfolgte die Proklamation einer 12-Seemeilen-Fischereizone von Seiten Islands, Norwegens und Dänemarks (einschließlich Grönlands und der Faröer-Inseln), England, Kanada und die USA zogen wenig später nach. Schließlich (1975 Island, 1977 EG, 1982 generell) erfolgte die Erweiterung zu 200-Seemeilen-Fischereizonen.

Von der Einführung dieser nationalen Fischereizonen war die deutsche Fischerei in besonderem Maße betroffen. So fiel das einst bedeu-

tende Fanggebiet um Island gänzlich weg, und die im Rahmen der EG-Fischereipolitik den deutschen Fischern zugeteilten Fangquoten waren so knapp bemessen, dass die Rentabilität vieler Betriebe nicht mehr gegeben war. Dementsprechend reduzierte sich die Fangflotte bis auf kleine Reste und die Anlandungen aus der „Großen Hochseefischerei“ sind beträchtlich zurückgegangen. Wurden im Jahr 1976 noch gut 118.000 t Fisch aus der „Großen Hochseefischerei“ in niedersächsischen Häfen angelandet, waren es 1995 nur noch knapp 23.000 t. Auch die „Kleine Hochsee- und Küstenfischerei“ hat Einbußen hinnehmen müssen, ihre Anlandungen in niedersächsischen Häfen gingen von etwa 56.000 t im Jahr 1976 auf gut 23.000 t im Jahr 1995 zurück. Als Folge der geringeren Fangmengen einheimischer Fischer müssen von der Fisch verarbeitenden Industrie, die in Niedersachsen nach wie vor von erheblicher Bedeutung ist, größere Mengen an Fisch eingeführt werden. Die berufliche Binnenfischerei wird in Niedersachsen nur noch in sehr geringem Umfang betrieben und ist kaum von wirtschaftlicher Bedeutung.

Werner Klohn

Handel und dienstleistendes Gewerbe

Einleitung

Obwohl Endverbraucher in ihrem täglichen Leben ständig die Ladengeschäfte des Einzelhandels und die Einrichtungen des dienstleistenden Gewerbes nutzen, wird die Bedeutung dieser Sektoren häufig unterschätzt. Sie verfügen über ein großes wirtschaftliches Gewicht; so entfielen allein auf den Handelsbereich im Jahr 1996 in der Bundesrepublik Deutschland 13,6 % der Erwerbstätigen und 9,6 % des Bruttoinlandsproduktes (Statistisches Bundesamt 1997). Auch besitzen kundenorientierte Dienstleistungsbetriebe prägende Bedeutung für das Siedlungssystem und die räumlichen Verkehrsverflechtungen. Darüber hinaus wird die Wohnzufriedenheit der Bevölkerung in entscheidendem Maße durch die lokale Versorgungssituation mit Betrieben des konsumentenorientierten Dienstleistungsereichs geprägt. Strukturelle und räumliche Merkmale des Einzelhandels und konsumentenorientierter Dienstleistungen sowie die aktuellen Entwicklungstrends dieser Bereiche werden im Folgenden vorgestellt.

Strukturelle und räumliche Merkmale

Auf jeden Einwohner Niedersachsens entfallen ca. 1,1 qm Verkaufs-

fläche im Einzelhandel. Die verschiedenen Branchen des Non-food-Bereichs besitzen mit etwa drei Vierteln des Umsatzes den größten Anteil. Das Warenangebot wird überwiegend in drei Formen von Betrieben verkauft (vgl. Kulke 1996): in flächengroßen Kauf-/Warenhäusern mit einem breiten Sortiment (viele verschiedene Artikel), in auf einen Artikelbereich spezialisierten Fach-/Spezialgeschäften mit einem tiefen Sortiment (Auswahlmöglichkeiten) und in großflächigen selbstbedienungsorientierten Fachmärkten. Der Lebensmittelbereich besitzt ein breites Spektrum an Betriebsformen, von kleinen Bedienungsläden („Tante-Emma-Läden“) über SB-Läden (bis etwa 400 qm Verkaufsfläche), Supermärkten (bis ca. 1500 qm Verkaufsfläche) bis zu großflächigen (über 1500 qm) Verbrauchermärkten/SB-Warenhäusern. Innerhalb dieser Größenklassen besitzen Discounter eine besondere Niedrigpreis-Orientierung.

Abhängig von ihrem Angebot und ihrer Flächengröße weisen konsumentenorientierte Dienstleistungsbetriebe unterschiedliche Standortssysteme auf (vgl. Kulke 1996). Kleinere Ladengeschäfte, die täglich nachgefragte Grundbedarfsgüter (vor allem Lebensmittel) verkaufen, und Betriebe, die häufig genutzte einfachere Dienstleistungen

erbringen (z. B. Bäckerei, Frisör, Versicherungsvertretung, Bankfiliale), besitzen ein relativ dichtes Versorgungsnetz in den ländlichen Siedlungen und in den Wohngebieten der Städte. Geichartige Geschäfte meiden dabei die Nähe zueinander, dagegen besteht bei Betrieben mit branchenungleichem Angebot die Tendenz zur Bildung von Clustern (z. B. Bäckerei, Fleischerei, Gemüseladen, Frisör).

Bei Betrieben, die Güter des mittel- und langfristigen Bedarfs anbieten, liegt ein hierarchisches Zentrensystem vor. Die Citybereiche der Großstädte stellen die höchstrangigsten Zentren dar; sie verfügen über Waren-/Kaufhäuser, Spezial-/Fachgeschäfte, hochwertige Dienstleistungen (z. B. Bank, Fachanwalt, Facharzt) und Gastronomieeinrichtungen. In innerstädtischen Subzentren und den Geschäftszentren mittelgroßer Städte konzentrieren sich Fachgeschäfte, einzelne Kaufhäuser, Lebensmittelgeschäfte und Dienstleister (z. B. Ärzte, Anwälte, Bankfilialen, Restaurants). Kleinere Versorgungszentren in Wohngebieten von Großstädten oder in Grundzentren des ländlichen Raumes besitzen zumeist Supermärkte, einzelne Fachgeschäfte (z. B. Elektroartikel, Bekleidung) und Dienstleistungen des Allgemeinbedarfs (z. B. Reinigung, Frisör, Imbiss). Seit den siebziger Jahren sind zusätzlich zu diesem klassischen Standortsystem

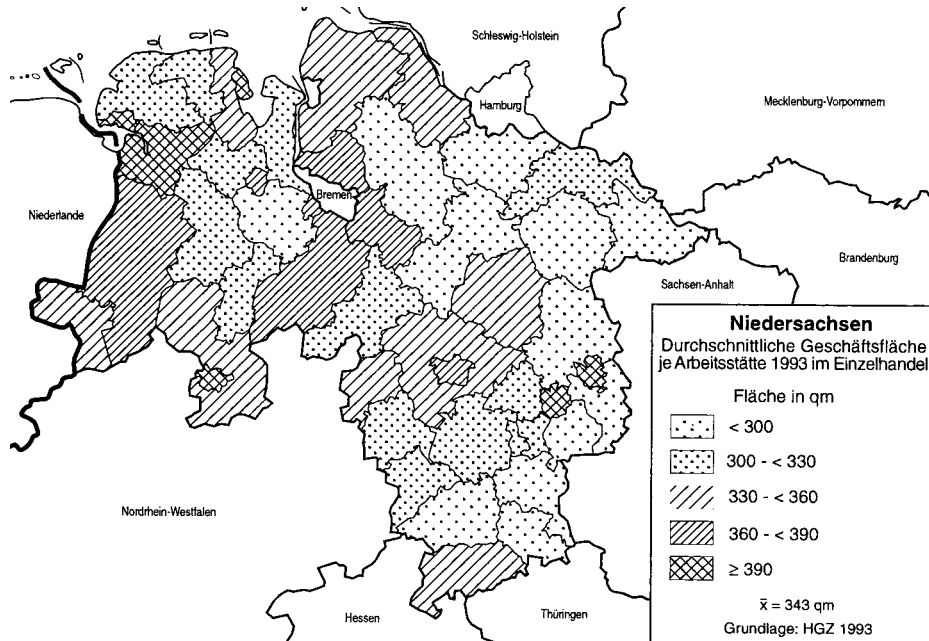
neue, am Stadtrand gelegene Versorgungsagglomerationen entstanden; dort befinden sich eine begrenzte Zahl sehr großflächiger Verbraucher- und Fachmärkte sowie spezielle Dienstleister (Fast-Food-Restaurants, KFZ-Handel). Entsprechend dieser räumlichen Verteilung (vgl. Abb. Flächengröße der Arbeitsstätten des Einzelhandels in Niedersachsen) besitzen in Niedersachsen die Großstädte überdurchschnittlich große Ladengeschäfte (z. B. Braunschweig, Osnabrück), während in ländlichen Regionen (z. B. Gifhorn, Osterode) kleine Einheiten dominieren.

Strukturelle und räumliche Entwicklungsdynamik

In den letzten Jahrzehnten verzeichneten kundenorientierte Dienstleistungsbetriebe erhebliche strukturelle und standörtliche Veränderungen (vgl. Daniels 1993, Kulke 1995, Staudacher 1995). Sie ergaben sich durch Wandlungen im Konsumentenverhalten, durch die Entstehung neuer Angebotsformen und durch raumplanerischen Einfluss.

Prägend für die Entwicklungen der Verbraucherseite waren der Einkommensanstieg, die damit verbundene Verfügbarkeit von Individualverkehrsmitteln (Autos) und Verhaltensänderungen. Im Einzelhandel werden bei höherem Einkommen

Flächengröße der Arbeitsstätten des Einzelhandels in Niedersachsen



mehr Güter und ein höherer Anteil von Non-food-Artikeln nachgefragt. Zugleich reduziert das Vorhandensein von PKWs die Bindung an Ladengeschäfte in der unmittelbaren Umgebung des Wohnstandortes. Auch begünstigt ein höheres Einkommen Verhaltensänderungen; der Erlebniseinkauf in Zentren mit einem ergänzenden Dienstleistungsangebot gewinnt immer mehr an Bedeutung. Durch diese Entwicklungen erfahren höherrangige Versorgungszentren mit einem vielfältigen Angebot einen Nachfragezuwachs, während sich das Einkaufen in kleinen Läden des Nahbereichs auf den Vergleichsbedarf beschränkt.

Auf der Angebotsseite erhöhte sich die Vielfalt sowohl bezogen auf das Sortiment des Einzelhandels als auch auf das Spektrum kundenorientierter Dienstleistungen wesentlich. Gleichzeitig versuchten die Betriebe durch interne Veränderungen der Betriebsformen Kostenreduzierungen zu realisieren; personalkostenintensive Kleinbetriebe wurden aufgegeben und es entstanden neue kosteneffizientere großflächige Einheiten (z. B. Verbrauchermärkte, Fachmärkte). Zuerst wurden im Lebensmitteleinzelhandel umsatzschwache Bedienungsläden („Tante-Emma-Läden“) geschlossen und durch Supermärkte und später Verbrauchermärkte (per-

sonal-kostengünstiges SB-System) mit vielfältigerem Angebot ersetzt. Seit den siebziger Jahren verdrängen auch im Non-food-Sektor großflächige Fachmärkte die Fachgeschäfte und die Kaufhäuser. In den neuen Betriebsformen finden moderne technische Geräte zur Verbesserung der Personalproduktivität Verwendung (z. B. Scannerkassen), sie gehören überwiegend zu Mehrbetriebsunternehmen (Kostenvorteile beim Wareneinkauf) und sind in EDV-gestützte Zuliefersysteme eingebunden.

Die Tabelle zeigt für den Zeitraum 1985-1993 den überproportionalen Bedeutungsgewinn flächengroßer Arbeitsstätten (+15,1% Zuwachs der durchschnittlichen Geschäftsfläche) und den Produktivitätszuwachs pro Beschäftigten (+ 24,8%). Dieser Wandel der Betriebsformen hat räumliche Konse-

quenzen, da in Abhängigkeit von der Flächengröße und Produktivität unterschiedliche Standortpräferenzen vorliegen. Die neuen großflächigen Betriebsformen bevorzugen preisgünstige Flächen am Stadtrand mit günstiger Straßenanbindung; dort sind sie auch für die durch PKW-Besitz räumlich flexiblen Verbraucher gut zu erreichen.

Die Entwicklungen der Angebots- und Nachfrageseite führten zu einer Ausdünnung des Versorgungsnetzes in kleinen Siedlungen und Wohngebieten, zu einem Zuwachs in Stadtzentren mittelgroßer Städte und zur Entstehung neuer nicht-integrierter Versorgungsstandorte am Stadtrand.

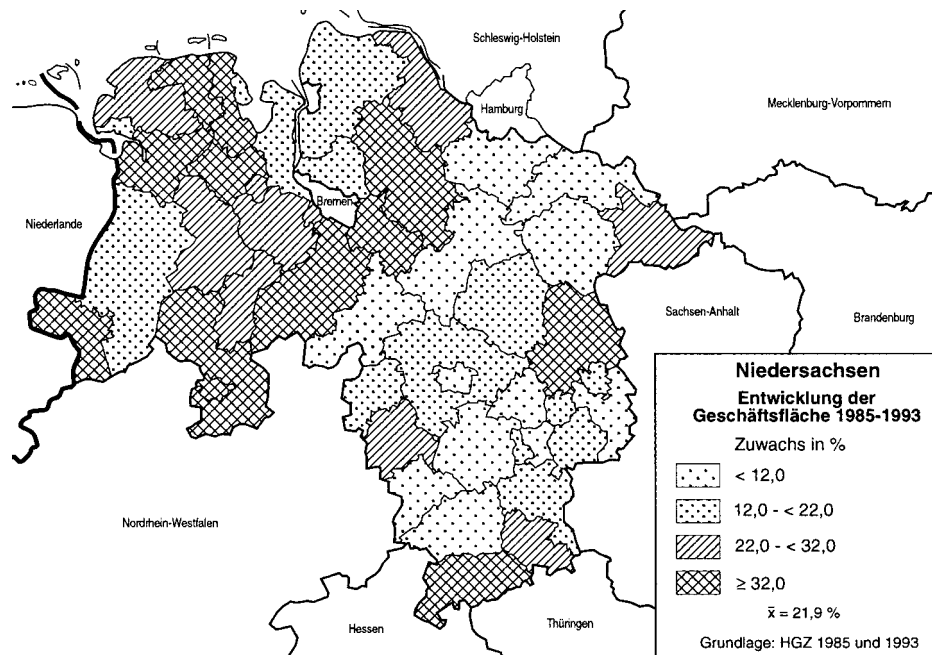
Die Abbildung Flächenentwicklung im Einzelhandel Niedersachsens zeigt diese Veränderungen durch ein unterdurchschnittliches Wachstum in ländlichen Kreisen

Merkmale des Einzelhandels Niedersachsens

	1985	1993	Veränderung in %
Arbeitsstätten	43.386	45.991	+ 6,0
Umsatz (Vorjahr in Mio. DM)	44.179	66.669	+ 50,9
Geschäftsfläche (in 1000 m ²)	12.935	15.765	+ 21,9
Geschäftsfläche pro Arbeitsstätte (in 1000 m ²)	298	343	+ 15,1
Umsatz pro Arbeitsstätte (in 1000 DM)	1.018	1.450	+ 42,4
Umsatz pro m ² Geschäftsfläche (in DM)	3.415	4.330	+ 23,9
Umsatz je Beschäftigten (in DM)	189.248	236.233	+ 24,8

Datengrundlage: Handels- und Gaststättenzählung 1985 und 1993

Flächenentwicklung im Einzelhandel Niedersachsens



(z. B. Soltau-Fallingb., Uelzen) und durch einen überproportionalen Zuwachs der Geschäftsflächen im Großstadtumland (z. B. Verden) und in Landkreisen mit starken mittelgroßen Zentren (z. B. Leer, Stade). Die hochrangigen Citybereiche versuchen durch interne qualitative Aufwertungen („trading up“), wie die Spezialisierung auf hochwertige Artikel und die Attraktivitätssteigerung durch Passagen mit einem ergänzenden Dienstleistungsangebot, ihre Konkurrenzfähigkeit gegenüber den neuen Zentren am Stadtrand zu sichern. Die räumliche Planung nahm zuerst nur wenig Ein-

fluss auf diesen Standortstrukturwandel. Erst in jüngerer Zeit versuchen Planer/Politiker die Suburbanisierung des Einzelhandels aufgrund der negativen Effekte, wie Flächenverbrauch und Anstieg des Fahrzeugverkehrs, zu begrenzen (durch § 11.3 der Baunutzungsverordnung).

Im Dienstleistungsbereich (vgl. Staudacher 1995) führte der Einkommensanstieg zum Ersetzen einfacher extern nachgefragter Dienste (z. B. Taxitransport, Wäscherei, Putzhilfe) durch langlebige Konsumgüter (z. B. Auto, Waschmaschine, Staubsauger). Zugleich ergab

sich in Verbindung mit der Erlebnisorientierung eine verstärkte Nachfrage nach höher bewerteten Diensten im Freizeitbereich (z. B. Fitness-Studio, Video-Shop, Restaurants) und bei Fremdenverkehrseinrichtungen. Innerhalb des Angebotsbereichs kam es dadurch zur Aufgabe und kostenorientierten Reduzie-

rung in traditionellen Bereichen und zur Neuentwicklung höherwertiger Dienstleistungen. Standortlich orientieren sich konsumentenorientierte Dienstleistungen an dem hierarchischen Zentrensystem des Einzelhandels.

Elmar Kulke

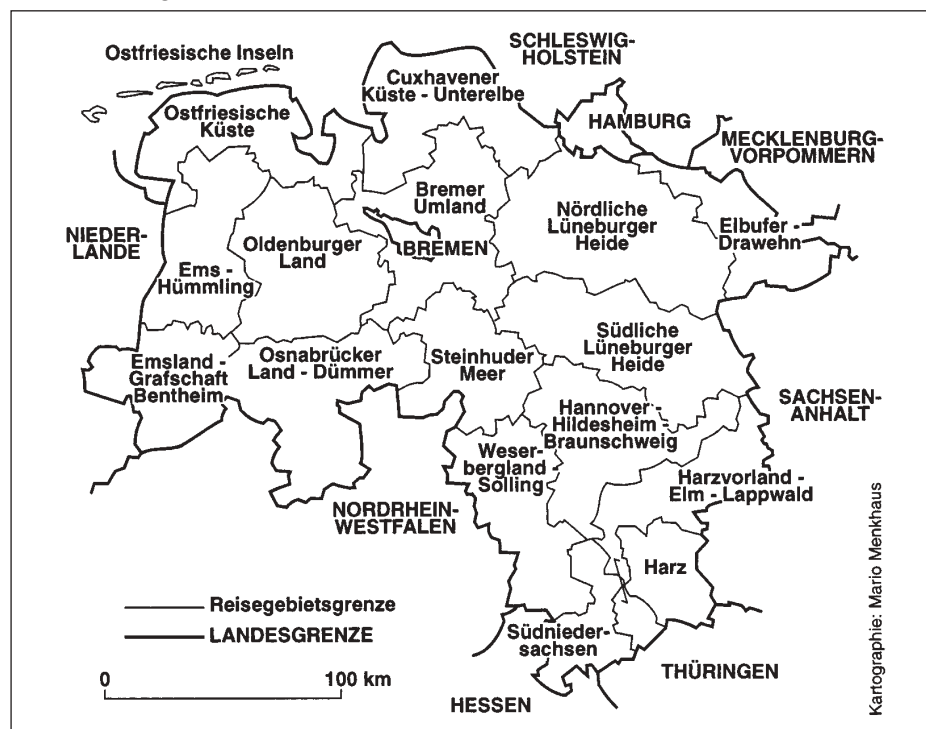
Erholung und Fremdenverkehr

Niedersachsen bietet dem Erholungssuchenden mit den Watten und Inseln, den Marschen, Hochmooren, der Geest und den Lössbörden, sowie dem Berg- und Hügelland und dem Harz als nördlichstem deutschen Mittelgebirge ein sehr mannigfaltiges Angebot.

Der Fremdenverkehr hat in den 17 Reisegebieten (vgl. Abb. Die 17 Reisegebiete Niedersachsens), in die das Land flächendeckend eingeteilt ist, eine sehr unterschiedliche Bedeutung. Die einzelnen Reisegebiete

sind nicht nach administrativen Raumeinheiten gegliedert, sondern geben die Zuständigkeitsbereiche der regionalen Fremdenverkehrsverbände wieder. In die Fremdenverkehrsstatistiken gehen in Niedersachsen, wie auch im restlichen Bundesgebiet, nur Beherbergungsbetriebe mit mehr als acht Gästebetten ein. Diese Betriebe meldeten 1997 für Niedersachsen knapp 32 Mio. Gästeübernachtungen. Besonderer Beliebtheit erfreuen sich bei den Reisenden die Inseln

Die 17 Reisegebiete Niedersachsens



Quelle: Barbara Hahn

und die Küstenregionen, die in die Reisegebiete „Ostfriesische Küste“ und „Cuxhavener Küste-Unterelbe“ untergliedert sind, der „Harz“ und das Reisegebiet „Weserbergland-Solling“ und die Lüneburger Heide, die wiederum in zwei Reisegebiete unterteilt ist. Von den knapp 32 Mio. gemeldeten Übernachtungen entfielen 35,5 Prozent auf die Inseln und Küstenregionen, knapp 20 Prozent auf die Berglandschaften „Harz“ und „Weserbergland-Solling“ und 15 Prozent auf die Lüneburger Heide.

Die Inseln und die Küstenlandschaften zeichnen sich durch ein gesundes Reizklima aus. Insbesondere die sieben ostfriesischen Inseln Borkum, Juist, Norderney, Baltrum, Langeoog, Spiekeroog und Wangerooge mit ihren breiten Sandstränden werden im Sommer gerne von Familien für längere Urlaubsreisen aufgesucht. Bemerkenswert ist, dass die mittlere Aufenthaltsdauer auf den Inseln bei 8,6 Tagen liegt, während im niedersächsischen Durchschnitt nur 3,6 Tage erreicht werden.

Der Harz liegt nur zu einem Drittel in Niedersachsen. Er gehört mit seinen tief eingeschnittenen Tälern, den vermoorten Hochflächen und den umfangreichen Waldbeständen zu den meistbesuchten deutschen Urlaubslandschaften. Da dieses Reisegebiet über eine große Zahl von Kurorten, wie z. B. das Moorheilbad

Bad Grund und das Kneippheilbad Bad Lauterberg verfügt und außerdem häufiger Schneefall die Ausübung von Wintersport ermöglicht, sind die Übernachtungen sehr viel gleichmäßiger über das ganze Jahr verteilt als in den Küstenregionen. Die Zahl der gemeldeten Übernachtungen vermittelt allerdings nur ein unvollständiges Bild von der Bedeutung des Fremdenverkehrs für den Harz, der ein beliebtes Tagesausflugsziel für die Menschen in den angrenzenden Regionen darstellt. Das Reisegebiet „Weserbergland-Solling“ erreicht zwar nicht so großen Höhen wie der Harz, ist aber gleichwohl ein sehr ausgeprägtes Bergland. Es erstreckt sich vom Wesergebirge, Süntel und Deister über Osterwald, Ith, Hils, Vogler, Pyrmonter Bergland und Ottensteiner Hochfläche bis zum Südfuß des Solling. Der Naturpark Solling-Vogler umfasst nach dem Harz den zweitgrößten Höhenzug Niedersachsens.

Ganz anders lassen sich in der Lüneburger Heide unberührte Heidelandschaften insbesondere im Naturschutzpark Lüneburger Heide, der den 169m hohen Wilseder Berg in der nördlichen Lüneburger Heide einschließt, aber auch im Naturpark Südheide finden. Das Reisegebiet „Nördliche Lüneburger Heide“ zieht darüber hinaus mit einer Fülle von Attraktionen, wie z. B. dem Vergnügungspark Heidepark Soltau oder dem Wildpark Lüneburger

Der Reiseverkehr in den Reiseverkehrsgebieten 1984 und 1997*

Reiseverkehrsgebiet	Übernachtungen in 1.000		Veränderungen in %	durchschnittl. Aufenthaltsdauer in Tagen
	1984	1997	1984 – 1997	1997
Ostfriesische Inseln	4.410	5.453	24	8,6
Ostfriesische Küste	1.448	3.557	146	5,0
Cuxhavener Küste-Unterelbe	1.022	2.332	128	4,8
Elbufer-Drawehn	237	372	57	3,4
Ems-Hümmeling	534	1.011	89	3,4
Emsland-Grafschaft Bentheim	257	567	121	2,6
Oldenburger Land	771	1.150	49	2,5
Bremer Umland	411	610	48	2,0
Nördl. Lüneburger Heide	1.632	3.507	115	3,4
Südl. Lüneburger Heide	801	1.169	46	2,6
Steinhuder Meer	172	205	19	2,4
Hannover-Hildesheim- Braunschweig	1.525	2.813	85	1,8
Harzvorland-Elm-Lappland	797	808	1	2,9
Osnabrücker Land-Dümmer	1.218	1.543	27	3,7
Weserbergland-Solling	2.187	2.092	- 4	4,1
Südniedersachsen	445	554	25	1,7
Harz	4.549	4.210	- 8	4,4
Niedersachsen	22.415	31.960	43	3,8

*nur Beherbergungsbetriebe mit neun und mehr Betten

Heide viele Menschen an. Besonders an den Wochenenden besuchen viele Hannoveraner und Hamburger die überwiegend in Autobahnnähe gelegenen Freizeit- und Erholungseinrichtungen im Rahmen von Tagesausflügen.

Von den bislang noch nicht erwähnten Regionen sind die Reisegebiete „Harzvorland-Elm-Lappland“ und „Südniedersachsen“ als Berg- und Hügelländer zu bezeichnen. In den Reisegebieten „Ems-Hümmeling“, „Emsland-Grafschaft Bent-

heim“ und „Elbufer-Drawehn“ sind insbesondere die Flusslandschaften prägend, während „Steinhuder Meer“ und „Osnabrücker Land-Dümmer“ Binnenseeregionen darstellen. Das „Oldenburger Land“ und das „Bremer Umland“ sind Teil des niedersächsischen Tieflandes. Marsch, Moor und Geest sind die prägenden Elemente der Landschaft.

Das Reisegebiet „Hannover-Hildesheim-Braunschweig“ hat 1997 knapp 9 Prozent aller Übernachtungen auf sich vereinen können. Hier stehen allerdings der Städtetourismus und der Geschäftsreiseverkehr an erster Stelle. In der Städten dieser Region ziehen eine größere Zahl von Museen und anderer kultureller Güter, wie z. B. der Hildesheimer Dom zahlreiche Touristen, die an Kultur und Bildung interessiert sind, an. Darüber hinaus hat die Landeshauptstadt Hannover aufgrund ihrer Messefunktion einen hohen Anteil an Geschäftsreisenden. Allein die beiden wichtigsten Messen Ce-bit und Hannover-Messe wurden 1997 von ca. 900.000 Menschen besucht. Die große Attraktivität der Messen wirkt sich positiv auf die Zahl der Gästeübernachtungen aus. 1997 übernachteten 1,051 Mio. Gäste in Hannovers Beherbergungsbetrieben. Das waren knapp 39 Prozent mehr als zehn Jahre zuvor. Auf das Jahr gerechnet ist die Auslastungsquote bezogen auf die ange-

botenen Fremdenbetten mit ca. 35 Prozent (1995) jedoch sehr gering. Die Beherbergungsbetriebe Hannovers verfügen über ein großes Bettenangebot und die Gäste verweilen durchschnittlich nur 2,1 Tage in der Stadt.

Detaillierte Daten liegen auch für die Campingplätze in Niedersachsen vor. 1997 stellten 276 Campingplätze im Land insgesamt 23.659 Stellplätze für Urlaubscamping zur Verfügung. Die Urlauber bleiben durchschnittlich 4,6 Tage an einem Stellplatz und übernachteten ca. drei Mio. mal auf Campingplätzen.

Der Fremdenverkehr konkurriert in Niedersachsen mit anderen Zielgebieten innerhalb der Bundesrepublik Deutschland und im Ausland. Veränderungen bei der Zahl der Übernachtungen und Gästeankünfte ergeben sich von Jahr zu Jahr u. a. in Abhängigkeit von der Wirtschaftskraft der Haushalte, der stets wechselnden Beliebtheit der einzelnen Regionen bei den Touristen und auch vom Wetter. In Niedersachsen haben seit Mitte der 1980er-Jahre die Reisegebiete „Ostfriesische Küste“, „Cuxhavener Küste-Unterelbe“, „Emsland-Grafschaft Bentheim“ und „Nördliche Lüneburger Heide“ gemessen an der Zahl der Übernachtungen Zuwächse von mehr als 100 Prozent verzeichnen können. Der Harz ist zwar immer noch eines der beliebtesten Reisegebiete Niedersachsens, hat aber im

gleichen Zeitraum sogar einen geringfügigen Rückgang der Übernachtungszahlen erlebt. Im Vergleich zu den anderen Bundesländern hatte Niedersachsen in den 1990er-Jahren nach Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen die meisten Gästeübernachtungen. Erfreulich ist, dass in Niedersachsen zwischen 1992 und 1997 die Zahl der Übernachtungen mit 2,6 Prozent nur relativ wenig gesunken ist, während die drei anderen führenden Bundesländer im gleichen Zeitraum einen Rückgang von ca. 11 Prozent erlitten haben.

Größere Beherbergungsbetriebe sind im Allgemeinen in der Lage, ein besseres Angebot, sei es in der Form von Restaurants, Sportmöglichkeiten oder Kinderspielplätzen bereitzuhalten, als kleinere Betriebe. Diese Dienstleistungen werden auch in Niedersachsen in zunehmendem Maße von den Gästen gewünscht. Von 1984 bis 1997 ist der Anteil der Übernachtungen in Hotels von 17,1 Prozent auf 25,5 Prozent gestiegen. Die Zahl der zur Verfügung stehenden Hotels wurde nicht nur durch den Bau von neuen Einrichtungen dieser Art, sondern auch durch eine Veränderung der Betriebsart, d. h. z. B. durch die Umgestaltung eines einfacheren Gasthofes zu einem besser ausgestatteten Hotel ausgeweitet. Das Angebot wurde so der veränderten Nachfrage angepasst. Gemessen an der Zahl der Über-

nachtungen haben gleichzeitig nur Ferienhäuser, Ferienwohnungen und Ferienzentren eine ähnliche positive Entwicklung erlebt. In den Ferienhäusern und -wohnungen schätzen die Gäste die ungezwungene Atmosphäre und die Möglichkeit, Mahlzeiten selbst vorbereiten zu können. Die Ferienzentren stellen darüber hinaus noch weitere Annehmlichkeiten, wie z. B. großzügige Freizeit- und Sportanlagen, Animation und Einkaufsmöglichkeiten zur Verfügung.

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer ist mit nur 3,8 Übernachtungen in den einzelnen Beherbergungsbetrieben gering. In Hotels und Gasthäusern verbringt der Gast nur 2,1 Nächte, während die durchschnittliche Aufenthaltsdauer erwartungsgemäß in Sanatorien und Kurkrankenhäusern mit 23,0 Nächten am längsten ist. Gerade der Kurtourismus hat allerdings in den vergangenen Jahren empfindliche Einbußen hinnehmen müssen. Die Einschneidungen im Gesundheitswesen haben sich negativ auf die Zahl der Kuranmeldungen und auf die Dauer der Kuraufenthalte ausgewirkt. Während 1994 noch ca. 165.000 Kurgäste durchschnittlich 28 Tage in den Sanatorien und Kurkrankenhäusern Niedersachsens verweilten, suchten 1997 nur noch ca. 152.000 Gäste diese Einrichtungen für durchschnittlich 23 Tage auf. Die negative Entwicklung im

Kurwesen ist der wichtigste Grund für einen leichten Rückgang der Übernachtungen im Fremdenverkehrswesen Niedersachsens in neuester Zeit. Reisegebiete, die über eine größere Zahl von Kurorten, wie z. B. „Weserbergland-Solling“, „Harzvorland-Elm-Lappwald“ und „Emsland-Grafschaft Bentheim“, verfügen, haben besonders hohe Einbußen hinnehmen müssen. Obwohl der Kurtourismus in den vergangenen Jahren rückläufig war, gab es in den niedersächsischen Heilbädern (Mineral- und Moorbäder, heilklimatische Kurorte und Kneippkurorte) 1997 noch knapp 24 Prozent aller Gästeübernachtungen. Von noch größerer Bedeutung für den niedersächsischen Fremdenverkehr sind nur die Seebäder mit knapp 30 Prozent aller Übernachtungen.

Nur knapp 6 Prozent aller Übernachtungen in den niedersächsischen Beherbergungsbetrieben werden von Ausländern gebucht. Mehr als 80 Prozent dieser Übernachtungen erfolgen durch Angehörige eines europäischen Landes. Besucher aus den Niederlanden belegten hier mit weitem Abstand den ersten Rang. Gäste aus anderen

Erdteilen spielten bislang nur eine untergeordnete Rolle, verbuchten in den vergangenen Jahren aber hohe Zuwachsraten.

Obwohl Niedersachsen derzeit knapp 32 Mio. Übernachtungen im Fremdenverkehr verzeichnet, darf die wirtschaftliche Bedeutung des Sektors für das Land nicht überschätzt werden. Im niedersächsischen Fremdenverkehr sind nur ca. 4 Prozent aller Beschäftigten tätig. Diese erwirtschaften rd. 4,3 Prozent des Volkseinkommens. Etwa 2,2 % des niedersächsischen Bruttosozialprodukts werden aus dem Tagesausflugsverkehr, 1,4 Prozent aus dem Fremdenverkehr mit Übernachtung und 0,6 Prozent aus dem Tagegeschäftsverkehr gewonnen. Allerdings ist zu bedenken, dass sich der Fremdenverkehr auch positiv auf andere Wirtschaftszweige, wie z. B. auf den Einzelhandel in den betroffenen Regionen auswirkt. In den Regionen, die nur über wenige Arbeitsplätze im industriellen Sektor oder in anderen Dienstleistungen verfügen, bietet der Fremdenverkehr darüber hinaus dringend benötigte Arbeitsplätze.

Barbara Hahn

Verkehrsinfrastruktur

Die Verkehrsinfrastrukturausstattung von Regionen stellt einen zentralen Faktor für die Partizipationsmöglichkeiten und -bedingungen der Bevölkerung an den Grunddienstleistungen dar. Gerade die Qualität der Erreichbarkeitsbedingungen führt hierbei zu regional differenzierten Strukturen.

Das auf räumliche Arbeitsteilung und Spezialisierung ausgerichtete Wirtschaftssystem ist für das Vorhandensein qualitativ hochwertiger unternehmensorientierter Verkehrsinfrastruktur zur Gewährleistung der Mobilität von Güter- und Personenströmen unabdingbar. Die Globalisierung der Wirtschaft bedeutet eine zunehmende arbeitsteilige Herstellung von Gütern über mehrere Fertigungsstufen an verschiedenen Standorten, wodurch sich die Verflechtungsbeziehungen der Wirtschaftssubjekte sowie die Anforderungen an die Verkehrsinfrastruktur ändern. Marktliche Bedingungen wie der Wandel vom Verkäufer- zum Käufermarkt sowie steigende Markttransparenz gewinnen an Einfluss. Politisch-ökonomische Veränderungen, wie vor allem die vertikalen und horizontalen Integrationsprozesse der Europäischen Union, ergeben neue Wirtschaftsbeziehungen und Spezialisierungsstrukturen.

Unter den Potentialfaktoren, welche die regionale Wirtschafts-

entwicklung nachhaltig beeinflussen und von denen bei unzureichender Ausstattung limitierende Effekte ausgehen, spielt die Verkehrsinfrastruktur als notwendiger, wenn auch nicht hinreichender Faktor, eine zentrale Rolle. Die Standortgunst eines Raumes für Wirtschaftsunternehmen und private Haushalte wird durch die Verkehrsinfrastrukturausstattung mitbestimmt. Auf der anderen Seite können Engpässe im Verkehrsinfrastrukturbereich im interregionalen und internationalen Wettbewerb zu erheblichen Standortnachteilen führen.

Die großräumige Verkehrsinfrastrukturausstattung Niedersachsens wird durch das Vorhandensein bedeutender Verkehrsachsen von Bundesfernstraßen und Eisenbahnen sowohl in Nord-Süd- als auch West-Ost-Richtung geprägt. Im Zuge der Wiedervereinigung, der zunehmenden europäischen Integration und der wirtschaftlichen Öffnung Osteuropas hat dabei die Zentralität innerhalb Europas einen neuen Stellenwert erhalten.

Straßenverkehr

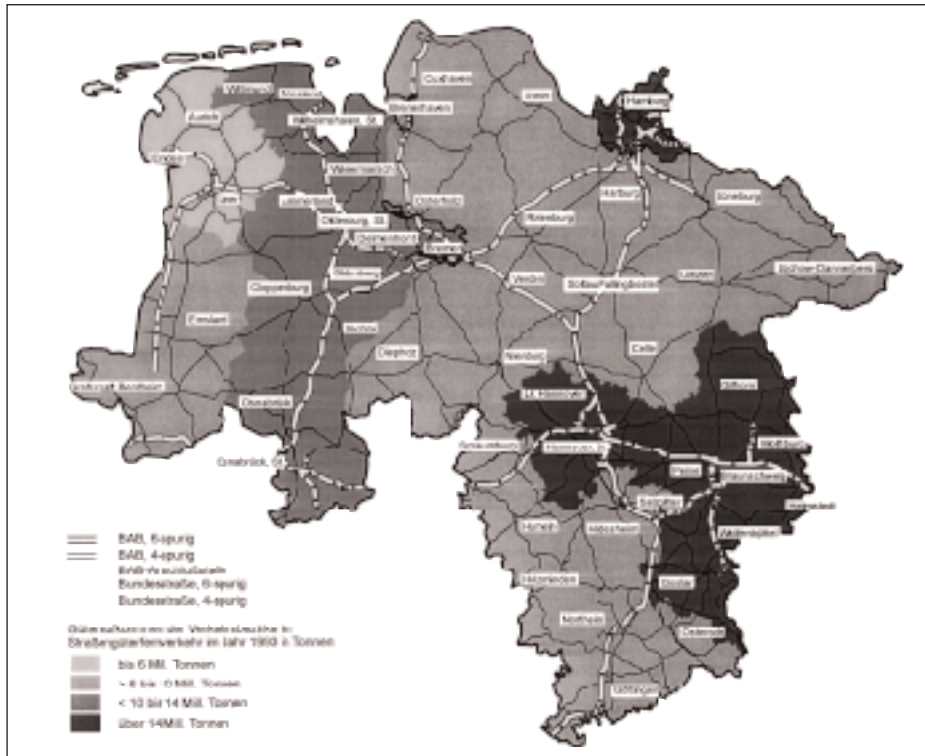
Mit den Bundesautobahnen A2 sowie A30 verläuft eine der großen West-Ost Verkehrsachsen durch Niedersachsen (vgl. Abb. Fernstraßennetz und regionales Güterverkehrsaufkommen), durch die eine

direkte Verbindung der Räume Braunschweig, Hannover, Osnabrück mit den Benelux-Ländern, dem Ruhrgebiet sowie Berlin und den ostdeutschen Bundesländern und Osteuropa besteht. Die zentrale Achse im Nord-Süd-Verkehr bilden die Bundesautobahnen A1 und A7. Insbesondere die Verkehrsströme mit Skandinavien, Schleswig-Holstein, den norddeutschen Zentren Hamburg und Bremen, der Rhein-Ruhr-Agglomeration, den süddeutschen Agglomerationsräumen und den südlichen und westlichen Nachbarländern werden über diese Bundesautobahnen abgewickelt. Als weitere wichtige Elemente des Bundesautobahnnetzes sind vor allem die Anbindungen der Hafen- und Industriestandorte und zentralen Orte Nord-West-Niedersachsens wie Cuxhaven (A27), Wilhelmshaven (A29), Emden, Leer, Papenburg (A31) sowie über die A29 Oldenburg und Delmenhorst zu nennen. Über das Bundesstraßennetz erfolgten die innere überregionale Erschließung sowie die Anbindung an das BAB-Netz. Zwischen den Regionen zeigen sich jedoch deutliche Unterschiede in der Einbindung in das Bundesstraßennetz, wobei gerade der südniedersächsische Raum durch eine relativ hohe Dichte geprägt wird (vgl. Abb. Fernstraßennetz und regionales Güterverkehrsaufkommen). Als Maß für

Struktur kann die Erreichbarkeit der nächsten Autobahnauffahrt herangezogen werden. Gerade entlang der großen Verkehrsachsen, aber auch entlang der übrigen Autobahnen ergeben sich aufgrund der günstigen Erreichbarkeitsbedingungen anderer Wirtschaftsräume gute Standortvoraussetzungen für Unternehmen. Überaus günstige Standortbedingungen bieten dabei besonders die Schnittpunkte der großen Nord-Süd- und West-Ost-Achsen, also die Räume Hannover-Braunschweig-Hildesheim, Achim-Verden und Hamburg einschließlich des südlichen Umlandes.

Demgegenüber weisen einige niedersächsische Regionen relativ hohe Entfernungen zu Autobahnanschlüssen auf. In dieser Hinsicht periphere Regionen sind vor allem das nordöstliche Niedersachsen (insbesondere die Landkreise Lüchow-Dannenberg und Uelzen), der Oberweserraum (vor allem der Landkreis Holzminden), der mittlere Weserraum (Landkreise Diepholz und Nienburg), die Wesermarsch, Teile des Unterelberaums und das nördliche Ostfriesland. Relativ ungünstige Erreichbarkeitsbedingungen weisen auch das östliche Emsland und der westliche Teil Cloppenburgs auf. Hingegen hat sich die Situation im westlichen Emsland im Zuge des Baus der Autobahn A31 deutlich verbessert. Allerdings fehlt auch weiterhin das Teilstück der

Fernstraßennetz und regionales Güterverkehrsaufkommen



A31 bis Ochtrup kurz hinter der nordrhein-westfälischen Landesgrenze, sodass die überregionale Erreichbarkeitsqualität noch deutliche Mängel aufweist. Analysiert man die Erreichbarkeitsbedingungen zum nächsten Oberzentrum als ein konkretes Ziel, so resultieren daraus weitgehend vergleichbare Aussagen.

Die konkreten Zahlen zum Verkehrsgeschehen zeigen die besondere Bedeutung der großen Verkehrsachsen. Das Verkehrsaufkommen weist dabei langfristig erhebliche

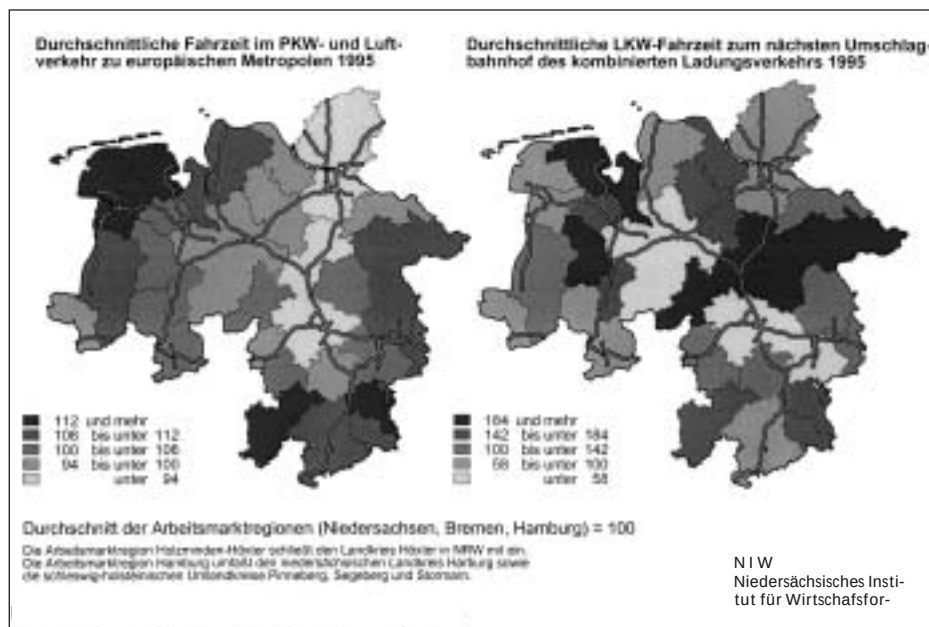
Zunahmen auf, die sowohl den privaten als auch den Wirtschaftsverkehr betreffen. Wichtige Gründe liegen u. a. in einem veränderten Mobilitätsverhalten der Bevölkerung und dem wirtschaftlichen Strukturwandel mit einer Ausweitung der internationalen Arbeitsteilung, veränderten Güterstrukturen und neuen Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Verkehrsinfrastruktur (Beispiel: Just in Time). Zuwächse und Verlagerungen ergaben sich dabei insbesondere zugunsten des Straßenverkehrs. Besonders

hohe Belastungen weisen die Autobahnen A7 und A1 auf. Infolge der geänderten politischen Rahmenbedingungen stieg in den letzten Jahren vor allem das Ost-West-Verkehrsaufkommen wesentlich an, womit entsprechende Überlastungseffekte, die sich vor allem bei der A2 zeigen, einhergehen. Bei gegenwärtigen Verkehrsstärken bis über 100.000 Kfz/Tag in einzelnen Teilstücken, wird sich auch nach Fertigstellung der 6-streifigen Ausbaumaßnahme eine hohe Belastung ergeben. Eine deutliche Verbesserung der Anbindungsqualitäten Südniedersachsens an die thüringischen und sächsischen Wirtschaftsregionen würde der geplante Bau der

Autobahn A38 bringen. Hiermit wären auch entsprechende Entlastungseffekte für das dortige Bundesstraßennetz verbunden.

Das Güteraufkommen im Straßengüterfernverkehr konzentriert sich in Niedersachsen (ca. 13 vH des bundesdeutschen Aufkommens) schwerpunktmäßig auf die Räume Hannover und Braunschweig (insg. 29 Mill. t im Jahr 1993, das sind 30 vH des niedersächsischen Aufkommens), d. h. die wirtschaftlichen Kernräume des Landes (vgl. Abb. Fernstraßennetz und regionales Güterverkehrsaufkommen). Daneben gehören die Räume Osnabrück und Oldenburg (22 Mill. t / 22 vH) zu den aufkommensstärksten Regionen.

Normierte Indikatoren zur Verkehrsinfrastruktur



Die Nutzungschancen des kombinierten Verkehrs, der die Systemvorteile der verschiedenen Verkehrsträger vereint, zeigt die Abbildung Normierte Indikatoren zur Verkehrsinfrastruktur. Die aufkommensstärksten Regionen bieten auch ein entsprechendes Angebotspotential. Andererseits ist die Erschließung der übrigen Regionen mit zusammen ca. 50 vH des Güterverkehrsaufkommens äußerst ungünstig.

Schienenverkehr

Die Entwicklung der Schienenverkehrsinfrastruktur ist geprägt durch einen Rückzug der Bahn aus der Fläche, dessen Schwerpunkt insbesondere in den 70er-Jahren lag, durch eine zunehmende Hinwendung zu Knotenpunktverkehren und durch grundlegende Verbesserungen der Qualitätsstandards. So kam es zu einer Vertaktung der Verkehre; neue Zugsysteme wie ICE, IC und IR wurden eingeführt und die wichtigsten Hauptstrecken auf Geschwindigkeiten bis 200 km/h ausgebaut. Ein schnellerer Güterverkehr u. a. auch durch eine Trennung der Güter- und Personenverkehrsnetze wurde angestrebt und der InterCargoVerkehr, der bundesdeutsche Wirtschaftsräume im Nachsprung verbindet, aufgebaut.

Gerade die Anbindungsqualitäten im Personenverkehr sind durch

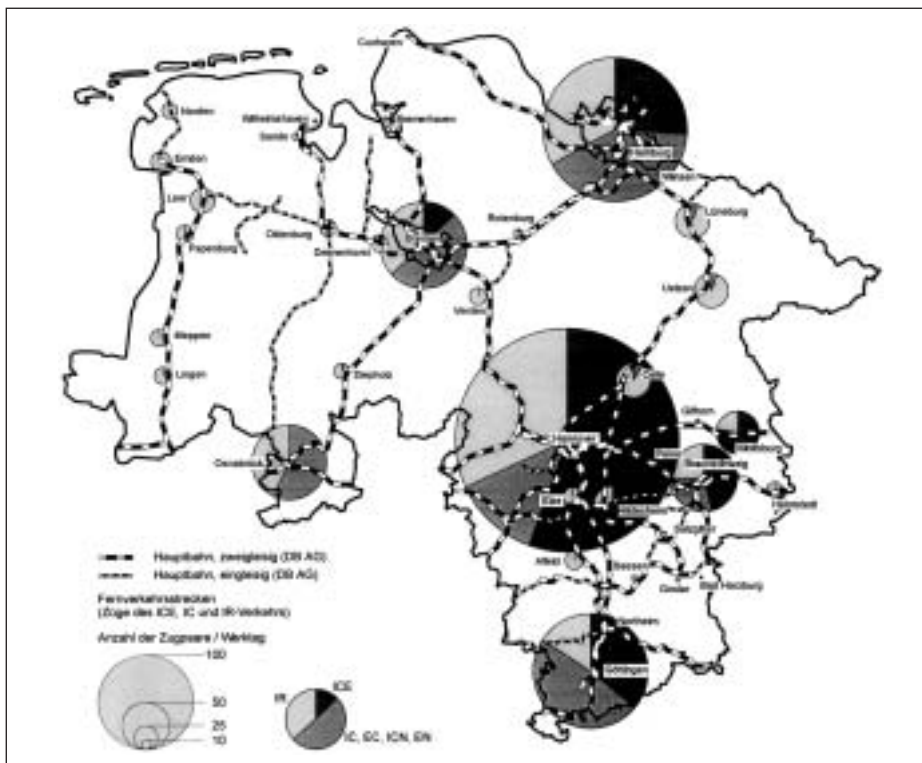
wesentliche Reduzierungen der Fahrzeiten und Verringerungen der Überlastungen im Hauptstreckennetz durch die Neubaustrecken geprägt. So stellen vor allem die ICE-Verbindungen, die zu einer deutlichen Verringerung der „ökonomischen Distanz“ zwischen Wirtschaftsräumen beigetragen haben, einen regionalwirtschaftlich wichtigen Standortfaktor dar. Neben dem Zeitfaktor spielen sowohl die Häufigkeit der Verkehre als auch die Verbindungssituation zu Tagesrandzeiten eine wesentliche Rolle bei der Beurteilung der Angebotsqualität. Der Standort Hannover hat als zentraler norddeutscher Knotenpunkt mit insgesamt 236 Fernverkehrszugpaaren pro Tag, davon 131 im ICE-Verkehr, ein herausragendes Qualitätsprofil in Norddeutschland, aber auch im Vergleich mit anderen bundesdeutschen Verdichtungsräumen (vgl. Karte Hauptstreckennetz und Fernverkehrsangebot der Eisenbahn). Neben Hamburg (insg. 152 Zugpaare) und Bremen (92) kommen im Nord-Süd-Verkehr dem Standort Göttingen (121) sowie im West-Ost-Verkehr Braunschweig (71) und Wolfsburg (45) besondere Bedeutung zu. Wichtige Standorte des Fernverkehrs sind zudem Osnabrück und Hildesheim. Demgegenüber sind große Teile Niedersachsens vom schnellen, qualitativ hochwertigen Schienenverkehr weitgehend abgekoppelt. Dies betrifft ins-

besondere das gesamte westliche Niedersachsen; jedoch lassen die Ankündigungen der Deutschen Bahn AG eine weitere Verringerung des IR-Angebotes peripherer Regionen erwarten.

Der Schienenverkehr hat in den vergangenen Jahren nahezu durchgängig Anteile am Gesamtverkehrsaufkommen verloren, wobei die relativen Rückgänge im Güterverkehr besonders hoch ausfallen. Betrachtet man das Güteraufkommen (Versand + Empfang) im Eisenbahnverkehr Niedersachsens, so fällt die

weitaus stärkere regionale Ungleichverteilung im Vergleich zum Straßengüterfernverkehrsaufkommen auf. Am gesamten bundesdeutschen Güteraufkommen im Schienenverkehr hat Niedersachsen einen Anteil von ca. 8,5 vH, Hamburg und Bremen haben zusammen ca. 7 vH. Damit liegt die Bedeutung des Schienengüterverkehrs in Niedersachsen gegenüber dem Straßengüterverkehr weitaus niedriger als im Durchschnitt der Bundesrepublik. 54 vH des niedersächsischen Schienengüterverkehrs haben im

Hauptstreckennetz und Fernverkehrsangebot der Eisenbahn



Verkehrsbezirk Braunschweig ihren Ausgang oder ihr Ziel. Weitere 11 vH entfallen auf den Verkehrsbezirk Oldenburg und 10 vH auf Hannover.

Mit hohen Anteilen der Montanindustrie weist gerade die Region Braunschweig eine relativ hohe Eisenbahnaffinität im Güterverkehr auf. Die Dichte des Eisenbahnnetzes der DB AG in der Region sowie die Vielzahl an sonstigen Strecken, vor allem Werksbahnen, spiegeln diese spezifischen Bedingungen wider. Als wirtschaftlicher Kernraum weist Braunschweig zusammen mit Hannover sowie Osnabrück und Oldenburg bezüglich der Eisenbahninfrastruktur weitere differenzierte Angebotsbedingungen auf. So sind Braunschweig, Wolfsburg, Hannover, Göttingen, Osnabrück und zukünftig Salzgitter sowie Bremen und Hamburg Standorte des kombinierten Ladungsverkehrs. Gleichzeitig sind diese Regionen (einschließlich des direkten Hamburger Umlandes) auch in das InterCargo System eingebunden, welches alle wichtigen Wirtschaftsräume im Nachtsprung verbindet.

Binnen- und Seeschiffgüterverkehr

Von den ca. 65 niedersächsischen Seehäfen (ohne reine Schutzhäfen und Anleger im reinen Werkverkehr) haben 6 Häfen (Wilhelmshaven, Brake, Bützfleth, Nordenham,

Emden und Cuxhaven) mit einem Anteil von knapp 95 vH des Güterumschlags eine größere regionalwirtschaftliche Bedeutung. Wilhelmshaven vereinigt dabei deutlich über die Hälfte dieses Güteraufkommens von ca. 28 Mill. Tonnen. Allerdings liegen diese Größenordnungen weit unterhalb derjenigen der bremischen Häfen, deren Güterumschlag auf dem Niveau aller niedersächsischen Häfen insgesamt liegt, und des Hamburger Hafens, der einen fast doppelt so hohen Umschlag aufweist.

Neben der Seeschifffahrt ist auch die Binnenschifffahrt in Niedersachsen bedeutsam, wobei insbesondere der Mittellandkanal, die Weser und die Ems bzw. der Ems-Kanal aufzuführen sind. Der Anteil von 7,5 vH am bundesdeutschen Binnenschiffsaufkommen zeigt jedoch die im Vergleich zu den großen Schifffahrtsstraßen Rhein und Main deutlich untergeordnete Rolle. Allerdings erscheinen die Potentiale der Binnenschiffstraßen noch nicht ausgenutzt. Einerseits bestehen erhebliche Kapazitätsreserven, die zu einer Entlastung des Schienen- und Straßenverkehrs beitragen können. Andererseits können innovative Konzepte kürzere Transportzeiten und betriebswirtschaftlich sinnvolle höherwertige Angebotsprodukte (z. B. Containerverkehr) neben dem traditionellen Massenguttransporten ermöglichen.

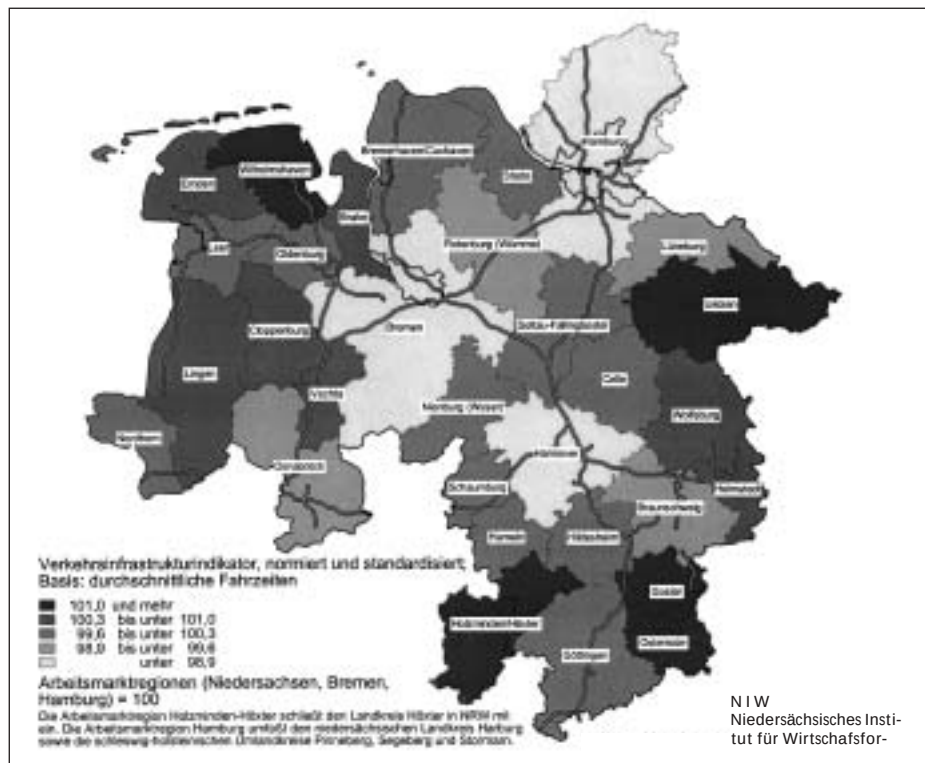
Luftverkehr

Das Vorhandensein bzw. die Nähe eines leistungsfähigen Verkehrsflughafens gelten als wichtiger Standortfaktor. Ähnlich wie beim ICE-Verkehr ergeben sich potentiell positive Effekte aufgrund von Zeit- und Kostenersparnissen im Geschäftsreiseverkehr. Ebenfalls, wenn auch vermutlich mit einem noch höheren Gewicht als im Schiennschnellverkehr, ist eine allgemeine Steigerung der Attraktivität für die Ansiedlung moderner Pro-

duktions- und Dienstleistungsbetriebe mit überregionalen und vor allem internationalen Geschäftsbeziehungen, die auf schnelle Verkehrsverbindungen im Geschäftsreise- und Güterverkehr angewiesen sind, zu erwarten.

Der überwiegende Teil des Luftverkehrs wird über die 14 Standorte internationaler Verkehrsflughäfen (Berlin: 3 Flughäfen) abgewickelt, von denen Frankfurt mit über einem Drittel aller beförderten Fluggäste mit weitem Abstand dominiert. Auf niedersächsischem Gebiet

Gesamtindikator Verkehrsinfrastruktur



liegen die Verkehrsflughäfen Hannover und Münster/Osnabrück, wobei Hannover, bezogen auf die Fluggastzahlen, mit einem Anteil von 3,9 vH (4,3 Mill. Personen) im Jahre 1996 den 8. Rang einnimmt, Münster/Osnabrück mit 0,9 vH und 1 Mill. Fluggästen den vorletzten Platz. Darüber hinaus strahlen die Erreichbarkeitseffekte der Flughäfen Bremen (12. Rang) und Hamburg (5. Rang) in das niedersächsische Umland aus. Dementsprechend zeigt sich das Muster der Erreichbarkeit europäischer Zentren im Joint-Use, also der Fahrzeiten mit PKW und Flugverkehr (vgl. Abb. Normierte Indikatoren zur Verkehrsinfrastruktur). Die relativ ungünstigen Fahrzeitbedingungen der Region Osnabrück lassen sich u.a. durch die hohe Bedeutung der innerdeutschen Flugrelationen bei kleineren und randlicheren Flughäfen erklären. So liegt dieser Anteil in Münster/Osnabrück bei 83 vH im Vergleich zu durchschnittlich 44 vH.

Im Luftfrachtverkehr zeigt sich eine noch deutlich stärkere Ungleichverteilung zwischen den deutschen Flughäfen. Frankfurt dominiert mit einem Anteil von 70 vH am Gesamtaufkommen gefolgt von Köln/Bonn mit 16 vH. Die niedersächsischen Flughäfen sowie Bre-

men und Hamburg kommen auf insgesamt 2,5 vH.

Eine zusammenfassende Bewertung der Verkehrsinfrastruktur Niedersachsens zeigt die Abbildung Gesamtindikator Verkehrsinfrastruktur. Sie beruht auf Daten der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung und berücksichtigt neben den in Abb. Normierte Indikatoren zur Verkehrsinfrastruktur dargestellten Indikatoren zudem die durchschnittliche PKW-Fahrzeit sowie die Fahrzeit im Schienenverkehr jeweils zu den nächsten drei nationalen oder europäischen Agglomerationsräumen. Sehr günstige Bedingungen – auch im nationalen Vergleich – weisen die Großstadt- und Umlandregionen Hannover, Hamburg und Bremen auf. Auch in den wirtschaftlich bedeutenden Standorten Braunschweig und Osnabrück liefert die Verkehrsinfrastruktur überdurchschnittlich günstige Standortvoraussetzungen. Demgegenüber sind große Teile des westlichen Niedersachsens, des nordöstlichen Niedersachsens und des südlichen Niedersachsens auch bezüglich der Verkehrsinfrastruktur durch periphere Bedingungen gekennzeichnet.

Frank Wagner

Umwelt, Natur und Landschaft

Niedersachsen hat eine vielfältige, naturbetonte Landschaft mit Wäldern, Feldern, Weiden, Wiesen und Heiden, Flüssen, Bächen und Auen, weiten Watten und grünen Marschen, leicht gewellten Geesten und baumlosen Mooren, Dünen, Nordseeinseln, sanften Hügeln und steilen Bergen, Vielfalt an Pflanzen und Tieren, entsprechenden Biotopen, Habitaten, Lebensräumen. Das Landschaftsmosaik verbindet sich mit ausgeräumten, intensiv genutzten Agrar- und Industrielandschaften zu einer ausgeprägten Kulturlandschaft.

Allgemeines

Die Lage und Größe des zweitgrößten Bundeslandes Niedersachsen, seine naturräumliche und landschaftliche Ausstattung, die dargestellte Bevölkerungs- und Siedlungs-, Wirtschafts- und Verkehrsstruktur weisen bereits auf eine große Vielfalt der Umwelt dieses Landes zwischen Küste und Mittelgebirgen hin.

Die natürlichen Gegebenheiten der Umwelt haben den Menschen dieses Landes von je her die unterschiedlichsten Lebensbedingungen geboten. Die Entwicklung zeigt eindrucksvoll die Anpassung der Menschen an die jeweils gegebenen und veränderten natürlichen Gegebenheiten.

Insofern wird in Niedersachsen sehr unmittelbar deutlich, wie die natürliche Umwelt die Menschen selbst und ihr Handeln geprägt hat und wie sie dabei gleichzeitig über die Jahrhunderte die Umwelt als Lebensraum zur Kulturlandschaft geformt haben, sodass nur noch wenige, weitgehend unbeeinflusste naturbetonte Landschaftsteile erhalten geblieben sind.

Die Bewertung solcher Entwicklung ist, wenn überhaupt nur unter Berücksichtigung der Zusammenhänge der jeweiligen Zeit möglich. Dabei ist nachdrücklich darauf hinzuweisen, dass es in Folge von Klimaschwankungen, also langfristig und unabhängig vom Menschen schon immer einen dauernden Wandel gab: Menschen, Pflanzen, Tiere, Lebensräume und Lebensgemeinschaften waren davon betroffen.

Hinzu kam die wachsende Gestaltungskraft des Menschen, der seine Umwelt für sich nutzbar machte, sie dabei veränderte und umgestaltete. Beispiel historischer Landschaftsveränderung in Niedersachsen ist die Lüneburger Heide, die durch Abholzung der dortigen früheren Wälder für die Salzgewinnung entstanden ist, als Heide landwirtschaftlich genutzt wurde und heute als einzigartige Naturlandschaft das älteste Naturschutzgebiet Deutschlands und

Kategorie	Charakterisierung
natürlich	Unbeeinflusst; in Niedersachsen nicht mehr vorhanden. Teile des Wattenmeeres kommen dieser Stufe am nächsten.
naturnah	Nur wenig beeinflusst; die Tier- und Pflanzenwelt ist dem natürlichen Zustand sehr ähnlich; sie besteht aus Arten, die dort von Natur aus vorkommen.
halbnatürlich	Durch Nutzung beeinflusst; jedoch ohne wesentliche Veränderung von Wasser und Boden; die Tier- und Pflanzenwelt enthält überwiegend heimische Arten.
naturfern	Intensiv genutzt; die Tier und Pflanzenwelt enthält hauptsächlich Arten, die von Natur aus nicht vorkommen.

Quelle: Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Niedersächsisches Landschaftsprogramm, 1989.

mit beinahe 8500 Hektar größtes Heide-Naturschutzgebiet Mitteleuropas ist.

Im Folgenden soll ohne strenge Begründung oder Abgrenzung des Begriffes Umwelt mehr die natürliche Umwelt beschrieben werden; also das, was mit Natur und Landschaft im Allgemeinen gemeint ist.

Bei den Begriffen Natur oder natürlich ist zu differenzieren. Schematisierend kann man die Naturnähe der Lebensräume nach dem Grad ihrer Beeinflussung durch den Menschen in vier Kategorien einteilen.

Die Natürlichkeitsstufen „natürlich“, „naturnah“, und „halbnatürlich“

werden unter dem Begriff „naturbetont“ zusammengefasst.

Auch wenn die (ur)natürlichen Zustände nicht mehr zu finden sind, und nur etwa 5 % der Landesfläche von naturbetonten Ökosystemen belegt werden, hat Niedersachsen eine überaus reichhaltige noch sehr natürlich bestimmte, also naturbetonte Vielfalt. Sie stellt Verbindungen zu vergangenen Zeiten und Zuständen her, die noch wenig unmittelbarer menschlicher Einflussnahme entsprachen, und heute als Natur bezeichnet wird. Diese „Natur aus zweiter Hand“ sind Schätze der Natur, Beweise der Vielfalt des Lebens und der Arten, die zu bewundern und zu bewahren sind.

Landschaften

Geomorphologisch lassen sich zunächst grob drei sehr unterschiedliche Landesbereiche beschreiben. Im Norden die Küstenregion mit dem Wattenmeer, den Düneninseln, den See- und Flussmarschen. Nach Süden schließen sich die Geestlandschaften aus sandigen Eiszeitablagerungen mit eingelagerten Mooren an, gefolgt vom Hügel- und Bergland.

Die im Kapitel Landesnatur – Naturräumliche und landschaftliche Ausstattung beschriebenen Großlandschaften Niedersachsens bilden die Grundlage für naturräumliche Regionen, die insbesondere im Geestbereich weiter differenziert werden. Jede dieser Landschaften verfügt einerseits über unverwechselbare Eigenschaften ihrer natürlichen und historisch gewachsenen Strukturen, andererseits gibt es in allen naturräumlichen Regionen ähnliche und wiederkehrende Landschaftsbestandteile, die zugleich typisch für Niedersachsen sind.

Einige sollen im Folgenden dargestellt werden:

Bevor in den letzten Jahrhunderten der Mensch eingriff, waren große Bereiche Niedersachsens durch weite baumlose Moore gekennzeichnet. Aber auch heute noch sind sie durch ihre lan-

desweite Streuung eine typische Landschaftsform. Von den Gipfelmooren im Harz bis zu den großen Mooren zwischen Geest und Marsch im Nordwesten des Landes prägen eine Vielzahl verschiedener Hoch- und Niederungsmoore die Landschaft.

Torfabbau hat in den vergangenen Jahrhunderten in vielen Landesteilen die Menschen geformt und Wirtschaftsstrukturen bestimmt. Torf war lange bedeutende Energieressource, Moorkultivierung war Voraussetzung für die Gewinnung wertvoller Agrarflächen für eine wachsende Bevölkerung. So blieben von ursprünglich 3.300 km² Hochmoor noch etwa 250 km² übrig, von denen wiederum nur ein kleiner Teil noch als natürlich oder naturnah zu bezeichnen ist. Durch Maßnahmen des Moorschutzprogramms sollen noch vorhandene Moore geschützt, erhalten oder wiederhergestellt werden. Diese Moore faszinieren durch ihre Einzigartigkeit und ge-

Diepholzer Moorniederung



Quelle: Niedersächsische Landesamt für Ökologie.

ben einen Eindruck von der Ursprünglichkeit dieser Landschaft und des Lebens darin.

Aber auch in den überwiegend durch Entwässerung und Abtorfung und zu landwirtschaftlichen Nutzflächen veränderten Mooren existieren noch Reste sehr ursprünglicher Moore. Zu den Besterhaltenen gehört das im Zentrum des Bissendorfer Moores nahezu unberührte Moor (1,1 km²) mit typischer subatlantischer Hochmooreigenschaft.

Die niedersächsische Landschaft wird immer wieder durch Wald geprägt. Auch wenn der Anteil der Waldfläche unter dem Bundesdurchschnitt liegt, hat Niedersachsen in Deutschland mit über 10.000 km² die drittgrößte Waldfläche. Vor Einflussnahme des Menschen waren 80 % der Landesfläche bewaldet. Heute sind noch 22% mit Wald bedeckt. Insbesondere die Lüneburger Heide und die Mittelgebirge werden von Wäldern geprägt.

Wälder und Baumarten sind heute das Ergebnis Jahrhunderte alter Waldbewirtschaftung, die je nach Nutzungszielen und Zeitgeist regional auch zu sehr monotonen Strukturen geführt hat. Hauptbaumart ist die Kiefer, im Berg- und Hügelland wechseln regional unterschiedlich Buchen und Fichten. Relikte traditioneller Waldnutzungsformen wie z. B. Eiche-Hainbuchenwälder oder Hutewälder sind im Hügelland und auf der Geest noch anzutref-

fen. Der Charakterbaum Niedersachsens ist die Eiche, die im ganzen Land in mächtigen bis zu 1000 Jahren alten Exemplaren anzutreffen ist.

Typisch für die niedersächsischen Geestlandschaften sind die Wallhecken, die überwiegend vor anderthalb bis zwei Jahrhunderten entstanden und noch heute Merkmale dieser Landschaft sind.

Heiden, Sand- und Magerrasen sind häufig durch extensive landwirtschaftliche Nutzung entstanden und waren noch vor hundert Jahren landschaftsbestimmend. Heute sind davon nur noch rund 110 km² vorhanden. Die Lüneburger Heide zeigt diesen Landschaftstyp des Nebeneinander von historischer Kulturlandschaft mit Elementen der Naturlandschaft in großartiger Weise. Ähnlich sind die montanen Wiesen im Bergland eindrucksvolle Bestandteile der Landschaft.

Niedersachsen ist mit rund 11.000 km² ein Land des Grünlands, der Wiesen und Weiden. Grünland und insbesondere das Feuchtgrünland bestimmen seit Jahrhunderten die norddeutsche Tiefebene bis in die Geest hinein. Es ist Lebensraum vieler Tiere und Pflanzen. Aber Entwässerung, Dränierung und Intensivierung der Nutzung haben das Vorkommen des artenreichen natürlichen Grünlands stark reduziert.

Wasser ist Leben. Wasser prägt Mensch und Umwelt, ist feindliche

Urgewalt und Lebenselixier zugleich. Mit einer durchschnittlichen Niederschlagsmenge von 750 mm, im Harz bis zu 1500 mm, ist Niedersachsen reich an Wasser.

18.000 Kilometer Bäche und Flüsse durchziehen das Land und prägen es durch Verlauf, Uferformen, Auen und Landschaften, die sie entwässern. Die drei großen Flusssysteme von Elbe, Weser und Ems führen das Oberflächenwasser der Nordsee zu.

Wie in allen Umweltbereichen sind auch die ehemals natürlichen Wassersysteme im Binnenland durch den Menschen über- und umgeformt worden. Natürliche Bach- und Flusssysteme sind kaum zu finden. Nur noch etwa 2,3% der fließenden Gewässer werden als naturnah bezeichnet. Deutlich sichtbar werden die Bemühungen, unsere Bäche und Flüsse wieder natürlicher werden zu lassen, ihnen, wo möglich, freien Lauf zu lassen, die Auen sich selbst zu überlassen. Dies wird in einer Kulturlandschaft Niedersachsens wie auch anderswo seine engen Grenzen behalten, aber gleich wohl nicht nur Eindrücke, sondern durchaus räumlich begrenzte wertvolle Natursysteme in Niedersachsen wiederherstellen. Ein Beispiel hierfür ist die Hunte.

Steinhuder Meer



Quelle: Niedersächsische Landesamt für Ökologie.

Nicht nur die Nordsee mit dem Küstenland, sondern auch die vielen Gewässer im Binnenland prägen die Vielfalt der Landschaft. Häufig schwer zu unterscheiden ist der Ursprung und die Entstehung, ob als Rekultivierungsergebnis, als wasserbauliche Rückhalteeinrichtung oder gar als Kiesteich entstanden. Herausragend sind die großen Binnenseen, zum Teil auch Meere genannt, die als Flachseen in einem ständigen Prozess der Verlandung begriffen sind. Sie sind deshalb buchtenreich und schilfumkränzt und werden durch überdeckende oder angrenzende Naturschutzgebiete ergänzt. Sowohl als Refugien und Regenerationsräume für Wat- und Wasservögel als auch als Ausflugs- Ferien- und Erholungsziel für die Menschen sind sie von großer Bedeutung.

Das Steinhuder Meer, mit etwa 30 km² Wasserfläche größter Binnensee Niedersachsens, liegt einge-

bettet zwischen Geestrücken und Mooren und wird durch einen Zufluss und aus ungezählten Quellen am Seeboden gespeist. Es ist Teil eines bedeutsamen Feuchtgebietes und mit dem Umland als Naturschutzgebiet und Naturpark ausgewiesen. Die Insel Wilhelmstein ist vor knapp 240 Jahren als Festung künstlich angelegt worden.

Der Dümmer See, mit etwa 15 km² zweitgrößter Binnensee Niedersachsens, liegt in einem etwa 300 km² großen Becken nördlich des Wiehengebirges. Mit einer Tiefe von maximal 1,5 m und dem angrenzenden Feuchtgebiet ist er Brutgebiet für viele heimische Vogelarten, Rast- und Nahrungsbiotop für durchziehende Vögel und Ferien- und Erholungsgebiet für die Menschen zugleich.

Das Zwischenahner Meer (5,25 km²) im Ammerland ist in Vorzeiten durch Ablaugungen tieferer Salzformationen entstanden. Schilfgürtel umsäumen auch dieses sehr beliebte und mit dem Kurort Bad Zwischenahn eng verbundene Binnengewässer.

Erwähnt werden sollen noch die in ihrer Art sehr eindrucksvollen Binnengewässer des Großen Meeres (4,2 km², Flachsee bis 1,5 m tief) in einem Niederungsmoorgebiet in Ostfriesland, das dort nahe Ewige Meer und der Bederkesaer See (2,2 km²) im Niederungsgebiet zwischen Elbe und Weser.

Eine Besonderheit ist auch die Thülsfelder Talsperre, die einzige Talsperre im Niedersächsischen Flachland, mit der seit 1927 Überschwemmungen im dortigen Gebiet gebannt wurden. Je nach Wasserstand kann die Wasserfläche zwischen 1,5 und 4,5 km² betragen.

Die Klimavielfalt von dem maritimen Klima der Küstenregion bis zum deutlich kontinental beeinflussten Hoch- und Berglandklima ist wesentliche Ursache der Vielfalt des Landes insgesamt. Frische Luft zeugt von gut durchlüfteter Landschaft. Während der windgetriebene Wechsel der Wolkenbilder an der Küste vorherrscht, scheint sich das Wettergeschehen zu beruhigen, je weiter man ins Binnenland kommt.

Entwicklung und Bewahrung von Natur und Landschaft

Die Weiterentwicklung der Gesellschaft, der Ausbau ihrer Infrastruktur und ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten ist in Niedersachsen wie in jedem westlichen Industrieland durch den Natur- und Umweltgebrauch mit den Zielkonflikten hinsichtlich der Veränderung der Lebensräume für die Menschen und seine Mitgeschöpfe, für belebte und unbelebte Natur verbunden. Schutz der Umwelt als Lebensgrundlage des Menschen, Schutz der belebten und unbelebten Umwelt als Respekt

vor den Mitgeschöpfen und der Schöpfung insgesamt, Schutz von Luft, Wasser, Natur und Landschaft mit Interessenabwägung zu den konkurrierenden Aspekten ist unabdingbar.

Unter den Schutzmaßnahmen sind die der Natur und Landschaft zugeordneten besonders hervorzuheben, die auch in der Landschaft deutlich erkennbar sind. In Niedersachsen sind Landschaftsplanung, Eingriffe in die Natur und Landschaft, Schutz, Pflege und Entwicklung bestimmter Teile von Natur und Landschaft sowie der wild lebenden Tier- und Pflanzenarten im niedersächsischen Naturschutzgesetz geregelt. Unterschieden werden kann zwischen Flächenschutz und Artenschutz.

Im Flächenschutz gibt es in Niedersachsen zahlreiche geschützte Bereiche. Im Vordergrund der Schutzüberlegungen stehen Flächen, die aufgrund fehlender oder vergleichsweise extensiver Nutzung durch den Menschen als restliche Lebensräume oder Lebensstätten eines Großteils der heimischen Pflanzen- und Tierarten und ihrer Lebensgemeinschaften bedeutend sind oder sich durch ein vielfältiges, eigenartiges oder schönes Landschaftsbild auszeichnen. Flächenschutz ist unmittelbar auch

Pflanzen- und Tierartenschutz. Insbesondere die Pflanzengesellschaften bestimmen die Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Landschaft. 15.000 Pflanzenarten werden als in Niedersachsen vorkommend geschätzt. Im untrennbaren biologischen Zusammenhang damit stehen die geschätzten 30.000 Tierarten.

Die Intensivierung der landwirtschaftlichen, industriellen und sonstigen Land- und Ressourcennutzung verändern die Landschaft und bedrohen viele Pflanzen- und Tierarten, was sich deutlich in den roten Listen zeigt. Flächen- und Artenschutz ist deshalb auch in Niedersachsen erforderlich.

Naturschutzgebiete sind rechtsverbindlich festgesetzte Gebiete, in denen ein besonderer Schutz von Natur und Landschaft in ihrer Ganzheit oder in einzelnen Teilen zur Erhaltung von Lebensgemeinschaften oder Lebensstätten bestimmter wild wachsender Pflanzen oder wild lebender Tierarten erforderlich ist, und zwar aus wissenschaftlichen, naturgeschichtlichen oder landeskundlichen Gründen oder wegen ihrer Seltenheit, besonderen Eigenart oder hervorragenden Schönheit. Damit unterliegen die Naturschutzgebiete rechtlich dem strengsten Schutz.

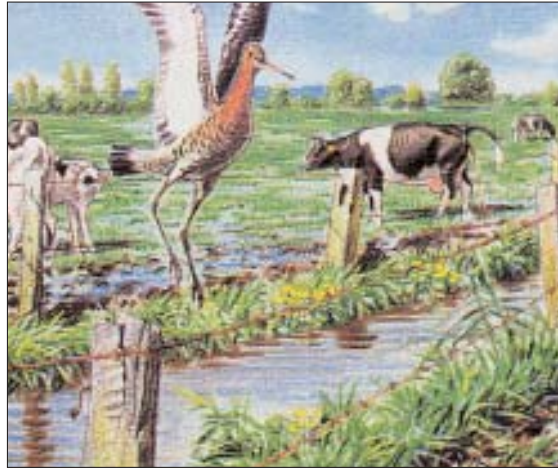


Dabei geht es wie auch bei Nationalparks und Naturdenkmälern als naturbentonten Umweltbereichen um Lebensstätten nicht nur schutzbedürftiger, sondern aller Tier- und Pflanzenarten oder ihrer Lebensgemeinschaften. Der Schutz der Natur hat Vorrang. Alle Handlungen, die sie verändern könnten, sind verboten.

In Niedersachsen gibt es etwa 700 Naturschutzgebiete mit insgesamt knapp 1.400 km², also über 2,8 % der Gesamtfläche. Größtmäßig gehören etwa 29% zu Gebieten mit 0,2 bis 1 km², gefolgt von 26% mit einer Flächengröße zwischen 0,05 und 0,2 km².

Nationalparks sind großräumige, geschützte Gebiete von besonderer Eigenart und Schönheit, in denen sich die Natur weitgehend vom Menschen nicht oder wenig beeinflusst entwickeln soll. Nationalparks bezwecken mehr als nur den klassischen Schutz der Natur. Der Schutz unbeeinflusster natürlicher Abläufe, das Recht der Natur auf sich selbst soll weiterentwickelt werden. Mit den unten beschriebenen Nationalparks Niedersächsisches Wattenmeer und Harz hat Niedersachsen zwei sehr unterschiedliche und einzigartige Lebensräume geschützt.

Feuchtgrünland



Quelle: Niedersächsische Landesamt für Ökologie.

Geschützte großräumige Landschaften, die mit ihrer reichen Naturausrüstung zugleich als Beispiel einer landschaftsverträglichen Landnutzung überregionale und internationale Bedeutung haben, können von der UNESCO als Biosphärenreservat ausgewiesen werden. Diese bilden inzwischen ein internationales Netz, in dem neben Natur- auch Kulturlandschaften anerkannt sind.

Naturdenkmäler sind als reine Naturschöpfungen oder auch gestaltete, mit der Natur eng verbundene Einzelschöpfungen geschützt. Zu ihnen gehören beispielsweise besondere Bäume, Alleen, Gebüsche, Findlinge, Felsen, Höhlen, Quellen, Bäche, Altwässer, Kleinstmoore, Sümpfe, Tümpel, Teiche etc., die aus wissenschaftlichen oder landeskundlichen Gründen oder wegen ih-

rer Seltenheit, Eigenartigkeit oder Schönheit geschützt sind. Etwa 4.500 Naturdenkmale gibt es in Niedersachsen.

Wallhecken werden nicht nur wegen ihrer besonderen Bedeutung für die Natur und Kulturlandschaft sondern auch als typisches Merkmal niedersächsischer Landschaft geschützt.

Ebenso werden durch den Schutz bestimmter Lebensräume besonders wertvolle Biotope wie Moore, Sümpfe, Quellen, Seeufer und Dünen für Mensch und Umwelt erhalten. Mit dem Feuchtgebietsschutz werden in Niedersachsen auch weit über die Landesgrenzen international bedeutsame Feuchtgebiete geschützt. Außer den beschriebenen Gebieten des Wattenmeeres, der Elbtalaue, des Dümmers und des Steinhuder Meeres gehören dazu ein Teil der Niederelbe und die Diepholzer Moorniederung.

Landschaftsschutzgebiete sind rechtsverbindlich festgesetzte Gebiete. In ihnen wird ein besonderer Schutz von Natur und Landschaft zur Erhaltung oder Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes oder der Nutzungsfähigkeit der Naturgüter angestrebt, und zwar wegen der Vielfalt, Eigenart und Schönheit des Landschaftsbildes oder wegen ihrer besonderen Bedeutung für die Erholung. Gegenüber den Naturschutzgebieten handelt es sich hierbei in

der Regel um großflächige Gebiete mit weniger starken Einschränkungen für andere Nutzungen. Veränderungsverbote beziehen sich nur darauf, den Charakter des Gebietes zu erhalten. Land- und Forstwirtschaft können eingeschränkt werden, sofern sie den Charakter des Gebietes verändern oder dem Schutzzweck zuwiderlaufen. Rund 21 % der Landesfläche sind als Landschaftsschutzgebiete ausgewiesen.

Naturparke sind als solche keine geschützten Gebiete, sondern Erholungsgebiete von landesweiter Bedeutung, bestehen aber meistens in Zusammenhang mit Landschafts- und Naturschutzgebieten. In Naturparken sollen große Landschaftseinheiten in ihrer Vielfalt, Schönheit und Eigenart für den Naturgenuss und für die Erholung des Menschen gesichert, entwickelt und zur Verfügung gestellt werden. Entsprechend gibt es inzwischen in allen Naturräumen des Landes insgesamt 12 Naturparke mit zusammen 8.000 km², die etwa 17 % der Landesfläche ausmachen. Auch diesbezüglich ist die Lüneburger Heide als ältester Naturpark Vorbild gewesen.

Die Flusslandschaft Elbe

Das Elbetal zwischen Sachsen-Anhalt und Niedersachsen bildet eine in Mitteleuropa nahezu einmalige Stromlandschaft, die noch stark von

Flusslandschaft Elbe



Quelle: Nationalpark Elbtalaue.

einem natürlichen Flussgeschehen bestimmt ist. Der mit diesem Flussbereich verbundene Raum ist durch einen hohen Struktur-, Biotypen- und Artenreichtum gekennzeichnet. Der Flächenanteil der naturschutzmäßig wertvollen Besonderheiten ist hoch. Der hohe Wert ergibt sich aus dem noch unbegradigten Hauptstrom, aus den wechsellässen, grünlandgeprägten Vordeichflächen, durch die Nebengewässerniederungen mit autotypischen Altgewässern sowie durch die Sandablagerungen und Binnendünen, die insgesamt vielfältige angepasste Lebensräume beinhalten. In den noch landwirtschaftlich vorwiegend extensiv genutzten Niederungen gibt es zahlreiche ansonsten gefährdete Gefäßpflanzenarten. Die Bedeutung für den Tierartenschutz zeigt sich besonders in dem Vorkommen seltener Brutvögel. Das Elbetal ist wichtiger Rast- und Nahrungsplatz für die Zugvögel.

Der im März 1998 gegründete niedersächsische Nationalpark Elbtalaue wurde im Februar 1999 gerichtlich aufgehoben. Er sollte sich mit einer Fläche von beinahe 110 km² entlang 85 Stromkilometern erstrecken und Teil eines konzeptionell integrierten Gesamt-schutzgebietes sein, das

einerseits über die Landesgrenzen stromauf und stromab in Schutzgebiete der Nachbarländer reicht und andererseits Naturschutzgebiete in der Elbmarsch und in den elbfernen Niederungen Niedersachsens zu einem System von Schutzgebieten vereint.

Die niedersächsische Elbtalaue liegt in einem von der UNESCO anerkannten Biosphärenreservat, das sich etwa von Wittenberg bis nach Lauenburg mit einer Fläche von beinahe 375 Tausend Hektar über 5 Bundesländer erstreckt.

Die niedersächsischen Nationalparke

Die zwei Nationalparke „Wattenmeer“ und „Harz“ beschreiben die unterschiedlichen Naturräume der Küste und des Mittelgebirges in Niedersachsen. Sie haben eine Gesamtgröße von 2.600 km². Ihre Randlage bedeutet zugleich län-

derübergreifende Integration mit angrenzenden und fortsetzenden Schutzgebieten.

Die Zielkonflikte mit bisherigen und zukünftigen Nutzungen bedürfen des dauernden Ausgleichs im gegenseitigen Respekt der Interessen. Die Nationalparke unterstehen deshalb eigenen Verwaltungen auf oberbehördlicher Ebene vor Ort, in denen das Miteinander der Interessenkonflikte geregelt wird. Zur Unterstützung von Verständnis und Akzeptanz der betroffenen Bevölkerung und der Besucher kommen den Informations- und Bildungseinrichtungen im Nationalpark große Bedeutung zu.

Der
Niedersächsische
Nationalpark
Wattenmeer



Obwohl etwa 70% der Erdoberfläche mit Ozeanen bedeckt werden und die Küstenlängen entsprechend groß sind, ist das Wattenmeer des Küstenstreifens zwischen Den Helder in den Niederlanden und Esbjerg in Dänemark einmalig auf der Welt.

Seit 10000 Jahren haben die Naturkräfte diese einzigartige Gezeitenküste geformt. Trotz aller menschlichen Eingriffe insbesondere der Landgewinnung und des Insel- und Küstenschutzes bleibt das Wattenmeer durch die natürlichen

Kräfte des Windes, der Gezeiten und der daraus resultierenden Strömungen ein dynamischer Lebensraum wie kaum ein anderer.

Der Meeresboden fällt in Richtung offene See nur leicht ab, deshalb kann sich sehr feines Material aus dem Meer und aus den Flüssen leicht absetzen. Gezeiten mit einem in der deutschen Bucht erhöhten Tidenhub von 2 Metern und mehr legen periodisch weite Bereiche des Wattenmeers trocken. Der landwärts gerichtete Wind verweht die oberen Sandschichten zu Dünen. Diese dem Küstenbereich vorgelagerten Sandbänke, Strandwälle und Inseln wirken wiederum als natürliche Wellenbrecher, sodass das von See und aus dem Binnenland antransportierte Material sich dahinter absetzen kann. Das gemäßigte Klima begünstigt die Entwicklung der Tier- und Pflanzenwelt.

Wichtiger Lebensraum im Wattenmeer ist zunächst das Watt, das im Wechsel der Gezeiten regelmäßig überflutet wird und wieder trocken fällt. Dadurch ist er Sedimentationsbereich für aus dem Meer und aus den Flüssen zufließenden Nähr- und auch Schadstoffen. Auf und unter der Wattoberfläche gibt es vielfältiges Leben, das selbst wieder ein reiches Nahrungsangebot für Fische und Vögel bildet.

Charakteristisch und von besonderer Bedeutung für das Gesamtsy-

Wattenmeer bei Ebbe



Quelle: Studio B, Bremen.

stem sind die Salzwiesen mit ihren spezialisierten Lebensgemeinschaften. Sie entstehen dort, wo vor den Deichen die Flächen langsam durch Materialzuwachs so hoch werden, dass sie quasi verlanden und nicht mehr regelmäßig durch die Gezeiten überflutet werden.

Dünen wachsen aus heran gewehtem Sand heran und bilden den Ursprung der Inseln. Tiefwurzelnder Pflanzenbewuchs stabilisiert Dünen und Inseln auch gegen Überflutungen. Nach wie vor unterliegen Dünen und Inseln den dynamischen Kräften der Küste. An sich natürliche Wanderungen, Abbrüche und Zuwächse stehen im Konflikt mit dem Bedürfnis nach stabilen Verhältnissen auf den Inseln. Daraus er-

gibt sich die Frage nach entsprechenden Schutzmaßnahmen und naturbelassenen Vorgängen.

Das Wattenmeer bietet Millionen von Zugvögeln unersetzliche Rast- und Nahrungsplätze auf ihren jährlichen Flügen zwischen Überwinterungs- und Brutplätzen. Zahlreiche Nordseefische finden im Wattenmeer ideale Lebensbedingungen, um heranzuwachsen. Von der Gesamtfläche des Wattenmeeres entfallen etwa 10% auf Dänemark und

30% auf die Niederlande. 60% gehören zu Deutschland, wovon wiederum etwa die Hälfte in Niedersachsen liegt.

Im Jahr 1986 wurde der Niedersächsische Nationalpark Wattenmeer durch Verordnung der Landesregierung gegründet. Die Gesamtfläche beträgt 2400 Quadratkilometer. Diese ist in Schutzzonenkategorien von 54% Ruhezone, 45% Zwischenzone und 1% Erholungszone aufgeteilt. Der Nationalpark weist 36% der Ruhezone als Vogelschutzgebiete und 25% als Robbenschutzgebiete aus. Er ist Feuchtgebiet von internationaler Bedeutung nach der Ramsar-Konvention, EU-Vogelschutzgebiet und seit 1993 internationales Biosphärenreservat.

Die Nationalparkverwaltung umfasst auch zahlreiche Bildungs- und Informationseinrichtungen beteiligter Naturschutzverbände an der Küste und auf den Inseln.

Nationalparkverwaltung
Wattenmeer, Virchowstr.1,
26382 Wilhelmshaven,
Telefon (0 44 21 / 9 11-0)

Nationalpark Harz

Der Harz ist das höchste und eindrucksvollste norddeutsche Mittelgebirge. Der Übergang vom maritimen zum kontinentalen Klima sowie Hochmoore, Bergwiesen, Wälder, die rd. 80% der Landschaft bedecken, Bäche, Seen und Talsperren, Felsen und Blockhalden bestimmen die Landschaft und die Ökosysteme. Seit Jahrhunderten haben die Menschen die Landschaft landwirtschaftlich und bergbaulich, damit zusammenhängend forstlich und wasserbaulich geprägt. Der Holzunger der Erzverhüttung und der Brennholzbedarf führten zur zeitweiligen Entwaldung großer Bereiche, die dann durch nicht heimische Fichtenrassen besetzt wurden. Ebenso wurde für den Bergbau tief in den Wasserhaushalt der Harzer Fließgewässer, Wälder und Moore eingegrif-

fen. Inzwischen hat sich daraus eine großartige naturnahe Kulturlandschaft entwickelt, in der sich bei entsprechendem Schutz die Natur und eine artenreiche Tier- und Pflanzenwelt in großen Teilen wieder ungestört entwickeln können.

Der Nationalpark Harz wurde als elfter deutscher Nationalpark am 1. 1. 1994 gegründet. Der 158 km² große Nationalpark Harz, der fast ausschließlich aus landeseigenen Flächen besteht, schließt direkt an den bereits seit 1990 bestehenden und 59 km² großen Nationalpark Hochharz im Bundesland Sachsen-Anhalt an. Von der Gesamtfläche des Harzes stehen damit 217 km² (8,7%) unter dem Schutzstatus „Nationalpark“. Beide Nationalparks bilden eine naturräumliche Einheit.

Sie steigen von den Randzonen bei ca. 230 m ü. NN im Norden bzw. 270 m ü. NN im Süden bis zum

Nationalpark Harz



Quelle: Nationalpark Harz.

Brocken im Hochharz auf 1142 m ü. NN kontinuierlich an und umfassen somit insgesamt sechs verschiedene Vegetationszonen. Einbezogen sind außerdem alle charakteristischen Lebensraumtypen, alle Expositionen und die wichtigsten Gesteine, um so die besondere Vielfalt einer der faszinierendsten Mittelgebirgslandschaften Europas unter Schutz zu stellen und zu erhalten.

Der Nationalpark Harz ist ein Wald-Nationalpark, denn 95 % seiner Fläche sind bewaldet. Typisch für den Nationalpark sind außerdem Hochmoore, Fließgewässer und Felsbiotope. Sie sind Lebensräume, die sich noch heute in einem

für mitteleuropäische Verhältnisse relativ naturnahen, d.h. vom Menschen wenig beeinflussten Zustand befinden. Als nördlichstes deutsches Mittelgebirge war und ist der Harz aufgrund seiner landschaftlichen Schönheit und seiner zentralen Lage sowohl in Deutschland als auch in Europa eines der bedeutendsten Fremdenverkehrsgebiete Mitteleuropas. Bis zu 10 Mio. Besucher finden hier jährlich Erholung und Entspannung.

Nationalparkverwaltung Harz,
Oderhaus, 37444 St. Andreasberg,
Telefon (0 55 82 / 91 89-0)

Horst W. zur Horst

Politisches System

Die Verfassung

Das Land Niedersachsen wurde 1946 aus den früheren Ländern Hannover, Oldenburg, Braunschweig und Schaumburg-Lippe gebildet. Von 1951 an hatte es eine „vorläufige“ Verfassung, weil etwa notwendige Änderungen nach der Wiedervereinigung Deutschlands offen gehalten werden sollten. Sie wurde 1993 durch die jetzt geltende Verfassung ersetzt. In 78 Artikeln regelt sie Grundlagen der Staatsgewalt, Grundrechte und Staatsziele, den Landtag, die Landesregierung, die Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung, Möglichkeiten direkter Initiativen des Volkes und das Finanzwesen. Sie konstituiert das Land als freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaat in der Bundesrepublik Deutschland und der europäischen Völkergemeinschaft.



Landesflagge

Das Wap-
pen Nieder-
sachsens, ein
nach links
springendes
weißes Ross
in rotem Fel-
de, wurde
von den Wel-
fen 1361 als



Landeswappen

Wappen übernommen. Es geht nach der Überlieferung auf das Wappen des alten Stammesherzogtums Sachsen zurück und soll der Legende nach schon im 8. Jahrhundert von dem noch heute als Nationalheld geltenden Herzog Widukind geführt worden sein.

In der Flagge steht es auf den Farben Schwarz-Rot-Gold der Bundesrepublik. In offiziellen Veröffentlichungen und im amtlichen Schriftverkehr wird es meist durch ein modernes Signet ersetzt, das den Kopf des Wappenrosses symbolisiert. Grundprinzipien der Verfassung sind die Volkssouveränität, die klassische Gewaltenteilung zwischen Gesetzgebung, Rechtsprechung und vollziehender Gewalt (Exekutive) sowie die Bindung aller an Gesetz und Recht. Die Bürgerinnen und Bürger haben die im Grundgesetz für die Bundesrepublik normierten Grundrechte und staatsbürgerlichen Rechte (z. B. Schutz der Menschenwürde, des Lebens, der Freiheit und körperlichen Unversehrtheit).

heit, Gleichheit vor dem Gesetz, Glaubens- und Meinungsfreiheit). Zusätzlich gewährt die Landesverfassung ein Recht auf Bildung und verpflichtet das Land zur Förderung und zum Schutz von Wissenschaft, Kunst, Kultur und Sport, zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Wohnraum sowie zum Tierschutz. Die kulturellen und historischen Belange der vier Ursprungsländer und ihre traditionellen Einrichtungen sind zu bewahren und zu fördern.

In unserem System der „repräsentativen“ Demokratie kann normalerweise nur der gewählte Landtag Gesetze beschließen. Die Bürgerinnen und Bürger haben aber Mittel, um ihn in Bewegung zu setzen: Er muss ihre Bitten und Beschwerden (Petitionen) anhören und behandeln. 70.000 Wahlberechtigte können mit einer schriftlichen „Volksinitiative“ verlangen, dass sich der Landtag mit bestimmten Gegenständen der politischen Willensbildung befasst und sie dazu anhört. 10% der Wahlberechtigten (derzeit ca. 593 000) können mit einem „Volksbegehren“ einen Gesetzentwurf vorlegen, den die Landesregierung mit ihrer Stellungnahme unverzüglich dem Landtag zuleiten muss (an diesem hohen „Quorum“ sind allerdings bis jetzt alle Volksbegehren gescheitert, weshalb über eine Verringerung diskutiert wird). Wird das Gesetz nicht innerhalb von

6 Monaten im wesentlichen unverändert angenommen, findet ein „Volksentscheid“ darüber statt. Wenn die Mehrheit der abgegebenen Stimmen (aber mindestens ein Viertel der Wahlberechtigten) für das Gesetz stimmt, ist es so beschlossen.

Die Verfassung schreibt nicht nur die formale Gleichberechtigung von Männern und Frauen vor, sondern verpflichtet auch das Land, die Gemeinden und Landkreise zur praktischen Verwirklichung. So wurde schon vor einigen Jahren die rein männliche Bezeichnung der Ministerien (z. B. „Der Niedersächsische Minister des Innern“) geschlechtsneutral gefasst (z. B. „Das Niedersächsische Innenministerium“). Ein Gesetz bestimmt, dass auch in der Rechts- und Verwaltungssprache die Gleichberechtigung zu beachten ist. Wo in älteren Vorschriften noch rein männliche Bezeichnungen stehen (z. B. im Landeswahlgesetz „der Landeswahlleiter“), sind sie gegebenenfalls in der weiblichen Form zu verwenden (z. B. „die Landeswahlleiterin“, wenn eine Frau diese Position innehat). Das „Niedersächsische Gleichberechtigungsgesetz“ schützt Frauen in der öffentlichen Verwaltung vor Benachteiligungen und gewährt ihnen gleiche Berufschancen (Hauptregel: Frauen sind bei gleicher Eignung und Befähigung grundsätzlich so lange vorrangig einzustellen und zu befördern,

bis sie auf jeder Ebene der Dienststelle zu 50% vertreten sind). Alle Dienststellen bis hinunter zu den Gemeindeverwaltungen müssen Frauenbeauftragte haben, die für die Durchsetzung dieser Rechtsgrundsätze sorgen.

Der Landtag

Die Volksvertretung wird seit 1998 alle 5 (vorher 4) Jahre in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Wahlberechtigt sind alle Deutschen, die mindestens 18 Jahre alt sind, seit mindestens 3 Monaten im Lande wohnen und nicht durch Richterspruch von den Wahlen ausgeschlossen sind. Gewählt werden können alle, die seit mindestens einem Jahr Deutsche und mindestens 18 Jahre alt sind, seit mindestens 6 Monaten im Lande wohnen und nicht durch Richterspruch von den Wahlen oder von öffentlichen Ämtern ausgeschlossen sind.

Der Landtag hat mindestens 155 Abgeordnete. 100 von ihnen werden mit der „Erststimme“ in den 100 Wahlkreisen direkt und mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt, 55 mit der „Zweitstimme“ auf Landeslisten der Parteien nach dem Prinzip der Verhältniswahl (System d'Hondt). Die Sitze im Landtag werden auf die Parteien, die mindes-



Landtagsgebäude (Portikus)

tens 5% der Zweitstimmen bekommen haben, verteilt. Hat eine Partei mit den Erststimmen mehr Mandate gewonnen, als ihr nach dem Verhältnis der Zweitstimmen zustehen würden, behält sie diese als „Überhangmandate“. Um den Proporz zu wahren, wird aber (anders als bei der Bundestagswahl) eine gleiche Anzahl von „Ausgleichsmandaten“ zugeschlagen. So hat der 1998 gewählte Landtag zwei solcher zusätzlichen Sitze, also 157 Abgeordnete. Dadurch kommt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) auf 83, die Christlich-Demokratische Union (CDU) auf 62 und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE) auf 11 Sitze, ein Abgeordneter ist fraktionslos. Es wird immer wieder einmal darüber diskutiert, ob dieses Parlament vielleicht für das Land zu groß ist und z. B. durch Verringerung der Wahlkreise verkleinert werden sollte.

Als oberstes Verfassungsorgan des Landes ist der Landtag und jedes seiner Mitglieder Vertreter des gesamten Volkes. Er ist der Gesetzgeber des Landes (in der Bundesrepublik bedürfen alle allgemein verbindlichen Vorschriften des Staates, durch die Rechte oder Pflichten begründet, geändert oder aufgehoben werden und die nicht unwesentlich in die Rechte der Bürgerinnen und Bürger eingreifen, der Form eines Gesetzes). Vor allem hat er den Landeshaushalt zu beschließen. Ferner kontrolliert der Landtag die Regierung, die Verwaltung und die der Aufsicht des Landes unterstehenden öffentlich-rechtlichen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen, natürlich auch die der Aufsicht der Ministerien unterstehenden und ihnen nachgeordneten Landesbehörden (z. B. Landesamt für Bezüge und Versorgung der Angehörigen des öffentlichen Dienstes; Landesamt für Verfassungsschutz). Dafür hat er umfassende Auskunfts-, Zutritts- und Akteneinsichtsrechte. Er wählt in geheimer Abstimmung die Ministerpräsidentin oder den Ministerpräsidenten.

Die von ihr oder ihm gebildete Regierung muss vom Landtag bestätigt werden. Er wählt die Mitglieder des Staatsgerichtshofes und beruft für jeweils 8 Jahre eine Landesbeauftragte oder einen Landesbeauftragten für den Datenschutz.

Wenn die Landtagswahl angefochten wird, entscheidet der Landtag zunächst selbst über ihre Gültigkeit, in zweiter und letzter Instanz dann der Staatsgerichtshof. Auch seine Auflösung kann der Landtag (unter bestimmten Bedingungen) nur selbst beschließen. Die Verhandlungen

sind, wenn nicht mit Zweidrittelmehrheit anders beschlossen wird, öffentlich.

Die Abgeordneten haben ein freies Mandat, d. h. sie sind nur ihrem Gewissen unterworfen und an Aufträge oder Weisungen nicht gebunden; „imperative Mandate“ oder bindende Verpflichtungen zum Rücktritt sind also unzulässig. In der Praxis wird oft durch „Fraktionsdisziplin“ auf einheitliche Abstimmung hingewirkt, wirklicher Zwang darf aber nicht ausgeübt werden. Die Abgeordneten dürfen wegen ihrer Abstimmungen oder

Stimmzettel

Sie haben 2 Stimmen

hier 1 Stimme für die Wahl eines Landesparlamentarier

Erststimme

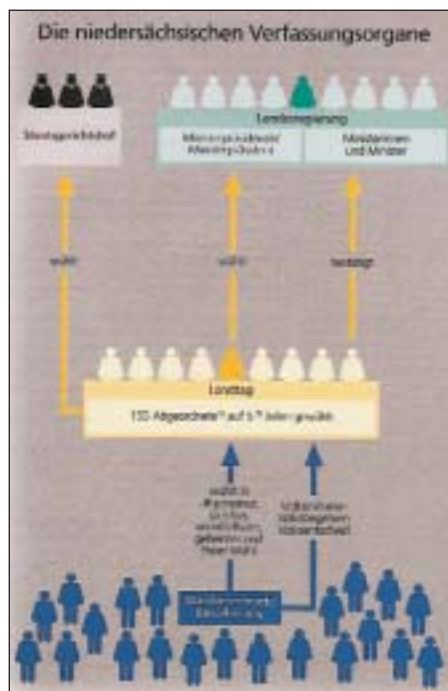
hier 1 Stimme für die Wahl eines Landesparlamentarier

Zweitstimme

Parteien und Kandidaten:

- 1. CDU/CSU
- 2. SPD
- 3. FDP
- 4. LINKE
- 5. GRÜNE
- 6. SONSTIGE

Äußerungen im Landtag nicht gerichtlich oder dienstlich verfolgt oder zur Verantwortung gezogen werden (Indemnität). Strafrechtlich dürfen sie grundsätzlich nur mit Genehmigung des Landtags belangt werden (Immunität). Ihre Tätigkeit gilt als volle Berufsausübung, so dass z. B. die Rechte und Pflichten von Beamtinnen und Beamten während der Legislaturperiode ruhen. Dafür erhalten die Abgeordneten eine ihre Unabhängigkeit sichernde Entschädigung (Diäten), über deren Höhe ebenfalls der Landtag entscheidet.



¹⁾ evtl. mehr durch Überhang- oder Ausgleichsmandate

²⁾ erstmalig 1998

Die Landesregierung

An der Spitze der Landesregierung, die die vollziehende Gewalt (Exekutive) ausübt, steht die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident. Sie oder er beruft die übrigen Mitglieder der Landesregierung (Ministerinnen und Minister). Dem Schutz der Unabhängigkeit dient die Verfassungsvorschrift, dass Mitglieder des Bundestages, des Europäischen Parlaments oder der Parlamente anderer Länder nicht Regierungsmitglieder werden dürfen. Die SPD stellt seit 1990 den Ministerpräsidenten (nach Gerhard Schröder, der jetzt Bundeskanzler ist, den bisherigen Innenminister Gerhard Glogowski) und ist seit 1994 alleinige Regierungspartei (vorher Koalition mit den GRÜNEN). Von 1976 bis 1990 stellte die CDU den Ministerpräsidenten (Dr. Ernst Albrecht), 1986 bis 1990 in Koalition mit der Freien Demokratischen Partei (F.D.P.), die z.Zt. nicht im Landtag vertreten ist. Ministerpräsidenten von der SPD amtierten schon von 1946 bis 1955 und 1959 bis 1976. In der Zwischenzeit von 1955 bis 1959 besetzte die (nicht mehr bestehende) Deutsche Partei (DP) dieses Amt.

Die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident wird vom Landtag zunächst ohne Aussprache in geheimer Abstimmung mit der gesetzlichen (absoluten) Mehrheit ge-

wählt. Sie oder er bestimmt ein Regierungsmitglied, das sie oder ihn vertritt (z.Zt. die Ministerin für Frauen, Arbeit und Soziales). Der Regierungsbildung gehen üblicherweise Verhandlungen auf der Parteebene voraus, bei denen das Regierungsprogramm und die Personalfragen geklärt werden. Wenn Koalitionen zu bilden sind, werden die Verhandlungen entsprechend komplizierter und enden mit einer schriftlichen Koalitionsvereinbarung (so z. B. 1990 bei der Bildung des ersten Kabinetts Schröder). Wenn nun die Regierungsbildung und die Bestätigung durch den Landtag nicht innerhalb einer bestimmten Frist erfolgen, kann entweder der Landtag seine Auflösung beschließen, oder es findet unverzüglich eine neue Wahl der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten statt. Gewählt ist, wer die meisten Stimmen (relative Mehrheit) erhält. Die dann gebildete Regierung bedarf nicht mehr der Bestätigung durch den Landtag. Auf diesem Wege wurde 1976 das erste Kabinett Dr. Albrecht gebildet, weil die SPD wider Erwarten keine Mehrheiten für zwei von ihr vorgeschlagene Nachfolger des vorzeitig ausscheidenden Ministerpräsidenten Kubel bekam.

Der Landtag kann der Ministerpräsidentin oder dem Ministerpräsidenten auf Antrag von mindestens einem Drittel der Abgeordneten das Vertrauen entziehen, aber nur da-

durch, dass er mit absoluter Mehrheit eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger wählt. Dieses „konstruktive Misstrauensvotum“ findet sich auch im Grundgesetz und wurde wegen der unguten Erfahrungen mit manchmal rein destruktiven Mehrheiten im Reichstag der Weimarer Republik und der dadurch bedingten Instabilität der Regierungen eingeführt.

Die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident hat auch einige Funktionen eines Staatsoberhauptes, z. B. die Vertretung des Landes nach außen und das Begnadigungsrecht. Vor allem aber bestimmt und verantwortet sie oder er die Richtlinien der Politik. In ihrem Rahmen leitet jedes Regierungsmitglied sein Ministerium selbständig. Derzeit hat das Land 9 Ministerien: Inneres; Justiz; Finanzen; Kultus (Schulwesen); Frauen, Arbeit und Soziales; Wirtschaft, Technologie und Verkehr; Ernährung, Landwirtschaft und Forsten; Wissenschaft und Kultur; Umwelt. Sie werden von 2 Ministerinnen und 7 Ministern geleitet. Die Dienststelle des Ministerpräsidenten ist die Staatskanzlei. Sie und die Ministerien sind nach Aufgabengebieten in Abteilungen mit jeweils mehreren Referaten gegliedert. Die Ministerinnen und Minister werden durch Staatssekretärinnen und Staatssekretäre vertreten. In den Sitzungen des Kabinetts kann die Beratung und Meinungsbildung in

vielen Fällen formlos erfolgen. Für besonders wichtige Angelegenheiten muss aber nach der Verfassung „die Landesregierung“ (in der früheren Verfassung „das Landesministerium“ genannt) förmlich mit Mehrheit entscheiden, wobei sich niemand der Stimme enthalten darf; bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten. Das gilt z. B. für die Bestellung von Vertreterinnen oder Vertretern im Bundesrat und deren Stimmabgabe, die Abgrenzung der Geschäftsbereiche (Ressorts) der Ministerien, die Entscheidung von Streitfragen zwischen mehreren Ressorts, die Einbringung von Gesetzentwürfen in den Landtag, Ernennung und Entlassung der Richterinnen und Richter, Beamtinnen und Beamten und die Organisation der Landesverwaltung. Dazu gibt sich die Landesregierung eine Geschäftsordnung, die veröffentlicht werden muss. Im übrigen muss sie jederzeit im Landtag und seinen Ausschüssen Rede und Antwort stehen, hat aber auch selbst dort jederzeit Zutritt und das Recht auf Anhörung.

Niedersachsen und die Bundesrepublik

Die Bundesrepublik Deutschland besteht nach der Wiedervereinigung Deutschlands aus 16 „Bundes-

ländern“ (so die inoffizielle, aber eingebürgerte Bezeichnung) mit eigenen Parlamenten und Regierungen, ist also kein zentralistischer Einheitsstaat, aber auch kein loser Staatenbund, sondern ein Bundesstaat mit föderaler Struktur. Das Grundgesetz verteilt die Befugnisse zwischen Bund und Ländern. Die Hauptregeln lauten: „Die Ausübung der staatlichen Befugnisse und die Erfüllung der staatlichen Aufgaben ist Sache der Länder, soweit dieses Grundgesetz keine andere Regelung trifft oder zulässt“ (Art. 30); und: „Durch den Bundesrat wirken die Länder bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes und in Angelegenheiten der Europäischen Union mit“ (Art. 50). Die Vertretung des Landes im Bundesrat, die durch Regierungsmitglieder erfolgen muss, ist also eine der wichtigsten Aufgaben der Landesregierung. Die Bundesländer haben im Bundesrat je nach Einwohnerzahl 3 bis 6 Stimmen, die aber nur einheitlich abgegeben werden können. Niedersachsen hat mit z. Zt. 7,8 Mio. Einwohnern neben Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg 6 Stimmen. Das Land unterhält wie alle Bundesländer zur Wahrung seiner Interessen die „Vertretung des Landes Niedersachsen beim Bund“ in Bonn (künftig Berlin), die z. Zt. von einem Staatssekretär geleitet wird. Sie unterstützt die Landesregierung bei der Wahrnehmung ih-

rer Aufgaben im Bundesrat und Bundestag, vertritt die Interessen des Landes gegenüber den Bundesbehörden, hält ständigen Kontakt zu den Bundestagsabgeordneten aus Niedersachsen (z. Zt. 68), den Vertretungen der anderen Bundesländer und leistet umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit, z. B. durch Informationsveranstaltungen, Ausstellungen und Empfänge.

Die Gesetzgebungs- und Verwaltungsaufgaben sind in teilweise komplizierter Weise zwischen Bund und Ländern aufgeteilt. Auf vielen Gebieten hat der Bund die ausschließliche Gesetzgebung (z. B. Auswärtiges, Verteidigung, Währung, Post und Telekommunikation, Zusammenarbeit der Staatsschutzbehörden von Bund und Ländern). Auf anderen Gebieten gibt es eine konkurrierende Gesetzgebung, soweit sie zur Herstellung gleichartiger Lebensverhältnisse oder zur Wahrung der Rechts- und Wirtschaftseinheit erforderlich ist (z. B. Zivil- und Strafrecht, Schifffahrt, Bank- und Börsenwesen). Hier können die Länder Gesetze nur erlassen, solange und soweit der Bund nicht handelt. Deshalb gilt z. B. in ganz Deutschland ein einheitliches Zivil-, Straf- und Prozeßrecht. Ferner kann der Bund Rahmenvorschriften für die Gesetzgebung der Länder erlassen (z. B. Recht des öffentlichen Dienstes, Grundsätze des Hochschulwesens, Melde- und Ausweis-

wesen, Presserecht). Die Länder müssen sie durch eigene Gesetze ausfüllen. So gelten in Niedersachsen z. B. das Beamtenrechts-Rahmengesetz des Bundes und das Niedersächsische Beamtengesetz. Alles in allem liegt der Hauptanteil an der Gesetzgebung also beim Bund. Den Ländern bleiben aber wichtige Gebiete wie z. B. die Kommunalordnung (s. u.), die Polizei, das Schulwesen und der Rundfunk. Manche Bundesgesetze bedürfen der Zustimmung des Bundesrates, weil sie auch die Interessen der Länder berühren. Gegen andere kann er Einspruch erheben mit der Folge, dass der Bundestag erneut beraten muss. Ein Vermittlungsausschuss aus Mitgliedern des Bundestages und des Bundesrates kann zur Schlichtung von Streitigkeiten angerufen werden. Auch die Verwaltungsaufgaben einschließlich des Vollzugs der Bundesgesetze sind geteilt. Neben den rein landeseigenen Verwaltungen (z. B. Schulen, Polizei, Kommunalverwaltungen) gibt es bundeseigene Verwaltungen mit Ausstellen in allen Ländern (z. B. Finanz-, Bundeswehr-, Bundeseisenbahnen-, Luftverkehrsverwaltung), Vollzug von Bundesgesetzen in eigener Verwaltung der Länder (unter Aufsicht des Bundes) oder im Auftrag des Bundes (z. B. Bundesautobahnen- und -straßenverwaltung). Im Verwaltungsbereich liegt also das Schwergewicht (ebenso wie

bei der Gerichtsorganisation) bei den Ländern.

Die vielschichtige Kompetenzverteilung kann ungeachtet der gegenseitigen Pflicht zu „bundesfreundlichem Verhalten“ mitunter zu Schwierigkeiten führen. Man versucht, ihnen durch ständige Konferenzen von Bund und Ländern auf der Ebene des Bundeskanzleramts und der Spitzen der Landesregierungen, der Leiterinnen und Leiter der Staatskanzleien und der Fachministerien zu begegnen. Das gilt nicht zuletzt für die komplizierten finanziellen Beziehungen zwischen Bund und Ländern (vgl. dazu Das Finanzsystem).

Das föderale System ist also kompliziert, es wahrt aber am besten die Eigenbelange und gewachsenen Strukturen der Bundesländer, vertritt deren Interessen wirkungsvoll auch in der Europäischen Gemeinschaft und ermöglicht überschaubare, bürgernahe staatliche und politische Institutionen.

Die Landkreise, Städte und Gemeinden

Solche überschaubaren Verwaltungseinheiten, die auch als Teil der engeren Heimat akzeptiert werden können, sind in erster Linie die Landkreise, Städte und Gemeinden (Kommunen). Sie sind in ihrem Gebiet die ausschließlichen Träger der gesamten öffentlichen Aufgaben,

soweit die Gesetze nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmen. Das Grundgesetz und die Landesverfassung garantieren ihnen das Recht, ihre Angelegenheiten im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Ihre Verfassung und ihre Aufgaben ergeben sich im einzelnen aus der Niedersächsischen Gemeindeordnung und der Niedersächsischen Landkreisordnung. Dieses (in ganz Deutschland geltende) Recht der „kommunalen Selbstverwaltung“, das auf die (auch an britischen Vorbildern orientierten) Reformen des preußischen Staatsministers Reichsfreiherr vom und zum Stein Anfang des vorigen Jahrhunderts zurückgeht, fördert Dezentralisation, Bürgernähe und Flexibilität der Verwaltung, ist aber auch einer der tragenden Pfeiler des freiheitlichen demokratischen Staates geworden, seitdem gewählte Volksvertretungen auf allen diesen kommunalen Ebenen bestehen. Das Grundprinzip lautet: Die örtlichen Angelegenheiten werden in erster Linie von der Gemeinde erledigt, der Landkreis übernimmt die Aufgaben, die überörtlich bedeutsam sind oder die Kräfte der einzelnen Gemeinde übersteigen. Deshalb sind die meisten der 1029 Städte und Gemeinden in 38 Landkreise eingegliedert (zusätzlich sind 744 kleinere Gemeinden zur Stärkung der Verwaltungskraft in 142 „Samtgemeinden“ zusammengefaßt,

während 285 größere Gemeinden als selbständige „Einheitsgemeinden“ bestehen). Ausgenommen sind bedeutende Städte, deren eigene Finanz- und Verwaltungskraft für alle Aufgaben ausreicht, nämlich die 9 „kreisfreien Städte“ Braunschweig, Delmenhorst, Emden, Hannover (Landeshauptstadt), Oldenburg, Osnabrück, Salzgitter, Wilhelmshaven und Wolfsburg und die 7 „großen selbständigen Städte“ Celle, Cuxhaven, Goslar, Hameln, Hildesheim, Lingen (Ems) und Lüneburg. Sie übernehmen zusätzlich alle Aufgaben, die sonst die Landkreise erfüllen, und zwar die kreisfreien Städte immer, die großen selbständigen soweit nichts anderes bestimmt ist.

Dem Selbstverwaltungsprinzip entsprechend, haben die Kommunen also einen „eigenen Wirkungskreis“, zu dem alle freiwillig übernommenen Aufgaben (z. B. Rathausbau, örtlicher Straßenbau, Wirtschaftsförderung) und etliche gesetzlich zugewiesene (z. B. Bau und Unterhaltung der Grundschulgebäude) gehören. Hier übt das Land nur „Rechtsaufsicht“ aus, d. h. es überwacht die Rechtmäßigkeit, aber nicht die Zweckmäßigkeit des Handelns. Den Kommunen werden aber auch staatliche Aufgaben übertragen, vor allem bei der Ausführung von Bundesgesetzen durch das Land im Auftrag des Bundes (s.o.; z. B. Sozialhilfe, Einwohner-

meldewesen, Zulassung von Kraftfahrzeugen). In diesem „übertragenen Wirkungskreis“ sind sie natürlich an die staatlichen Weisungen gebunden, unterliegen also der „Rechts- und Fachaufsicht“. Die Übertragung solcher Aufgaben ist nach der Verfassung nur möglich, „wenn gleichzeitig Bestimmungen über die Deckung der Kosten getroffen werden“.

Aufsichtsbehörden sind die Landkreise (für die kreisangehörigen Gemeinden), die Bezirksregierungen (für die Landkreise, kreisfreien und großen selbständigen Städte) und das Innenministerium als oberste Instanz.

Oberste Organe aller Kommunen sind die alle 5 Jahre (zuletzt im September 1996) gewählten Stadträte, Samtgemeinderäte, Gemeinderäte und Kreistage, in Hannover und Braunschweig zusätzlich Stadtbezirksräte, in größeren Gemeinden noch Ortsräte für einzelne Gemeindeteile. Ihre Größen sind nach Einwohnerzahl gestaffelt. Insgesamt sind das jeweils rund 31.000 Personen für über 2.200 kommunale Vertretungen. Das dafür geltende Wahlsystem unterscheidet sich erheblich von dem für die Landtagswahl. Das wahlfähige Alter beginnt hier schon mit dem vollendeten 16. Lebensjahr. Ferner können seit 1996 auch Staatsangehörige von Mitgliedstaaten der Europäischen Union unter den gleichen Voraus-

setzungen wie Deutsche wählen oder gewählt werden. Für jede zu wählende Vertretung gibt es einen besonderen Stimmzettel. (z. B. in Einheitsgemeinden für die Kreistags-, Gemeinderats- und evtl. noch Ortsratswahl), auf dem Vorschläge von Parteien, Wählergruppen und Einzelpersonen stehen. Man kann entweder einen Wahlvorschlag als Gesamtliste pauschal oder einzelne Personen wählen. Dafür hat man 3 Stimmen. Diese kann man auf verschiedene Listen oder Personen ver-

teilen („panaschieren“) oder auch einer Liste oder Person bis zu 3 Stimmen geben („kumulieren“). Ausgezählt wird auch hier nach dem Prinzip der Verhältniswahl (System d'Hondt). Im Unterschied zur Landtagswahl werden auch Wahlvorschläge berücksichtigt, die weniger als 5% der Stimmen erhalten haben.

Auch auf der kommunalen Ebene hat die Bevölkerung Möglichkeiten, direkt auf die gewählten Vertretungen einzuwirken. Wer mindestens 14 Jahre alt und seit mindestens 3 Monaten in der Gemeinde gemeldet ist, kann mit einem schriftlichen „Einwohnerantrag“ verlangen, dass

der Rat bestimmte Angelegenheiten des eigenen Wirkungskreises berät und entscheidet. Ferner können die Wahlberechtigten mit einem „Bürgerbegehren“ beantragen, dass ihnen der Rat bestimmte

Angelegenheiten des eigenen Wirkungskreises zur direkten Entscheidung („Bürgerentscheid“) überlässt. Für alle diese Initiativen sind Mindestzahlen für Unterschriften bzw. Stimmen, gestaffelt nach Gemeindegrößen, vorgeschrieben.

1996 ist noch eine weitere demo-

kratische Komponente in die Kommunalverfassung eingeführt worden: Die bisher ehrenamtlich tätigen Vorsitzenden der Räte (also Bürgermeisterinnen und -meister, Landrätinnen und -räte) werden nicht mehr vom Rat, sondern direkt von den Wahlberechtigten gewählt. Sie werden dann hauptamtlich tätig und übernehmen die Leitung der gesamten kommunalen Verwaltung. Die lag bisher bei einem besonderen kommunalen Spitzenamt (z. B. Oberstadtdirektorin oder -direktor), das nun entfällt. Diese „eingleisige“ Form der kommunalen Leitung gilt in den meisten Bun-

Stimmzettel
für die Wahl zum Niedersächsischen Landtag
im Wahlkreis Nr. 19, Duderstadt

Sie haben 2 Stimmen

hier 1 Stimme
für die Wahl
einer/eines Wahlkreis-
abgeordneten

Erststimm

1	Dr. Bensch, Hermann, Auftrags- Dachstuhl 27 A-Partei	AP	☐
2	Dr. Koch, Margu. Rechtsanwältin Dachstuhl 35 B-Partei	BP	☐
3	Becker, Charlotte, Hausfrau Dachstuhl 39 C-Partei	CP	☐
4	Müller, Erich, Handwerker Hauptstr. 10/12 Landrätin 6 XP-Partei	XP	☐
5	Dr. Wieders, Frieda, Lehrerin Hauptstr. 23 Einzelbewerberin		☐

hier 1 Stimme
für die Wahl eines
Wahlvorschlags
für die Verteilung der
Stimmen auf die einzelnen Parteien

Zweitstimm

1	A-Partei	☐
2	B-Partei	☐
3	C-Partei	☐
4	XP-Partei	☐
5	Einzelbewerber	☐

desländern. Die Wahl erfolgt hier mit einer Stimme. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen erhalten hat (gab es nur einen Wahlvorschlag, ist diese Person gewählt, wenn mindestens 25 % der Wahlberechtigten für sie gestimmt haben und sie die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhält). Anderenfalls findet 2 Wochen später eine Stichwahl zwischen den beiden Bewerberinnen oder Bewerbern mit der höchsten Stimmenzahl statt. Dabei entscheidet die relative Mehrheit, bei Stimmengleichheit das Los.

Das Finanzsystem

Das Geld kommt auf vielen Wegen in die öffentlichen Kassen. Neben Gebühren für Verwaltungsakte, Beiträgen zu Verwaltungsmaßnahmen (z. B. Anliegerbeiträgen zum Straßenbau), Abgaben, Erträgen von Unternehmen und Beteiligungen des Fiskus, Zinsgewinnen der Bundesbank und der Landesbanken, Spielbankabgaben usw. sind Steuern die bei weitem größte Einnahmequelle des Bundes und der Länder; nur einige der häufigsten können hier genannt werden. Am wichtigsten sind die direkt vom Einkommen oder Vermögen erhobenen Steuern, wie Lohn- und Einkommensteuer, Erbschafts- und Schenkungssteuer, Vermögenssteuer (z.Zt. auslaufend), Grunderwerbssteuer. Unternehmen zahlen Ge-

werbe- und Körperschaftssteuer. Auf Versicherungsbeiträge wird eine Steuer von 15% erhoben, auf Wertpapiere fällt Kapitalertrags- und Börsenumsatzsteuer an. Den zweiten großen Einnahmeblock bilden die indirekt, vor allem auf den Verbrauch erhobenen Steuern. Auf jeder Ware und Dienstleistung liegt Umsatz- oder Mehrwertsteuer (z.Zt. 7 bis 16% des Preises), auf einigen Warenarten noch eine zusätzliche Steuer (z. B. Tabak- und Branntweinsteuer). Autobesitzer zahlen Kraftfahrzeug- und Mineralölsteuer. Die Gemeinden erheben eigene Steuern, z. B. Grundsteuer für Grundstücke, Hunde- und Vergnügungssteuer. Bund und Länder bestreiten fast 90%, die Kommunen reichlich ein Drittel ihrer Einnahmen aus Steuern.

Die bedarfsgerechte Verteilung dieser Einnahmen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden erfordert ein mehrstufiges Finanzausgleichssystem, das im Grundgesetz festgelegt ist. Die Hauptregel lautet, dass Bund und Länder gesondert die Ausgaben tragen, die sich aus ihren Aufgaben ergeben. Für die Länder sind dabei Schwerpunkte das Schul- und Hochschulwesen, Polizei und Justiz, Sozial- und Gesundheitswesen und die allgemeinen Personalausgaben. Die jährlichen Haushalte in Niedersachsen schließen durchschnittlich mit ca. 39 Mrd. DM Einnahmen und Ausgaben für das Land

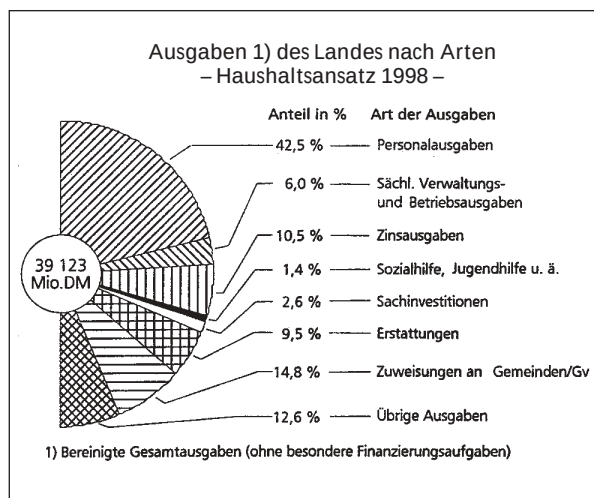
und 27 Mrd. für die Kommunen ab. Über 23 Mrd. sind Personalausgaben, rd. 7 Mrd. werden für Schulen und Hochschulen, rd. 7,5 Mrd. für Sozialhilfe (Tendenz z.Zt steigend), Mietzuschüsse für Minderbemittelte (Wohngeld) und Kindergeld, rd. 1,5 Mrd. für die öffentliche Sicherheit ausgegeben. Übrigens herrscht in Bund und Ländern eine seit Jahren ständig steigende Verschuldung (in Niedersachsen rd. 10.000 DM pro Einwohnerin und Einwohner) mit entsprechend hohen, die laufenden Haushalte belastenden Zins- und Tilgungsleistungen.

ausgaben bei. Überregional bedeutende „Gemeinschaftsaufgaben“ (Hochschulbau, Küstenschutz, Verbesserung der regionalen Wirtschafts- und der Agrarstruktur) werden gemeinsam (meist je zur Hälfte) von Bund und Ländern finanziert. Sie sind oft notwendig, aber politisch nicht unproblematisch, da sie die Kompetenzen vermischen und die beiderseitige Entscheidungsfreiheit beeinträchtigen. Lohn-, Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer werden zwischen Bund und Ländern etwa hälftig, zwischen den Ländern nach festgelegten

Schlüsseln aufgeteilt.

Andere Steuern wie Vermögens-, Erbschafts-, Schenkungs- und Kraftfahrzeugsteuer, ebenso die Spielbankabgaben stehen den Ländern allein zu. Das Grundgesetz verpflichtet aber auch die Länder untereinander zu einem teilweisen Ausgleich ihrer unterschiedlichen Finanzkraft. Bundesländer mit überdurchschnittlich hoher Steuerkraft zahlen Aus-

gleichbeträge an die weniger finanzkräftigen („Länderfinanzausgleich“), der Bund gibt „Ergänzungszuweisungen“ hinzu. Niedersachsen gewinnt durch diesen Ausgleich. Im Landeshaushalt 1998



Quelle: Statistisches Taschenbuch Niedersachsen. 1998, S. 152.

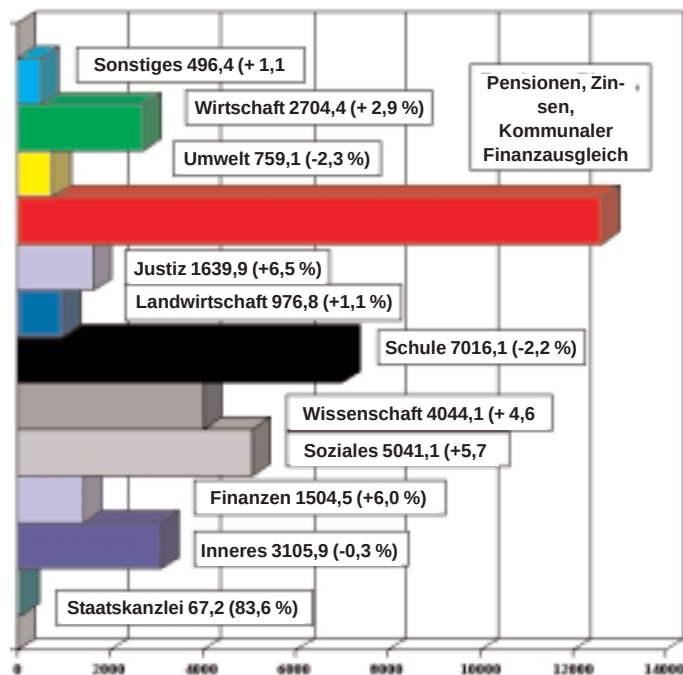
Der im Grundgesetz geregelte Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern erfolgt nun auf verschiedenen Wegen. Wo die Länder Verwaltung im Auftrag des Bundes leisten, steuert der Bund Mittel für die Sach-

(Nachtragshaushalt Mai 1998) waren 28,4 Mrd. DM aus Steuerverteilung, Länderfinanzausgleich und Ergänzungszuweisungen eingestellt. Über diese Transfers muß von Zeit zu Zeit neu verhandelt werden, was nicht ohne politische Brisanz ist und deshalb z. Zt. auch wieder das Bundesverfassungsgericht beschäftigt.

Die Länder ihrerseits führen nun den Finanzausgleich mit ihren Kommunen durch.

Er ist in Niedersachsen durch ein Finanzausgleichsgesetz geregelt, das zunächst die verteilbare Ausgleichsmasse festlegt (1998: 4,5 Mrd. 1999 voraussichtlich 4,6 Mrd; dazu 1,2 Mrd. Zuschüsse für Jugendheime, Kindergärten und Seniorenhilfe). Die Kommunen erhalten Zuweisungen, die nach festgelegten Schlüsseln (u. a. Einwohnerzahl, Steuerkraft, Sozialhilfeausgaben) berechnet werden, ferner einen bestimmten Prozentsatz für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises und für Investitionen. Finanziell besonders belastete Gemeinden erhalten im Einzelfall noch Zuwendungen nach Bedarf.

Niedersachsens Haushalt 1999 (in Mio)
(Veränderungen gegenüber 1998 in %)
Gesamthaushalt: 40,1 Milliarden Mark (+ 2,0 %)



Religionsgemeinschaften, Parteien und Interessenvertretungen

Das Grundgesetz garantiert den gesellschaftlichen Kräften mannigfache Entfaltungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten. Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit sind geschützt.

Ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet, Religionsunterricht ermöglicht. Vereinigungen aller Art, besonders zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen können gegründet werden. Die Gründung po-

litischer Parteien ist frei. Sie haben das Recht, bei der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken.

Die Bestimmungen der Reichsverfassung von 1919 über die Rechte und Freiheiten der Kirchen, religiösen und weltanschaulichen Gemeinschaften gelten weiter. Sie haben den Status von „Körperschaften des öffentlichen Rechts“ oder können ihn erlangen und sind damit u.a. berechtigt, Steuern zu erheben. Die Kirchensteuern werden von den staatlichen Finanzämtern gegen Kostenerstattung eingezogen. In Niedersachsen, dessen Bevölkerung in den Landkreisen Emsland, Cloppenburg, Vechta und Osnabrück überwiegend römisch-katholisch, sonst überwiegend evangelisch ist, bestehen die evangelisch-lutherischen Landeskirchen von Braunschweig, Hannover, Oldenburg und Schaumburg-Lippe sowie die Evangelisch-Reformierte Kirche in Nordwestdeutschland (insgesamt ca. 4,7 Mio. Mitglieder), die in der Konföderation Evangelischer Kirchen in Niedersachsen zusammengeschlossen und alle auch Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) sind, deren Zentrale, das Kirchenamt, übrigens in der Landeshauptstadt residiert. Die römisch-katholischen Kirchenmitglieder (ca. 1,4 Mio.) gehören zu den Bistümern Hildesheim, Münster und Osnabrück, in Grenzbereichen auch Fulda und Paderborn. Die Be-

ziehungen des Landes zu den evangelischen Kirchen sind durch den „Loccumer Vertrag“ (1955, ergänzt 1965; benannt nach dem evangelischen Kloster Loccum, dessen Abt immer der Landesbischof von Hannover ist), zur römisch-katholischen Kirche durch ein Konkordat (1965) geregelt. Die Kirchen entfalten umfangreiche soziale Aktivitäten u. a. in den Bereichen Diakonie und Caritas. Sie sind die größten Kindergartenträger, beteiligen sich in Diakonie- und Sozialstationen an der ambulanten und pflegerischen Betreuung der Bevölkerung, unterhalten hunderte von Alten- und Pflegeheimen und tausende von Krankenhausplätzen.

Neben den beiden großen Kirchen sind weitere Religionsgemeinschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts anerkannt, u. a. evangelische Freikirchen und sonstige Religionsgemeinschaften, der Landesverband der Jüdischen Gemeinden und die Griechisch-Orthodoxe Metropole in Deutschland.

Die bereits erwähnten, auch im Bundestag vertretenen politischen Parteien (SPD, CDU, GRÜNE, F.D.P.) haben in Niedersachsen ihre Landesverbände. Eine besondere Landespartei existiert seit Jahrzehnten nicht mehr. Es gibt aber auch in Niedersachsen einige Parteien, deren Bestrebungen sich nach amtlicher Beurteilung gegen die freiheitliche-demokratische Grundordnung rich-

ten und die deshalb unter der gesetzlich geregelten Beobachtung der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder stehen. Das sind die extrem rechten Parteien „Deutsche Volksunion“ (DVU), „Die Republikaner“ (REP) und „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) sowie die extrem linke „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) und ein Teil (die „Kommunistische Plattform“) der „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS, hervorgegangen aus der totalitären „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ der ehemaligen DDR). Auch sie haben das „Parteienprivileg“ (Art. 21 des Grundgesetzes), d. h. sie können nur durch Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts verboten werden (andere verfassungsfeindliche Organisationen werden durch die Verwaltungsbehörden nach dem Vereinsgesetz aufgelöst). Sie werden aber von der Bevölkerung kaum angenommen: Ihre Mitgliederzahlen sind gering (z. Zt. zwischen 20 und 1800), ihr Stimmenanteil bei den Wahlen liegt im Landesdurchschnitt seit 30 Jahren konstant unter 5% (allerdings höher in einigen Problemgebieten). Sie erlangen nur hin und wieder einzelne Mandate auf kommunaler Ebene.

Eine bedeutende Rolle spielen schließlich die wirtschaftlichen und sozialen Verbände und Interessenvertretungen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und alle

seine Einzelgewerkschaften sind im Lande ebenso vertreten wie die Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG) und der Deutsche Beamtenbund (DBB) mit zahlreichen Fachverbänden für einzelne Sparten des öffentlichen Dienstes. Ihnen stehen, v. a. in ihrer Funktion als Tarifpartner, die „Unternehmerverbände Niedersachsen“ mit über 40 Fachverbänden gegenüber, die meist auch Mitglieder der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) sind. Sie sind privatrechtliche Vereinigungen mit freiwilliger Mitgliedschaft. Als Körperschaften mit obligatorischer Mitgliedschaft gibt es aber noch die Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern und Landwirtschaftskammern sowie die Kammern der Rechtsanwälte, Ärzte, Zahnärzte, Apotheker und Architekten. Diese „Kammern“ haben öffentlich-rechtliche Befugnisse wie z. B. die Abnahme vorgeschriebener Fachprüfungen oder die Überwachung von gesetzlichen Zulassungsbedingungen zu bestimmten Berufen.

Europäische und weltweite Beziehungen

Nach der Unterzeichnung des Vertrages von Maastricht (1993), der den Weg zur Entwicklung der Europäischen Union geöffnet hat, sind die Mitwirkungsrechte der Bundes-

länder über den Bundesrat in europäischen Angelegenheiten durch Art. 23 des Grundgesetzes und ein Ausführungsgesetz dazu erweitert und neu geordnet worden: Wenn im Bereich ausschließlicher Zuständigkeiten des Bundes Interessen der Länder berührt werden, muss die Bundesregierung eine Stellungnahme des Bundesrates einholen und „berücksichtigen“. Wenn schwerpunktmäßig Gesetzgebungsbefugnisse der Länder, die Einrichtung ihrer Behörden oder ihre Verwaltungsverfahren betroffen sind, ist die Auffassung des Bundesrates unter Wahrung der gesamtstaatlichen Verantwortung des Bundes „maßgeblich zu berücksichtigen“. Wenn der Schwerpunkt auf ausschließlichen Gesetzgebungsbefugnissen der Länder liegt, soll die Wahrnehmung der deutschen Rechte in den europäischen Gremien einem vom Bundesrat benannten Landesminister übertragen werden. Um diese Möglichkeiten effektiv nutzen zu können, müssen die Länder auch selbst auf der europäischen Ebene präsent sein. Niedersachsen unterhält daher, wie alle anderen Bundesländer, ein Verbindungsbüro des Landes in Brüssel. Es soll die Landesregierung unterrichten, die Positionen und Interessen des Landes in alle europäischen Gremien und Institutionen hinein vermitteln, eine angemessene Beteiligung des Landes an den zahlreichen Förderprogram-

men der Gemeinschaft vorbereiten und sichern, Angehörige niedersächsischer Dienststellen für die Europaarbeit aus- und fortbilden, Kontakte zu den Europaabgeordneten (z. Zt. 9 aus Niedersachsen), den anderen Länderbüros und sonstigen wichtigen Stellen pflegen.

Aber auch weltweite internationale Partnerschaft und Zusammenarbeit wird in Niedersachsen groß geschrieben. Viele niedersächsische Städte und Gemeinden haben seit langem Partnerschaften mit ausländischen Kommunen. (Neben dem Neuen Rathaus der Landeshauptstadt liegt ein schöner Park, dessen zahlreiche Wege nach Partnerstädten Hannovers benannt sind). Das Land leistet Beratungs- und Aufbauhilfen (u. a. zum Aufbau kommunaler Selbstverwaltung und neuer landwirtschaftlicher Strukturen) in mehreren polnischen Woiwodschaften und russischen Gebieten, ist aber auch an zahlreichen Hilfsprojekten in Afrika, Asien und Lateinamerika beteiligt, besonders an humanitären Hilfsaktionen und bei der Entwicklung elementarer Infrastrukturen, z. B. der Wasserversorgung. Der „Verein zur Förderung entwicklungspolitischer Initiativen und Entwicklungszusammenarbeit in Niedersachsen“ (VEN) ist Koordinator vieler Initiativen und Ansprechpartner der Regierung.

Hansjürgen Knoche

Verwaltung und Rechtspflege

Vorbemerkung

Dem Bundesland Niedersachsen kommt im Verfassungsgefüge der Bundesrepublik Deutschland eine eigene, nicht vom Bund abgeleitete Staatsqualität mit hieraus erwachsender Verfassungsautonomie zu. Es steht damit gleichberechtigt neben den weiteren 15 Gliedstaaten unseres bundesstaatlich verfassten Gemeinwesens. Die Bürgerinnen und Bürger erfahren diesen föderal strukturierten Staat in unterschiedlicher Weise. Medien unterrichten über das Handeln der Verfassungsorgane auf Länder- und Bundesebene sowie über das dieses vorbereitende und begleitende politische Geschehen. Diese Vorgänge sind indes nur eine Erscheinungsform des Staatlichen. Viel unmittelbarer ist dessen Wahrnehmbarkeit im Umgang und Kontakt des Einzelnen mit staatlichen Verwaltungsbehörden sowie den Institutionen der Rechtspflege.

Verwaltungsbehörden dienen der laufenden Erfüllung öffentlicher Aufgaben, die im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten dem Bund, den Ländern oder den Kommunen obliegen. Wegen des laufenden Vollzuges der vielfältigen staatlichen Pflichten wurde die Verwaltung in der Rechtslehre auch als „tätig werdende Verfassung“ charakterisiert, wodurch zu Recht die

besondere Bedeutung dieses Teils der Exekutive für die Ausgestaltung unserer Verfassungswirklichkeit hervorgehoben wird. Auch die Rechtspflege nimmt dort, wo sie nicht Rechtsprechung im eigentlichen Sinne ist, Aufgaben der Verwaltung wahr. Sie umfasst im weiteren Sinne alles Handeln des Staates oder staatlich anerkannter Organe, das dem Rechtsschutz, der Rechtsausübung sowie der Rechtsvorsorge dient.

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland unterscheidet zwischen Bundes- und Länderverwaltung und sieht vor, dass die Ausübung staatlicher Befugnisse und die Erfüllung staatlicher Aufgaben grundsätzlich eine Angelegenheit der Länder ist. Diese Kompetenzzuweisung ist nur dort zugunsten des Bundes durchbrochen, wo das Grundgesetz eine „andere Regelung trifft oder zuläßt“ (Art. 30 GG). Hieraus folgt, dass der Großteil staatlicher Aufgaben von unmittelbaren oder mittelbaren Landesbehörden wahrgenommen wird. In entsprechender Weise und gleichfalls am Bundesstaatsprinzip orientiert, legt das Grundgesetz auch fest, dass die rechtsprechende Gewalt – abgesehen von den verfassungsrechtlich vorgesehenen Bundesgerichten – durch die Gerichte der Länder ausgeübt wird (Art. 92 GG).

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass sich unser Staat seinen Bürgerinnen und Bürgern vor allem vermittelt der Verwaltung und Rechtspflege der Länder mitteilt und diese Bereiche daher auch in Niedersachsen einen wichtigen Bestandteil der Lebenswirklichkeit seiner Bewohner ausmachen.

Art. 1 Abs. 1 der Niedersächsischen Verfassung vom 19. Mai 1993 läßt erkennen, dass das Land Niedersachsen ein regional und historisch heterogenes Gebilde ist: „Das Land Niedersachsen ist hervorgegangen aus den Ländern Hannover, Oldenburg, Braunschweig und Schaumburg-Lippe.“

Die damit in ihren Umrissen skizzierte Entstehung des Landes Niedersachsen vollzog sich unter den Bedingungen alliierter Besatzungshoheit und hat ihren Ursprung in der Tätigkeit des im Februar 1946 errichteten Zonenbeirats für die britische Zone. Dieser sollte auf Aufforderung der Britischen Kontrollkommission für Deutschland unter anderem Vorschläge für eine Neubildung der Länder in der britischen Zone unterbreiten. Den Arbeitsergebnissen dieser Kommission folgend, errichtete die britische Besatzungsmacht das Land Niedersachsen durch ihre rückwirkend zum 1. November 1946 in Kraft getretene Verordnung Nr. 55 vom 8. November 1946. Durch diesen Rechtsakt der Besatzungsmacht wurden

die ihrer Selbständigkeit entkleideten Länder Braunschweig, Oldenburg und Schaumburg-Lippe sowie die ehemalige preußische Provinz Hannover in das neu geschaffene Land eingegliedert. In der Situation der unmittelbaren Nachkriegszeit gelang es auf diese Weise, die veralteten, auf historisch-dynastischen Grundlagen entstandenen innerdeutschen Grenzen und Verwaltungsgliederungen im Sinne einer naturräumlich orientierten, wirtschaftlich sachgerechten und zeitgemäßen Lösung zu überwinden.

Wenn die Regionen Niedersachsens damit ihre verwaltungsmäßige Selbständigkeit eingebüßt hatten und in ein größeres gliedstaatliches Gebilde eingeordnet waren, so bewahrten sie doch ihre sich aus den historischen Wurzeln nährende Bedeutung bis auf den heutigen Tag. Die regionale Gliederung und Struktur der Verwaltung und Rechtspflege in Niedersachsen erschließt sich nur vor dem Hintergrund dieser historischen Ursprünge.

Unmittelbare Staatsverwaltung durch staatliche Verwaltungsbehörden

Die Spitze der Verwaltung des Landes Niedersachsens wird von der Landesregierung gebildet, die sich aus dem Ministerpräsidenten sowie den Fachministerinnen- und -minis-

tern zusammensetzt. Die Landesregierung ist zugleich Verfassungsorgan und oberste Verwaltungsbehörde. Unterhalb dieser Ebene erfolgt die unmittelbare Staatsverwaltung durch eine dreistufige Verwaltungsgliederung in Ober-, Mittel- und Unterbehörden.

Die Fachministerien sind in ihrer Funktion als Verwaltungsgliederungen Oberbehörden, denen in ihrem Geschäftsbereich die oberste Sachleitung zukommt. Diese wird durch den Erlass allgemeiner Weisungen, organisatorischer und personeller Maßnahmen sowie die Ausübung einer Aufsichtsfunktion wahrgenommen, während die Entscheidung von Einzelfällen grundsätzlich nicht zu ihrem Aufgabenkanon zählt.

Im Bereich der allgemeinen Verwaltung wird die niedersächsische Verwaltungsmittelinstanz von den vier Bezirksregierungen gebildet (vgl. Abschnitt Die administrative Gliederung Niedersachsens im Kapitel Lage und Größe). Die Bezirksregierungen unterstehen der Dienstaufsicht des Innenministeriums sowie der Fachaufsicht der sachlich jeweils zuständigen Ministerien. Ihr Leiter, der Regierungspräsident, bzw. die Regierungspräsidentin ist der allgemeine Vertreter der Landesregierung im Regierungsbezirk. Zu den Aufgaben der Verwaltungsmittelinstanzen gehören die Ausübung der Rechts- und Fachaufsicht

über die unterstellten Unterbehörden sowie die Aufsicht über die Landkreise und kreisfreien Städte.

Die Unterbehörden der allgemeinen Landesverwaltung bewältigen die Hauptlast der vollziehenden Verwaltung. Sie treten den Bürgerinnen- und Bürgern bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben unmittelbar gegenüber und werden in ihrem Verwaltungshandeln daher vorrangig als Institutionen unseres Gemeinwesens erlebt und erfahren. Die untere Instanz der staatlichen Verwaltung wird einerseits durch spezialisierte Sonderbehörden gebildet. Diese dienen der Bewältigung staatlicher Sonderaufgaben wie beispielsweise der polizeilichen Gefahrenabwehr (Polizeidirektionen / Polizeiinspektionen), dem Vermessungs- und Katasterwesen (Vermessungs- und Katasterbehörden) oder sonstigen Spezialbereichen (z. B. Insel- und Küstenschutz, Wasser- und Abfallwesen, Agrarstruktur, Studienseminare für Lehramtskandidaten, Domänenwesen, Forst- und Hafenämter, staatliche Museen und Theater etc.).

Daneben obliegt die Vielzahl der Aufgaben der allgemeinen unteren Verwaltungsbehörden im Rahmen der sog. mittelbaren Staatsverwaltung den kommunalen Gemeinwesen und wird von diesen als sog. übertragener (staatlicher) Wirkungskreis neben den eigenen, als „Selbstverwaltungsangelegenhei-

ten“ bezeichneten Aufgaben bewältigt (vgl. Abschnitt Die Landkreise, Städte und Gemeinden im Kapitel Politisches System).

Rechtspflege in Niedersachsen

Zu den Kernaufgaben jedes staatlichen Gemeinwesens gehört die Schaffung von Institutionen und Strukturen, die dem Einzelnen die Ausübung und Durchsetzung seiner gegenüber dem Staat oder Privaten bestehenden gesetzlich verbürgten Rechte gewährleisten. Gegenstand dieser öffentlichen Aufgabe ist die Rechtspflege, deren integraler Bestandteil die Rechtsprechung ist.

Die Rechtsprechung (Judikative) ist in dem Verfassungsgefüge des Grundgesetzes neben der Gesetzgebung (Legislative) und der vollziehenden Gewalt (Exekutive) die dritte Erscheinungsform der vom Volke ausgehenden Staatsgewalt und unterliegt in ihrem Handeln der strikten Bindung an Recht und Gesetz (Art. 20 Abs. 2 GG). Das Grundgesetz hat die Ausübung der rechtsprechenden Gewalt ausschließlich den Richtern anvertraut und diese zur Erfüllung ihrer Pflichten mit sachlicher und persönlicher Unabhängigkeit versehen (Art. 92 und 97 Abs. 1 GG). Das Handeln der rechtsprechenden Gewalt vollzieht sich durch die Gerichte, deren Einrich-

tung und Unterhaltung grundsätzlich den Ländern obliegt.

Das Land Niedersachsen entspricht dieser Verpflichtung durch die Tätigkeit eines Gerichtssystems, welches sich in Gerichte der sog. ordentlichen sowie in solche der Verwaltungs-, Sozial-, Finanz- und Arbeitsgerichtsbarkeit gliedert. Unter den niedersächsischen Gerichten nimmt der daneben bestehende Staatsgerichtshof mit Sitz in Bückeburg eine Sonderrolle ein. Er ist niedersächsisches Verfassungsorgan und entscheidet über verfassungsrechtliche Streitigkeiten in Niedersachsen.

Niedersächsischer Staatsgerichtshof (Bückeburg)

1 Präsident/in

**2 richterliche Mitglieder
(sowie 3 Stellvertreter/innen)**

– vom Landtag für die Dauer ihres
richterlichen Hauptamtes gewählt –

**6 weitere Mitglieder
(sowie 6 Stellvertreter/innen)**

– vom Landtag für eine Amtszeit
von sieben Jahren gewählt –

Die ordentliche Gerichtsbarkeit in Niedersachsen, die die Bereiche der Zivil- bzw. Strafjustiz umfaßt, ist in

drei Oberlandesgerichtsbezirke untergliedert. Dem Oberlandesgericht Braunschweig gehören die Landgerichte Braunschweig und Göttingen sowie 16 Amtsgerichte an. Dem Oberlandesgericht Celle sind sechs Landgerichte (Bückeburg, Hannover, Hildesheim, Lüneburg, Stade, Verden) und deren 41 Amtsgerichte zugeordnet. Der Oberlandesgerichtsbezirk Oldenburg schließlich umfaßt die Landgerichte Oldenburg, Osnabrück und Aurich sowie 23 Amtsgerichte.

Die Amtsgerichte sind für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten mit einem Streitwert von bis zu 10.000,- DM sowie ohne Rücksicht auf den Gegenstandswert für Mietstreitigkeiten zuständig. Auch die Familiengerichte sind den Amtsgerichten angegliedert. Die amtsgerichtliche Zuständigkeit erstreckt sich des weiteren auf Strafverfahren mit einer Straferwartung bis zu vier Jahren Freiheitsstrafe. Weitere bedeutsame Zuständigkeiten der Amtsgerichte sind das Bußgeldverfahren, das Mahnverfahren, das Vormundschafts- und Nachlasswesen sowie die Landwirtschaftsgerichtsbarkeit. In Niedersachsen sind zudem 33 der insgesamt 80 Amtsgerichte mit den zentralen



Zuständigkeiten eines Insolvenzgerichts betraut.

Die Landgerichte treffen ihre Entscheidungen durch die bei ihnen gebildeten Zivil- und Strafkammern. In bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten erstreckt sich die Zuständigkeit der Landgerichte auf Streitigkeiten mit einem Gegenstandswert von mehr als 10.000,- DM. Zweitinstanzlich entscheiden sie über Berufungen und Beschwerden gegen Entscheidungen der Amtsgerichte in zivil- wie strafrechtlichen Verfahren. Die erstinstanzliche Zuständigkeit der

Landgerichte besteht im übrigen für Strafverfahren mit einer Straferwartung von mehr als vier Jahren Freiheitsstrafe sowie generell hinsichtlich einer gesetzlich festgelegten Auswahl besonders gravierender Verbrechen.

Die Spruchkörper der Oberlandesgerichte sind die Senate. Sie sind unter anderem für Berufungen und Beschwerden gegen erstinstanzliche zivilrechtliche Entscheidungen der Landgerichte, für Berufungen gegen Urteile der Familiengerichte sowie Revisionen gegen strafrechtliche Urteile der Amtsgerichte sowie Berufungsurteile der Landgerichte in Strafsachen zuständig.

Die in Braunschweig, Göttingen, Hannover, Lüneburg, Oldenburg, Osnabrück und Stade eingerichteten Verwaltungsgerichte eröffnen den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, Entscheidungen der öffentlichen Verwaltung einer gerichtlichen Kontrolle zuzuführen. Ihre Berufungs- bzw. Beschwerdeinstanz ist das Niedersächsische Oberverwaltungsgericht mit Sitz in Lüneburg.

Die ordentliche und die Verwaltungsgerichtsbarkeit unterstehen

ebenso wie die Sozial- und Finanzgerichtsbarkeit (nicht aber der Arbeitsgerichtsbarkeit, die dem Sozialministerium zugeordnet ist) organisatorisch und dienstrechtlich dem Niedersächsischen Ministerium der Justiz und für Europaangelegenheiten. Dies gilt ebenso für die Behördenstruktur der Staatsanwaltschaften. Deren Mittelinstanz, die drei Generalstaatsanwaltschaften, haben ihren Sitz am Ort der Oberlandesgerichte. Ihnen sind die Staatsanwaltschaften nachgeordnet, die sich ihrerseits an den Orten der Landgerichte befinden.

Neben den skizzierten Gerichten und Justizbehörden sind auch die Berufsgruppen der Rechtsanwälte und Notare dem Bereich der Rechtspflege zuzuordnen. Im Land Niedersachsen sind rund 6.100 Rechtsanwälte zur Ausübung des Rechtsanwaltsberufs zugelassen. 2.100 von ihnen sind von der Landesjustizverwaltung zu Notaren bestellt und insbesondere durch ihre Arbeit bei der Beurkundung von Rechtsvorgängen im Sinne einer vorsorgenden Rechtspflege tätig.

Hartwin Kramer

Bildung und Ausbildung

Behutsame Reformen von Anfang an

Im Flächenland Niedersachsen wird die Entwicklung und der Ausbau eines zeitgemäßen Schul- und Ausbildungsangebotes schon immer als wesentlicher Bestandteil der Infrastruktur des Landes gesehen. Typisch niedersächsisch, also eher bedächtig als grundstürzend, jedoch auch innovative Impulse setzend, hat Niedersachsen zusammen mit seinen kommunalen Gebietskörperschaften heute ein differenziertes und hochmodernes Schul- und Ausbildungssystem geschaffen.

Schon unter Niedersachsens erstem Kultusminister Adolf Grimme (SPD) entscheidet sich das Land für die vierjährige Grundschule und das dreigliedrige Schulsystem mit der damaligen Volksschule, der Realschule und dem Gymnasium. Dies wird in den 50er-Jahren ergänzt durch eine Reihe innovativer Schulversuche („differenzierter Mittelbau“), um die drei Schulformen stärker miteinander zu verzahnen. Strukturbildend wirkt die Ende der 50er-Jahre beginnende Landschulreform. Die vielen, teilweise nur ein-klassigen oder wenig gegliederten Volksschulen („Zwergschulen“), werden in einem beispiellosen bildungspolitischen Kraftakt zu neuen Mittelpunktschulen zusammengefasst und modernisiert. In dieser Zeit

gelingt es auch, nach zehnjährigem heftigen Ringen mit der katholischen Kirche, die Schule als „christliche Gemeinschaftsschule“, nämlich für Kinder aller Bekenntnisse, gegenüber der konfessionsgebundenen Schule als Regeltyp durchzusetzen. Erfolgreich wird in dieser Zeit auch an der Verkleinerung der anfangs mit 50 bis 60 Kindern über-vollen Schulklassen und der Abschaffung von Schulgeld gearbeitet.

Bildungsboom ab Mitte der 60er-Jahre

Bis in die heutige Zeit prägend wirkt sich der Mitte der 60er-Jahre bundesweit einsetzende Reform-schub im Bildungswesen aus.

Zwei Grundfragen bewegen die Bildungsreformer Mitte der 60er-Jahre, die übrigens bis heute aktuell und brisant geblieben sind:

1. Erzeugt das Bildungssystem ausreichend viele und hoch qualifizierte Menschen, um im Wettbewerb mit anderen politischen Systemen und wirtschaftlich bestehen zu können?
2. Ist das Bildungssystem auch sozial gerecht oder verteilt es seine Chancen bevorzugt an die Angehörigen der gehobenen Schichten?

Georg Picht wendet sich mit seinem Slogan von der „Deutschen Bildungskatastrophe“ vor allem der

ersten Frage, Ralf Dahrendorf mit seiner Suche nach „Deutschen Arbeiterkindern an den Universitäten“ der zweiten Frage zu und kritisiert mangelnde Chancengleichheit an deutschen Schulen.

Das Land Niedersachsen stellt sich dieser Herausforderung. Bereits 1967 fordert der damalige Ministerpräsident Georg Diederichs (SPD) in seiner Regierungserklärung u. a. den Abbau des Bildungsgefälles zwischen Stadt und Land, mehr Durchlässigkeit zwischen den Schulformen, eine besondere Förderstufe für Kinder im fünften und sechsten Schuljahr und mehr Mitwirkung der Eltern in Fragen von Bildung und Erziehung. Der Kultusminister Richard Langeheine (CDU) greift dies auf und legt 1969 ein bundesweit beachtetes Konzept einer Schulreform unter dem Titel „Schule heute – Schule morgen“ vor. Typisch niedersächsisch ist dieser Vorschlag geprägt durch eine umsichtige, behutsame Öffnung zu Reformen unter breiter Beteiligung von Verbänden und Elternvertretungen.

Als die SPD 1970 erstmals in Niedersachsen die Alleinregierung gewinnt, beginnt mit ihrem Kultusminister Peter von Oertzen eine Neuorientierung der Schul- und Ausbildungspolitik. Der damalige Deutsche Bildungsrat (1970) und die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung (1973) legen Empfehlungen für eine durchgreifende

Schulreform mit einer Stufengliederung des Schulwesens und einer deutlichen Empfehlung für Gesamtschulen (Schule für alle Kinder der Jahrgangsstufe 5 bis 10) vor. Niedersachsen greift diese Vorschläge auf. Nach leidenschaftlich geführten Debatten zwischen Regierung und Opposition und heftigen Kontroversen auch der Verbände untereinander kommt es im Schulgesetz von 1974 zu grundlegenden inhaltlichen und strukturellen Entscheidungen im Schul- und Ausbildungssystem. Diese Entscheidungen haben bis heute im Großen und Ganzen den Rahmen für Schule und den staatlichen Teil der Berufsbildung bestimmt.

Das Schulgesetz übernimmt das stufenbezogene Gliederungsprinzip mit Primarstufe (Grundschule), Sekundarstufe I (alle Schulformen der Klassen 5 bis 10) und der Sekundarstufe II (alle Schularten ab Klasse 11 bzw. der berufsbildenden Schulen).

Gleichzeitig führt das Gesetz die einzelnen Schulformen an. Das sind im Sekundarbereich I die schulformunabhängige – also für alle Kinder vorgesehene – Orientierungsstufe mit den Jahrgängen 5 und 6 und die darauf aufbauenden Schulformen Hauptschule, Realschule, Gymnasien, Sonderschulen und die Gesamtschule. Letztere kann in zwei Formen verwirklicht werden. Als Integrierte Gesamtschule (IGS) oder Kooperative Gesamtschule (KGS).

Die Integrierte Gesamtschule fördert die Kinder in einem gemeinsamen Bildungsgang, dabei in Niveaugruppen getrennt in bestimmten Fächern (z. B. Mathematik, Fremdsprachen, Physik), im Übrigen aber in gemeinsamen binnendifferenzierten Lerngruppen. In den Kooperativen Gesamtschulen bestehen die Schulformen Hauptschule, Realschule und Gymnasium als Schulzüge weiter und sind mehr oder minder miteinander verzahnt. Gymnasien und Gesamtschulen führen in der Regel im Sekundarbereich II eine gymnasiale Oberstufe, die von der jeweiligen Schule aus den direkten Durchgang zum Abitur ermöglichen soll.

Strukturwandel im Schulsystem

Dieses plurale Grundmuster der niedersächsischen Schulstruktur hat sich bis heute unabhängig von der Farbe der Landesregierung erhalten, obwohl es keineswegs unum-

stritten ist. Deutlich hat sich seit den 60er-Jahren der Anteil der Schülerschaft an den einzelnen Schulformen verschoben, und zwar weg von der Hauptschule hin zu den anderen Schulformen des Sekundarbereichs I. Die nachfolgende Tabelle veranschaulicht dies.

Freie Waldorfschulen besuchen im Jahr 1997 0,6 %, Kooperative Gesamtschulen – oben eingerechnet in die drei erstgenannten Schulformen – 5,6 % des entsprechenden Jahrganges. Interessant ist, dass der Regierungsbezirk Hannover (1997) mit 21,6 % den niedrigsten Hauptschulanteil, zugleich mit 33,1 % den größten Gymnasial- und mit 16,5 % den höchsten Gesamtschulanteil (IGS und KGS) aufweist. Die Region der Landesmetropole zeigt sich hier als Trendsetter der schulpolitischen Entwicklung. Im Übrigen liegen die entsprechenden Zahlen für die drei anderen Regierungsbezirke Braunschweig, Lüneburg und Weser-Ems relativ nah beieinander. Abgesehen

Verteilung der Schülerinnen und Schüler im 7. Schuljahrgang
auf die Schulformen (ohne Sonderschulen – in Prozent)

Jahr	Hauptschule	Realschule	Gymnasium	IGS
1960	69,3	16,0	14,8	–
1970	55,7	24,0	20,3	–
1980	34,1	35,7	27,6	2,4
1990	29,3	36,1	31,0	2,9
1997	26,4	38,3	30,4	4,3

Quelle: Nieders. allgemeinbildende Schulen in Zahlen 1997/98, Tab. 4.1, S. 29.

von der Wirkung bundesweiter Trends macht sich hier auch das kommunale Engagement im Schulwesen bemerkbar.

Ergänzt wird das staatliche Schulangebot durch private Schulen (insgesamt 114 mit 41.384 Schülerinnen und Schülern). Die wichtigsten Schulträger sind hier Kirchen, Wohlfahrtsverbände und der Verband der Freien Waldorfschulen. Der Schwerpunkt liegt im Bereich der Sonderschulen (41), den Gymnasien (29) und den Freien Waldorfschulen (14).

Landkreise, Städte und Gemeinden engagieren sich

Drei Faktoren haben das Land und seine Kommunen in den vergangenen drei Jahrzehnten besonders herausgefordert: die stark schwankende Zahl von Schülerinnen und Schülern, der Strukturwandel im Verhältnis der drei Schulformen Hauptschule, Realschule und Gymnasium und der starke Ausbau des berufsbildenden Schulwesens.

Allein im allgemein bildenden Schulbereich klettert die Zahl der Beschulten von etwas über 800.000 Anfang der 60er-Jahre auf den Spitzenwert von rund 1,25 Mio. im Jahre 1975, um dann bis 1989 wieder auf 800.000 abzusinken. Seitdem steigen die Zahlen wieder und werden mit etwas über einer Mio. im

Jahr 2003/2004 ihren neuen Gipfel erklimmen, mit erneutem Absinken bis auf wiederum etwas über 800.000 im Jahr 2015. Diese Schwankungen wirken sich stark auf den Bedarf an Lehrkräften und Schulräumen aus. Kleinere Klassenstärken, die Abwahl der Hauptschule und die zunehmende Bevorzugung des Angebotes von Realschulen, Gymnasien und Gesamtschulen lösen weiteren Raumbedarf an den entsprechenden Schulen bzw. Neubauten aus.

So geht die Zahl der Hauptschulstandorte im Lande seit 1975 von 955 auf 521 (1997) zurück. Die Grundschulen bleiben seit 1980 stabil bei 1875 (nur minus 2). Realschulen bzw. Realschulangebote boomen von 335 im Jahre 1975 auf 409 im Jahr 1998, desgleichen die Orientierungsstufen, die sich aufgrund der Vorgaben des Landesgesetzgebers in der kurzen Zeit zwischen 1975 und 1989 von 310 auf 544 steigern. Auch Kooperative und Integrierte Gesamtschulen nehmen nach einer Phase der Stagnation zwischen 1976 und 1990 wieder zu, und zwar bei den KGS von 10 (1975) auf 30 (1997) und bei den IGS im entsprechenden Zeitraum von 13 auf 30. Die Zahl der Gymnasien hingegen bleibt mit rund 230 (1997: 234) über die letzten beiden Jahrzehnte konstant. Jedoch auch sie müssen stark schwankende Schülerzahlen verkraften.

Die Sonderschulen werden in dieser Zeit landesweit modernisiert, teilweise konzentriert (Schule für Lernhilfe), zum Teil auch erheblich ausgebaut, so die Schulen für geistig Behinderte von ehemals 17 (1975) auf 54 (1997).

Alle diese Entwicklungen, verbunden mit verbesserten Standards in den Grund- und vor allem auch Sonderschulen, lösen bei den Kommunen als Schulträgern erhebliche Investitionen im Schulbau aus. Viele niedersächsische Gemeinden, Städte und Kreise haben den Ehrgeiz entwickelt, mit ihren Grundschulen oder Schulzentren mit verschiedenen Schulangeboten vorzeigbare und gut ausgestattete Einrichtungen zu schaffen, mit z. T. vorbildlichen Außen- und Sportanlagen. Diese Schulen bilden vielfach mit ihren Räumen, Sporthallen und Sportplätzen den Anziehungspunkt auch für außerschulische Aktivitäten, z. B. für Volkshochschularbeit, sportliche Nutzung durch örtliche Vereine und anderes mehr.

Großes Engagement beweisen vor allem auch die Landkreise und kreisfreien Städte beim Ausbau des berufsbildenden Schulwesens.

Berufsbildung: Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Land und Kommunen

Ohne auf eine so weitreichende stil- und strukturprägende Tradition

wie im allgemein bildenden Schulwesen zurückgreifen zu können, entwickelt sich das berufsbildende Schulwesen stärker an abnehmerorientierten, betrieblichen Interessen. Anknüpfungspunkte bilden nach 1945 die in den 20er- und 30er-Jahren entwickelten Formen des berufsbildenden Schulwesens, vor allem mit den Pflichtberufsschulen in den kaufmännischen, gewerblichen und hauswirtschaftlichen Bereichen. Am Anfang steht auch hier Raumnot, Lehrermangel, Schichtunterricht, hohe Klassenfrequenzen und ein reduzierter Stundenplan. Für die damals große Zahl von Lehrlingen – wie es damals heißt – in den landwirtschaftlichen Berufen müssen die räumlichen und personellen Voraussetzungen in weiten Teilen des Landes erst geschaffen und später – mit dem dramatischen Rückgang der landwirtschaftlichen Betriebe und der dort Beschäftigten – wieder abgebaut werden. Der für Niedersachsen durchaus bedeutsame Sektor Landwirtschaft zeigt damit beispielhaft, wie Strukturwandel und Modernisierung unmittelbare Wirkungen auf Struktur und Inhalt des berufsbildenden Schulwesens ausüben.

Im Übrigen kommt es zu dem für deutschsprachige Länder typischen Ausbildungssystem mit einer betrieblichen praxisnahen Ausbildung, die vom Berufsschulunterricht begleitet wird. Daneben bieten schon

in den 50er-Jahren Berufsschulen Aufbauklassen, einjährig in Vollzeitform oder dreijährig in Teilzeitform an, mit der Möglichkeit, als allgemein bildenden Abschluss die Fachschulreife zu erwerben.

Land, Kommunen und Wirtschaft arbeiten zusammen

Das Land Niedersachsen hat als Flächenland ein besonderes Problem zu lösen. Eigentlich müssten an möglichst vielen Standorten für jeden Ausbildungsberuf getrennte, nach Ausbildungsjahren gegliederte Fachklassen angeboten werden. Das macht für den mit knapp 10.000 am stärksten besetzten Ausbildungsberuf zum Kraftfahrzeugmechaniker wenig Schwierigkeiten. Wenn sich aber für den Beruf des Gerbers nur ein Auszubildender im Lande findet, ist dies nicht möglich. Die Bundesländer haben 1984 eine Rahmenvereinbarung über die Bildung länderübergreifender Fachklassen getroffen, um für die sogenannten „Splitterberufe“ (damals 28) Berufsschulfachklassen anzubieten. Aber auch innerhalb des Landes Niedersachsen kann dieser Fachunterricht für eine Reihe von Berufen nur zentral oder regional zusammengefasst angeboten werden. Die zehn am häufigsten gewählten Ausbildungsberufe stellen knapp 40 % der Schülerinnen und Schüler in den

Berufsschulen bzw. im kooperativen Berufsgrundbildungsjahr, die übrigen gut 60 % verteilen sich auf 265 Ausbildungsberufe (Weete, 1997, S. 290).

Zur niedersächsischen Besonderheit wird in den Folgejahren der starke Ausbau des Berufsgrundbildungsjahres (BGJ). Es soll die Auszubildenden ein Jahr lang in die Breite eines Berufsfeldes (z. B. Metall- oder Elektrotechnik, Landwirtschaft u.a.) mit einem schulischen Vollzeitangebot mit Theorie- und Praxisanteilen einführen. Die Kommunen und das Land engagieren sich mit rund 1,5 Mrd. DM (Weete, 1997, S. 295) für Schulräume und Werkstätten. Auch wenn später die Pflicht zum Besuch des BGJ wieder zurückgenommen wird, das BGJ hilft über einen langen Zeitraum, den seit Mitte der 70er-Jahre aufbrechenden Mangel an betrieblichen Ausbildungsplätzen zu überbrücken.

Die zunehmende Spezialisierung der Betriebe macht es ihnen immer schwieriger, ihre Auszubildenden mit der gesamten Breite eines Lehrberufes zu konfrontieren. Unter engagierter Trägerschaft der zuständigen Kammerorganisationen entstehen überall in Niedersachsen überbetriebliche Ausbildungsstätten. Sie verbreitern das Wissen und Können der Auszubildenden, sodass auch Betriebe, die sich spezialisieren, im Ausbildungsprozess verbleiben können.

Für die früheren „Ungelernten“ oder „Jungarbeiter ohne Ausbildungsvertrag“ entwickelt das Land das Berufsvorbereitungsjahr. Dies soll dazu beitragen, die Berufsreife zu fördern, um die jungen Menschen doch noch für ein berufliches Ausbildungsverhältnis zu qualifizieren.

Berufsanforderungen ändern sich – das Berufsbildungssystem reagiert

Wirtschaft und Berufsanforderungen entwickeln sich seit den 70er-Jahren in zunehmendem Tempo weiter. Das Berufsbildungssystem antwortet mit wachsender Differenzierung. Die Folge ist eine selbst für Fachleute nur noch schwer zu überschauende, aber gleichwohl nötige Vielfalt von Ausbildungsgängen im berufsbildenden System.

So bilden in Niedersachsen „Fachschulen“ nach einer beruflichen Vorbildung in 32 verschiedenen Fachrichtungen zu vertieftem beruflichen Können aus. Dazu kommen noch die Fachschulen „Seefahrt“ mit 8 verschiedenen Fachrichtungen. Davon zu unterscheiden sind „Berufsfachschulen“, die mit unterschiedlichen schulischen Eingangsvoraussetzungen in ein- oder zweijährigen Bildungsgängen in einen oder mehrere Berufe einführen oder einen Berufsabschluss vermit-

teln. In wachsendem Maße werden im Berufsbildungssystem neben den beruflichen Qualifikationen auch allgemein bildende Abschlüsse (Hauptschul-, Realschul- oder Hochschulreife) vermittelt.

Einige Schulformen unter dem Dach des Berufsbildungssystems vermitteln neben beruflichen Qualifikationen in besonderem Maße allgemein bildende Fähigkeiten, die den Weg zu einem Hochschulstudium eröffnen. Das sind neben den Fachgymnasien die 1996 neu geschaffenen Berufsoberschulen, die nach einer beruflichen Erstausbildung besucht werden können, sowie Fachoberschulen und – anscheinend auslaufend – Berufsaufbauschulen.

Entsprechend dem Wandel der Wirtschaftsstruktur, der Qualifikationsanforderungen und der Jahrgangsstärke schwankt die Zahl der Schülerinnen und Schüler im Berufsbildungssystem deutlich. Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung in Niedersachsen über 40 Jahre hinweg auf.

Das Land und die Landkreise bzw. kreisfreien Städte haben enorme Mittel eingesetzt, um in Niedersachsen ein modernes differenziertes Berufsbildungssystem zu schaffen. Die Zahl der hauptamtlichen Lehrkräfte wurde kräftig um das zweieinhalbfache gesteigert.

Das ganze System wird noch ergänzt durch Angebote einer Viel-

Schülerinnen und Schüler im berufsbildenden System von 1955 bis 1995 und hauptamtliche Lehrkräfte

	1955	1960	1965	1970	1975	1980	1985	1990	1995
Teilzeit-berufsschule	285.591	202.487	194.197	192.548	184.558	211.447	224.086	189.836	155.992
davon Ungelernte	83.241	34.446	32.278	25.687	21.774	7.922	2.284	1.906	1.705
Berufsvorbereitungsjahr						7.929	5.911	3.532	5.038
Berufsgrundbildungsjahr					3.740	21.071	26.842	14.854	15.185
Berufsfachschulen	20.612	19.063	16.737	19.619	36.423	38.008	48.855	29.604	35.166
Berufsaufbauschulen		4.204	4.718	4.177	2.390	1.544	595	320	78
Fachoberschulen				2.129	7.599	7.557	8.081	8.910	7.054
Fachgymnasien		erst seit 1970 erfasst		3.467	6.581	8.696	11.033	11.335	12.400
Fachschulen	17.186	15.952	12.412	14.553	14.704	16.421	9.323	12.386	15.752
Berufsbildende Schulen insgesamt	323.389	241.706	228.064	236.493	255.995	312.673	334.726	270.777	246.665
Zahl der hauptamtlichen Lehrkräfte	4.363	4.902	4.563	5.203	6.247	8.822	11.247	11.826	12.107

Quelle: Heinz Weete: 50 Jahre Schulentwicklung in Niedersachsen, 1997, S. 295/296.

zahl privater freier Träger von Berufsbildungsangeboten und dem Fort- und Weiterbildungssystem der Niedersächsischen Volkshochschulen, die überwiegend von den Kommunen getragen werden. Heimvolkshochschulen in freier Trägerschaft runden das Angebot ab. Initiativen zur Verbesserung der Kooperation von Wirtschaft und Schule, verstärkte Werbung um Ausbildungsplätze durch die Landesre-

gierung („Ausbildungsoffensive“), kommunale „runde Tische“ zur Verbesserung des Angebotes an beruflichen Ausbildungsplätzen charakterisieren Initiative und guten Willen, um möglichst allen Jugendlichen den Einstieg in die Berufsbildung zu sichern. Das Ziel aller Beteiligten ist: wer sich bilden will, der soll auch seine Chance bekommen.

Jens-Rainer Ahrens

Wissenschaft und Forschung

Einleitung

Niedersachsen befindet sich derzeit in einem dynamischen Umfeld. Weltweit vollzieht sich ein wirtschaftlicher Strukturwandel mit erheblichen Auswirkungen auf Politik und Gesellschaft. Globalisierung der Wirtschaftsaktivitäten, beschleunigte Produktlebenszyklen und der Bedeutungsgewinn von Informations- und Kommunikationstechniken sind die treibenden Kräfte des Wandels. Mit diesen Prozessen geht ein Umbau der industriellen Organisation einher, der sich als Entwicklung von der Massenproduktion zu einer flexiblen Produktion charakterisieren lässt (Schätzl 1998). Im Zuge dieser Entwicklung gewinnt die Fähigkeit von Unternehmen, sich schnell auf veränderte Konsumentenwünsche und Produktionsbedingungen einzustellen, entscheidende Bedeutung für wirtschaftlichen Erfolg. Wissenschaft und Forschung kommen dabei die Aufgabe zu, die regionale Wirtschaft mit flexiblen, hoch qualifizierten Arbeitskräften sowie Ergebnissen der Grundlagen- und angewandten Forschung zu versorgen.

Diese Leistungen ermöglichen Innovationen und Wandlungsfähigkeit. Sie tragen daher wesentlich zum wirtschaftlichen Strukturwandel und langfristigen Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit bei. Auch in

allen anderen gesellschaftlichen Bereichen erfüllen Wissenschaft und Forschung derartige Funktionen. Immer steht die Rolle als Impulsgeber für Neuerungen und zur Lösung wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Probleme im Vordergrund.

Eine weitere Erklärung für den Bedeutungsgewinn wissens- und technologieintensiver Industriezweige und den verstärkten Einsatz von technischem und organisatorischem Wissen im Produktionsprozess liefert das Konzept der wissensbasierten Entwicklung (z. B. Foray und Lundvall 1996). In diesem Modell gilt die Tatsache als grundlegend, dass durch moderne Techniken der Datenverarbeitung Wissen in großem Umfang kodifiziert und somit schnell und kostengünstig verbreitet werden kann.

Mit dem Ausbreitungsprozess geht die Ausdehnung internationaler Produktion und internationalen Wettbewerbs einher. Aber nicht alle Formen des Wissens sind kodifizierbar und somit weltweit verfügbar. Geht es z. B. um komplexe Sachverhalte, handwerkliche Fähigkeiten oder soziale Interaktionen, sind zur Nutzbarmachung und Weitergabe des Wissens persönliche Kontakte nötig. Neben dem Trend zur Globalisierung von Produktion und Wettbewerb steigt daher auch die Bedeutung regionaler Verflechtungen

zwischen Wissenschaft und Wirtschaft.

Aus beiden Theorieansätzen ist abzuleiten, dass die Leistungen wissenschaftlicher Einrichtungen und die Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft für regionalen wirtschaftlichen Erfolg entscheidend sind. Gemäß dieser theoretischen Vorstellungen ist dieses Kapitel den Fragen gewidmet, welche inhaltlichen und regionalen Schwerpunkte das Wissenschaftssystem Niedersachsens auszeichnen und inwiefern regionale Kooperationen von Wissenschaft und Wirtschaft zustande kommen.

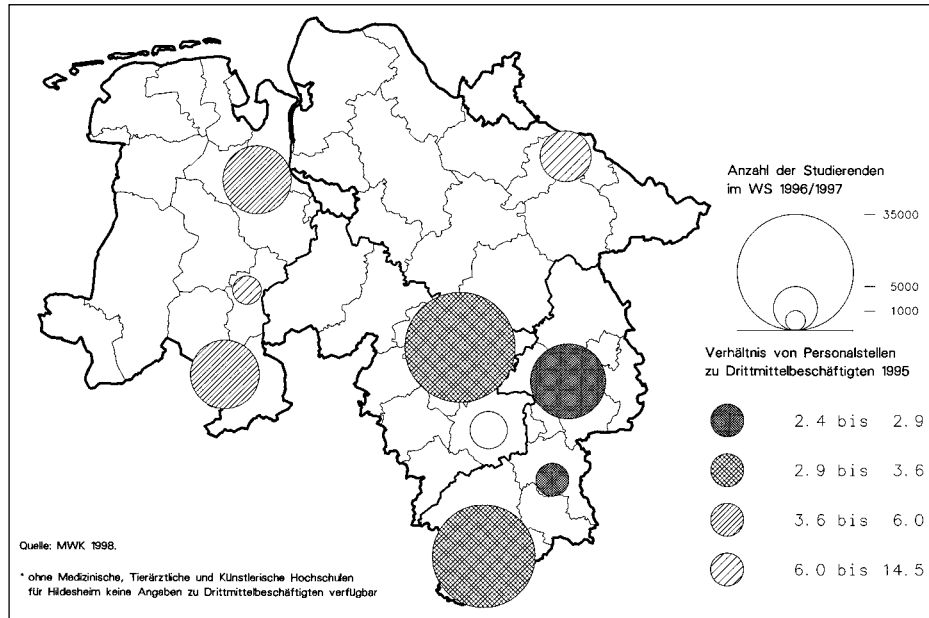
Hochschulen

Die Grundmittel der Länder und Gemeinden für Wissenschaft können als Maß für die Ausstattung des Hochschulsektors dienen. 1995 betrugen diese Ausgaben in Niedersachsen knapp 2,7 Mrd. DM (Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, BMBF 1996). Dies entspricht 7,7 % der Ausgaben aller Länder und ist gemessen am Bevölkerungsanteil Niedersachsens von 9,5 % relativ niedrig. Im Zentrum des niedersächsischen Wissenschaftssystems stehen 27 Hochschulen, davon 14 Fachhochschulen sowie 13 Universitäten und medizinische, tierärztliche oder künstlerische Hochschulen (Niedersächsisches Ministerium für Wissen-

schaft und Kultur, MWK 1998). Sie sind bis auf wenige Ausnahmen allein verantwortlich für wissenschaftliche Bildung und Ausbildung und tragen wesentlich zu den Forschungsleistungen des Landes bei. Die niedersächsischen Fachhochschulen teilen sich jeweils zur Hälfte auf den Südosten des Landes (Region Hannover – Braunschweig – Göttingen) und die übrigen Landesteile auf und ermöglichen somit den Zugang zu hoch qualifizierter Bildung auch in peripheren Regionen. Die Hauptaufgabe der Fachhochschulen ist die Ausbildung Studierender. Demgegenüber konzentrieren sich Universitäten gleichermaßen auf Lehre und Forschung und sind daher im Folgenden näher zu beleuchten.

Die Universitäten des Landes weisen in Bezug auf Fächerstruktur, Ausrichtung, Größe und Leistung erhebliche Unterschiede auf. Die im 18. Jahrhundert gegründete Universität Göttingen ist die einzige Universität Niedersachsens, die aus dem klassischen Universitätsideal – verbunden mit Ansätzen der Aufklärung – hervorgegangen ist. Das heutige Fächerspektrum umfasst Natur-, Geistes- und Sozialwissenschaften sowie Medizin. Das zweite Standbein des niedersächsischen Universitätssystems stellen die drei aus technischen Hochschulen hervorgegangenen Universitäten TU Braunschweig, TU Clausthal und

Universitäten in Niedersachsen



Quelle: Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur, eigene Darstellung

Universität Hannover dar. Im Ausbildungsspektrum der 1745 gegründeten TU Braunschweig stehen die Ingenieurdisziplinen neben zahlreichen anderen Studiengängen im Vordergrund. Im Kontrast zur relativ kleinen Technischen Universität Clausthal weist die Universität Hannover heute neben ingenieurwissenschaftlichen Schwerpunkten eine große Bandbreite akademischer Disziplinen auf und ist die größte niedersächsische Hochschule. Die weiteren Universitäten des Landes (Universität Hildesheim, Universität Lüneburg, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Universität Osnabrück, Hochschule Vechta) sind

Gründungen des 20. Jahrhunderts. Ihr Aufschwung ist direkt mit den Erfordernissen des Hochschulausbaus und regionalpolitischen Überlegungen der 70er- und 80er-Jahre verknüpft. Sie weisen unterschiedlich breite Fächerspektren aus Natur-, Geistes- und Sozialwissenschaften auf. Hinzu kommen weitere, stark spezialisierte Einrichtungen (Medizinische Hochschule, Tierärztliche Hochschule und Hochschule für Musik und Theater in Hannover; Hochschule für Bildende Künste in Braunschweig), auf die im Folgenden nicht weiter eingegangen wird.

Die Karte zeigt die niedersächsischen Universitäten. Die Kreisgröße

entspricht der Zahl der Studierenden. Die Universität Hannover mit mehr als 30.000 Studierenden liegt vor Göttingen mit ca. 27.000 Studierenden. Es folgen Braunschweig (ca. 14.500), Osnabrück (ca. 12.000) und Oldenburg (ca. 12.000). Die übrigen Hochschulen sind mit 2.000 bis 7.000 Studierenden deutlich kleiner. Das Angebot universitärer Leistungen in Niedersachsen wird dabei von den benachbarten Universitäten in Hamburg und Bremen mitgeprägt.

Die Zahl der Studierenden an den einzelnen Hochschulen hängt von der Ausstattung der Universitäten – d.h. den zur Verfügung stehenden Studienplätzen, der Fächerstruktur und der Nachfrage der Studierenden nach einzelnen Studienfächern ab. In den letzten Jahren ist neben einem Rückgang der Gesamtzahlen ein überdurchschnittlich starker Rückgang des Interesses an Ingenieurwissenschaften zu verzeichnen. Demgegenüber erfreuen sich z. B. Wirtschafts- und Rechtswissenschaften anhaltend großer Beliebtheit.

Der zweite große Aufgabenbereich der Universitäten ist die Grundlagenforschung. Die Beurteilung von Qualität und Quantität dieser Aktivitäten ist problematisch, da die Messung von Forschungsleistungen mit erheblichen methodischen Schwierigkeiten behaftet ist. Ein statistisch gut verfügbarer Indikator zur Beurteilung der Forschung

sind Drittmittelaktivitäten. Als Drittmittel werden öffentliche oder private Projektmittel zur Forschungsfinanzierung bezeichnet. Wichtigste Drittmittelgeber sind die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), Bundesministerien, die Europäische Union, Stiftungen – z. B. VW-Stiftung – sowie die Privatwirtschaft. Da Drittmittel in der Regel wettbewerblich, d.h. durch begutachtete Antragsverfahren, erworben werden, können sie als Maß für Forschungsleistungen der Hochschulen dienen. Die Raster in der Karte Universitäten in Niedersachsen zeigen die Relation von Personal (Vollzeitäquivalent) zu Drittmittelbeschäftigten. Größenunterschiede der Hochschulen spielen daher keine Rolle, wohl aber die unterschiedliche Ausrichtung der Disziplinen auf fremdfinanzierte Forschung. Die Raster zeigen vier Klassen: An der Spitze stehen die technischen Universitäten. Ein Drittmittelbeschäftigter kommt an der TU Clausthal auf 2,4 Personalstellen und an der TU Braunschweig auf 2,6 Personalstellen. Es folgen die Universitäten Göttingen und Hannover mit entsprechenden Relationen von 3:1 bzw. 3,5:1, was den hohen Stellenwert der Forschung auch für diese Hochschulen untermauert. Die Universitäten Oldenburg (4,4:1) und Osnabrück (5,2:1) folgen mit einigem Abstand. Eine untergeordnete Rolle spielen Drittmittelbeschäftig-

te in Vechta (13,9:1) und Lüneburg (14,1:1).

Als Ergebnis lässt sich festhalten, dass die südostniedersächsischen Universitäten im niedersächsischen Hochschulsystem dominieren. Die größten und forschungsstärksten Universitäten befinden sich im „Forschungsdreieck“ Hannover – Braunschweig – Göttingen.

Außeruniversitäre Forschung

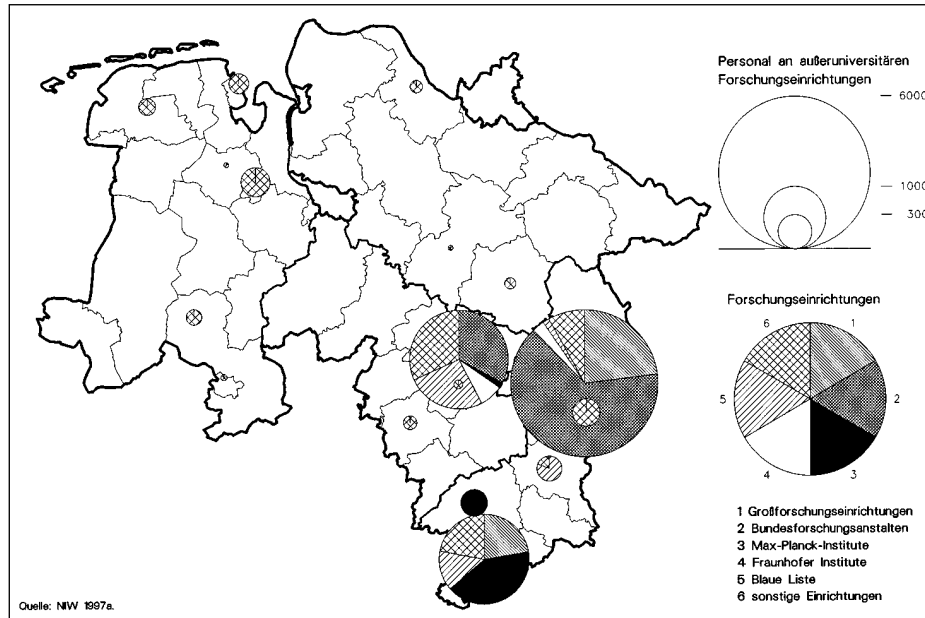
Die Universitäten haben im Bereich der Lehre zusammen mit den Fachhochschulen quasi eine Monopolstellung. Für die Forschung trifft das nicht zu. Insgesamt 83 außeruniversitäre Forschungseinrichtungen in Niedersachsen befassen sich sowohl mit Grundlagenforschung als auch mit angewandter Forschung und Entwicklung (Jung 1997). Diese Einrichtungen arbeiten zumeist auf eng umrissenen Teilgebieten der Ingenieur-, Natur-, Geistes- oder Sozialwissenschaften. Ihre Finanzierung wird zu unterschiedlichen Anteilen von Bund und Land bereitgestellt. Der auf Niedersachsen entfallende Anteil an den bundesweiten Ausgaben ist mit 10,5 % leicht überdurchschnittlich (BMBF 1996). Wie die Hochschulen weisen auch die weiteren Forschungseinrichtungen eine starke räumliche Konzentration auf: Achtzig Prozent befinden sich im Raum Südostniedersachsen,

davon 27 in Hannover, 19 in Göttingen und 18 in Braunschweig. Die Zahl der Forschungseinrichtungen allein ist allerdings nicht besonders aussagekräftig, da das Personal der einzelnen Institutionen enorm variiert. Aus der Karte Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen in Niedersachsen ist zu entnehmen, wie sich das Personal in außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Niedersachsen verteilt.

Die Karte zeigt, welche Art von Forschungseinrichtungen mit welchem Personalbestand an den einzelnen Orten vorhanden sind (BMBF 1996). Explizit unterschieden werden 1. Großforschungseinrichtungen, die sich komplexen wissenschaftlich-technischen Fragen und dem Betrieb wissenschaftlicher und technischer Großgeräte widmen, 2. Bundesforschungseinrichtungen, die Forschung für ihre Ressorts mit häufig anwendungsorientierten Schwerpunkten betreiben, 3. die auf Grundlagenforschung ausgerichteten Max-Planck-Institute, 4. Fraunhofer-Institute mit dem Schwerpunkt angewandter Forschung, 5. Institute der Blauen Liste und 6. die nicht weiter differenzierten übrigen Einrichtungen.

Auf Braunschweig entfällt mit ca. 5.570 Beschäftigten etwa die Hälfte des Personals außeruniversitärer Forschungseinrichtungen Niedersachsens. Quantitativ dominierende Institutionen sind zum einen die

Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen in Niedersachsen



Quelle: Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung, eigene Darstellung

Bundesforschungsanstalten. Dazu gehören die Physikalisch-Technische Bundesanstalt als größte außeruniversitäre Forschungseinrichtung in Niedersachsen mit 1.696 Beschäftigten, die Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft und die Biologische Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft. Großforschung in z.T. enger Kooperation mit der Technischen Universität betreiben das Forschungszentrum Braunschweig der Deutsche Forschungsanstalt für Luft- u. Raumfahrt e.V. und die Gesellschaft für Biotechnologische Forschung mbH. Zwei Institute der Fraunhofer-Gesellschaft befassen sich mit Holzforschung

und Schicht- und Oberflächentechnik.

Der zweitgrößte Standort außeruniversitärer Forschung ist Hannover mit knapp 2.500 Beschäftigten. Am quantitativ bedeutendsten sind hier die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe und das Niedersächsische Landesamt für Bodenforschung. Unter den zahlreichen weiteren Forschungseinrichtungen befinden sich das Max-Planck-Institut für experimentelle Endokrinologie und das Fraunhofer-Institut für Toxikologie und Aerosolforschung.

Göttingen gilt als Zentrum der Grundlagenforschung. Dazu tragen

vor allem vier Max-Planck-Institute, unter denen das MPI für Biophysikalische Chemie eine herausragende Stellung einnimmt, bei. Die personalstärkste Einzeleinrichtung ist allerdings das Forschungszentrum Göttingen der Deutschen Forschungsanstalt für Luft- und Raumfahrt (Jung 1997).

Die Karte Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen in Niedersachsen verdeutlicht, dass der Schwerpunkt in Braunschweig auf Ressortforschung und Großforschung liegt. Göttingen weist eine auch im internationalen Vergleich starke Position in der Grundlagenforschung auf. Verglichen mit diesen Standorten sind die außeruniversitären Forschungseinrichtungen Hannovers strukturell und inhaltlich stärker diversifiziert.

Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen sind nicht nur wichtige Akteure in einer wissensbasierten Gesellschaft, sondern potentielle Kooperationspartner für Hochschulen und Privatwirtschaft. Die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen findet z. B. im Rahmen von Sonderforschungsbereichen (SFB) der DFG statt. Die derzeit in Niedersachsen bestehenden SFB sind hauptsächlich an den bereits mehrfach hervorgehobenen Hochschulen Südostniedersachsens (Göttingen 10, Hannover – Universität, Medizinische und Tierärztliche

Hochschule – 8, Braunschweig 2; Clausthal 2, Osnabrück 2) angesiedelt und unterstreichen das wissenschaftliche Potential dieser Standorte (MWK 1998). In zunehmendem Maße werden die Stärken der Forschungseinrichtungen auch in übergreifenden SFB, z. B. Hannover und Braunschweig oder Hannover und Clausthal, genutzt. Sie tragen damit zur intraregionalen Vernetzung der Wissenschaft in Südostniedersachsen bei.

Forschung und Entwicklung in der Privatwirtschaft

Die Kooperation der wissenschaftlichen Einrichtungen mit der Privatwirtschaft kann Antrieb für eine Beschleunigung und verbesserte Generierung von Innovationen sein. Voraussetzung hierfür ist allerdings das Bestehen von Forschungs- und Entwicklungs(FuE)-Aktivitäten auf Unternehmensebene, damit Anregungen aus der Forschung verarbeitet werden können.

Die privatwirtschaftlichen Forschungsaktivitäten in Niedersachsen erreichen, gemessen am FuE-Personal, nur etwa 75 % des Bundesdurchschnitts (Gehrke et al. 1997). Ihre sektorale und regionale Verteilung weist ein markantes Profil auf. Allgemein besonders forschungsintensive Industriezweige, z. B. Pharmazeutische Industrie und Teile der Elektrotechnik, haben in Nieder-

sachsen ein relativ geringes wirtschaftliches Gewicht. Demgegenüber sind einige Branchen der höherwertigen Technik, z. B. der Fahrzeugbau, stark vertreten und dominieren daher die Forschungsaktivitäten der Privatwirtschaft. Als Indikator für die regionale Verteilung der betrieblichen Forschung eignen sich die Anteile des FuE-Personals an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. In den westlichen Landesteilen ist dieser Anteil extrem niedrig. Das östliche Niedersachsen, vor allem der Raum Braunschweig, weist merklich höhere Anteile auf. Spitzenreiter ist der Kreis Wolfsburg (Gehrke et al. 1997). Hier spielen die FuE-Aktivitäten der Volkswagen AG eine entscheidende Rolle.

Netzwerke und Innovationspotentiale

Die ähnliche regionale Struktur privater und öffentlicher Forschungsaktivitäten führt nicht automatisch zu erfolgreichen Kontakten von Wissenschaft und Wirtschaft. Neben Hemmnissen, wie z. B. Vorurteilen oder Inflexibilität auf beiden Seiten, ist die teilweise fehlende fachliche Übereinstimmung der Arbeitsfelder von Nachteil. Ein Beispiel dafür sind die modernen Biowissenschaften. Einer hochwertigen Grundlagenforschung in diesem Sektor stehen bislang nur geringe unternehmerische Aktivitäten ge-

genüber. Es ist zu erwarten, dass das Vorhandensein der Forschungsinfrastruktur stimulierend auf die zukünftige Entwicklung des Biotechnologiebereichs wirkt und somit zum Strukturwandel und Aufbau wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze in diesem Feld beiträgt.

Gute Kooperationsmöglichkeiten bieten sich in den Bereichen Fahrzeugbau, Maschinenbau und Elektrotechnik. Hier stimmen inhaltliche Schwerpunkte von Wissenschaft und Wirtschaft überein und können z. B. über Absolventen, Forschungs Kooperationen oder Auftragsforschung genutzt werden. Eine Untersuchung über das durch Kooperationen erwachsende Innovationspotential liefert weitergehende Erkenntnisse über die Formen der Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft im Forschungsdreieck Hannover – Braunschweig – Göttingen (Backhaus und Seidel 1997). Der Anteil der Forschungseinrichtungen, die mit Unternehmen kooperieren, beträgt bei Universitätsinstituten 74 %, bei außeruniversitären Einrichtungen sogar 93 %. Als Formen der Zusammenarbeit stehen Information, Beratung, gemeinsame Forschungsarbeiten und Auftragsforschung gleichermaßen im Vordergrund, aber auch Forschungsdienstleistungen werden von den Wissenschaftseinrichtungen erbracht. Innerhalb des Untersuchungsraumes konzentriert sich

die Zusammenarbeit auf Unternehmen der Branchen Chemische Industrie sowie Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau. Darin spiegelt sich die Übereinstimmung inhaltlicher und regionaler Schwerpunkte der Akteure wider.

Abschließend lässt sich festhalten:

- Das niedersächsische Wissenschaftssystem weist deutliche inhaltliche und vor allem regionale Schwerpunkte auf. Dominierende Fachrichtungen sind Ingenieurwissenschaften, Naturwissenschaften und Medizin. Regional konzentriert sich das wissenschaftliche Leistungspotential auf

die Region Hannover – Braunschweig – Göttingen.

- Unter den gegebenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen kommt der Wissenschaft entscheidende Bedeutung für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit Niedersachsens und die Lösung drängender ökonomischer, ökologischer und sozialer Probleme zu. Dazu erforderlich sind eine leistungsfähige Forschungsinfrastruktur und die stärkere Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft.

Ingo Liefner

Kulturelle Einrichtungen

In seiner kulturellen Vielfalt lässt das Bundesland Niedersachsen noch heute erkennen, dass es aus den Ländern Hannover, Oldenburg, Braunschweig und Schaumburg-Lippe hervorgegangen ist. Viele der großen und traditionsreichen Kulturinstitutionen sind eng mit der Kulturgeschichte dieser ehemaligen Länder verknüpft, denn sie entstanden als deren Einrichtungen oder gehen auf landesherrliche Gründungen zurück. Dazu gehören die niedersächsischen Staatstheater Hannover, Oldenburg und Braunschweig, die Niedersächsische Landesbibliothek Hannover, die Landesbibliothek Oldenburg, die Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel sowie Staatsarchive und Landesmuseen. Diese Kultureinrichtungen wurden vom Land Niedersachsen übernommen und fortgeführt. Zusammen mit anderen überkommenen Institutionen stehen sie unter dem besonderen Schutz der Niedersächsischen Verfassung, deren Artikel 72 bestimmt:

„(1) Die kulturellen und historischen Belange der ehemaligen Länder Hannover, Oldenburg, Braunschweig und Schaumburg Lippe sind durch Gesetzgebung und Verwaltung zu wahren und zu fördern. (2) Die überkommenen heimatgebundenen Einrichtungen dieser Länder sind weiterhin dem heimatlichen Interesse dienstbar zu machen und

zu erhalten, soweit ihre Änderung oder Aufhebung nicht im Verfolg organisatorischer Maßnahmen, die sich auf das gesamte Land Niedersachsen erstrecken, notwendig wird.“

Vereine und Gesellschaften

Wesentlich für die Förderung des kulturellen Lebens war seit der Mitte des 19. Jahrhunderts auch und besonders das Wirken von engagierten Einzelpersonlichkeiten zusammen mit der Gründung von Vereinen und Gesellschaften. Denkmalpflege, Archäologische Forschung, Geschichte, das Sammeln von Sagen und Märchen, Dokumentation von alten Sprachständen und seit etwa 1900 vermehrt volkskundliche Fragestellungen waren bevorzugte Themen, deren Behandlung nicht nur literarischen Niederschlag fand. Viele der vor 1900 gegründeten Museen gehen auf solche kulturellen Bestrebungen zurück. Bürger stellten hierzu ihre Sammlungen der Öffentlichkeit zur Verfügung. Gelegentlich kauften Vereine wichtige Bau- und Bodendenkmäler, um für deren Erhaltung zu sorgen. Die um 1900 bedeutsam werdende Heimatschutzbewegung ließ zahlreiche Heimatmuseen entstehen, führte zur Gründung von niederdeutschen Theatergruppen und machte Volks-

tanz und andere Formen der Brauchtumpflege populär.

Die Tradition bürgerlichen Eintretens für die örtliche Entwicklung von Kunst und Kultur wird von Vereinen fortgeführt, deren Anzahl mit weit über 1.000 sicher nicht zu hoch geschätzt ist. Ohne deren Wirken wäre die Fülle und Vitalität des kulturellen Lebens in Niedersachsen undenkbar. Dabei ist in Stadt und Land gleichermaßen eine stärkere Differenzierung des Vereinswesens zu beobachten. Während in der Vergangenheit die überkommenen Altertums-, Heimat- oder Verschönerungsvereine eine gewisse Allzuständigkeit am Ort inne hatten, geht die Entwicklung gegenwärtig hin zur Ausbildung von fest umrissenen Aufgabengebieten. Hier sind vor allem Kunstvereine, Vortragsgesellschaften, Museums- und Musikvereine sowie Vereinsbühnen und Theatergruppen zu nennen. Soziokulturelle Initiativen erweitern das Spektrum um freie Kulturarbeit. Hierbei sind die Grenzen zwischen „Soziokultur“ und überkommener Vereinsorganisation insbesondere in ländlichen Gebieten erfreulich fließend.

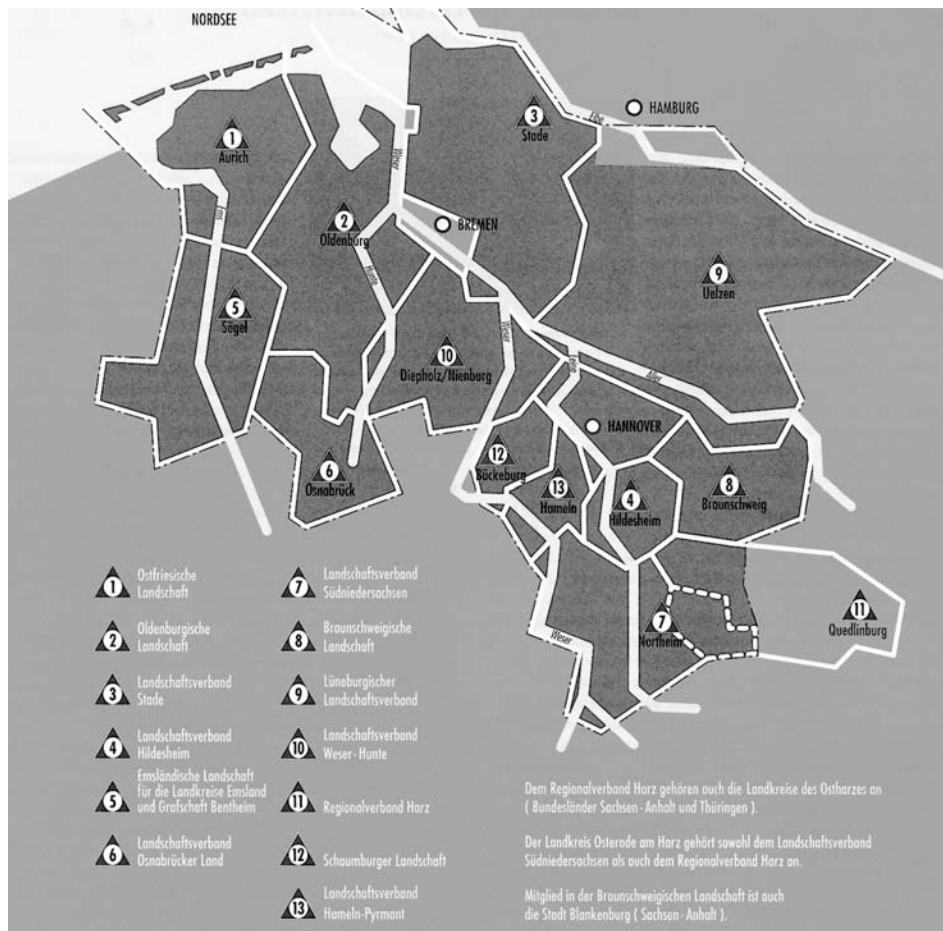
Fachverbände

Zur Wahrnehmung gemeinsamer Interessen haben sich eine Reihe von landesweit tätigen Fachverbänden gebildet, z. B. für den Bereich

Theater: Landesverband Freier Theater in Niedersachsen e.V., Niederdeutscher Bühnenbund Niedersachsen-Bremen, Landesverband für Spiel und Theater Niedersachsen e.V., Landesverband Niedersächsischer Amateurbühnen e.V. Für die Bereiche Musik und Tanz seien als Beispiele genannt: Landesmusikrat Niedersachsen e.V. (LMR), Chorverband Niedersachsen-Bremen e.V., Landesarbeitsgemeinschaft Jazz Nds. e.V., Landesarbeitsgemeinschaft Rock e.V., Landesverband Rhythmik Niedersachsen-Bremen, Landesarbeitsgemeinschaft Tanz Niedersachsen e.V. Andere Sparten sind vertreten im Literaturrat Niedersachsen e.V., im Landestrachtenverband Niedersachsen e.V., in der Landesarbeitsgemeinschaft Foto oder in der Landesarbeitsgemeinschaft Jugend und Film Niedersachsen e.V. Für die Heimatvereine bildet der Niedersächsische Heimatbund (NHB) eine Dachorganisation.

Die zahlreichen Museen Niedersachsens sind unabhängig von ihrer Größe und Trägerschaft im Museumsverband für Niedersachsen und Bremen e.V. zusammengeschlossen. Die Landesarbeitsgemeinschaft soziokultureller Zentren in Niedersachsen e.V. (LAGS) hat als beliehener Unternehmer des Landes Niedersachsens auch Aufgaben der Mittelverteilung für soziokulturelle Projekte übernommen.

Landschaften und Landschaftsverbände in Niedersachsen



Quelle: Arbeitsgemeinschaft der Landschaften und Landschaftsverbände in Niedersachsen

Zu den besonders breitenwirksamen Einrichtungen gehören die Volkshochschulen aller Art. In diesem Zusammenhang sind aufzuführen: der Landesverband der Volkshochschulen Niedersachsen e.V., der Niedersächsische Landesverband der Heimvolkshochschulen

und die Ländliche Erwachsenenbildung in Niedersachsen e.V. (LEB).

Für die Jugendarbeit schließlich stehen ein die Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung Niedersachsen e.V., der Landesverband niedersächsischer Musikschulen e.V. und die Landesarbeitsgemeinschaft

der Kunstschulen in Niedersachsen. Die in den genannten Dachverbänden zusammengefassten Bildungseinrichtungen gehen in ihren Leistungen und in ihrer örtlichen Bedeutung oft über einfache Kursangebote hinaus und nehmen die Funktion von allgemeinen Kulturinstitutionen wahr.

Landschaften und Landschaftsverbände

Eine niedersächsische Besonderheit sind die Landschaften und Landschaftsverbände, die sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen haben. Während die Landesfachverbände, berufsständische Organisationen wie z. B. der Bund Bildender Künstler e.V. (bbk) und Dachverbände wie der Niedersächsische Heimatbund (NHB) oder die Landesarbeitsgemeinschaft soziokultureller Zentren (LAGS) landesweite Verbandsarbeit betreiben, haben die Landschaften und Landschaftsverbände regionale Querschnittsaufgaben. Mit Ausnahme der Landeshauptstadt Hannover und ihrer engeren Umgebung ist Niedersachsen flächendeckend mit diesen Einrichtungen für regionale Kulturarbeit versorgt.

Der für viele rätselhafte Name „Landschaft“ leitet sich her aus der mittelalterlichen Vertretung der Landstände (Adel, Klerus und Stadtbürgertum) gegenüber dem Lan-

desherrn. In einigen niedersächsischen Gebieten haben sich traditionell solche historischen Landschaften erhalten. Trotz „Namensgleichheit“ sollten diese mit den modernen Landschaften und Landschaftsverbänden nicht verwechselt werden. Bei letzteren handelt es sich um Zusammenschlüsse, in denen Kommunen, Vereine, Körperschaften und ggf. auch natürliche Personen Mitglied sein können. Zweck dieser Einrichtungen ist die Wahrnehmung kultureller Arbeit im breitesten Sinne innerhalb eines historisch-geographisch und durch die beteiligten Gebietskörperschaften klar umrissenen Wirkungsgebietes.

Bis auf die Ostfriesische Landschaft, die sich aus ihrer historischen Landschaft herleitet, sind alle Landschaften und Landschaftsverbände in Niedersachsen in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts als Kulturorganisationen gegründet worden: Ostfriesische Landschaft 1949, Oldenburgische Landschaft 1961, Landschaftsverband Stade e.V. 1963, Landschaftsverband Hildesheim e.V. 1971, Emsländische Landschaft für die Landkreise Emsland und Grafschaft Bentheim e.V. 1979, Landschaftsverband Osnabrücker Land e.V. 1985, Lüneburgischer Landschaftsverband 1989, Landschaftsverband Südniedersachsen e.V. 1989, Braunschweigische Landschaft e.V. 1990, Landschaftsverband Weser-Hunte e.V. 1990, Regio-

nalverband Harz e.V. 1992, Schaumburger Landschaft (1992), Landschaftsverband Hameln-Pyrmont e.V. 1996. Dabei sind die Ostfriesische und die Oldenburgische Landschaft Körperschaften des öffentlichen Rechts.

Als regionale Fachstellen für Kultur arbeiten die Landschaften und Landschaftsverbände basisnah in den Bereichen Beratung, Fortbildung und Förderung von Vereinen, Initiativen, Kulturschaffenden und kleinen Kultureinrichtungen. Sie organisieren regionale Kulturereignisse, führen Qualifizierungsmaßnahmen durch, helfen Netzwerke zu knüpfen und engagieren sich in Kulturfördermaßnahmen.

Manche Landschaften und Landschaftsverbände unterhalten auch eigene Einrichtungen wie z. B. das KPZ (Ostfriesische Landschaft) oder das Theaterpädagogische Zentrum (Emsländische Landschaft). Forschung, Dokumentation, Präsentation und Veröffentlichungstätigkeit sind weitere Schwerpunkte landschaftlicher Arbeit. So führt die Oldenburgische Landschaft u. a. Inventarisationsprogramme zu Baudenkmalgruppen und anderen Kulturgütern durch, und der Landschaftsverband Osnabrücker Land e. V. übernahm die Trägerschaft des Grabungs- und Ausstellungsprojektes „Kalkriese“ („Die Varusschlacht – eine Legende wird ausgegraben“).



Jan Vermeer van Delft:
Das Mädchen mit dem Weinglas
Herzog Anton Ulrich-Museum, Braunschweig

Museen

Die Differenziertheit des kulturellen Lebens in Niedersachsen zeigt sich nicht nur in ihren regionspezifisch arbeitenden Landschaften und Landschaftsverbänden, sondern auch innerhalb der einzelnen Sparten. Vergleichsweise gut lässt sich das Museumswesen in Niedersachsen überblicken. Ohne den Begriff Museum inflationär zu verwenden, kann man gegenwärtig von etwa 440 musealen Einrichtungen ausgehen. Nach Untersuchungen des Museumsverbandes Niedersachsen und Bremen ist die Hälfte dieser Museen nach 1975 entstanden. Bis 1900 gab es demnach 30 Museen im Gebiet des heutigen Niedersachsen. Für die erste Hälfte

des 20. Jahrhunderts wurden 88 Neugründungen gezählt und zwischen 1950 und 1974 kam noch einmal dieselbe Anzahl hinzu.

Die Museumsgründungswelle der letzten 25 Jahre stieß bei den Fachleuten auf nicht unerhebliche Vorbehalte. Sie warnten vor dem Entstehen sehr ähnlicher Sammlungen und machten auf die personellen und sächlichen Mindeststandards für Museen aufmerksam. Man darf heute sagen, dass diese fachlichen Einwände meist Gehör gefunden haben. Das Bemühen um Professionalität und die Entwicklung von sehr speziellen Sammlungsstrategien zeichnet die meisten der Neugründungen aus und wirkt auch auf ältere Einrichtungen positiv zurück. Dies ist deshalb von großer Bedeutung, weil mehr als die Hälfte der Museen und Sammlungen in Niedersachsen ehrenamtlich geführt wird.

Anders verteilt sich die Trägerschaft. Ein gutes Drittel der Einrichtungen wird von Städten und Gemeinden getragen und etwa 7% von Landkreisen. Noch etwas größer als der Anteil der Kommunen ist der der Vereine. Privatpersonen, Firmen, Stiftungen, Kirchen und andere Körperschaften unterhalten zusammen knapp 20%

der Museen. Das Land Niedersachsen kommt für etwa 6% Häuser auf. Hier sind vor allem zu nennen: Niedersächsisches Landesmuseum Hannover, Braunschweigisches Landesmuseum, Herzog Anton Ulrich-Museum Braunschweig, Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte Oldenburg sowie Staatliches Museum für Naturkunde und Vorgeschichte Oldenburg. Das Sprengel-Museum Hannover wird von der Landeshauptstadt und dem Land gemeinsam getragen. Für das Museumsdorf Cloppenburg/Niedersächsisches Freilichtmuseum übernimmt das Land Personalkosten.

Fragt man nach der inhaltlichen Ausrichtung der Museen in Niedersachsen, dann fällt auf, dass die Hälfte Heimatmuseen, Freilichtmuseen oder Bauernhausmuseen sind. Vergleichsweise zahlreich sind auch Häuser, die technische oder kultur-



Sprengelmuseum Hannover

Foto: Peter Hoffmann

geschichtliche Spezialgebiete präsentieren. Archäologische, historische und naturkundliche Museen sowie Kunstgewerbe- und Kunstmuseen sind demgegenüber weniger häufig vertreten.

Theater

Theater in Niedersachsen findet in ganz verschiedenen Organisationsformen und an ganz unterschiedlichen Spielstätten statt. An erster Stelle sind die drei niedersächsischen Staatstheater Hannover, Oldenburg und Braunschweig zu nennen. Für Braunschweig und Oldenburg ist das Land Niedersachsen alleiniger Träger, Hannover mit dem Opernhaus, dem neuen Schauspielhaus, dem Ballhof und dem Theater am Aegidientorplatz wird als Niedersächsische Staatstheater Hanno-

ver GmbH geführt. Die Niedersächsischen Staatstheater bieten Musik- und Sprechtheater, Konzerte und Ballettaufführungen.

Unter den fünf kommunalen Theatern Niedersachsens (Schlosstheater Celle, Deutsches Theater Göttingen, Stadttheater Hildesheim, Theater Lüneburg und Städtische Bühnen Osnabrück) sind Sprechbühnen und Drei-Sparten-Theater zu finden. Überwiegend blicken sie auf eine lange Theatertradition am Ort zurück. So bespielt das Celler Ensemble das 1674 erbaute Schlosstheater. Zur Versorgung der Fläche wurden die Landesbühnen Hannover und Wilhelmshaven ins Leben gerufen. Wenngleich sie über feste Häuser verfügen, ist ihre Hauptaufgabe doch der regelmäßige Gastspielbetrieb. Breites Interesse finden auch kommerzielle

Tourneetheater, die insbesondere von Stadthalen und vergleichbaren Einrichtungen verpflichtet werden.

Daneben haben sich Privattheater und so genannte Freie Theater etabliert. Zum Teil gastieren sie an verschiedenen Spielstätten, zunehmend gelingt es aber auch, feste Häuser einzurichten. Breiten Raum nehmen dabei Figurentheater und Kinderthea-



Oldenburgisches Staatstheater Foto: Ursula Maria Schute

ter ein. Die Anzahl dieser Bühnen, zu denen auch Kleinkunst in allen Spielformen gerechnet werden sollte, ist schwer zu schätzen. Der Landesverband Freier Theater geht von mehr als 80 Empfängern öffentlicher Förderung in Niedersachsen aus.

Großer Popularität erfreuen sich vor allem im Norden Niedersachsens die niederdeutschen Amateurtheater. Im Niederdeutschen Bühnenbund Niedersachsen-Bremen sind die semiprofessionellen Bühnen dieser Sparte organisiert (Aurich, Brake, Braunschweig, Buxtehude, Cuxhaven, Delmenhorst, Emden, Jever, Neuenburg, Norden, Nordenham, Oldenburg, Osterholz-Scharmbeck, Varel, Wiesmoor, Wilhelmshaven). Sie verfügen in der Regel über permanente, wenn nicht sogar eigene Spielstätten und realisieren umfangreiche Spielpläne im Abonnementsbetrieb. Dazu kommen zahlreiche Spielgruppen und Vereinsabteilungen, die regelmäßig niederdeutsche Stücke geben.

An vielen Orten werden im Sommer traditionell Freilichtbühnen bespielt oder an historischen Orten Festspiele durchgeführt. Das Spektrum reicht von der barocken Szene in den Herrenhäuser Gärten (Hannover) über die Bad Gandersheimer Schlossfestspiele, die Rattenfängerspiele in Hameln bis zum Straßentheaterfestival Holzminden. Seit

einigen Jahren ist ein steigendes Interesse an besonders aufwendigen Freilichtaufführungen zu beobachten. Hierzu werden eigens Stücke mit Bezug auf die regionale oder örtliche Geschichte in Auftrag gegeben. Häufig in niederdeutscher Sprache werden diese vor historischen Kulissen zur Aufführung gebracht, wobei oft mehr als hundert Theaterbegeisterte ehrenamtlich an den Produktionen mitwirken.

Musikleben

Auch das Musikleben in Niedersachsen wird in großem Umfang von ehrenamtlichem Einsatz getragen. Vereine, Gesellschaften und auch Einzelpersonen organisieren Konzerte in Stadt und Land. Alte und neuere Musik kommt dabei gleichermaßen zur Aufführung bis hin zu Veranstaltungen einer Initiative wie o ton – Verein zur Förderung aktueller Musik e.V. (Oldenburg). Im weiten Bereich der Laienmusik werden Chöre und Orchester meist in freiwilliger Arbeit geleitet, wobei sich häufig ausgebildete Kräfte zur Verfügung stellen. Kirchenmusik und Musik in Kirchen haben ihren festen Platz im Kulturleben. Dabei finden die historischen Orgeln immer mehr Freunde. Das Organeum in Weener widmet sich diesem Thema ganz speziell. Immer zahlreicher werden hochrangige Konzerte als Sponsoringveranstal-

tungen. Daneben behaupten sich die eingeführten Festspiele wie die „Sommerlichen Musiktage Hitzacker“ oder die Händelfestspiele in Göttingen allerdings weiterhin gut.

Die reiche Vielfalt des Musiklebens macht eine Übersicht schwer, zumal die Fluktuation namentlich der Populärmusikgruppen ganz besonders groß ist. Deshalb soll sich eine Aufzählung auf die Sympho-

nieorchester in Niedersachsen beschränken. Hier sind zu nennen die Staatsorchester der Staatstheater Hannover, Braunschweig und Oldenburg, die Orchester der städtischen Theater Hildesheim, Lüneburg und Osnabrück, das Göttinger Symphonieorchester sowie das Rundfunkorchester des NDR in Hannover.

Ursula Maria Schute

Die Denkmalwelt in Niedersachsen unter architektur- und baugeschichtlichen Aspekten

Das Land Niedersachsen vereinigt sehr unterschiedliche Regionen und Landschaften. So vielgestaltig wie das Landschaftsbild zwischen dem Reinhardswald und den ostfriesischen Inseln ist auch die Kunstlandschaft Niedersachsens. Aus allen Epochen zwischen dem frühen Mittelalter und der Gegenwart sind hier bedeutende Zeugnisse der Architektur vorhanden, deren wichtigste im Folgenden kurz vorgestellt werden sollen.

Im südlichen Niedersachsen sind es vor allem Bauwerke aus früh- und

hochromanischer Zeit, die zu den bemerkenswertesten Zeugnissen der mittelalterlichen Architektur in Norddeutschland zählen.

Ein bedeutender Sakralbau des 9. Jahrhunderts war der Altfried-Dom in Hildesheim, der in Teilen im heutigen hochromanischen Dom erhalten ist. Die ehemalige Benediktinerklosterkirche St. Michael in Hildesheim, die durch Bischof Bernward von Hildesheim im frühen 11. Jahrhundert gegründet wurde, stellt trotz späterer Veränderungen und Rekonstruktionen eine beson-

Ehem. Benediktinerklosterkirche St. Michael, Hildesheim



Quelle: Niedersächsisches Landesamt für Denkmalpflege

dere Leistung der ottonischen Sakralarchitektur dar und ist von europäischer Bedeutung. Es handelt sich um eine monumentale Basilika mit zwei mächtigen Vierungstürmen, eine der größten Kirchen ihrer Zeit überhaupt. Besonderes Interesse verdient die bemalte Holzdecke von St. Michael, die im ersten Viertel des 13. Jahrhunderts entstand.

Noch aus ottonischer Zeit stammen im Kern die Westbauten der Stiftskirchen in Bad Gandersheim und Möllenbeck. Auch in Wunstorf ist das aus dem 10. Jahrhundert stammende Westwerk noch gossenteils erhalten. Der salische Umbau des Hildesheimer Domes unter Bischof Hezilo konnte nach der schweren Zerstörung im Zweiten Weltkrieg wiederhergestellt werden. Neben Hildesheim zählte der salische Neubau des Osnabrücker Domes, der in seiner heutigen Form aus der Spätromanik stammt, zu den markantesten Leistungen der Architektur dieser Epoche. Auch die heutige Gandersheimer Stiftskirche, der Kernbau der Stiftskirche in Bücken und zwei Doppelkapellen – eine in der Kaiserpfalz in Goslar, die andere im Paßhof in Helmstedt – sind bemerkenswerte salische Sakralbauten.

Zu Beginn des 12. Jahrhunderts entstanden das Langhaus der Klosterkirche Bursfelde und zwischen 1120 – 1129 die Kirche in Wunstorf-Idensen, die auch wegen ihrer Aus-

malung aus der Bauzeit beachtenswert ist. Idensen gehört zu den bedeutendsten romanischen Kleinkirchen Deutschlands; das einschiffige Langhaus besteht nur aus zwei Jochen, an das sich eine Vierung mit Querhaus und Halbkreisapsis anschließen. Neben der sächsischen Architekturtradition verbinden sich hier byzantinische und französische Formen.

Der älteste einheitlich gewölbte Kirchenbau des Landes ist der sog. Dom Kaiser Lothars in Königslutter. Diese Klosterkirche zeichnet sich auch durch eine vorzügliche Bauplastik aus, die aus Oberitalien beeinflusst ist. Es handelt sich um eine dreischiffige Querhausbasilika mit ebenfalls dreischiffigem Chor. Das Äußere wird durch den für Niedersachsen typischen Westriegel mit zwei Turmaufsätzen und den aus dem 13. Jahrhundert stammenden Vierungsturm bestimmt.

Französische Anlagen waren dagegen offenbar bei der Godehardikirche in Hildesheim für den Umgangschor und dessen Plastik vorbildlich.

In Niedersachsen haben sich nicht nur wichtige Zeugnisse mittelalterlicher Bauplastik erhalten; ein Denkmal von europäischem Rang stellt der von Heinrich d. Löwen gestiftete Bronzelöwe in Braunschweig dar, die älteste erhaltene Freiplastik Deutschlands. Auch Heinrichs Grabmal im Braunschweiger Dom gehört

zu den berühmtesten Werken der Plastik des hohen Mittelalters.

Nicht unerwähnt dürfen die Bronzetaufen bleiben, die sich in vielen niedersächsischen Kirchen erhalten haben.

Während im südlichen Niedersachsen bei Kirchenbauten des Hochmittelalters der Westquerbau – häufig mit zwei Turmaufsätzen – und der doppelte Stützenwechsel der Langhausarkaden bestimmend waren, handelt es sich bei den Sakralbauten der Küstenregion nahezu ausschließlich um einfache Saalkirchen, z. T. mit Querhausarmen wie in Pilsum. Charakteristisch für

diese auf Warften aus der Zeit vor der Eindeichung stehenden Kirchen an der Küste sind die isolierten Glockentürme, deren Satteldach nur selten den First des Kirchenbaus überragt. Die frühen Kirchen dieser Region bestanden aus Granitquadern, besonders in Ostfriesland tauchen Außenwände aus rheinischem Tuffstein auf, der auf dem Wasserweg transportiert worden war. Vor allem auch der bemerkenswerte Umgangschor der Ludgerikirche in Norden, erst im 15. Jahrhundert vollendet, ist ein Zeugnis dieser Tuffsteinarchitektur. Der Backstein setzte sich in Ostfriesland und im

Langhaus und Glockenturm der ev.-ref. Pfarrkirche in Grimmersum, Gemeinde Krummhörn, Landkreis Aurich



Quelle: Niedersächsisches Landesamt für Denkmalpflege

Gebiet zwischen Elbe und Weser im 12. und 13. Jahrhundert als hauptsächlichliches Baumaterial durch.

In den kleinen Dörfern der Krummhörn bei Emden häufen sich die großen Kirchenbauten aus dem Mittelalter und prägen das Bild der historischen Kulturlandschaft in der völlig ebenen Küstenregion. Zu ihnen gehört, als eine für Ostfriesland typische mittelalterliche Dorfkirche auf einer Warft, die in der Zeit um 1250 erbaute ev.-ref. Pfarrkirche im Ortsteil Grimmersum der Gemeinde Krummhörn, deren Glockenturm von 1641 stammt.

Im südlichen Niedersachsen kommen mehrere dreischiffige Choranlagen der Reformarchitektur der Hirsauer Bauschule vor. Mit den Klosterkirchen in Loccum, Braunschweig-Riddagshausen, Amelungsborn und Walkenried sind neben der auch für die Geschichte der Backsteingotik zwischen Weser und Ems bemerkenswerten Ruine des Klosters Hude bedeutende Beispiele der Zisterzienserbaukunst zu nennen. Vor allem in Loccum, einem der am besten erhaltenen mittelalterlichen Zisterzienserklöster Deutschlands, wird ein starker Einfluss aus Westfalen deutlich, wie auch das heutige Osnabrücker Land westfälisch geprägt ist.

In Niedersachsen ist eine bedeutende Anzahl mittelalterlicher Frauenklöster erhalten geblieben. Durch frühzeitige Umwandlung in bis heu-

te existierende Damenstifte wurde, wie sonst nur selten, der Eindruck eines vorreformatorischen Klosters in Baubestand und Ausstattung bewahrt.

Unter den zahlreichen Frauenklöstern des Zisterzienserordens im Land ist Wienhausen bei Celle besonders durch seine fast vollständig erhaltene Ausstattung hervorzuheben. Die einschiffige Klosterkirche in Wienhausen besitzt eine um 1335 entstandene großzügige Ausmalung. Zum reichen Klosterschatz gehören bemerkenswerte Holzplastiken und Bildteppiche von europäischem Rang. Kreuzgang, Konvent- und Nebengebäude des in ein adeliges Damenstift umgewandelten Klosters sind nahezu unverändert. Auch das Frauenkloster Lüne in Lüneburg mit gut erhaltenen Bauten des 14. Jahrhunderts ist besonders hervorzuheben, seit 1711 ebenfalls Damenstift. Die mittelalterlichen Textilien in Lüne zählen zu den bekanntesten in Norddeutschland.

Mitte des 13. Jahrhunderts und vor allem im 14. Jahrhundert entstanden im südlichen Niedersachsen – häufig durch Umbauten älterer Basiliken – Hallenkirchen, die denen im benachbarten Westfalen ebenbürtig sind, so in Goslar und Braunschweig. Eine der bedeutendsten Hallenkirchen der frühen Hochgotik stellt die doppeltürmige Johanniskirche in der Osnabrücker Neustadt dar. Auch die Johanniskirche in Lüne-

neburg, der Dom in Bardowick, die Marktkirche in Hannover und die Cyriakuskirche in Duderstadt sind bemerkenswerte Hallenbauten. Den ältesten Hallenumgangschor Deutschlands besitzt der Verdener Dom, eine ähnliche Chorlösung zeichnet die Marienkirche in Osnabrück aus. Unter dem Einfluss der Lübecker Marienkirche entstand die Lüneburger Nikolaikirche mit basilikalem Langhaus, ebenso die Petrikirche in Buxtehude.

Mittelalterliche Profangebäude finden sich vor allem in den Städten. Besonders die Rathäuser in Braunschweig, Göttingen und Goslar dokumentieren den Wohlstand der südniedersächsischen Städte im Mittelalter. Auch das mit Backsteinfassaden und Treppengiebeln versehene alte Rathaus in Hannover zählt zu den herausragenden Profanbauten der Epoche.

Lüneburg ist eine der bekannten mittelalterlichen Backsteinstädte Deutschlands. Zahlreiche spätmittelalterliche Bürger- und Kaufmannshäuser zeigen den durch den Salzhandel erworbenen Reichtum der Stadt. Das aus drei allmählich zusammengewachsenen Siedlungskernen entstandene Lüneburg ist ein Musterbeispiel mittelalterlicher Stadtgestalt in Norddeutschland.

Die Bischofsstadt Osnabrück bestand bis zum Zusammenschluss 1306 aus zwei eigenständigen Siedlungskernen, aus der Altstadt nahe

der Domburg und der um das Kanonikerstift St. Johann entstandenen Neustadt. Zusammen bildeten die beiden Siedlungen eine mittelalterliche Großstadt, die trotz schwerer Zerstörungen im 2. Weltkrieg in ihren Ausmaßen noch ablesbar ist. Bis ins 19. Jahrhundert hatten die beiden Stadtteile einen eigenen Magistrat, auch heute noch zeichnet sich die frühere Grenze zwischen ihnen im Stadtgrundriss ab.

Ganz anders verlief die städtebauliche Entwicklung beispielsweise in Göttingen und Celle; hier entstand offenbar im Hochmittelalter ein planmäßig angelegter Stadtkern aus rechtwinklig sich kreuzenden Straßen.

Das 16. Jahrhundert und frühe 17. Jahrhundert wird im südlichen Landesteil von der Weser-Renaissance bestimmt, der eine Beeinflussung durch oberitalienische Formen wie am Schloss in Stadthagen vorausging. Meisterwerke der Weser-Renaissance sind das Rathaus in Hannoversch Münden, Schloss Schwöbber, das Rattenfängerhaus und das zwischen 1610 und 1617 als Festsaalbau der Hamelner Bürgerschaft errichtete Hochzeitshaus in Hameln, Schloss Hehlen, Schloss Bevern und die Hämelschenburg. Der nördliche Landesteil stand mehr unter niederländischem Einfluss; beispielsweise geben das Pelsterhaus in Emden und Bürgerhäuser in Stade hiervon Zeugnis. Wichtige Renais-

Sog. Hochzeitshaus, Hameln



Quelle: Niedersächsisches Landesamt für Denkmalpflege

sancebauten sind auch das Juleum in Helmstedt, das im 18. Jahrhundert umgebaute Residenzschloss in Wolfenbüttel und der Anton-Günther-Bau des Oldenburger Schlosses.

Besonders Wolfenbüttel – neben Celle, Einbeck, Duderstadt und Goslar eine der großen Fachwerkstädte des Landes – dokumentiert den Charakter der frühabsolutistischen Residenz.

Auch zwei vorzügliche frühe protestantische Kirchenbauten stehen in Niedersachsen: die Marienkirche in Wolfenbüttel (1608 von Paul Francke begonnen) und die Stadtkirche in Bückeburg (1611 begonnen); beides Meisterwerke der Re-

naissancebaukunst. Bemerkenswert ist das monumentale Grabmal für Edo Wiemken in der Stadtkirche in Jever, das 1561 – 64 durch die Werkstatt von Cornelius Floris in Antwerpen errichtet wurde.

Eines der Hauptwerke des deutschen Frühbarock stellt das Mausoleum in Stadthagen dar, eine Grabkapelle von 1609-25 mit Plastiken von Adriaen de Vries. Auch die Umbauten des Celler Schlosses und das Osnabrücker Schloss von 1667/75 zeigen barocke Formen. Ein Unikat ist die große Holzkirche der Harzer Bergleute in Clausthal-Zellerfeld von 1634 – 42.

Wesentliche Zeugnisse des norddeutschen Barocks sind die Trinita-

tiskirche in Wolfenbüttel, die reiche Ausstattung der Kirche in Lamspringe, die Stadtkirche in Celle und die ehemalige Jesuitenkirche in Meppen mit ihrer bemerkenswert geschlossenen Einrichtung.

In Meppen an der Ems sind der fast vollständig erhaltene äußere Wall und der Graben der im 17. Jahrhundert nach niederländischen Vorbildern entstandenen Barockfestung auch heute noch prägende Elemente der Stadtgestalt. In Wolfenbüttel sind Reste der Stadtbefestigung des 17. Jahrhunderts nach der Entfestigung in einem Grüngürtel aufgegangen, ähnlich wie beispielsweise zum Teil in Oldenburg und Osnabrück.

Unter den Schlössern des späten 17. und 18. Jahrhunderts ist vor allem das 1736 – 1745 nach Plänen von J. C. Schlaun für Kurfürst Clemens von Köln erbaute Jagdschloss Clemenswerth im Emsland von herausragender Bedeutung. Es handelt sich um ein Meisterwerk westfälischer Barockbaukunst im heutigen Niedersachsen. Bemerkenswert ist hier auch der Landschaftspark, der über einem Jagdstern mit radialen Alleen entstand, dessen Mittelpunkt der Zentralpavillon des Schlosses bildet.

Der Garten von Haus Altenkamp, ebenso ein wichtiges Zeugnis barocker Gartenarchitektur, liegt nur wenig nördlich von Clemenswerth

Jagdschloss Clemenswerth, Ansicht des Corps des logis mit drei der Nebenpavillons



Quelle: Niedersächsisches Landesamt für Denkmalpflege

in der Nähe der städtebaulich interessanten, planmäßig angelegten Fehnsiedlung Papenburg. Auch der Oldenburger Schlossgarten und der Park von Schloss Lütetsburg in Ostfriesland sind bemerkenswerte Schöpfungen der Gartenkunst. Von europäischem Rang ist die barocke Gartenanlage in Hannover-Herrenhausen, das dortige Galeriegebäude stellt neben Schloss Richmond in Braunschweig und dem Schloss in Bad Pyrmont auch ein wesentliches Denkmal barocker Schlossarchitektur dar.

Nicht unerwähnt bleiben soll, dass mit Ludwig Münstermann ein bedeutender Bildhauer des Barock im Land zwischen Weser und Ems tätig war. Besonders die eindrucksvollen Altäre in Varel und Rodenkirchen sind herausragende Werke der protestantischen Sakralkunst Norddeutschlands.

Neben bemerkenswerten Zeugnissen höfischen Lebens und sakraler Kunst besitzt Niedersachsen auch eine sehr vielfältige und bedeutende Bauernhauskultur. Die Haus – und Siedlungsformen sind, den landschaftlichen Gegebenheiten entsprechend, sehr unterschiedlich (s. Kapitel Siedlungsstrukturen).

Der Klassizismus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ist in den einzelnen Landesteilen durch mehrere bekannte Architekten und deren lokale Bauschulen geprägt. Während die Pläne für das Braunschweiger

Verlagshaus Vieweg durch David Gilly in Berlin entworfen wurden, erfolgte die Ausführung 1802 – 05 durch den braunschweigischen Architekten Peter Joseph Krahe, dem wir noch weitere klassizistische Bauten verdanken. Im Königreich Hannover war es Georg Ludwig Laves, der die Architektur dieser Epoche prägte. Mit der Oper und dem Palais Wangenheim, aber auch mit der Erweiterung des Leineschlusses entstanden durch Laves in Hannover wesentliche Gebäude. Im Großherzogtum Oldenburg sind vor allem Heinrich Strack d. Ä. und Carl Heinrich Slevogt zu nennen, die das Bild der klassizistischen Residenzstadt des Landes bestimmten. Erwähnenswert sind vor allem Slevogts Altes Palais und das auch medizingeschichtlich bedeutende Peter-Friedrich-Ludwig-Hospital von Strack. Der arenbergische Baumeister Josef Niehaus prägte im Emsland die klassizistische Architektur.

Einer der bedeutendsten Baumeister des 19. Jahrhunderts war Conrad Wilhelm Hase, der als Begründer der hannoverschen Bau-schule des 19. Jahrhunderts angesehen werden muss. Anfänglich noch unter dem Einfluss Friedrich von Gärtners in München, entwickelte sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine für Hannover spezifische Variante des Rundbogenstils bzw. des Historismus. Mit der nach Plänen von Conrad Wil-

helm Hase 1859 – 1864 als Hallenkirche erbauten Christuskirche in Hannover entstand der erste konsequent in neugotischen Formen gehaltene Kirchenbau im Land.

Von besonderem Interesse für die Architekturgeschichte des 19. Jahrhunderts ist auch das Welfenschloss in Hannover, 1858 – 66 in Formen des späten Rundbogenstils entstanden und heute Universität. Neben dem Staatstheater in Braunschweig (1856 – 61)

stellen auch das Gebäude der Herzog August Bibliothek in Wolfenbüttel (1882 – 86), das Augusteum (1870 – 80) und das Staatstheater in Oldenburg (nach Brand 1893 erneuert) wesentliche Kulturbauten des 19. Jahrhunderts dar.

Die Oldenburger Lambertikirche, im Inneren von einem klassizistischen Umbau geprägt, erhielt 1873–87 nach Plänen von Klingenberg einen bemerkenswerten neugotischen Außenbau. Besonders im Süden des Großherzogtums Oldenburg entstanden Ende des 19. Jahrhunderts zahlreiche neugotische Backsteinkirchen von oft beträchtlichen Ausmaßen und architektonischer Qualität.

Christuskirche am Klagesmarkt, Hannover



Quelle: Niedersächsisches Landesamt für Denkmalpflege

Baugeschichtlich und städtebaulich interessant ist das Dobbenviertel in Oldenburg aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Wie sonst nur selten, entwickelte sich hier ein ausgedehntes Villengebiet mit nach-klassizistischen Häusern, das seinen Charakter bis heute noch weitgehend bewahren konnte.

Aus dem 19. Jahrhundert sind mehrere wichtige Bauten der Verkehrsgeschichte zu erwähnen, so der älteste erhaltene deutsche Bahnhof in Vienenburg (um 1838) und der Hauptbahnhof in Hannover von Hubert Stier (1877 – 79). Die Gestaltung des halbkreisförmigen Ernst-August-Platzes vor dem Bahnhof mit z.T. erhaltenen Bauten des

späten Rundbogenstils ist, wie auch der Opernplatz in Hannover, als anspruchsvolle städtebauliche Leistung des 19. Jahrhunderts zu werten.

Ein monumentaler Großbau des späten Historismus ist das Neue Rathaus in Hannover von 1903 – 08 mit seiner stadtbildprägenden Kuppel-laterne. Die Pläne lieferte der Berliner Architekt Hermann Eggert.

Ein bekanntes Denkmal aus dem frühen 20. Jahrhundert ist die einzi-

ge Stabholzkirche Deutschlands in Goslar-Hahnenklee, die 1908 durch den Architekten T.K. Mohrmann nach dem Vorbild der Kirche in Borgund in Norwegen errichtet wurde.

Unter Jugendstileinfluss entstand 1913/15 der neue Oldenburger Bahnhof aus Bockhorner Klinkern nach Plänen von Friedrich Mettegang, während sich beim Bahnhof in Quakenbrück eine andere Variante des Jugendstils offenbart. Der

Klinkerexpressionismus der 1920er-Jahre wird besonders durch die Bauten von Fritz Höger und Bernhard Hoetger bestimmt. Högers Anzeigerhochhaus in Hannover, sein Wilhelmshavener Rathaus, Hoetgers Niedersachsenstein und sein Café in Worpswede sind markante Beispiele der Architektur an der Schwelle zur Moderne.

Mit der 1911 – 1918 nach Plänen von Walter Gropius errichteten Schuhleisten- und Stanzmesserfabrik Faguswerk in Alfeld entstand ein frühes und bahnbrechendes Konzept konsequent moderner Architektur.

Faguswerk in Alfeld



Quelle: Niedersächsisches Landesamt für Denkmalpflege

Die 20er-Jahre sind von Reform- und Heimatschutzarchitektur geprägt. Besonders in Hannover entstanden damals ausgedehnte Siedlungen von architektonischer Qualität. Bemerkenswert ist die städtebauliche Entwicklung Celles in den 1920er-Jahren, verbunden mit dem Namen Otto Haesler, einem der bekanntesten Vertreter der Stilrichtung des „Neuen Bauens“ in der Zwischenkriegszeit. In Celle ist seine Stilentwicklung an zahlreichen Baukomplexen, so vor allem in den Siedlungen Italienischer Garten und Blumlägerfeld ablesbar.

Wolfsburg und Salzgitter sind dagegen Zeugnisse des Städtebaus der 30er- und 40er-Jahre, in denen jedoch ein wesentlicher Teil der Bebauung aus der Nachkriegszeit

stammt. Einen bemerkenswerten Industriebau der NS-Zeit stellt das VW-Werk in Wolfsburg mit seiner 1,5 km langen stereotypen Front zum Mittellandkanal dar.

Der Wiederaufbau des stark kriegszerstörten Hannovers galt in den 50er-Jahren als richtungsweisend; zahlreiche Denkmale der Nachkriegszeit prägen das heutige Bild der Landeshauptstadt. In Wolfsburg, erst 1938 gegründet, wurden in der Nachkriegszeit architekturgeschichtlich besonders wertvolle Bauten errichtet, darunter das Kulturzentrum von Alvar Aalto (1959 – 63) und das Stadttheater, ein Spätwerk Hans Scharouns aus den 70er-Jahren.

Martin Wenz

Medien

Allgemeines

Die Medien haben in einer demokratischen Gesellschaft die Aufgabe, Kritik und Kontrolle gegenüber den Regierenden zu üben und den Einzelnen in seiner politischen Meinungs- und Willensbildung zu unterstützen, ihn zu informieren und zu unterrichten.

Diese publizistische Grundversorgung wird vor allem von den Tageszeitungen und dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk geleistet. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist laut Programmauftrag dazu verpflichtet. Private Rundfunkanbieter haben aufgrund ihrer Werbefinanzierung ein breiter gefächertes Konzept zu vertreten.

Die niedersächsische Medienlandschaft ist geprägt von einer Vielzahl an Tageszeitungen, Hörfunkprogrammen sowie 3 regional berichtenden Fernsehprogrammen. Hinzu kommen die Internet-Angebote der Tageszeitungen und Rundfunkanbieter. Erwähnt, wenn auch nicht im Folgenden beschrieben, seien die vielen Anzeigenblätter, Szene-Zeitungen, Stadt-Magazine etc. Seit 1.4.1997 läuft zudem unter der Ägide der Niedersächsischen Landesmedienanstalt für privaten Rundfunk (NLM) ein fünfjähriger Modellversuch zum nichtkommerziellen Lokalfunk und zu den Offenen Kanälen.

Die Tageszeitungen

Die älteste nachweisbare Zeitung ist die Straßburger Relation von 1605. Die zweitälteste Zeitung entstammt niedersächsischem Gebiet. Es ist der Wolfenbütteler Aviso von 1609. Für 1617 ist in Hildesheim die Hildesheimer Relation belegt. Von den heute noch existierenden niedersächsischen Tageszeitungen können 5 auf eine über 200-jährige Tradition zurückblicken: Hildesheimer Allgemeine Zeitung (1705), Schaumburger Zeitung (1762), Täglicher Anzeiger, Holzminden 1777), Goslarsche Zeitung (1783) und das Jeversche Wochenblatt (1791). Der Großteil der niedersächsischen Zeitungen entstand in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

Eine Zeitungsstatistik aus dem Jahr 1932 verzeichnet für das Gebiet des heutigen Niedersachsens 278 Zeitungen mit 335 redaktionellen Ausgaben. Von diesen 278 Zeitungen machten 149 Angaben über ihre Auflagen. 86% (128 Ztg.) hatten eine Auflage unter 10.000 Ex., 11% (17 Ztg.) lagen mit ihrer Auflage zwischen 10.000 – 20.000 Ex. und nur 1,3% (2 Ztg.) fanden sich im Bereich zwischen 20.000 – 50.000 Ex. Jeweils 0,6% (1 Ztg.) lagen mit ihrer Auflage zwischen 50.000 – 100.000 und über 100.000 Ex. Letztere waren die Hannoverschen Anzeigen, die heute noch als Hannoversche

Allgemeine Zeitung auflagenstärkste Zeitung in Niedersachsen ist. Die in ihrer lokalen, kleinräumigen Ausdifferenzierung dem Lebensschwerpunkt der Leser angepasste Zeitungsmarktstruktur, die für Deutschland charakteristisch war, hat sich mutatis mutandis bis heute erhalten.

Durch verschiedene politische Maßnahmen in den ökonomischen, rechtlichen, institutionellen und inhaltlichen Bereichen brachten die Nationalsozialisten die Presse unter ihre Kontrolle und machten sie gefügig, um sie neben Rundfunk und Film als Propagandamaschinerie zur Lenkung der Bevölkerung einzusetzen, wie es dem Credo ihrer medienpolitischen Zielvorstellung entsprach. Während die KPD- und SPD-Presse gleich 1933 verboten und enteignet wurde, wurden die bürgerlichen Verleger gezwungen, ihr Unternehmen an die Nationalsozialisten zu verkaufen oder wurden Opfer der Stilllegungsaktionen gegen Ende des Krieges. 1944 existierten in Niedersachsen noch 65 Zeitungen mit insgesamt 93 Ausgaben.

Nach der Kapitulation verboten die Alliierten alle deutsche Publizistik. Es erschienen nach einem kur-

zen publizistischen „blackout“ zunächst nur von den Militärbehörden herausgegebene Mitteilungsblätter, um die Bevölkerung über die Verordnungen und Erlasse der Behörden zu informieren. Kurze Zeit später erhielten vom National-

sozialismus unbelastete deutsche Persönlichkeiten Lizenzen zur Herausgabe einer Zeitung. Die Heimatpresse mit ihren Zwergauflagen war gegen Ende der 20er-Jahre immer stärker in die publizistische und

wirtschaftliche Abhängigkeit von Korrespondenzbüros und Maternendiensten wie z. B. dem Hugenbergkonzern geraten, der die NS-Ideologie stark propagierte. Eine derartige Abhängigkeit und Konzernbildung sollte nach den Vorstellungen der Alliierten unter allen Umständen vermieden werden. Zugleich mussten sie in ihrer Konzeption aber auch die gewachsenen Leser-Blatt-Bindungen berücksichtigen. Die Lösung sahen sie in mittelgroßen Zeitungsverlagen (100.000 Ex. Auflage), die einerseits groß genug waren, um wirtschaftlich und publizistisch unabhängig am Markt bestehen zu können und andererseits durch ein System von Bezirks- und Lokalausgaben den Leser-Blatt-



Bindungen entsprach. Am 8.1.1946 erschien als erste Lizenzzeitung in Niedersachsen die Braunschweiger Zeitung. Weitere Lizenzzeitungen waren z. B. die Lüneburger Landeszeitung, Nordwest-Zeitung, Hannoversche Presse und als Letzte die Hannoversche Allgemeine Zeitung, die ihre Lizenz am 23.8.1949, wenige Wochen vor der Erteilung der Generallizenz, erhalten hatte. Mit Erteilung der Generallizenz am 21.9.1949, die den Wegfall des Lizenzzwanges bedeutete, erschienen wieder die sog. Altverleger, die während der Lizenzzeit keine Lizenz erhalten hatten, mit ihren Zeitungen auf dem Markt.

Gegenwärtig gibt es in Niedersachsen 13 Vollredaktionen oder auch „Publizistische Einheiten“ (Redaktionen, die den allgemeinpolitischen und wirtschaftlichen Teil, in der Regel die Seiten 1 + 2 vollständig selbst erstellen). Alle diejenigen Zeitungen, die den Mantel von einer Vollredaktion übernehmen, werden zu der entsprechenden Publizistischen Einheit gezählt. In Niedersachsen gibt es derzeit 55 Verlage, die insgesamt 133 redaktionelle Ausgaben (Zeitungen, die sich im Titel und/oder in lokalen Wechelseiten unterscheiden) herausgeben. Davon übernehmen 10 Verlage mit 12 redaktionellen Ausgaben den Mantel von Vollredaktionen mit Sitz außerhalb Niedersachsens (Kassel, Bremerhaven). 5 Verlage mit Sitz

außerhalb Niedersachsens geben 17 Ausgaben in Niedersachsen heraus. Dazu kommt noch als Straßenverkaufszeitung die BILD-Zeitung, sowie eine Zeitung, die wöchentlich (Elbmarsch Post, Bleckede) und eine, die drei mal in der Woche erscheint (Bleckeder Zeitung).

Zu den derzeit auflagenstärksten Publizistischen Einheiten in Niedersachsen zählen die drei ehemaligen Lizenzzeitungen Hannoversche Allgemeine Zeitung (495.566 Ex. Auflage inkl. Neue Presse), Nordwest-Zeitung (223.446 Ex.) und Braunschweiger Zeitung (198.052 Ex.). Die kleinste Publizistische Einheit ist die Emdener Zeitung mit einer Auflage von 11.237 Ex. Die jüngste Publizistische Einheit Niedersachsens sind die Grafschafter Nachrichten (seit Dezember 1997). Ein Indiz dafür, dass auf dem niedersächsischen Zeitungsmarkt noch Bewegungen in Richtung auf eine größere Vielfalt möglich sind (alle Angaben II. Quartal 1998).

Die niedersächsischen Tageszeitungen erscheinen mit einer täglichen verkauften Gesamtauflage von 1.886.051 Exemplaren (II. Quartal 1998). Davon haben über drei viertel der Verlage eine Auflage unter 30.000 Exemplaren.

Ein wesentliches Kennzeichen der Nachkriegstagespresse gegenüber der Epoche der Weimarer Republik war die Entpolitisierung. Der Leser wollte sich nicht mehr dozieren las-

sen. Deutlich wurde dies insbesondere am Niedergang der sozialdemokratischen Hannoverschen Presse. Eine Parteizeitung gibt es in Niedersachsen nicht mehr.

Keineswegs übersehen die Zeitungsverleger die Möglichkeiten, die in neuen Techniken für ihre Produkte liegen. Das gilt auch für das Stichwort Internet. Derzeit sind be-

Publizistische Einheit mit Sitz in Niedersachsen	Anzahl kooperierender Verlage in „PE“	Anzahl redaktioneller Ausgaben der „PE“
Braunschweiger Zeitung	2	14
Cellesche Zeitung	1	1
Deister- und Weserzeitung	6	8
Emder Zeitung	1	1
Grafschafter Nachrichten	1	1
Hannoversche Allgemeine Zeitung	12	30
Kreiszeitung, Syke	3	15
Neue Osnabrücker Zeitung	1	9
Neue Presse	1	11
Niedersächsisches Tageblatt	5	7
Nordwest-Zeitung (I)	4	14
Nordwest-Zeitung (II)	7	8
Oldenburgische Volkszeitung	2	2

Publizistische Einheit mit Sitz außerhalb Niedersachsens		
Bremer Nachrichten	1	13
Harburger Anzeigen und Nachrichten	1	1
Hessische/Niedersächsische Allgemeine	2	8
Nordsee-Zeitung	7	10
Weser-Kurier	1	13
Gesamt	58	166
zuzüglich BILD (2 Ausgaben)/taz/Elbmarsch Post/ Bleckeder Zeitung	62	171

reits weit über 20 niedersächsische Tageszeitungen online, d.h. über das Internet mit ihren Angeboten abrufbar. Die Angebote reichen von einer 1:1 Kopie des Printproduktes über Zusatzdienste wie z. B. Servicedienste, Zeitungsarchiv bis zu ganzen regionalen/lokalen Informationsdiensten mit elektronischen Fahrplanauskünften und umfangreichem Kleinanzeigenmarkt. Während einige Verlage sich darauf beschränken, ein Internetangebot zu präsentieren, gehen andere Verlage so weit, ihren Abonnenten einen Internetzugang zu günstigen Konditionen zu ermöglichen und so die Bindung auch an das Printprodukt zu verstärken.

Hörfunk

Am 29.10.1923 startete der Rundfunk in Deutschland mit der Übertragung eines Konzertprogramms von 20:00 Uhr bis 21:00 Uhr aus dem Vox-Haus in Berlin. Die für Norddeutschland zuständige regionale Rundfunkgesellschaft Nordische Rundfunk AG (NORAG) wurde am 16.1.1924 mit Sitz in Hamburg gegründet. Sendebeginn war der 2.5.1924. Bereits am 4.5.1945 übernahmen die einmarschierenden Briten den noch intakten Sender des Funkhauses Radio Hamburg und begannen um 19:00 Uhr mit ihrer ersten Übertragung. Die durch den Krieg zerstörte Infrastruktur und

die noch ca. 7 Millionen funktionsfähigen Rundfunkempfängergeräte machten im Nachkriegsdeutschland den Rundfunk zum wichtigsten Medium.

Aufgrund der Erfahrungen des Dritten Reiches, in dem der Rundfunk als Propagandainstrument missbraucht worden war, stand für die Besatzungsmächte fest, dass der neue deutsche Rundfunk dezentral und staatsfern zu organisieren war. Ein werbefinanzierter Rundfunk nach amerikanischem Muster war angesichts einer zerstörten Wirtschaft in einem Land, in dem es nichts zu kaufen gab, unmöglich. Ebenso schied ein zentralistisch organisierter Rundfunk nach französischem Vorbild aus. So wurde die britische BBC zum Vorbild für den deutschen Rundfunk. Öffentlich-rechtlich organisiert mit pluralistischen internen Verwaltungs- und Kontrollgremien.

Am 1.5.1948 trat das Statut des Nordwestdeutschen Rundfunks (NWDR) in Kraft. Er war zuständig für die Länder Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Berlin. Die Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland (ARD) – der Zusammenschluss aller westdeutschen Rundfunkanstalten –, wird am 10.6.1950 vollzogen. Der NWDR beginnt als erster Sender mit Fernsehversuchsprogrammen. Die

bundesrepublikanische Bevölkerung kann seit dem 25.12.1952 am Fernsehzeitalter partizipieren. Der NWDR sendete täglich ein 2-stündiges Abend- und ein halbstündiges Nachmittagsprogramm.

Mit der Gründung des Senders Freies Berlin (SFB) am 5.11.1953 verliert der NWDR seine Zuständigkeit für Berlin. Am 12.5.1954 wurde das Gesetz über den Westdeutschen Rundfunk (WDR) verabschiedet. Per Staatsvertrag gründen die Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hamburg den Norddeutschen Rundfunk (NDR) am 16.2.1955. Seit dem 1.1.1956 gibt es den NDR und den WDR. Mit Staatsvertrag vom 17./18.12.1991 ist der NDR nach der Wiedervereinigung für die Länder Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein zuständig.

Die öffentlich-rechtlichen Hörfunkprogramme für Niedersachsen werden von der Mehrländeranstalt NDR produziert. In die seiner Zuständigkeit zugehörigen Bundesländer strahlt der NDR einheitlich die Programme NDR 2, NDR 3, NDR 4 und N-Joy Radio aus. Das Programm *NDR 1* wird in die vier Landesprogramme Hamburg Welle, Radio Niedersachsen, Radio Mecklenburg-Vorpommern und Welle Nord gesplittet.

In den 80er-Jahren etablierte sich in der Bundesrepublik das „duale Rundfunksystem“, d.h. das Neben-

einander von öffentlich-rechtlichem und privatem (kommerziellem) Fernsehen und Hörfunk: Während der öffentlich-rechtliche Rundfunk sich zum überwiegenden Teil aus den Rundfunkgebühren finanziert, ist der private Rundfunk vollständig auf Werbeeinnahmen angewiesen.

Mit radio ffn wurde 1986 das erste private Hörfunkprogramm in Niedersachsen lizenziert. Die auf 10 Jahre befristete Lizenz wurde 1996 verlängert. 1990 kam als zweites privates Hörfunkprogramm Hit Radio Antenne hinzu. Beide Sender strahlen ein landesweites Vollprogramm aus.

Die rechtlichen Grundlagen für die Betreibung von Rundfunk in der Bundesrepublik Deutschland sowie im Speziellen in Niedersachsen sind niedergelegt im Rundfunkstaatsvertrag von 1991, dem Staatsvertrag über den NDR vom 17./18.12.1991 sowie dem Niedersächsischen Landesrundfunkgesetz (NLRG) in seiner Fassung vom 9.11.1993. Während der öffentlich-rechtliche Rundfunk einer internen Kontrolle durch den Verwaltungs- und Rundfunkrat unterliegt, werden die privaten Hörfunk- und Rundfunkanbieter durch die Niedersächsische Landesmedienanstalt für privaten Rundfunk auf die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften hin kontrolliert. Die NLM ist für die bundesweiten TV-Sender RTL Television und SAT 1, die in Hannover lizenziert sind, die nie-

dersächsischen landesweiten privaten Hörfunksender sowie für die nichtkommerziellen Lokalfunkprojekte und Offenen Kanäle zuständig.

Die einzelnen Rundfunkprogramme unterscheiden sich mehr oder weniger in ihrem Profil. NDR 3 bringt ausschließlich klassische Musik, während NDR 4 den Schwerpunkt auf politischer Berichterstattung, Information, Analyse sowie Schul- und Bildungsprogramme legt. NDR 1 – Radio Niedersachsen definiert sich als „Heimatsender“ dessen Musikprogramm aus deutschem Schlager und volkstümlicher Musik sowie heimischer Folklore besteht. Anvisiert wird das Publikum zwischen 40 und 60 Jahren. In direkter Konkurrenz stehen NDR 2, radio ffn und Hit Radio Antenne. Alle drei Programme visieren mit geringen Abweichungen die gleiche Hörergruppe an (Hit Radio Antenne: 20-49jährigen; radio ffn: 20-29jährigen; NDR 2: 25-49jährigen). radio ffn bringt ein Musikprogramm bestehend aus den Hits der 80er und 90er-Jahre sowie den aktuellen Charts, Hit Radio Antenne mischt die Hits der 80er und 90er-Jahre mit den jeweils aktuellen Hits und den Klassikern der 70er-Jahre, während NDR 2 sein Musikprogramm aus den Hits der 60er-80er-Jahre zusammenstellt. Das Musikprogramm von N-Joy Radio ist auf die 14-20jährigen ausgerichtet. Es bringt die neu-

esten und aktuellsten Hits aus den Charts (Top 40), was in Deutschland den 60-80 meist verkauften Titeln entspricht.

Das Wortangebot der beiden kommerziellen Sender ist programmstrukturell schwächer verankert. Neben Wortunterhaltungselementen kommen stündliche/halbstündliche Nachrichtenblöcke vor. radio ffn bietet neben den stündlichen Nachrichtenblöcken mit Wetterinformationen viertelstündliche Schlagzeilen in der „Prime Time“. Beide kommerziellen Rundfunkprogramme schalten mehrmals am Tag in ihre sechs Regionalfenster. Als besonderes Charakteristikum bei radio ffn sind die Comedy-Beiträge zu werten. NDR 2 weist gegenüber den beiden privaten Programmen einen höheren Informationsanteil auf. Dazu gehört vor allem eine feste Verankerung des Sports im Programmschema. Hier ist insbesondere die Bundesligaübertragung mit ihrer Konferenzschaltung aus den Fußballstadien zu erwähnen. N-Joy Radio bringt wenig „klassische“ Information. Es orientiert sich in den Wortbeiträgen und in der Moderationsart an seiner Zielgruppe. Die Hörer werden geduzt. Themen sind Lifestyle, Schule/Ausbildung, Musik und Prominentenklatsch. Im Programm von NDR 1 finden Informationssendungen die weitestreichende programmstrukturelle Verankerung im

Programmschema. Es werden ausführliche Hintergrundberichte und Informationsangebote ausgestrahlt. Auffallend ist der starke regionale Bezug – mehrmals täglich wird in 5 Regionalfenster geschaltet –, der sich auch in der zeitweisen Verwendung der niederdeutschen Sprache zeigt.

Fernsehen

Die niedersächsischen Bürgerinnen und Bürger können unter drei Fernsehprogrammen wählen, die aus und über Niedersachsen berichten. Das sind 30 minütige Fensterprogramme, die jeweils werktags bei den privaten Sendern um 17:30 Uhr (SAT 1) bzw. 18:00 Uhr (RTL Television) ausgestrahlt werden, sowie beim öffentlich-rechtlichen N3 in der Zeit zwischen 19:00 Uhr und 20:00 Uhr.

Offene Kanäle (OK) / nichtkommerzieller Lokalfunk (NKL)

Die niedersächsische Koalitionsregierung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen einigte sich im Sommer 1990 im Koalitionsvertrag darauf, das NLRG zur Durchführung von Modellprojekten zum nichtkommerziellen, privaten Lokalfunk zu ändern. Nach langwierigen Verhandlungen startete der Modellversuch am 1.4.1997. Er dauert nun-

mehr über 5 Jahre und wird durch mehrere Gutachten wissenschaftlich begleitet. Nichtkommerzielle Lokalfunkprojekte wurden von der NLM an den Versuchsgebieten Hameln, Göttingen, Braunschweig, Uelzen/Lüneburg, Hannover und Wilhelmshaven für die Dauer des Versuchs lizenziert. Offene Kanäle wurden in Wolfsburg/Braunschweig (Fernsehen), im Umland der Stadt Bremen (TV+Hörfunk), in Nordenham (TV+Hörfunk), Hannover (TV+Hörfunk), Osnabrück (Hörfunk), Oldenburg (TV+Hörfunk), Cloppenburg (Hörfunk) und im Gebiet Emsland/Grafschaft Bentheim (Hörfunk) für die Dauer des Modellversuchs lizenziert.

Eine einheitliche Definition des „Offenen Kanal“ gibt es nicht. Ein Offener Kanal ist ein lokales/regionales Medium, das allen Bürgern offen steht und den gleichberechtigten Zugang gestattet. Hier können die Bürger Hörfunk und Fernsehen selber machen. Die Offenen Kanäle stellen nur die technische Ausrüstung und das Know-how zur Verfügung. Sie sind nichtkommerziell und werbefrei. Offene Kanäle sind ein Drittes zwischen öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk, das keine größere Bedeutung im Orchester der Massenmedien erreichen wird.

Nichtkommerzieller Lokalfunk (NKL) ist ein werbefreies Programm mit lokaler Verbreitung. Die kon-

zeptionellen Vorstellungen über die jeweilige Umsetzung eines nichtkommerziellen Radios sind verschiedenen.

Allgemein lässt sich nichtkommerzieller Hörfunk über die Merkmale Offenheit und Partizipation, Gemeinnützigkeit, Transparenz, Werbefreiheit und den Lokalbezug beschreiben. Der wesentliche Unterschied zum Offenen Kanal besteht darin, dass der Trägerverein bzw. die Trägergesellschaft beim NKL selber Programmveranstalter ist.

Der Modellversuch geht auf eine Initiative der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Niedersächsischen Landtag zurück, die eine Unterversorgung bestimmter sozio-kultureller Gruppen im öffentlich-rechtlichen Rundfunkprogramm sah und die Chance einer stärkeren medialen Präsenz dieser Gruppen durch nichtkommerziellen Lokalfunk und Offenen Kanal vermutete.

Wettbewerb und Akzeptanz

Die niedersächsische Medienlandschaft hat in ihrer Vielfältigkeit für jeden etwas zu bieten. Wenn auch nur noch ein eingeschränkter Wettbewerb unter den Tageszeitungen existiert, droht dennoch keine Gefahr für die Informiertheit der Bürger. Denn der intermediäre Wettbewerb, der Wettbewerb unter den Mediengattungen, nimmt immer stärker zu und sorgt dafür, dass einseitige Informationen sofort als solche entlarvt werden. Vielmehr besteht die Gefahr für die demokratische Gesellschaft in der stagnierenden Akzeptanz der Tageszeitungen. Maßnahmen im redaktionellen Management und Marketing sind hier erforderlich – und sie werden von den Verlagen auch durchgeführt –, um insbesondere die jungen Nicht-Leser für das Medium zu gewinnen.

Victor Lis

Städte in Niedersachsen – Kurzporträts

Aurich – Im Zentrum Ostfrieslands



Pingelhus, ehemaliges Hafenwärterhaus
Foto: Verkehrsverein Aurich

Die Geschichte Aurichs lässt sich bis ins 13. Jahrhundert zurückverfolgen. Der Marktort und das Wahrzeichen von Aurich, die Lambertikirche mit dem Lambertiturm, wurden um 1200 durch Graf Moritz I. von Oldenburg gegründet. 1276 gab es dann die erstmalige urkundliche Erwähnung im Bromkerbrief. Die Stadtrechte wurden 1539 durch Graf Enno II. bestätigt. Durch die Gemeindereform im Jahr 1972 kam es zur Zusammenlegung der 21 Gemeinden und damit zur neuen Stadt Aurich.

Die Kreisstadt Aurich liegt mit einer Gesamtfläche von 197,25 km² im

Zentrum von Ostfriesland, ihre Stadtmitte ist rund 30 km von der Nordseeküste entfernt. Über den Ems-Jade-Kanal ist Aurich direkt mit den Nordseehäfen Emden (25 km) und Wilhelmshaven (47 km) verbunden.

Wirtschaftlich gesehen ist Aurich übergeordneter Schwerpunkt und Mittelzentrum mit rund 41.000 Einwohnern. Aurich ist Sitz weltbekannter Unternehmen der Elektroindustrie und namhafter Betriebe verschiedenster Branchen. Auf stadteigenem, voll erschlossenem Gelände bieten sich beste Voraussetzungen und Förderungsmöglichkeiten für weitere Gewerbe- und Industrieansiedlungen.

Verschiedene Einrichtungen, wie z. B. die Kulturgemeinschaft, das Jugend-Sinfonieorchester u. a., fördern ein reges kulturelles Leben. Die Stadthalle mit ihren 800 Plätzen bietet hierfür den geeigneten Ort.

Auch verfügt Aurich über eine ganze Reihe von Sehenswürdigkeiten. Zu nennen wären hier zum Beispiel:

- Schlossplatz mit Schloss und Marstall
- Gebäude der Ostfriesischen Landschaft
- Lambertikirche und Glockenturm (Wahrzeichen)

- | | |
|---|---|
| <ul style="list-style-type: none"> • Upstalsboom (alte ostfriesische Versammlungsstätte) • Sous-Turm auf dem Marktplatz • Ewiges Meer
(Naturschutzgebiet – Deutschlands größter Hochmoorsee) | <p>Stadt Aurich
Bgm.-Hippen-Platz 1
26587 Aurich
Telefon 0 49 41 / 12-0
Fax 0 49 41 / 1 22 14</p> |
|---|---|

Braunschweig – Stadt Heinrichs des Löwen

Braunschweig, die Stadt Heinrichs des Löwen, ist mit rund 250.000 Einwohnerinnen und Einwohnern die zweitgrößte Stadt Niedersachsens. Sie liegt international betrachtet in verkehrsräumlich günstiger Lage mitten in Europa, im nationalen Bereich ist die Verbindung Ruhrgebiet-Hannover-Braunschweig-Magdeburg-Berlin bedeutsam.

Begonnen hat Braunschweigs Geschichte vor etwa 1000 Jahren, als sich der Rast- und Stapelplatz („Wik“) zu einem wichtigen Kreuzweg mittelalterlichen Fernhandels entwickelte. Von hier ab wurde die Oker schiffbar und wies dem von Süden kommenden Verkehr über Aller und Weser den Weg über Bremen zur Nordsee. Dies trug Braunschweig seit dem 13. Jahrhundert bis zu deren Auflösung im 17. Jahrhundert eine Mitgliedschaft in der Hanse ein und ließ die Stadt zu einer der mächtigsten Städte jener Epoche erstarken.

Im 12. Jahrhundert wählte Heinrich der Löwe Braunschweig zu seiner Residenz und errichtete seine

Burg Dankwarderode. Das Wahrzeichen seiner Macht – der berühmte Burglöwe aus Bronze – ist auf dem Burgplatz zu sehen. Der Burgplatz bildet zusammen mit dem Dom und der Burg rund um den Burglöwen eine der historischen Traditioninseln.

Heute hat sich Braunschweig zu einer modernen Großstadt entwickelt, die als ein Zentrum für Forschung und Entwicklung gilt. Von herausragender Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Braunschweig ist die älteste Technische Universität Deutschlands, die Carolo Wilhelmina. Sie ist bereits über 250 Jahre alt. Hier werden nicht nur Technik und Naturwissenschaften, sondern auch Sprachen, Wirtschaftswissenschaften und Philosophie gelehrt. Die Hochschule für Bildende Künste gehört zu den wichtigsten deutschen Kunstakademien unserer Zeit. Anerkannte Künstler von heute wirken als Professoren an der Ausbildung der Avantgarde von morgen mit.

Neben bedeutenden Unternehmen, wie z. B. Siemens und VW, sind

zahlreiche renommierte wirtschaftsnahe Forschungseinrichtungen in Braunschweig vertreten, z. B. die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB), der Standort der Atomuhr. Sie bekräftigt die Behauptung: „In Braunschweig wird die Zeit gemacht“.

Hohe Wohnqualität und eine reizvolle natürliche Umgebung kommen als attraktive Standortvorteile hinzu. Auch für Tagungen und Kongresse hat sich Braunschweig als hervorragender Standort qualifiziert, wovon sich bereits unzählige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler überzeugt haben.

Braunschweig verfügt über eine lebendige, interessante und abwechslungsreiche Innenstadt, die mit ihren ausgedehnten Fußgängerzonen, gesäumt von attraktiven Geschäften, Kaufhäusern und neuen architektonisch gelungenen City-Passagen, Cafés und Lokalen zu einem Einkaufsbummel einlädt.

Die Stadt ist über die Autobahnen 2, 7 und 39, per IC und ICE und sogar mit einigen Flugverbindungen schnell und bequem zu erreichen.



Burglöwe

Foto: Stadt Braunschweig

Weitere ausführliche Informationen über Braunschweig erhalten Sie im Internet unter der Adresse „<http://www.braunschweig.de>“.

Stadt Braunschweig
Amt für Stadtentwicklung und
Stadtmarketing
Bohlweg 30
38100 Braunschweig
Telefon 05 31 / 4 70-21 69
Fax 05 31 / 4 70-44 45

Celle – Zwischen Historie und Moderne

Die Stadt Celle hat rund 73.500 Einwohner und 220.000 weitere im näheren Einzugsgebiet. Das Stadtgebiet erstreckt sich auf einer Fläche von 17.496 Hektar, davon werden

6.551 landwirtschaftlich genutzt, 5.826 Hektar sind Waldflächen.

Celles Geschichte beginnt um 990 n. Chr.. Unter dem Namen Kellu (Siedlung am Fluss) wurde die Stadt



Schloss

Foto: Peter Hoffmann

erstmals urkundlich erwähnt. Heute ist dort der Ortsteil Altencelle beheimatet. 1292 wurde die Stadt drei Kilometer flussabwärts neu gegründet – Gründungsvater: Herzog Otto der Strenge. Celle wird Residenz der braunschweig-lüneburgischen Herzöge, kann sich somit bis heute Herzog- oder Residenzstadt nennen – mittlerweile 706 Jahre jung.

Die Stadt, geprägt von ihren rund 450 denkmalgeschützten Fachwerkhäusern, verdankt den Herzögen einige ihrer Hauptsehenswürdigkeiten. Angefangen beim Schloss über die Stadtkirche (1308) mit Fürstengruft und Fürstenthron bis hin zum barocken Schlosstheater (1674), zugleich das älteste bespielte deutsche Theater mit festem Ensemble.

Das kulturelle Leben in Celle ist geprägt vom Miteinander von Historie und Moderne. So findet man die traditionelle Hengstparade im

Niedersächsischen Landgestüt ebenso wie das Bomann-Museum mit seinem Spektrum von Heimatkunde bis zur Gegenwartskunst, ein Kongress- und Tagungszentrum und eines der größten Jugendzentren Deutschlands in der ehemaligen Cambridge-Dragonerkaserne.

Das Schulsystem gliedert sich in Celle in 16 Grundschulen, fünf Ori-

entierungsstufen, drei Sonderschulen, sechs Haupt-, drei Realschulen und vier allgemein bildende Gymnasien. Daneben gibt es zwei Fachgymnasien mit den Schwerpunkten Wirtschaft und Technik. Alternativen bieten die vier Berufsbildenden Schulen der Fachrichtungen Wirtschaft und Verwaltung, Technik, Sozialwesen und Gesundheitspflege, Landwirtschaft und Ernährung. Um die Erwachsenenbildung kümmern sich Volkshochschule und Familienbildungsstätte. Führungskräfte aus Osteuropa erhalten in der Deutschen Management Akademie das nötige Rüstzeug in Sachen Marktwirtschaft.

In den rund 3.400 Celler Gewerbebetrieben sind etwa 30.000 Arbeitnehmer beschäftigt. Da das „schwarze Gold“ die Region einst berühmt machte, ist es kein Wunder, dass sich zahlreiche Unterneh-

men der Erdölzulieferindustrie in der Stadt ein deutsches Standbein geschaffen haben. Deshalb ist Celle in Fachkreisen auch als „Houston Europas“ bekannt. Ein nicht zu unterschätzender Wirtschaftsfaktor ist der Tourismus. Davon zeugen jährlich 650.000 Besucher aus allen Kontinenten.

Stadt Celle
Informations- und Pressedienst
Rathaus
29201 Celle
Telefon 0 51 41 / 1 25 77
Fax 0 51 41 / 1 27 55 77

Göttingen – Universitätsstadt

Die Universitätsstadt Göttingen liegt im Süden Niedersachsens, zwischen Harz und Weser im oberen Tal der Leine, an der Kreuzung der Bundesstraßen 3 und 27. Mit der BAB 7 und der Nord-Süd-Strecke der Deutschen Bahn ist die Stadt an überregionale Verkehrsnetze angebunden. Mit seinen 132.000 Einwohnern ist Göttingen das Oberzentrum der Region.

Erstmalige urkundliche Erwähnung findet Göttingen 935 als „Gut- ingi“, um 1210 erhält der Ort die Stadtrechte. Eine frühe wirtschaftliche und politische Blütezeit erlebt die günstig an einer Leinefurt und zwei bedeutenden Handelswegen liegende Stadt im Hochmittelalter, auch durch die Mitgliedschaft in der Hanse in den Jahren 1351 bis 1572 belegt. Durch die Reformationskriege im 16. Jahrhundert und im Zuge des 30-jährigen Krieges wird Göttingen zum bedeutungslosen Landstädtchen. Erst mit der Gründung der Universität 1734 nimmt die

Stadt einen neuen Aufschwung. Der Ruf der Universität zieht Lernende und Lehrende aus allen Ländern in die Stadt – ein Zeichen der Internationalität, die die Stadt bis heute prägt. 1964 wird Göttingen durch den Zusammenschluss mit den Um-



Altes Rathaus mit Marktplatz und Gänselieselbrunnen Foto: Helmut Scheiter

landgemeinden Großstadt und erreicht damit seine heutige Größe.

Göttingen ist Wirtschaftsmittelpunkt des südniedersächsischen Raumes. Die Wirtschaft der Stadt ist geprägt durch einen expandierenden Dienstleistungssektor, Verlage, Mess- und Regeltechnik, Laser-Technik, Anlagenbau, feinmechanisch-optische Betriebe sowie Aluminium- und Holz verarbeitende Industrie. Die Gothaer Lebensversicherung, ältestes deutsches Lebensversicherungsunternehmen, befindet sich seit 1945 in der Stadt.

Neben der Universität, mit ihren rund 28.000 Studenten größte Bildungseinrichtung der Stadt, hat sich eine Vielzahl weiterer Forschungs- und Bildungsinstitute in Göttingen angesiedelt. So ist die Stadt u. a. Sitz der Niedersächsischen Staats- und Universitätsbibliothek mit über 5 Millionen Bänden, von Fachhochschulen, mehrerer Institute der Max-Planck-Gesellschaft und anderer international bekannter Forschungseinrichtungen, unter ihnen das Institut für den wissenschaftlichen Film (IWF), das Deutsche Pri-

matenzentrum und die Deutsche Forschungsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DLR) sowie das neu geschaffene Otto-Hahn-Zentrum.

Das kulturelle Leben der Stadt ist von einer ausgesprochenen Vielfalt geprägt. Zwei Sprechbühnen, das Göttinger Symphonieorchester, Museen, Galerien wecken ebenso Interesse wie regelmäßig wiederkehrende kulturelle Großveranstaltungen wie die Händel-Festspiele, das große Altstadtfest und der Göttinger Literaturherbst.

Sehenswert ist für den auswärtigen Besucher vor allem die von den ehemaligen Wallanlagen umgebene historische Innenstadt mit Altem Rathaus, dem berühmten Gänseliesbrunnen, mehreren bedeutenden Kirchen, zahlreichen Fachwerkensembles aus Gotik, Renaissance und Barock und den historischen Universitätsgebäuden aus der Gründerzeit.

Stadt Göttingen,
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon 05 51 / 4 00-0
Fax 05 51 / 4 00-70 00

Goslar – UNESCO-Weltkulturerbe und EXPO-Stadt

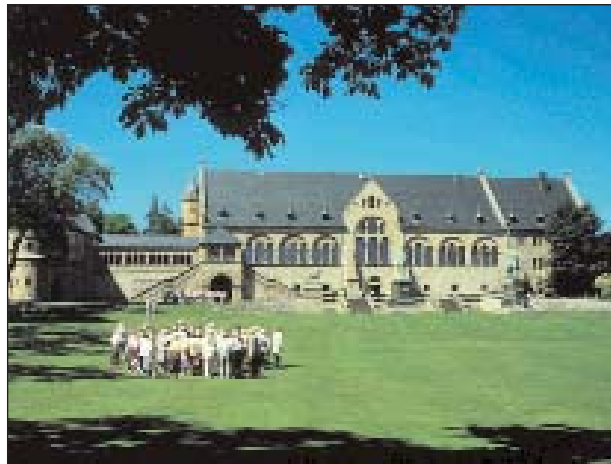
Die alte Kaiserstadt Goslar liegt in Südost-Niedersachsen und ist mit rd. 50.000 Einwohnern mit einem Einzugsgebiet von ca. 250.000 Einwohnern das wirtschaftliche, kulturelle

und touristische Zentrum der Harz-Region. Sie wurde 922 von König Heinrich I. als Kaufmannsniederlassung gegründet. Ihre Geschichte ist untrennbar mit der des Rammels-

bergs verbunden, in dem seit 968 Erze abgebaut wurden. Die aufgrund der reichen Silberfunde von Kaiser Heinrich II. Anfang des 11. Jahrhunderts angelegte Kaiserpfalz wurde unter den salischen Kaisern Heinrich III. und Heinrich IV. sowie unter dem Staufer Friedrich I. Barbarossa zum „clarissimum regni domicilium“ – zur Haupt-

residenz im Heiligen Römischen Reich. Über 100 glanzvolle Reichstage fanden hier statt, 200 Jahre lang wurde hier deutsche und europäische Geschichte gemacht.

Der kaiserlichen Epoche folgte die Blütezeit Goslars als reichsfreie Stadt (seit 1290). Seit 1267 gehörte Goslar der Hanse an. Die aus Goslarer Silber geprägten Sachsen-Pfennige und Otto-Adelheid-Pfennige galten zur damaligen Zeit als das beliebteste Zahlungsmittel im Norden und Osten Europas. Die Kaiserpfalz, die alten Kirchen, Klöster und Stifte, das historische Rathaus mit dem Huldigungssaal sowie zahlreiche Bürger- und Gildehäuser wie das Brusttuch, das Bäcker Gildehaus und die Kaiserworth – 1000 Bürger- und Gildehäuser stammen aus der Zeit von vor 1850, davon allein 158 aus der Zeit vor 1550 – sind sichtbare Zeichen für den Wohlstand jener



Kaiserpfalz

Foto: Stadt Goslar

Zeit und bieten heute das eindrucksvolle Bild einer in dieser Größe und Geschlossenheit in Deutschland nur noch selten anzutreffende mittelalterlichen Stadt. Die gesamte Altstadt Goslars und das ehemalige Erzbergwerk Ramelsberg sind 1992 in die Liste des UNESCO-Weltkulturerbes aufgenommen worden. Beide sind Bestandteil des dezentralen Programms der EXPO 2000 in Hannover.

Nach der Schließung des Bergwerkes 1988 weist Goslar heute eine breit gefächerte mittelständische Wirtschaftsstruktur – u. a. Papier- und Glasindustrie, Chemieindustrie, Metall- und Kunststoffverarbeitung, Elektrotechnik, Textilbetriebe – auf. Zahlreiche Dienstleistungsunternehmen, ein ausgeprägter Einzelhandel und ein starker Fremden- und Tagungsverkehr runden dieses

Bild ab. Goslar hat jährlich 1,5 bis 2 Millionen Touristen in der Kernstadt und im heilklimatischen Kurort Hahnenklee.

Seit 1975 vergibt die Stadt einen der weltweit renommiertesten Preise für moderne Kunst, den Kaiser-ring, den u. a. Henry Moore, Max Ernst, Victor Vasarély, Joseph Beuys, Richard Serra und Christo erhalten haben. Alle zwei Jahre verleiht die Stadt einen Preis zur Förderung der

deutschen Unterhaltungsmusik, den Paul-Lincke Ring, so genannt nach dem Schöpfer der Berliner Operette, der 1946 auf dem Waldfriedhof in Hahnenklee seine letzte Ruhestätte gefunden hat.

Stadt Goslar
Rathaus
38615 Goslar
Telefon 053 21 / 7 04-2 26
Fax 0 53 21 / 7 04-2 19

Hameln – Rattenfängerstadt

Der Beiname „Rattenfängerstadt“ ist untrennbar mit Hameln verknüpft. Nicht zu Unrecht hat der tschechische Dramatiker und Poet Pavel Kohout einmal gesagt, Hameln sei „eine Stadt der Poesie, die aus der Phantasie lebt und zu leben weiß“.

Bis heute ist die Rattenfängersage ein Mysterium geblieben. Der Rattenfänger ist zweifellos die in der Welt bekannteste Sagengestalt. Der Ursprung der Sage lässt sich auf ein genaues Datum zurückführen. In einer in Lüneburg entdeckten Handschrift aus der Zeit um 1430 wird dokumentiert, dass am 26. Juni 1284 130 Kinder aus Hameln einem seltsamen Pfeifer durch das Stadttor folgten und verschwanden.

Heute lockt der Rattenfänger Touristen in die Stadt. Etwa zwei Millionen Tagesgäste kommen jährlich. Besonderer Anziehungspunkt: die

prächtigen Fachwerk- und Weserrenaissancegebäude im Herzen der Altstadt. Diese Gebäude zu erhalten, war eine der Hauptzielsetzungen der Altstadtsanierung. Hameln gilt hier bundesweit als Modellfall. Die Altstadt ist ein Kulturdenkmal von internationalem Rang geworden, aber sie ist zugleich der lebendige Mittelpunkt der Stadt geblieben.

Die ältesten Siedlungskerne Hamelns liegen an der Weser, wo eine Furt eine historische Römerstraße durch den Fluss führte. Hier muss es ein Fischerdorf Namens „Hamela“ gegeben haben, dessen genaue Lage nicht bekannt ist. Durch Ausgrabungen und Funde unter der Krypta des heutigen Münsters Sankt Bonifatius wissen wir von der Gründung eines Klosters durch Mönche aus Fulda im Jahr 800, also zur Zeit Karl des Großen. Schon um 1100 war Ha-

Hameln ein bedeutender Markort und Handelsplatz, um 1200 erfolgte die erste urkundliche Erwähnung Hamelns als Stadt. Eine wirtschaftliche Hochblüte erlebte die Stadt im 16. und 17. Jahrhundert. In dieser Zeit wurden die meisten der prächtigen Altstadtbauten für die reichen Zunft- und Handelsherren gebaut.

Von ihrer Geschichte allein kann die 60.000-Einwohner-Stadt im Weserbergland, 45 Kilometer südwestlich von Hannover gelegen, natürlich nicht leben. Größter Arbeitgeber ist die BHW-Gruppe; Hameln gilt als bedeutender Bankenplatz und wichtiges Einkaufszentrum für die gesamte Region. Mit dem neuen „Weserbergland-Zentrum“ ist Ha-

meln in das bundesweite Tagungsgeschäft eingestiegen.

Gute Chancen sieht die Stadt auch in der Entwicklung von Zukunftstechnologien. Eine Fachmesse für Solartechnik hat sich fest in Hameln etabliert und inzwischen ein beachtliches Renommee erworben. Durch das Solarforschungsinstitut Hameln/Emmerthal ist diese Technologie ständig in Hameln präsent. Und das ist – da ist Pavel Kohout's Zitat zurechtzurücken – nicht nur Phantasie, sondern konkrete Realität.

Stadt Hameln
Rathausplatz 1, 31785 Hameln
Telefon 0 51 51 / 2 02-0
Fax 0 51 51 / 2 02-5 69



Rattenfänger-Freilichtspiel

Foto: Stadt Hameln

Landeshauptstadt Hannover – Stadt der EXPO 2000

Hannover, seit 1946 die Hauptstadt Niedersachsens, ist nicht nur wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und kultureller Mittelpunkt des Landes, sondern auch die Stadt, in der die erste Weltausstellung, die EXPO 2000, in Deutschland stattfinden wird.

Die Stadt ist der Kern einer Region von der Größe des Saarlandes, in der über 1,1 Millionen Einwohner leben. Früher eher in einer Randlage gelegen, ist sie nach den immensen politischen Veränderungen des letzten Jahrzehnts ins Zentrum Europas gerückt. Hannover liegt im Schnittpunkt der wichtigsten europäischen Straßen- und Eisenbahnverbindungen, ist über Binnenwasserwege mit Berlin, Hamburg und den Industriezentren an Rhein und Ruhr verbunden und hat einen leistungsfähigen Flughafen.

In der Region Hannover werden 20 Prozent der Bruttowertschöpfung des Landes Niedersachsen erwirtschaftet. Fahrzeug- und Maschinenbau, Bürobedarf und Unterhaltungselektronik, Nahrungs- und Genussmittel sind die Eckpfeiler der Wirtschaft. Hannover hat sich aber



Königliche Gärten Herrenhausen Foto: Klaus Hoffmann

auch mehr und mehr zu einem Dienstleistungszentrum vor allem im Banken- und Versicherungswesen und dem zukunftssträchtigen Bereich der Telekommunikation entwickelt. Als bedeutendes Zentrum der Wissenschaft verfügt Hannover über Forschungs- und Ausbildungskapazitäten sowie Entwicklungspotential wie kaum eine andere bundesdeutsche Großstadt: Über 300 private und öffentliche wissenschaftliche Einrichtungen sind hier angesiedelt.

Kunst und Kultur sind in Hannover vielfältig erlebbar. Mit dem

„Straßenkunstprogramm“ hat die Stadt schon Anfang der siebziger Jahre Schlagzeilen gemacht. Die seinerzeit heiß umstrittenen Nanas der Niki de Saint Phalle am Hohen Ufer sind aus dem Stadtbild nicht mehr wegzudenken. Über zweihundert weitere Skulpturen und Kunstobjekte stehen heute in Hannovers Straßenraum. Beachtenswert sind auch die in den neunziger Jahren geschaffenen „Busstops“.

Mit dem Sprengel Museum, dem Kestner Museum, dem Historischen Museum, dem Niedersächsischen Landesmuseum, dem Wilhelm-Busch-Museum / Deutsches Museum für Karikatur und kritische Grafik und vielen Spezialmuseen gilt Hannover als Mekka für Museumsfreunde. Dazu kommen zahlreiche Galerien. Opernhaus, Ballhof, das Schauspielhaus und rund vierzig kleinere Theater bieten ein hervorragendes Angebot.

In der Musikszene reicht die Auswahl von der Klassik bis zum Techno. Das Niedersächsische Staatsorchester und das NDR-Rundfunkorchester bieten Konzerte auf hohem Niveau, Mädchen- und Knabenchor sind international bekannt. Allererste Adresse für Jazzfans ist der Jazzclub auf dem Lindener Berg. Die weltberühmten „Scorpions“ kommen aus Hannover, ebenso wie „Fury In The Slaughterhouse“ und „Scooter“.

Ein Kulturdenkmal anderer Art, das weit über Hannovers Grenzen bekannt ist, sind die Herrenhäuser Gärten. Der Große Garten, der Berggarten und der Georgengarten ziehen in jedem Jahr zigtausende Besucherinnen und Besucher aus der ganzen Welt an. Nicht nur diese historischen Gärten haben zum Ruf Hannovers als Großstadt im Grünen beigetragen. Immerhin die Hälfte des Stadtgebietes sind Grünanlagen und Forsten, landwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzte Flächen und Gewässer.

Eine Herausforderung, aber auch eine große Chance für Hannover ist die EXPO 2000. Unter dem Motto „Mensch-Natur-Technik“ wird hier vom 1. Juni bis 31. Oktober des Jahres 2000 die erste Weltausstellung in Deutschland stattfinden. Sie soll Beiträge für die Lösung der vielfältigen Probleme und Anforderungen zeigen, denen sich die Welt an der Schwelle zum dritten Jahrtausend gegenüber sieht. Darüber hinaus wird sie Unterhaltung und Themen anbieten, die ein sehr breites Publikum ansprechen und nach Hannover bringen werden.

Landeshauptstadt Hannover
Presse- und Informationsamt
Trammplatz 2
30159 Hannover
Telefon 05 11 / 1 68-4 26 50
Fax 05 11 / 1 68-4 53 51

Hildesheim – Tor zur EXPO 2000



Dom

Foto: Andreas Hartmann

Hildesheim, eine moderne Großstadt mit 110.000 Einwohnern, ist 20 Kilometer südlich des EXPO 2000-Geländes gelegen.

Die Stadt wird geprägt einerseits durch die Universität und Fachhochschulen, andererseits durch ihre berühmten kulturhistorischen Kostbarkeiten.

Der Hildesheimer Marktplatz ist nach seiner originalgetreuen Rekonstruktion wieder zu einem beliebten Anziehungspunkt für Besucher und Einheimische geworden. Das Knochenhaueramtshaus (1529), als schönstes Fachwerkhaus der Welt gerühmt und ein Juwel bürgerlicher Baukunst, sowie das Bäckeramtshaus (1800), wurden von 1987 bis 1989 wieder aufgebaut. In den oberen Geschossen des

Knochenhaueramtshauses befindet sich das Stadtmuseum.

Der Dom (872), Um- und Erweiterungsbauten im 11., 12. und 14. Jahrhundert, wurde von 1950 – 1960 wieder aufgebaut. An seiner Apsis befindet sich der weltberühmte Tausendjährige Rosenstock. Die Bernwardinischen Bronzegüsse – doppelflügige Bronzetür (1015) und Christussäule (1020) – sind UNESCO-Weltkulturgüter.

St. Michael (1010 – 1033) wurde von 1950 – 1957 wieder aufgebaut. Sie ist eine der schönsten frühromanischen Kirchen Deutschlands und UNESCO-Weltkulturgut.

In Hildesheim werden Kultur- und Freizeitangebote groß geschrieben: Das Roemer- und Pelizaeus-Museum beherbergt Sammlungen von Weltrang zu Altägypten und Alt-Peru. Die seit 1976 alljährlich veranstalteten spektakulären Sonderausstellungen sahen drei Millionen Besucherinnen und Besucher. Das Dom-Museum präsentiert ausgewählte Kostbarkeiten aus der Geschichte des Doms und den bedeutenden Domschatz mit wertvollen mittelalterlichen Kunstwerken.

Das Stadttheater mit Oper, Operette, Musical, Schauspiel, Ballett und Konzert erregt durch außergewöhnliche Aufführungen immer wieder überregionales Interesse.

Intensive Pflege erfahren das zeitgenössische Schauspiel sowie das Kinder- und Jugendtheater. „Vier Linden“, „Bischofmühle“, „Kultur-Fabrik“ und zahlreiche weitere Einrichtungen sorgen für eine lebendige kulturelle Szene.

Wirtschaftliche Prägung erfährt die Stadt durch den größten norddeutschen Standort von Bosch und die Entwicklungsmöglichkeiten auf einem der größten niedersächsischen Industrie- und Gewerbeareale

im Süden Hannovers, der Messe und der Weltausstellung EXPO 2000.

Attraktiv gestaltete Fußgängerzonen und Geschäftsstraßen, eine vielfältige Hotellerie und Gastronomie sowie zahlreiche Wald-, Grün-, Sport- und Wasserflächen schaffen eine hohe Lebensqualität.

Stadt Hildesheim
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Markt 1, Postfach 10 12 55
Telefon 0 51 21 / 3 01-7 49
Fax 0 51 21 / 3 01-1 49

Lüneburg – Eine aufstrebende Hochschulstadt

Junges Leben in historischen Gemäuern – das ist Lüneburg. Das Oberzentrum Nordostniedersachsens, südöstlich von Hamburg gelegen, hat sich im zurückliegenden Jahrzehnt erheblich gewandelt, ist vielfältiger und interessanter geworden. Zahlreiche Verwaltungen und Gerichte sind geblieben, aber: Aus der ehemaligen Garnisonsstadt ist eine Stadt der Hochschulen geworden. An Universität und Fachhochschule studieren mittlerweile über 10.000 junge Menschen. Tendenz steigend. Dementsprechend wächst die Einwohnerzahl Lüneburgs stetig, liegt mittlerweile (Stand 1. September 1998) bei über 68.000.

Was kommt nach den Soldaten und ihren Familien? Diese Frage schwebte Anfang der 90er Jahre

wie ein Damoklesschwert über Lüneburg. Den Ost-West-Konflikt gab es nicht mehr, zwei der drei Kasernen in der Stadt wurden geschlossen. Ein in Deutschland einmaliges Projekt war die Antwort. Aus einer Bundeswehrkaserne wurde ein Universitätscampus. Diese sog. Konversion ist ein großer Erfolg. Studieren in Lüneburg ist angesagt.

Wie das Projekt Konversion abgelaufen und wie erfolgreich es ist, sollen die Menschen aus aller Welt erfahren. Die Region Lüneburg ist damit und dem Thema „Wendepunkte – Flusslandschaft Elbe“ Außenstandort der Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover.

Außergewöhnliche Studiengänge – praxisnah und an aktuellen Erfordernissen orientiert – machen einen zusätzlichen Reiz aus. Die Uni

und die ebenfalls umfangreich ausgebauten Fachhochschule bieten beispielsweise Angewandte Kulturwissenschaften, Umweltwissenschaften, Wirtschaftsrecht und Angewandte Automatisierungstechnik an. Klassische Studiengänge im Bereich Wirtschaftswissenschaften, Informatik sowie Sozial- und Erziehungswissenschaften fehlen aber auch nicht.

Ziel der Stadt Lüneburg ist es, die jungen Hochschulabsolventen auch nach dem Studium zu halten. Deshalb arbeitet sie daran, ein noch attraktiverer Wirtschaftsstandort mit hochwertigen Arbeitsplätzen zu werden. Die geographische Lage und die Verkehrsanbindung sind für Wirtschaftsunternehmen bestens. Der Hamburger Hafen und die Innenstadt sind über die A 250 in einer guten halben Stunde zu erreichen. Hannover (1,5 Stunden per Auto, 1 Stunde per Bahn) und Berlin (jeweils 2,5 Stunden) sind ebenfalls nicht weit. Der Elbeseitenkanal führt an Lüneburg vorbei.

Die Innenstadt Lüneburgs bietet zahlreiche Reize, vor allem historische Gebäude. Die Stadt ist erstmals 956 urkundlich erwähnt. Im Mittelalter waren es die Solevorkommen,



Rathaus

Foto: Stadt Lüneburg

die sie zu einem der reichsten Mitglieder der Hanse machten. Das „weiße Gold“ Salz ließ es der Stadt gut gehen. Im 17. Jahrhundert war es damit allerdings vorbei – anderswo wurde das preiswerte Meersalz gewonnen, Lüneburg verlor seine Bedeutung als Produktionsstandort.

Die alte Hansestadt bietet zahlreiche touristische Highlights: historische Innenstadt mit Rathaus, Brauerei-Museum, Deutsches Salz-museum, Museum für das Fürstentum Lüneburg, Naturmuseum, Ostpreußisches Landesmuseum, Kloster Lüne, Freizeitbad SaLü.

Stadt Lüneburg
 Presse- und Informationsstelle
 Scharnhorststr. 1,
 21332 Lüneburg
 Telefon 0 41 31 / 78-10 07
 Fax 0 41 31 / 78-10 97

Oldenburg – Mittelpunkt zwischen Weser und Ems

Als ehemalige Residenz der Großherzöge und Landeshauptstadt bildet die Bezirkshauptstadt Oldenburg heute den wirtschaftlichen und kulturellen Mittelpunkt der Region zwischen Weser und Ems. Mit rund 153.000 Einwohnern (Tendenz: steigend!) ist sie die viertgrößte Stadt in Niedersachsen. Das Stadtgebiet ist mit 103 Quadratkilometern vergleichsweise groß, was an dem hohen Anteil von Ein- und Zweifamilienhäusern liegt, die Oldenburg zugleich den Charakter einer „Gartenstadt“ verleihen.

Die Stadt entstand im Mittelalter, bedingt durch die günstige Lage an einer Furt über die Hunte, einer Burg, der „Aldenburg“, die 1108 erstmals urkundlich erwähnt wurde. 1345 erhielt der Ort Stadtrecht. Durch geschickte Diplomatie blieb Oldenburg von den Wirren des Dreißigjährigen Krieges verschont, aber durch die Pest (1667) und den großen Stadtbrand (1676) wurde es zurückgeworfen. Erst im 19. Jahrhundert entwickelte sich die Stadt wieder, jetzt als Residenzstadt der Großherzöge von Oldenburg, ab 1919 als

Hauptstadt des Freistaates Oldenburg und nach dem Zweiten Weltkrieg als Sitz des Präsidenten des Verwaltungsbezirkes Oldenburg. Seit 1978 ist die Stadt Sitz der Bezirksregierung Weser-Ems.

Die wirtschaftliche Struktur Oldenburgs ist geprägt von wenigen Industrie-, aber zahlreichen Dienstleistungsbetrieben. Banken, Versicherungen, Unternehmensberatungen sowie große Handelsunternehmen haben ihren Sitz in der Stadt. Bedingt durch das große Einzugsgebiet spielt auch der Einzelhandel, besonders die seit 1967 bestehende Fußgängerzone, eine wesentliche Rolle. An der Verbindung von Hunte und Küstenkanal hat Oldenburg zudem den umschlagstärksten Binnenhafen Niedersachsens.



Schloss und Schlossplatz

Foto: Stadt Oldenburg

Neben der Carl von Ossietzky Universität (13.000 Studenten) und der Fachhochschule (2.000 Studenten) sowie dem Niedersächsischen Studieninstitut für Kommunale Verwaltung haben das Bundesinstitut für Ostdeutsche Geschichte und Kultur sowie das Staatsarchiv ihren Sitz in Oldenburg. Das Staatliche Museum für Naturkunde und Vorgeschichte, das Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte und das Stadtmuseum unterstreichen neben dem Staatstheater, der Kulturetage und dem Figurentheater Laboratorium den Rang Oldenburgs als kulturelles Oberzentrum der Region.

Zu den besonderen Sehenswürdigkeiten zählen neben dem Schloss und der Lambertikirche zahlreiche weitere Baudenkmäler aus fünf Jahrhunderten Geschichte. Zahlreiche historische Parkanlagen, so der Schlossgarten, die wiederhergestellten Wallanlagen oder das Eversten Holz gaben Oldenburg den Beinamen der „Großstadt im Grünen“.

Stadt Oldenburg
 Presseamt
 Wallstr. 14
 26122 Oldenburg
 Telefon 04 41 / 2 35-21 27
 Fax 04 41 / 2 35-28 80

Osnabrück – Stadt des Westfälischen Friedens

Als Zentrum einer Wirtschaftsregion mit rund 1,2 Millionen Einwohnern, die grenzüberschreitend zwei Bundesländer (Niedersachsen und

Nordrhein-Westfalen) und Teile der Niederlande berührt, hat Osnabrück von jeher eine führende Rolle gespielt. Ihre Existenz verdankt die

drittgrößte Stadt Niedersachsens einer weit blickenden Standortentscheidung Karls des Großen vor mehr als 1200 Jahren. Er gründete 780 einen Bischofssitz an einem Knotenpunkt alter Handelsstraßen. Einen Platz in der europäischen Geschichte erhielt Osnabrück als Verhandlungsort des Westfälischen Friedens (1648).



Rathaus

Foto: Peter Hoffmann

Mit rund 158.000 Einwohnern ist Osnabrück wirtschaftliches und kulturelles Oberzentrum im westlichen Niedersachsen und Herzstück des Osnabrücker Landes. Sein Freizeitwert profitiert von der reizvollen Lage zwischen Teutoburger Wald und Wiehengebirge mit zahlreichen Heilbädern in unmittelbarer Nachbarschaft. Den Eindruck einer alten Stadt mit Tradition vermitteln gotischer Dom und Barockschloss sowie die als Besucherziel sehr beliebte historische Altstadt mit mittelalterlichen Wehranlagen und Fachwerkhäusern.

Auch wenn die Stadt es auf den ersten Blick nicht zu erkennen gibt, ist sie eine bedeutende Industriestadt. Die Palette der in Osnabrück produzierten Industriegüter umfasst nahezu alle Sparten. Jedoch mehr als die Hälfte aller Industriearbeitsplätze werden auf dem Metall verarbeitenden Sektor angeboten. Der Fahrzeugbau, die Kupferverarbeitung und der Maschinenbau dominieren. Dazu ist die Papierindustrie ein weiteres kräftiges Standbein. Das überproportional vertretene Verkehrsgewerbe stärkt Osnabrücks Position als herausragendes Logistik- und Dienstleistungszentrum.

Die zur Spitzengruppe der Hochschulneugründungen gehörende Universität, die Fachhochschule mit ihren stark gefragten internationalen Studiengängen sowie die in Osnabrück ansässige Deutsche Bun-

desstiftung Umwelt sind wichtige Potentiale zur Erzeugung eines innovativen Klimas.

Im kulturellen und stadtgestalterischen-ästhetischen Bereich kann Osnabrück mit einem ganzen Bündel attraktiver Angebote aufwarten, das vom Theater bis zum Botanischen Garten reicht.

Das alljährliche europäische Medienkunstfestival und die Ausstellungen in der Kunsthalle Dominikanerkirche finden bundesweit und international Beachtung. In der reich gegliederten Museumslandschaft ist das Felix-Nussbaum-Haus die jüngste und zugleich spektakulärste Einrichtung. Das von dem amerikanischen Stararchitekten Daniel Libeskind im dekonstruktivistischen Stil konzipierte Haus für die Bilder des jüdischen Malers Felix Nussbaum erregt weltweit Aufsehen.

Nicht zuletzt wird Osnabrücks Profil durch ein intensives friedenspolitisches Engagement bestimmt. So verleiht die Stadt alle zwei Jahre den Erich Maria Remarque-Friedenspreis zur Erinnerung an das von tiefem Humanismus geprägte Lebenswerk des aus Osnabrück stammenden Schriftstellers und fördert das Remarque-Friedenszentrum.

Stadt Osnabrück
Presseamt, Rathaus
49034 Osnabrück
Telefon 0541/ 323-0
Fax 0541/ 323-4353

Salzgitter – Stadt der Kontraste



Traditionsinsel in Salzgitter-Bad
Foto: Werbefotoarchiv der Stadt Salzgitter

Salzgitter mit seinen 115.000 Einwohnern ist der drittgrößte Wirtschaftsstandort in Niedersachsen und wurde am 1. April 1942 durch den Zusammenschluss von 21 Gemeinden des Landkreises Wolfenbüttel und 8 des Landkreises Goslar gegründet.

Der Name der Stadt geht auf die bis 1942 selbständige Stadt Salzgitter, das heutige Salzgitter-Bad, zurück. Ihr Gebiet umfasst 31 Stadtteile auf 224 Quadratkilometern. Damit ist Salzgitter flächenmäßig eine der größten Städte der Bundesrepublik.

Salzgitter bietet 50.000 Arbeitsplätze. Weltweite Bedeutung haben die Salzgitter AG – Stahl und Technologie, die Fahrzeugproduktion für Schiene durch Alstom (ehemals

LHB) und Straße durch Volkswagen und MAN sowie die Herstellung elektronischer Steuergeräte für die Kraftfahrzeugindustrie (Bosch). Doch die Großunternehmen sind nur eine Seite der breit gefächerten Wirtschaftsstruktur. Mittelständische Firmen der Pharmazie, Kunststoff- und Papierverarbeitung, Verpackungs- und Nahrungsmittelindustrie, Handel, Handwerk und

Landwirtschaft runden das Bild ab. Salzgitter ist Sitz des Bundesamtes für Strahlenschutz und Standort des Fachbereiches Transport- und Verkehrswesen der Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel.

Salzgitter ist aber auch ein anerkanntes Solbad mit einer der stärksten Solequellen Deutschlands. Die Stadt verfügt über ein modernes Kurmittelhaus mit einem Thermal-Solewellenbad. Ausgedehnte Wälder bieten Ruhe und Erholung. Der Salzgittersee mit seinen 75 Hektar Wasserfläche ist zum Freizeitzentrum Südostniedersachsens für den Wassersport geworden. Salzgitter verfügt über eine moderne Eissporthalle und ein insbesondere bei Leichtathleten beliebtes Stadion am Salzgittersee.

Zeugen einer lebendigen Geschichte sind das der Weserrenaissance entstammende Städtische Museum Schloss Salder, Schloss Ringelheim mit einer 1694 erbauten Barockkirche und wertvoller Orgel, die fast 1000-jährige Wasserburg Gebhardshagen, die Kapelle Engerode mit gotischen Fresken, eine der ältesten Wallfahrtskirchen in Norddeutschland, die malerische Altstadt Salzgitter-Bad mit der Traditioninsel und dem Rosengarten, das Gut Flachstockheim mit einem englischen Park, die Ruine der einst von Heinrich dem Löwen erbauten mächtigen Burg Lichtenberg oder Stift Steterburg.

Seit 1995 hat Salzgitter ein Wahrzeichen – das Monument zur Stadtgeschichte vom Bildhauer Professor Jürgen Weber. Es erzählt vom Lei-

den der Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge beim Aufbau der Industrie im Nationalsozialismus, von der Flucht aus der Heimat jenseits der Oder und Neiße, vom Kampf gegen die Demontage des Stahlwerkes und dem Lebens- und Aufbauwillen der Menschen. Die Stadt steht als Musterbeispiel für die deutsche Zeitgeschichte.

Kunst im öffentlichen Raum, Bürgerfeste und Open-Air-Konzerte auf der Insel im Salzgittersee zeigen ein weiteres Gesicht. Salzgitter steht für ein Kontrastprogramm.

Stadt Salzgitter
Referat für Öffentlichkeitsarbeit
Joachim-Campe-Str. 6 – 8
38226 Salzgitter
Telefon 0 53 41 / 8 39-0
Fax 0 53 41 / 8 39-49 01

Stade – Historische Stadt mit moderner Industrie

Bereits im 8. Jahrhundert war Stade ein günstiger Hafen und Anlegeplatz. Hier an der Schwinge, nur wenige Kilometer von der Elbe entfernt, entwickelte sich schnell eine Kaufmanns- und Handwerkersiedlung, die 994 erstmals schriftlich erwähnt wurde, als die Askomannen die Stadt eroberten. In den folgenden Jahrhunderten war Stade, Residenz eines bedeutsamen Grafengeschlechts, der bedeutendste Hafen an der Unterelbe.

1209 erhielt Stade Stadtrecht und gehörte seit dem 13. Jahrhundert auch der Hanse an. Der Hafen wurde aber bald zu klein, sodass Hamburg seit dem 15. Jahrhundert den Elbhandel weitgehend an sich ziehen konnte. Stade blieb jedoch Mittelpunkt des Elbe-Weser-Raumes. Als die Schweden 1645 das Land besetzten, wurde die Stadt Verwaltungszentrum, eine bedeutende Landesfestung und Standort einer Garnison.

Ein verheerender Stadtbrand zerstörte 1659 zwei Drittel der Häuser und öffentlichen Gebäude, die aber schnell wiederhergestellt wurden. Die Fachwerkbauten des 17. Jahrhunderts prägen seitdem das Bild der Stadt. Nach der dänischen Eroberung und dem Abzug der Schweden 1712 blieb Stade

auch unter hannoverscher Herrschaft eine Festung, deren Anlagen im 18. und 19. Jahrhundert fast jede gewerbliche Entwicklung verhinderten.

Erst 1867, unter preußischer Herrschaft, wurde die Festung offiziell aufgegeben, die Garnison blieb jedoch erhalten. 1880 wurde ein neuer Hafen angelegt, 1881 die Eisenbahnlinie Harburg-Stade-Cuxhaven eröffnet. Damit begann eine erste verspätete Industrialisierung.

Bis 1939 wuchs die Bevölkerung auf knapp 18.000, zu denen ab 1944 als Folge des zweiten Weltkrieges noch 12.000 Flüchtlinge und Vertriebene kamen. Die wirtschaftliche Strukturkrise nach dem Zweiten Weltkrieg verhinderte zunächst die erforderliche Stadtsanierung. Eine zweite Industrialisierung setzte 1967/1968 ein, als das Land Niedersachsen ein über 600 Hektar großes Industriegelände an der Unterelbe



Der alte Hafen

Foto: Stadtarchiv der Stadt Stade

zu erschließen begann. Das 1972 ans Netz gehende Kernkraftwerk lieferte preiswerte Energie für ein großes Werk der Dow Chemical, das Produkte der Grundstoff- und Spezialitätenchemie herstellt, und zwei Aluminiumwerke der VAW/AOS, die 1972/73 ihren Betrieb aufnahmen. Bereits 1962-64 hatte die Akzo an der Elbe eine der größten deutschen Salinen errichtet. Insgesamt wurden in dieser Zeit, zusammen mit einem Zweigwerk der MBB (heute DASA), die das Seitenleitwerk des Airbus herstellt, 5.000 moderne Arbeitsplätze geschaffen.

Die 1973 einsetzende Wachstumsphase der Stadt war die entscheidende Voraussetzung für eine umfassende planvolle Stadterneuerung. Die Altstadt wurde durchgreifend und gleichzeitig historisch rücksichtsvoll saniert. Darüber hinaus wurden neue kulturelle Schwer-

punkte gesetzt mit der Restaurierung des schwedischen Provianthauses, seit 1977 Regionalmuseum, und dem Bau des 1989 eröffneten Kultur- und Tagungszentrums STADEUM. Die Verlegung des Regierungssitzes nach Lüneburg 1978 und die vollständige Auflösung der Garnison 1993 waren allerdings tiefe ökonomische Einschnitte.

Auch wenn Stade von den verschärften wirtschaftlichen Rahmen-

bedingungen nicht unberührt geblieben ist, so hat die Stadt, mit heute gut 45.000 Einwohnern, doch als Standort moderner ressourcenschonender Industrie weiterhin gute Wachstumschancen.

Stadt Stade
Johannisstraße 5
21677 Stade
Telefon 0 41 41 / 4 01-0
Fax 0 41 41 / 4 01-1 02

Wilhelmshaven setzt Zeichen

Wilhelmshaven wurde 1869 durch König Wilhelm I. von Preußen gegründet. Auch heute noch ist die Stadt Deutschlands größter Marinestützpunkt.

Das richtungsweisende Ziel für die Zukunft ist für die gesamte Region die „EXPO AM MEER“ im Jahr 2000, denn Wilhelmshaven ist seit Oktober 1996 dezentrales, registriertes Projekt der Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover.

Beliebter Anziehungspunkt ist, neben den vielen großflächig angelegten Grünanlagen, der Wilhelmshavener Südstrand. Er ist der einzige Südstrand an der deutschen Nordseeküste. Mit seiner südländisch anmutenden Promenade lädt er

zu langen Spaziergängen am Meer ein. Seewasseraquarium, Nationalparkzentrum „Das Wattenmeerhaus“, die Dauerausstellung „Der Pottwal von Baltrum“ sowie das „Deutsche Marinemuseum“ sind attraktive Anlaufpunkte.

Nur einen „Katzensprung“ vom Südstrand entfernt, direkt neben der 1908/1909 erbauten Kaiser-Wil-



Hafen

Foto: Stadt Wilhelmshaven

helm-Brücke, liegen die Museumschiffe „Kapitän Meyer“, ein alter Tonnenleger, und das Weserfeuerschiff „Norderney“. Der sich anschließende Bontekai verbindet Südstrand und Hafen mit der neuen maritimen Mitte, der Nordseepassage.

Dieses neue Highlight in der City ist von dem bekannten Hamburger Architekten Meinhard von Gerkhahn (Bahnhöfe Leipzig und Stuttgart) entworfen und mit einem Investitionsvolumen von 150 Millionen Mark realisiert worden. Anfang September 1997 wurde die „Nordseepassage“ mit 60 Geschäften, Cafés und einem neuen, modernen Bahnhof eröffnet.

Kulturell bietet die Nordseestadt mehr als nur Mittelmaß. Das Stadttheater mit dem Sitz der Landesbühne Niedersachsen Nord, Kunsthalle, Küstenmuseum, Stadthalle, private Galerien, und vor allem das

Kulturzentrum Pumpwerk, dessen Ruf überregional ausstrahlt, sind Eckpfeiler der Kulturszene in Wilhelmshaven.

Golfplatz, Freibäder, Tennis- und Squashcenter sowie eine große Funcartbahn ergänzen das breitgefächerte „Outdoor“-Freizeitangebot.

Weitere Sehenswürdigkeiten sind das 1929 erbaute Rathaus mit seinem 49 Meter hohen Aussichtsturm, das 1906 im Stil der Neu-Renaissance erbaute „Robert-Koch-Haus“ und die historische preußische Achse von der Garnisonskirche über die Denkmale König Wilhelms I. und des Prinzen Adalbert bis zum Adalbertplatz.

Stadt Wilhelmshaven
Pressereferat, Rathaus
26380 Wilhelmshaven
Telefon 0 44 21 / 16-0
Fax 0 44 21 / 16-12 22

Wolfsburg – Forschung und Innovation

Im Zentrum Deutschlands, kartographisch gesehen exakt 10° 47' östlicher Länge und 52° 25' nördlicher Breite, 60 m über dem Meeresspiegel, erstreckt sich Wolfsburg – mit 20,4 Hektar fast so groß wie die Landeshauptstadt. Die Stadt liegt verkehrsgünstig an der ICE-Strecke Hannover-Berlin, am Mittellandkanal und ist über die A 39 an die A 2 angebunden.

Im Jahr 1938 ist Wolfsburg, damals noch „Stadt des KdF-Wagens“, auf grüner Wiese entstanden. Erst nach dem 2. Weltkrieg erhielt die Stadt ihren endgültigen Namen. Der Name „Wolfsburg“ ist allerdings schon in einer Urkunde aus dem Jahr 1302 erwähnt. Dort wird die Wolfsburg (ein Schloss an der Aller, Namensgeber der Stadt) als Sitz eines Adelsgeschlechts ge-

nannt. Nach dem Krieg nahm die Stadt eine stürmische Entwicklung. Die Einwohnerzahl wuchs rasch und erreichte 1981 den Höchststand von über 130.000 Einwohnern.

In jedem Jahrzehnt entstand wenigstens ein neuer Stadtteil, sodass sich in Wolfsburg die Ar-

chitektur der Bundesrepublik widerspiegelt. Berühmte Architekten haben Wolfsburg geprägt: Alvar Aalto entwarf das Kulturhaus und zwei Kirchen, Hans Scharoun plante das Theater, das Kunstmuseum von Schweger und Partner setzt einen besonderen städtebaulichen Akzent am südlichen Stadteingang.

Generell gilt, dass Innovation und Mut zum Neuen diese Stadt kennzeichnen. Das zeigt sich in besonderem Maße in der Kulturlandschaft. Schon früh begann die Städtische Galerie mit viel Ideenreichtum und Initiative zeitgenössische Kunst zu sammeln. Inzwischen umfasst diese Sammlung über 5.000 Gemälde, Plastiken, Skulpturen, Kunstwerke aller Stilarten. Das Kunstmuseum Wolfsburg der Kunststiftung Volkswagen mit seinen herausragenden Ausstel-



Kunstmuseum

Foto: Jochen Fritzsche

lungen setzt darüber hinaus viel beachtete bundesweite Akzente in der Kunstszene.

Wer über Wolfsburg spricht, kommt nicht an der Volkswagen AG vorbei. Dass dort innovative Produkte entwickelt und gebaut werden, ist bekannt. Nicht nur die Belegschaft, auch die Stadt hat von der 4-Tage-Woche profitiert.

Aber auch das Auto-Museum Volkswagen und die im Entstehen begriffene Neue Autostadt mit zahlreichen audio-visuellen Attraktionen, die es zum Vergnügen machen werden, seinen neuen fahrbaren Untersatz abzuholen, sowie das von VW der Stadt geschenkte Planetarium, das einzige Großplanetarium in Niedersachsen, bereichern die kulturell-technischen Angebote der Stadt.

Wolfsburg hat sich inzwischen zu einem wichtigen Standort der Fachhochschule Braunschweig-Wolfenbüttel entwickelt. Zahlreiche Studiengänge in den Fachbereichen Produktions- und Verfahrenstechnik, Wirtschaft und Gesundheitswesen werden hier angeboten. Inzwischen sind hier 1.000 Studenten eingeschrieben.

Innovativ ist auch das EXPO 2000-Projekt „Nachwachsende Rohstoffe“. Die Idee, Produkte statt aus

Kunststoffen auf Erdölbasis aus Naturprodukten wie Raps zu konkurrenzfähigen Preisen herzustellen, hat im wahrsten Sinne des Wortes Zukunft für Mensch, Natur und Technik.

Stadt Wolfsburg
Presse- und Informationsreferat
Rathaus
38409 Wolfsburg
Telefon 05361/ 28-0
Fax 05361/ 28-2100

Statistische und historische Daten Niedersachsens

Niedersachsen in Zahlen

Allgemeines

	Einwohner	Fläche	Einwohner je km ²
Niedersachsen	7 859 505	47 613,4	164,8
Bez.-Reg Braunschweig	1 670 013	8 097,5	206,7
Bez.-Reg Hannover	2 148 812	9 045,6	237,7
Bez.-Reg Lüneburg	1 641 848	15 505,1	105,2
Bez.-Reg Weser-Ems	2 398 832	14 965,1	159,7

Städte über 100 000 Einwohner

Hannover	520 670
Braunschweig	248 944
Osnabrück	166 653
Oldenburg	153 531
Göttingen	127 366
Wolfsburg	122 798
Salzgitter	115 453
Hildesheim	105 405

Berge über 500 Meter Höhe

Wurmberg	Harz	971 m
Bruchberg	Harz	927 m
Achtermann	Harz	925 m
Große Blöße	Solling	528 m

Tiefste Punkte

Ort	Gemeinde	Höhe in m unter NN
Freepsumer Meer	Krummhörn	– 2,5
Wynhamster Kolk	Dollart	– 2,5
Althemmoor	Hemmoor	– 1,5

Wichtige Flüsse (km-Länge in Niedersachsen)

Weser	353 km
Leine	247 km
Ems	241 km
Elbe	238 km
Aller	205 km

Binnenseen

Steinhuder Meer	27 km ²
Dümmer	13 km ²
Zwischenahner Meer	5,5 km ²
Großes Meer	2,6 km ²
Bederkesaer See	1,7 km ²

Talsperren

	Speicherraum in Mill. m ³	Max. Wasserfläche in ha
Okertalsperre	47,4	230
Granetalsperre	46,4	220
Odertalsperre	30,6	136
Sösetalsperre	25,5	121
Innerstetalsperre	20,0	150

Nordseeinseln

Borkum	31 km ²
Norderney	25 km ²
Langeoog	20 km ²
Spiekeroog	17 km ²
Juist	12 km ²
Wangerooge	8 km ²
Baltrum	7 km ²

Grenzlänge

Niedersachsen hat zu folgenden Bundesländern und mit den Niederlanden gemeinsame Grenzen

Nordrhein-Westfalen	583 km
Sachsen-Anhalt	343 km
Bremen	197 km
Niederlande (nur Festland)	180 km
Hessen	167 km
Schleswig-Holstein	ca. 114 km
Thüringen	112 km
Mecklenburg-Vorpommern	79 km
Hamburg	79 km
Brandenburg	30 km

Kanäle

Kanal	Kilometerlänge in Niedersachsen
Mittellandkanal	195
Dortmund-Ems-Kanal	147
Elbe-Seitenkanal	115
Ems-Jade-Kanal	72
Küstenkanal	70

Ergebnisse der Lantagswahlen

	SPD (in v.H.)	CDU (in v.H.)	GRÜNE (in v.H.)	FDP (in v.H.)	Nichtwähler (in v.H.)
1947	43,4	19,9		8,8	34,9
1951	33,7	23,8		8,4	24,2
1955	35,2	26,6		7,9	22,5
1959	39,5	30,8		5,2	22,0
1963	44,9	37,7		8,8	23,1
1967	43,1	41,7		6,9	24,2
1970	46,3	45,7		4,4	23,3
1974	43,1	48,8		7,0	15,6
1978	42,2	48,7	3,9	4,2	21,5
1982	36,5	50,7	6,5	5,9	22,3
1986	42,1	44,3	7,1	6,0	22,7
1990	44,2	42,0	5,5	6,0	25,4
1994	44,3	36,4	7,4	4,4	26,2
1998	47,9	35,9	7,0	4,9	26,2

Landesregierungen und Ministerpräsidenten

Regierungsbildung	Regierungspartei(-en)	Ministerpräsident
1946	SPD/CDU/NLP/FDP/KPD	Hinrich Wilhelm Kopf (SPD)
1947	SPD/CDU/DP/KPD/DZP/FDP	Hinrich Wilhelm Kopf (SPD)
1948	SPD/CDU/DZP	Hinrich Wilhelm Kopf (SPD)
1951	SPD/BHE/DZP	Hinrich Wilhelm Kopf (SPD)
1955	DP/CDU/FDP/GB-BHE	Heinrich Hellwege (DP)
1957	DP/CDU/SPD	Heinrich Hellwege (DP)
1959	SPD/FDP/GB-BHE	Hinrich Wilhelm Kopf (SPD)
1961	SPD/FDP/GB-BHE	Georg Diederichs (SPD)
1963	SPD/FDP	Georg Diederichs (SPD)
1965	SPD/CDU	Georg Diederichs (SPD)
1967	SPD/CDU	Georg Diederichs (SPD)
1970	SPD	Alfred Kubel (SPD)
1974	SPD/FDP	Alfred Kubel (SPD)
1976	CDU	Ernst Albrecht (CDU)
1976	CDU/FDP	Ernst Albrecht (CDU)
1978	CDU	Ernst Albrecht (CDU)
1982	CDU	Ernst Albrecht (CDU)
1986	CDU/FDP	Ernst Albrecht (CDU)
1990	SPD/Grüne	Gerhard Schröder (SPD)
1994	SPD	Gerhard Schröder (SPD)
1998	SPD	Gerhard Schröder (SPD)
1998	SPD	Gerhard Glogowski (SPD)

Zeittafel

- 150 nach Christi Geburt** Erstmalige Erwähnung der in Holstein und auf einigen Inseln vor der Elbmündung lebenden Sachsen (Ptolemäus)
- In den folgenden drei Jahrhunderten Ausdehnung der Sachsen über ganz Norddeutschland und Beteiligung an der Landnahme in England
- 772 bis 804** Die Sachsenkriege Karls des Großen. Eingliederung der Sachsen in das Frankenreich. Christianisierung
- 850** Entstehung des jüngeren Stammesherzogtums unter den Liudolfingern
- 919** Wahl Herzog Heinrichs v. Sachsen zum Deutschen König; für 100 Jahre führende Rolle Sachsens im Reich
- 966** Hermann Billung von Otto d. Großen zum Herzog in Sachsen ernannt
- 993 – 1022** Bernward, Bischof von Hildesheim; Bau der Michaeliskirche, Bronzetüren des Domes und der Christussäule; kulturelle Blütezeit in Niederdeutschland
- 1073** Sachsenaufstand gegen Kaiser Heinrich IV.; an der Spitze Otto von Northeim, der die Billunger aus der Führung des Sachsenstammes verdrängt
- um 1100** Erstes Auftreten des Grafen von Oldenburg
- 1106** Heirat Herzog Heinrichs des Schwarzen mit der billungischen Erbtöchter Wulfhild, erstes Auftreten der Welfen in Sachsen
- um 1140** Heinrich der Löwe, Herzog von Sachsen, Ausbau einer königsgleichen Machtstellung
- 1180** Prozess von Gelnhausen; Absetzung Heinrichs des Löwen und Teilung des Herzogtums Sachsen
- Im Laufe des späten Mittelalters Entstehung von etwa 40 kleinen Territorien im Gebiet des heutigen Niedersachsens
- 1218** Tod Kaiser Ottos IV.; Rückzug der Welfen aus der mittelalterlichen Weltgeschichte

- 1220 – 1230** Aufzeichnung des sächsischen Stammesrechtes durch Eike von Repgow im „Sachsen-Spiegel“
- 1235** Belehnung Ottos des Kindes mit dem aus den Eigengütern Heinrichs des Löwen gebildeten Herzogtum Braunschweig-Lüneburg
- 1252** Beginn zahlloser die Macht und das Ansehen des Welfenhauses schwächender Erbteilungen (die letzte Teilung 1635)
- 1354** Erste urkundliche Erwähnung des Namens »Niedersachsen«
- 1361** Erstes Auftreten des »Sachsenrosses« als heraldisches Zeichen im Siegel der Herzöge von Braunschweig-Grubenhagen
- 1464** Entstehung der Reichsgrafschaft Ostfriesland unter den Cirksena
- 1494/1575** Die Oldenburger Grafen erweitern ihr Territorium durch Erwerb des Stadlandes und Butjadingen und der Herrschaft Jever
- 1512** Einrichtung eines »Niedersächsischen Reichskreises«
Der Name Niedersachsen erlangt zum ersten Male in der Geschichte staatsrechtliche Bedeutung
- 1521 – 1546** Herzog Ernst „der Bekenner“ von Lüneburg, Einführung der Reformation
- 1576** Gründung der Universität Helmstedt durch Herzog Julius von Braunschweig-Wolfenbüttel (von König Jérôme geschlossen im Jahre 1809)
- 1582/99** Aussterben der Grafen von Hoya, Diepholz, Hohnstein und Blankenburg-Regenstein; ihre Territorien fallen an die Welfen
- 1597/1601** Landtagsabschiede von Salzdahlum (für Wolfenbüttel) und Gandersheim (für Calenberg) festigen das Meierrecht und verhindern Gutsuntertänigkeit der Bauern
- 1621** Gründung der Universität Rinteln durch Graf (Fürst) Ernst von Schaumburg (von König Jérôme geschlossen 1809)

- 1626** Niederlage Christians IV. von Dänemark, Oberst des nieders. Reichskreises und Vorkämpfer des Protestantismus, bei Lutter am Barenberge
- 1633** Sieg Herzog Georgs von Lüneburg bei Hess. Oldendorf; Wende des 30jähr. Krieges für Niedersachsen
- 1634/35** Aussterben der Linie Wolfenbüttel; Verzicht auf die mögliche Zusammenfassung aller welfischen Besitzungen, erneute Teilung in die Fürstentümer: Lüneburg, Wolfenbüttel und Calenberg
- 1634 – 1666** Herzog August d. Jüngere, Begründer der Bibliotheca Augusta in Wolfenbüttel
- 1636** Hannover Residenzstadt des Fürstentums Calenberg
- 1648** Westfälischer Frieden: Herzogtümer Bremen und Verden an Schweden; Wiederherstellung des großen Stiftes Hildesheim, wechselnde Regierung des Bistums Osnabrück durch kath. Bischöfe und welf. Herzöge; Bistümer Magdeburg, Halberstadt und Minden an Brandenburg, das damit die welfischen Lande in die Zange nimmt
- 1666 – 1714** Anlegung des Großen Gartens in Herrenhausen durch Herzog Johann Friedrich und Kurfürstin Sophie: Musenhof von Herrenhausen (Leibniz ist seit 1676, Händel von 1710 bis 1712 in Hannover)
- 1667** Tod des Grafen Anton Günther – dänische Statthalter verwalten Oldenburg (bis 1773)
- 1692** Herzog Ernst August von Calenberg wird neunter Kurfürst d. Reiches: Kurfürstentum Hannover
- 1701** Beschluss des britischen Parlaments („Act of Settlement“): Sophie, Kurfürstinwitwe von Hannover, Erbin der englischen Krone
- 1714 – 1837** Personalunion des Kurfürstentums Hannover mit dem britischen Königreich

- 1714** Georg Ludwig, Kurfürst von Hannover, als Georg I. König von Großbritannien; Personalunion bis 1837
- 1715/20** Herzogtümer Bremen und Verden kommen von Schweden an das Kurfürstentum Hannover
- 1737** Gründung der Universität Göttingen (durch Premierminister Gerlach Adolph von Münchhausen)
- 1744** Aussterben des Hauses Cirksena, Ostfriesland preußisch
- 1745** Gründung des „Collegium Carolinum“ in Braunschweig, erste technische Hochschule Deutschlands
- 1753** Braunschweig Hauptstadt des Herzogtums Braunschweig (-Wolfenbüttel)
- 1757** Kapitulation der hann. Armee bei Hastenbeck und Zeven: Hannover im 7-jährigen Krieg wie später in den napoleonischen Kriegen infolge der Personalunion mit Großbritannien Angriffsziel der Franzosen
- 1764 – 1786** „Kurhannoversche Landesaufnahme“; Vermessung des Kurfürstentums zu militärischen und wirtschaftlichen Zwecken
- 1767/73** Grafschaft Oldenburg wieder selbständig, 1774: Herzogtum
- 1776 – 1781** Gotthold Ephraim Lessing Bibliothekar in Wolfenbüttel
- 1803** Hann. Armee unterliegt den Franzosen bei Sulingen; tritt größtenteils in London in die „Königlich Deutsche Legion“ ein und kämpft in den napoleonischen Kriegen auf allen Schlachtfeldern Europas
- 1807/10** Niedersachsen südlich d. Linie Minden-Lauenburg kommt zum Königreich Westphalen, nördlich davon zum Kaiserreich Frankreich
- 1814** Erhebung Hannovers zum Königreich; erste Allgemeine Ständeversammlung im Leineschloss; Fortbestehen der Provinziallandschaften; ständischer Dualismus bis 1866

- 1815** Wiener Kongress: Gebietsgewinne für Hannover und Oldenburg (jetzt Großherzogtum); auf dem Gebiet des heutigen Niedersachsens nur noch vier Staaten: Königreich Hannover, Großherzogtum Oldenburg, Herzogtum Braunschweig, Fürstentum Schaumburg-Lippe
- 1820** Erneuerte Landschaftsordnung, gemäßigt liberale Verfassung für Braunschweig
- 1830** Braunschweiger Aufruhr. Herzog Karl II. gestürzt
- 1831** Bauernbefreiung in Hannover durch Ablösungsgesetz (J. C. B. Stüve)
- 1832** „Neue Landschaftsordnung“ für das Herzogtum Braunschweig
- 1833** Staatsgrundgesetz in Hannover: Zweikammersystem, in der II. Kammer Bürger und Bauern, beschränkte Ministerverantwortlichkeit, Vereinigung der ständischen mit der kgl. Kasse zu einer dem Haushaltsrecht der Stände unterliegenden Staatskasse (König Wilhelm IV)
- 1835** Gründung eines »Historischen Vereins« für Niedersachsen
- 1837** »Steuerverein« der Länder Braunschweig, Oldenburg, Schaumburg-Lippe und Hannover
- 1837** Ende der Personalunion mit England, Ernst August König v. Hannover. Aufhebung des Staatsgrundgesetzes, Entlassung der dagegen protestierenden „Göttinger Sieben“
- 1848** März-Revolution; in Hannover Berufung des Oppositionsführers Stüve in das Kabinett; liberale Verfassung, teilweise durch die Reaktion im Jahre 1855 zurückgenommen
- 1849** Das Großherzogtum Oldenburg erhält ein Staatsgrundgesetz
- 1854** Beitritt Hannovers zum Zollverein
- 1866** Annexion des Königreichs Hannover durch Preußen

- 1867** Einführung der Provinzialverwaltung für Hannover, die zum Vorbild auch für andere preuß. Provinzen wird
- 1868** Das Fürstentum Schaumburg-Lippe erhält eine Verfassung
- 1905 – 1938** Bau des Mittellandkanals
- 1913** Vermählung Herzog Ernst Augusts, des Enkels Georgs V., mit Viktoria Luise, Tochter Wilhelms II., Thronbesteigung in Braunschweig
- 1914 – 1918** Der Erste Weltkrieg legt auch der Bevölkerung auf niedersächsischem Boden viele Opfer auf.
- 1918/22** Nach der Revolution Rücktritt der regierenden Fürsten; Verfassungen für Oldenburg (1919), Braunschweig (1921), Schaumburg-Lippe (1922), G. Noske Oberpräsident der Provinz Hannover (1920/1933)
- 1919/1930** Reichsreformpläne sehen die Gründung eines »Reichsgebiets Niedersachsen« vor, sind jedoch politisch nicht durchsetzbar
- 1924** Gescheiterter Versuch der Deutsch-Hannoverschen Partei, durch eine Volksabstimmung das Land Hannover (Loslösung Hannovers von Preußen) wiederherzustellen
- 1931** Bildung der Harzburger Front (NSDAP, Deutschnationale und „Stahlhelm“)
- 1932** Absolute Mehrheit der NSDAP in Oldenburg; legale Machtübernahme durch Gauleiter Röver
- 1933/34** Beseitigung der Länderhoheit im Zuge der Gleichschaltungspolitik des Nationalsozialismus. Reichsstatthalter werden eingesetzt, und die Länder werden im Rahmen der Gaueinteilung der NSDAP zu Verwaltungsbezirken des Reiches
- 1934** Gesetz über den Neuaufbau des Reiches führt zur Gleichschaltung der Länder
- 1938** Gründung von Volkswagenwerk und Stadt Wolfsburg

- 1939 – 1945** Zweiter Weltkrieg. Schwere Luftangriffe richten besonders in Emden, Wilhelmshaven, Osnabrück, Hannover, Braunschweig und Hildesheim große Schäden an. Zahlreiche Menschen finden dabei den Tod. Unersetzliche Kulturwerte werden vernichtet
- 1943/45** Konzentrationslager in Bergen-Belsen; mehr als 50 000 Tote, darunter Anne Frank
- 15. April 1945** KZ Bergen-Belsen von britischen Truppen befreit
- 1945** Kapitulation der Deutschen Wehrmacht an der britischen Front („Victory Hill“ bei Lüneburg); der nieders. Raum gehört zur britischen Besatzungszone; Teilkapitulation 4. Mai 1945 deutscher Truppen gegenüber dem britischen Feldmarschall Montgomery bei Lüneburg
- August 1945** Ernennung von Landesregierungen in Braunschweig, Oldenburg und Schleswig-Holstein durch die britische Besatzungsmacht
- 15. 9. 1945** Verordnung Nr. 12 der britischen Militärregierung über die Zulassung von Parteien
- 1945/46** Historisch bedeutsame Ablehnung einer Fusion der SPD mit der KPD durch Kurt Schumacher
- 1945** Bildung d. Landes Niedersachsen aus den ehemaligen Ländern Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Schaumburg-Lippe; Min.-Präs. H. W. Kopf
- 1945 – 1962** Registrierung von mehr als 4,68 Mill. Flüchtlingen in den nds. Lagern; Ansteigen der Bevölkerung des Landes um mehr als 50 Prozent
- 1946** Erste Export-Messe in Hannover
- 21. 1. 1946** Konstituierung des ernannten Oldenburgischen Landtags (1. Parlament in der britischen Zone)
- 15. 2. 1946** Konstituierung des Zonenbeirates in der britischen Besatzungszone
- 21. 2. 1946** Konstituierung des ernannten Braunschweigischen Landtages

- 1. 4. 1946** Einführung der Gemeindeverfassung nach britischem Vorbild: Gewaltenteilung zwischen Bürgermeister- und Gemeindedirektorenamt
- 20. 5. 1946** Eingliederung von Schaumburg-Lippe in den Regierungsbezirk Hannover
- 30. 6. 1946** Aufhebung der Freizügigkeit zwischen dem Gebiet der Westalliierten und der sowjetischen Besatzungszone
- 23. 8. 1946** Umwandlung der Provinz Hannover in ein selbständiges Land; Verordnung Nr. 46. Eröffnung des (ernannten) Landtags in Hannover; Ernennung von Hinrich Wilhelm Kopf zum Ministerpräsidenten
- 15. 9. 1946** Gemeindewahlen in der britischen Zone
- 13. 10. 1946** Kreistagswahlen in der britischen Zone
- 1. 11. 1946** Rückwirkendes In-Kraft-Treten der Verordnung Nr. 55 der britischen Militärregierung über die Bildung des Landes Niedersachsen (ausgegeben am 8. November) aus den Ländern Braunschweig, Hannover, Oldenburg und Schaumburg-Lippe
- 23. 11. 1946** Ernennung von Hinrich Wilhelm Kopf (SPD) zum ersten Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen
- 9. 12. 1946** Konstituierende Sitzung des (ernannten) Niedersächsischen Landtages in Hannover. Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Kopf
- 1.1. 1947** Zusammenschluss der britischen und der amerikanischen Besatzungszone zur Bizone
- 25. 2. 1947** Auflösung Preußens durch Gesetz des Alliierten Kontrollrats
- 26. 2. 1947** Gesetz über die „vorläufige Ordnung der niedersächsischen Landesgewalt“ (Notverfassung)
- 20. 4. 1947** Wahl der Abgeordneten zum 1. Niedersächsischen Landtag
- 18. 8. 1947** Eröffnung der ersten Hannover-Messe

- 1947** Die Arbeitslosenquote in Niedersachsen beträgt 22,4 Prozent
- 20. 5. 1949** Billigung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland durch den Niedersächsischen Landtag
- 23. 5. 1949** In-Kraft-Treten des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland
- 14. 8. 1949** Wahlen zum 1. Deutschen Bundestag
- 7. 10. 1949** Gründung der Deutschen Demokratischen Republik
- 13. 4. 1951** Annahme der Vorläufigen Niedersächsischen Verfassung im Niedersächsischen Landtag
- 19. 3. 1955** Loccumer Vertrag zwischen dem Land Niedersachsen und der evangelischen Kirche. Loccumer Vertrag: Regelung der rechtlichen Beziehungen zwischen dem Land Niedersachsen und den evangelischen Landeskirchen
- 24. 4. 1955** Errichtung des Niedersächsischen Staatsgerichtshofes mit Sitz in Bückeburg
- 1956** Volksbegehren in Oldenburg und Schaumburg-Lippe zur Wiederherstellung der ehemaligen Länder
- 16. 2. – 17. 2. 1962** Große Sturmflut (schwere Schäden) an der niedersächsischen Nordseeküste. Erweiterter Küstenplan zum Schutz der Deiche
- 27. 2. 1965** Konkordat zwischen dem Land Niedersachsen und der katholischen Kirche
- 19. 3. 1969** Gutachten zur Gebiets- und Verwaltungsreform (Weber-Gutachten)
- Februar bis April 1970** Auseinanderbrechen der Großen Koalition in Hannover und Selbstaflösung des Niedersächsischen Landtages
- 1971/1972** Einführung schulformunabhängiger Orientierungsstufen und Gründung von Gesamtschulen
- 19. 1. 1975** Volksentscheid in Oldenburg und Schaumburg-Lippe zur Wiederherstellung der ehemaligen Länder

- 1977** Abschluss der Gebiets- und Verwaltungsreform:
4 Bezirksregierungen, 38 Landkreise, 9 kreisfreie Städte
- 1977** Niedersächsisches Hochschulgesetz, erlassen für die
wissenschaftlichen, künstlerisch-wissenschaftlichen
Hochschulen und Fachhochschulen des Landes
- 1980** NDR-Staatsvertrag zwischen Niedersachsen, Schleswig-
Holstein und Hamburg; u.a. stärkere Regionalisierung:
„Radio Niedersachsen“ und „Niedersachsen-Fernsehen“
- 1984** Landesrundfunkgesetz: Zulassung privater Hörfunk- und
Fernsehanstalten
- 9. 11. 1989** Fall der Mauer in Berlin,
später Öffnung der deutsch-deutschen Grenze
- Juni 1990** Hannover erhält den Zuschlag für die EXPO 2000
- 3. 10. 1990** Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands
am 3. Oktober; Beginn der Hilfe Niedersachsens zum
Aufbau einer Landesverwaltung im Partnerland Sachsen-
Anhalt
- 13. 5. 1993** Annahme der Niedersächsischen Verfassung im
Niedersächsischen Landtag (in Kraft getreten am 1. Juni)
- 29. 6. 1993** Rückgliederung des Amtes Neuhaus nach Niedersachsen
- 1. 6. 1994** In-Kraft-Treten des Niedersächsischen Gleichberechti-
gungsgesetzes zur Erhöhung des Frauenanteils in Politik,
Wirtschaft und Gesellschaft
- 8. 11. 1995** Beschluss des Niedersächsischen Landtags über die
Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre bei
Kommunalwahlen
- 6. 3. 1996** Wiedereinführung der eingleisigen Kommunal-
verfassung: Direktwahl von Bürgermeisterinnen und
Bürgermeistern sowie von Landrätinnen und Landräten

Quellen- und Literaturverzeichnis

Allgemeines

- Hans-Ulrich Jung/Ludwig Schätzl: Atlas zur Wirtschaftsgeographie von Niedersachsen. Ökonomische, soziale und ökologische Aspekte räumlicher Strukturen und Entwicklungen, Hannover 1993.
- Hans-Ulrich Jung: Regionalbericht 1995/96/97. NIW, Hannover 1997.
- Niedersächsisches Landesamt für Statistik (Hg.): Niedersachsen in Zahlen. Ausgabe 1998, Hannover 1998.
- Niedersächsisches Landesamt für Statistik (Hg.): Statistische Monatshefte Niedersachsen. versch. Jahrgänge, Hannover.
- Niedersächsisches Landesamt für Statistik (Hg.): Statistisches Taschenbuch Niedersachsen 1998, Hannover 1998.
- Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.): Niedersachsen, Politische Landeskunde, 3. Auflage, Hannover 1993.
- Hans-Heinrich Seedorf/ Hans-Heinrich Meyer: Landeskunde Niedersachsen. Natur- und Kulturgeschichte eines Bundeslandes. Band 1: Historische Grundlagen und naturräumliche Ausstattung, Neumünster 1992.
- Hans-Heinrich Seedorf/ Hans-Heinrich Meyer: Landeskunde Niedersachsen. Natur- und Kulturgeschichte eines Bundeslandes. Band 2: Niedersachsen als Wirtschafts- und Kulturraum, Neumünster 1996.
- Hans-Heinrich Seedorf: Topographischer Atlas Niedersachsen und Bremen, Neumünster 1977.
- Statistisches Bundesamt (Hg.): Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland. versch. Jahrgänge, Wiesbaden.

Landesnatur – Naturräumliche und landschaftliche Ausstattung

- Herbert Liedtke/Joachim Marcinek (Hg.): Physische Geographie Deutschlands, Gotha 1994.

Geschichte des Landes Niedersachsen

- Dieter Brosius: Niedersachsen. Geschichte im Überblick, Hannover 1983.
- Carl-Hans Hauptmeyer: Niedersächsische Wirtschafts- und Sozialgeschichte im hohen und späten Mittelalter. In: Geschichte Niedersachsens 2,1, Hannover 1997, S. 1039 – 1319.

- Manfred Hamann: Überlieferung, Erforschung und Darstellung der Landesgeschichte in Niedersachsen. In: Geschichte Niedersachsens 1, 2. Auflage, Hildesheim 1985, S. 1 – 95.

- Christiane van der Heuvel, Manfred von Boetticher (Hg.): Politik, Wirtschaft und Gesellschaft von der Reformation bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts (= Geschichte Niedersachsens 3,1), Hannover 1998.

- Karl Heinrich Kaufhold: Historische Grundlagen der niedersächsischen Wirtschaft. In: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 57, 1985, S. 69 – 105.

- Horst Kuss, Bernd Mütter (Hg.): Geschichte Niedersachsens – neu entdeckt, Braunschweig 1996.

- Georg Schnath: Vom Sachsenstamm zum Lande Niedersachsen. In: Land Niedersachsen – Tradition und Gegenwart, 2. Auflage, Hannover 1976, S. 11 – 89.

- Ernst Schubert: Geschichte Niedersachsens vom 9. bis zum ausgehenden 15. Jahrhundert. In: Geschichte Niedersachsens 2,1, Hannover 1997, S. 1 – 904.

Bevölkerung und Siedlung

- Johannes Arndt: Salzgitter und Wolfsburg. Großstadtgründungen im 20. Jahrhundert. In: Berichte zur deutschen Landeskunde (18) 1957, H. 2, S. 137 – 162.

- Stephen Barbour/Patrick Stevenson: Variation im Deutschen: Soziolinguistische Perspektiven, Berlin/New York 1998.

- Richard Blohm: Die Hagenhufendörfer in Schaumburg-Lippe. (= Schriften des Niedersächsischen Heimatbundes, Neue Folge, Band 10), Oldenburg 1943.

- Walter Born: Kleine Sprachlehre des Münsterländer Platt, 2. Aufl. Münster 1983.

- Jürgen Bünstorf: Die ostfriesische Fehnsiedlung als regionaler Siedlungsform-Typus und Träger sozial-funktionaler Berufstradition. (= Göttinger Geographische Abhandlungen, Heft 37), Göttingen 1966.

- Heinz Ellenberg: Bauernhaus und Landschaft: in ökologischer und historischer Sicht. Stuttgart 1990.

- Marron Fort: Deutsch-Ostfriesisch. In: P. Nelde, Hans Goebel et al. (Hg.) Kontaktlinguistik, Berlin/New York 1997, S.1786-1790.

- Jan Goossens (Hg.): Niederdeutsch: Sprache und Literatur, Bd. 1., Neumünster 1973.

- Hans-Ulrich Jung: Arbeitsmarkt. In: Jung, Hans-Ulrich / Ludwig Schätzl (Hg.): Atlas zur Wirtschaftsgeographie von Niedersachsen. Landeszentrale für Politische Bildung, Braunschweig 1993, S. 200 – 225.
- Hermann Kaiser/Helmut Ottenjann: Museumsführer: Museumsdorf Cloppenburg. Niedersächsisches Freilichtmuseum, Cloppenburg 1997.
- Landesraumordnungsprogramm Niedersachsen 1994, Hannover o.J.
- Wolfgang Meibeyer: Die Verbreitung und das Problem der Entstehung von Rundlingen und Sackgassendörfern im östlichen Niedersachsen, Braunschweig 1964.
- Museumsführer: Museumsdorf Cloppenburg. Cloppenburg 1995.
- Hans-Jürgen Nitz: Die mittelalterliche und frühneuzeitliche Besiedlung von Marsch und Moor zwischen Ems und Weser. In: Siedlungsforschung. Archäologie-Geschichte-Geographie 2, 1984, S. 43 – 76.
- Willy Sanders: Sachsensprache, Hansesprache, Plattdeutsch, Göttingen 1982.
- Ulrich Scheuermann: Sprachliche Grundlagen. In: H. Patze (Hg.): Geschichte Niedersachsens, 1. Bd., Hans-Ulrich Jung: Arbeitsmarkt. In: Jung, Hans-Ulrich / Ludwig Schätzl (Hg.): Atlas zur Wirtschaftsgeographie von Niedersachsen. Landeszentrale für Politische Bildung, Braunschweig 1993, S. 200-225. Hildesheim 1977, S. 167 – 258.
- Manfred Schrader: Bevölkerung und Haushalte. In: Hans-Ulrich Jung / Ludwig Schätzl (Hg.): Atlas zur Wirtschaftsgeographie von Niedersachsen. Landeszentrale für Politische Bildung, Braunschweig 1993, S. 52 – 67.
- Karl Heinz Schröder/Gabriele Schwarz: Die ländlichen Siedlungsformen in Mitteleuropa. Grundzüge und Probleme ihrer Entwicklung. (= Forschungen zur Deutschen Landeskunde, Band 175), Bad Godesberg 1969.
- Willi Schulz: Strukturwandel der Runddörfer des hannoverschen Wendlandes. In: Lüneburger Blätter Band 13 (1962), S. 85 – 118.
- Dieter Stellmacher: Niederdeutsche Sprache, Bern 1990.
- Dieter Stellmacher: Niedersächsisch, Düsseldorf 1981.
- Marijke van der Wal/Cor van Bree: Geschiedenis van het Nederlandsm, Utrecht 1992.
- Ekkehard Wassermann: Aufstretksiedlungen in Ostfriesland. Ein Beitrag zur Erforschung der mittelalterlichen Moorkolonisation. (= Göttinger Geographische Abhandlungen, H. 80), Göttingen 1985.
- Peter Wiesinger: Die Einteilung der deutschen Dialekte, In: Klaus Mattheier/Peter Wiesinger (Hg.): Dialektologie des Deutschen, 2. Halbband, Tübingen 1994, S. 807 – 899.

Wirtschaft

- Karin Beckmann / Arno Brandt / Hans-Ulrich Jung: Wirtschaftsreport Hannover Region 1998. Der Wirtschaftsraum Hannover im überregionalen Wettbewerb. Kommunalverband Großraum Hannover, Beiträge zur Regionalen Entwicklung, Heft 60, Hannover 1998.
- Marian Beise / Birgit Gehrke: Zur regionalen Konzentration von Innovationspotentialen in Deutschland. Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V., Hannover, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, Mannheim, Dokumentation 98-09, Mannheim 1998.
- Marian Beise / Harald Legler / Georg Licht / Ulrich Schasse: Zum Verhalten innovierender Unternehmen in Niedersachsen. Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V., NIW-Forschungsberichte, 24, Hannover 1997.
- Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Bundeswaldinventur 1986 – 1990. (2 Bände), Bonn 1992.
- Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Waldbericht der Bundesregierung, Bonn 1997.
- Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Agrarbericht der Bundesregierung, Bonn, jährlich.
- Peter W. Daniels: Service Industries in the World Economie. Oxford 1993.
- Dietmar Edler / Bernd Görzig / Dieter Schumacher u. a.: Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft, Strukturberichterstattung 1997. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin 1997.
- Lothar Eichhorn: Zunehmende Attraktivität des Standortes Niedersachsen. In: Statistische Monatshefte, 9/97, Hannover, S. 572 – 576.

- Birgit Gehrke, Harald Legler u. a.: Außenwirtschaftliche Verflechtung Niedersachsens. In: Forschungsberichte des NIW 23, Hannover 1997.
- Birgit Gehrke, Harald Legler, Manfred Steincke: Auslandsengagement der niedersächsischen Wirtschaft: Gesamtwirtschaftliche Orientierungsdaten. In: NIW-Workshop, Hannover 1996, S. 1 – 32.
- Martin Gornig / Bernhard Seidel / Dieter Vesper u. a.: Regionale Strukturpolitik unter den veränderten Rahmenbedingungen der 90er Jahre. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Sonderheft 157, Berlin 1996.
- Hans-Ulrich Jung: Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Niedersachsen. In: Neues Archiv für Niedersachsen, 1989, Heft 2, S. 12 – 34.
- Hans-Ulrich Jung: Standortstrukturen der Industrie in Niedersachsen (mit einer Karte im Maßstab 1:400.000 als Beilage). In: Neues Archiv für Niedersachsen, Band 13, Heft 4, 1984, S. 370-399.
- Hans-Ulrich Jung: Produzierendes Gewerbe. In: Hans-Ulrich Jung / Ludwig Schätzl (Hg.): Atlas zur Wirtschaftsgeographie von Niedersachsen. Landeszentrale für Politische Bildung, Braunschweig 1993, S. 112 – 143.
- Ralf Köddermann/Markus Wilhelm: Umfang und Bestimmungsgründe einfließender und ausfließender Direktinvestitionen ausgewählter Industrieländer – Entwicklungen, Perspektiven, Gutachten des ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft, München 1996.
- Elmar Kulke: Tendenzen des strukturellen und räumlichen Wandels im Dienstleistungssektor. In: Praxis Geographie, 12/1995, S. 4 – 11.
- Elmar Kulke: Räumliche Strukturen und Entwicklungen im deutschen Einzelhandel. In: Praxis Geographie, 5/1996, S. 4 – 11.
- Alfred Langer & Peter Steffens: Die Entwicklung der niedersächsischen Torfindustrie während der letzten 15 Jahre; TELMA, Band 28, Hannover 1998, S. 157 – 164.
- Harald Legler (Hg.): Industrielle Forschung, Entwicklung, Invention und Innovation, Regionale und sektorale Strukturen in Niedersachsen. Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V., Strukturbericht-erstattung Niedersachsen, Hannover 1991.
- Harald Legler: Regionale Verteilung industrieller Forschungskapazitäten in Westdeutschland. In: zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, ZEW-Wirtschaftsanalysen, Mannheim 1994, S. 415 – 434.
- Niedersächsische Akademie der Geowissenschaften (Hg.): Steine und Erden in Niedersachsen; Nds. Akad. Geowiss., Veröfftl., Heft 9, Hannover 1994, 64 S.
- Niedersächsische Akademie der Geowissenschaften (Hg.): Die niedersächsische Erdöl- und Erdgasindustrie im Umbruch; Nds. Akad. Geowiss., Veröfftl., Heft 13, Hannover 1997, 112 S.
- Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V. (Hg.): Neue Produkte – Neue Märkte – Neue Strategien. Unternehmenserfolg der niedersächsischen Industrie 1994 bis 1997. NIW-Workshop 1998, Hannover 1998.
- Niedersächsisches Landesamt für Bodenforschung: Rohstoffsicherungsbericht Niedersachsen 1998; Hannover 1999, 62 S.
- Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Die niedersächsische Landwirtschaft in Zahlen, Hannover, jährlich.
- Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Jahresbericht der Niedersächsischen Landesforstverwaltung, Hannover, jährlich.
- Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Langfristige ökologische Waldentwicklung in den Landesforsten, Hannover 1992.
- Christian Staudacher.: Dienstleistungen als Gegenstand der Wirtschaftsgeographie. In: Die Erde, 3/1995, S. 139 – 153.
- M. Pasternak, M. Kosinowski, J. Lösch, H.-J. Meyer, H. Porth & R. Sedlacek: Erdöl und Erdgas in der Bundesrepublik Deutschland 1997; Niedersächsisches Landesamt für Bodenforschung, Hannover 1998, 45 S.
- Statistisches Bundesamt (Hg.): Handels- und Gaststättenzählung 1985 und 1993, Wiesbaden 1997.
- Verkehrsinfrastruktur
- Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (BfLR): Berechnung des Infrastrukturindikators zur Neuabgrenzung des Fördergebietes der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regio-

nenen Wirtschaftsstruktur“. Gutachten im Auftrag des Untersuchungsausschusses der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. Bonn, 1996.

Frank Wagner: Die Region Hannover als Verkehrsregion – Strukturen und Bedingungen eines intermediären Potentialfaktors; veröffentlicht in: Hans-Ulrich Jung, Karin Beckmann, Arno Brandt: Wirtschaftsreport Hannover Region. Der Wirtschaftsraum Hannover im überregionalen Wettbewerb. Eine Studie im Auftrag des Kommunalverband Großraum Hannover, Hannover 1998.

Umwelt, Natur und Landschaft

Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Niedersächsisches Landschaftsprogramm, 1989.

Ernst-Andreas Friedrich: Gestaltete Naturdenkmale, Hannover 1982.

Ernst-Andreas Friedrich: Naturdenkmale, 2. Auflage, Hannover 1981.

Ernst-Andreas Friedrich: Niedersachsen, Schatzkammer der Natur, Hannover 1987.

Das politische System – Verwaltung und Rechtspflege

Präsident des Niedersächsischen Landtages: Taschenbuch des Niedersächsischen Landtages, Hannover 1998.

Niedersächsisches Innenministerium (Hg.): Die Wahlen – Lebensgrundlagen der Demokratie, Hannover 1998.

Niedersächsisches Innenministerium (Hg.): Verfassungsschutzbericht 1997, Hannover 1998.

Heinrich Korte/Bernd Rebe: Verfassung und Verwaltung des Landes Niedersachsen, Göttingen 1986.

Willi Waike (Hg.): Die Bundesrepublik Deutschland, Staatshandbuch: Ausgabe Niedersachsen, Verzeichnis der Behörden und Gemeinden mit Aufgabenbeschreibungen und Adressen, Köln 1998.

Heiko Faber/Hans-Peter Schneider: Niedersächsisches Staats- und Verwaltungsrecht, Frankfurt a.M. 1985.

Bildung und Ausbildung

Jens-Rainer Ahrens: 50 Jahre Schulentwicklung in Niedersachsen – Zur Entwicklung

im allgemeinbildenden Schulwesen 1946 – 1996, in: Schulverwaltungsblatt in Niedersachsen, Heft 12/96, S. 472 ff.

Niedersächsisches Kultusministerium (Hg.): Die niedersächsischen allgemeinbildenden Schulen in Zahlen, Stand: Schuljahr 1997/98.

Niedersächsisches Kultusministerium (Hg.): Statistik der berufsbildenden Schulen in Niedersachsen, Stand: Schuljahr 1996/97.

Heinz Weete: 50 Jahre Schulentwicklung in Niedersachsen – Zur Entwicklung im berufsbildenden Schulwesen 1946 – 1996, in: Schulverwaltungsblatt in Niedersachsen, Heft 7/97, S. 288 ff.

Wissenschaft und Forschung

Angela Backhaus/Olof Seidel: Innovationen und Kooperationsbeziehungen von Industriebetrieben, Forschungseinrichtungen und unternehmensnahen Dienstleistern: Die Region Hannover-Braunschweig-Göttingen im interregionalen Vergleich. = Hannoversche Geographische Arbeitsmaterialien Nr. 19, Hannover 1997.

Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMBF) (Hg.): Bundesbericht Forschung 1996, Bonn 1996.

Dominique Foray/Bengt-Ike Lundvall: The Knowledge-based Economy: From the Economics of Knowledge to the Learning Economy. In: OECD (Hg.): Employment and Growth in the Knowledge-based Economy, Paris, 1996.

Birgit Gehrke, et al.: Forschung, Entwicklung und Qualifikation in der niedersächsischen Industrie. = Forschungsberichte des NIW 26. NIW 1997b, Hannover 1997.

Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur (MWK) (Hg.): Hochschulen in Niedersachsen 1998: Zahlen, Daten, Fakten, Hannover 1998.

Ludwig Schätzl: Wirtschaftsgeographie 1 Theorie. 7. Auflage, Paderborn 1998.

Kulturelle Einrichtungen

Museumsverband für Niedersachsen und Bremen e.V. / Niedersächsische Sparkassenstiftung (Hg.): Museumsführer Niedersachsen und Bremen, 6. neu bearb. Auflage, Bremen 1995.

Die Denkmalwelt in Niedersachsen unter architektur- und baugeschichtlichen Aspekten

Georg Dehio: Handbuch der Deutschen Kunstdenkmäler. Bremen und Niedersachsen. Neu bearbeitet von Georg Weiß unter Mitarbeit von Karl Eichwalder, Peter Hahn, Hans Christoph Hoffmann u. a., München 1992.

Walter Holz (Hg.): Deutsche Kunstdenkmäler. Ein Bildhandbuch. Bremen und Niedersachsen. 2., neu bearbeitete Auflage, München 1994.

Medien

Jörg Aufermann/Victor Lis: Zeitungen in Niedersachsen und Bremen. In: Handbuch 1997. Hannover 1997.

Deutsches Institut für Zeitungskunde (Hg.): Handbuch der deutschen Tagespresse, 4. Auflage, Berlin 1932.

Victor Lis: Die Entstehung der freien Presse nach 1945. In: Jörg Aufermann/Victor Lis: Zeitungen in Niedersachsen und Bremen. Handbuch 1997, Hannover 1997, S. 50 – 57.

Niedersächsische Landesmedienanstalt für privaten Rundfunk (Hg.): Offene Kanäle und nichtkommerzielle Lokalradios in Niedersachsen. Ein erster Projektbericht, Hannover 1998.

Volkhard Schuster: Zeitungen in Niedersachsen und Bremen von den Anfängen bis 1945. In: Jörg Aufermann/Victor Lis: Zeitungen in Niedersachsen und Bremen. Handbuch 1997, Hannover 1997, S. 10 – 49.

Helmut Volpers: Hörfunklandschaft Niedersachsen. Eine vergleichende Analyse der öffentlich-rechtlichen und privaten Radiosender. Eine Studie im Auftrag der Niedersächsischen Landesmedienanstalt für privaten Rundfunk. Schriftenreihe der Niedersächsischen Landesmedienanstalt für privaten Rundfunk, Band 1. Berlin 1995.

Verfasser

Prof. Dr. Jens-Rainer Ahrens, Studium der Betriebswirtschaftslehre und der Soziologie an der Universität Hamburg, Diplomkaufmann 1966, Promotion 1972; seit 1976 Professor für Soziologie an der Universität der Bundeswehr. Arbeitsschwerpunkte: Organisationssoziologie, Sozialisation, Soziologie des Bildungswesens und der Bildungspolitik. MdL in Niedersachsen von 1970 bis 1990, 1978 – 1990 Vorsitzender des Kultusausschusses; seit 1996 Landrat (ehrenamtl.) des Landkreises Harburg.

Dr. Marron Fort, Akademischer Oberrat und Fachreferent für Sprachwissenschaft im Bibliotheks- und Informationssystem der Universität Oldenburg. Als Leiter der Arbeitsstelle Niederdeutsch und Saterfriesisch erforscht er die auf friesischem Substrat entstandenen niederdeutsch-niedersächsischen Mundarten im Küstenraum zwischen dem niederländischen. Lauwersmeer und der Weser und bereitet die 2. Auflage des Saterfriesischen Wörterbuchs vor.

Prof. Dr. Barbara Hahn, Studium und Promotion an der Ruhr-Universität Bochum, 1983 bis 1994 Wiss. Mitarbeiterin am Geographischen Institut der Universität Mannheim. Seit 1995 Professur für Wirtschaftsgeographie an der Universität Lüneburg. Arbeitsschwerpunkte: Stadtgeographie und -planung, Wirtschaftsgeographie, insbes. Geographie des Einzelhandels, Baden-Württemberg, Niedersachsen, Nordamerika und Zypern.

Univ.-Prof. Dr. Carl-Hans Hauptmeyer, 1972 Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien, 1975 Promotion, 1978 Habilitation, seit 1983 Professor für „Geschichte des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit unter Einschluss der Regional- und Lokalgeschichte“ am Historischen Seminar der Universität Hannover. Arbeitsschwerpunkte: Theorie und Anwendung der Regionalgeschichte, Wirtschafts- und Sozialgeschichte Niedersachsens, Stadtgeschichte, Geschichte ländlicher Räume.

Prof. Dr. Hans-Ulrich Jung, von 1975 bis 1978 Wiss. Assistent an der Freien Universität Berlin. Von 1978 bis 1982 Wiss. Assistent am Geographischen Institut der Universität Hannover. Seit 1982 Wiss. Mitarbeiter

am Niedersächsischen Institut für Wirtschaftsforschung e. V. in Hannover sowie Lehrbeauftragter für Angewandte Wirtschaftsgeographie am Geographischen Institut der Universität Hannover. Arbeitsschwerpunkte: Regionale Informationssysteme, regionale Strukturanalysen, Regionale Strukturpolitik, Kommunale Wirtschaftsförderung.

Prof. Dr. Werner Klohn, Promotion 1985, Habilitation 1990. Tätig im Institut für Strukturforschung und Planung in agrarischen Intensivgebieten der Hochschule Vechta. Arbeitsschwerpunkte: Land- und Forstwirtschaft, ländliche Siedlungen, Deutschland, USA.

Dr. jur. utr. Hansjürgen Knoche, Ministerialdirigent und Präsident a. D., 1. und 2. juristisches Staatsexamen 1954 und 1957, Promotion 1957. Nach Tätigkeit als Rechtsanwalt und in der Wirtschaft 1972 Eintritt in den niedersächsischen Staatsdienst. 1981 bis 1990 Referatsleiter im Innenministerium und Landeswahlleiter. 1991 bis zur Pensionierung 1993 Abteilungsleiter und Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz.

Dr. Michael Kosinowski, Leiter des Referates „Kohlenwasserstoffgeologie“ beim Niedersächsischen Landesamt für Bodenforschung (NLfB) in Hannover.

Hartwin Kramer, Richter, seit 1992 Präsident des Oberlandesgerichts Oldenburg. Mitglied des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs, Mitglied und Prüfungsausschussvorsitzender beim Niedersächsischen Landesjustizprüfungsamt, seit 1994 Vorsitzender des Niedersächsischen Richterbundes und Mitglied des Vorstandes des Deutschen Richterbundes.

Prof. Dr. Elmar Kulke, Univ.-Prof. für Wirtschaftsgeographie am Geographischen Institut der Humboldt-Universität zu Berlin. Arbeitsschwerpunkte: allgemeine Wirtschaftsgeographie (vor allem Einzelhandel/Dienstleistungen); regionale Wirtschaftsgeographie Deutschlands und Südostasiens.

Dr. Alfred Langer, Leiter des Referates „Landaufnahme Rohstoffe“ beim Niedersächsischen Landesamt für Bodenforschung (NLfB) in Hannover.

- Ingo Liefner, Diplom-Geograph, Studium an der Universität Hannover und der Wirtschaftsuniversität Wien. Seit 1996 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Abteilung Wirtschaftsgeographie des Geographischen Instituts der Universität Hannover. Arbeitsschwerpunkte: Angewandte Wirtschaftsgeographie, Statistik, Hochschulforschung.
- Victor Lis, seit 1971 Geschäftsführer des Verbandes Nordwestdeutscher Zeitungsverleger. Studium der Rechtswissenschaften an den Universitäten Berlin, Kiel und Göttingen. Studium der Publizistik an der Freien Universität Berlin. Verschiedene Tätigkeiten als Justitiar und Verlagsleiter in Zeitungs- und Buchverlagen. Geschäftsführer in touristischen Unternehmen. Veröffentlichungen über medienpolitische Fragen. 1996 Verleihung des Verdienstordens 1. Klasse des niedersächsischen Verdienstordens.
- Prof. Dr. Ingo Mose, Promotion 1987, Habilitation 1993. Seit 1998 Professor für Regionalwissenschaften im Institut für Umweltwissenschaften der Hochschule Vechta. Arbeitsschwerpunkte: Ländliche Räume, Regionalentwicklung, Deutschland, EU.
- Dr. Javier Revilla Diez, Studium und Promotion an der Universität Hannover, seit 1992 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Geographischen Institut, Abteilung Wirtschaftsgeographie der Universität Hannover. Arbeitsschwerpunkte: Wirtschafts- und Industriegeographie, insbesondere Systemtransformation, technologischer Wandel und Regionalentwicklung, Entwicklungsländerforschung, empirische Regionalforschung.
- Ursula Maria Schute, 1973 Erste Künstlerisch-Wissenschaftliche Staatsprüfung, 1976 Studienrätin, 1981 Oberstudienrätin, seit 1988 Direktorin der Oldenburgischen Landschaft. Veröffentlichungsschwerpunkte: Regionale Kulturlpflege, Architektur und Baudenkmalpflege. Seit 1995 auch Lehrbeauftragte für Baugeschichte an der Fachhochschule Oldenburg.
- Frank Wagner, Dipl.-Geograph, von 1994 bis 1996 Wiss. Mitarbeiter am Niedersächsischen Institut für Wirtschaftsforschung e.V. Von 1996 bis 1998 Wiss. Mitarbeiter am Geographischen Institut der Universität Hannover. Seit 1999 Mitarbeiter der IHK Hannover-Hildesheim. Arbeitsschwerpunkte: regionalwirtschaftlicher Strukturwandel, Verkehrswirtschaft.
- Dr. Martin Wenz, von 1995 bis 1997 beim früheren Niedersächsischen Landesverwaltungsamt, Institut für Denkmalpflege in der Außenstelle Oldenburg als Bezirkskonservator tätig. Seit 1998 Konservator am neugegründeten Niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege.
- Ingo Werner, 2. juristisches Staatsexamen 1989. Danach Justiziar bei einem Verband der gesetzlichen Krankenversicherung, ab 1991 Tätigkeit in der niedersächsischen Ministerialverwaltung, zuletzt als Leiter des Referates „Sozialversicherung, Kranken-, Renten- und Unfallversicherung“ im Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales. Seit Februar 1999 Vorstandsvorsitzender des Landesverbandes der Betriebskrankenkassen Niedersachsen. Arbeitsschwerpunkte: Weiterentwicklung der Sozialversicherung, speziell der Krankenversicherung; Vernetzung, Verzahnung und Kooperation der verschiedenen Bereiche des Gesundheitswesens.
- Prof. Dr. Hans-Wilhelm Windhorst, Promotion 1969, Habilitation 1977. Direktor des Instituts für Strukturforschung und Planung in agrarischen Intensivgebieten der Hochschule Vechta. Arbeitsschwerpunkte: Land- und Forstwirtschaft, vergleichende Strukturforschung, Deutschland, EU, USA.

Stichwortregister

A

Aalto, Alvar, 237
Abgeordnete, 180
Administrative Gliederung, 197
Albrecht, Dr. Ernst, 182
Alfeld, 236
Aller, 19
Altersaufbau, 57
Altsiedelland, 81
Amelungsborn, 230
Amsterdam, 37
Amtsgerichte, 199
Anthrazit, 106
Antwerpen, 37
Apotheken, 98
Arbeitsförderung, 94
A R D, 242
Arbeits Josengeld, 94
-losenhilfe, 94
-losigkeit, 62, 64
Arzneimittel, 97
ärztliche Behandlung, 97
Askanier, 42
Asphalt, 110
Aufsichtsbehörden, 187
Aufstretksiedlungen, 84
Aurich, 38
Ausbildungsberuf, 206
-system, 205
Ausgleichsmandate, 180
Auszubildende, 206

B

Bad Gandersheim, 228
Bad Grund, 150
Bad Lauterberg, 150
Bad Pyrmont, 234
Baltrum, 150
Bardowick, 231
Basalt, 108
Behindertenbeauftragte, 96
Berg- und Hügelland, 25, 33, 41, 149
Bergen-Belsen, 47
Berufsaufbauschulen, 207
berufsbildendes Schulwesen, 204, 205
Berufsbildung, 202
-bildungssystem, 207
-fachschulen, 207
-genossenschaften, gewerbliche, 93
-grundbildungsjahr (BGJ), 206
-oberschulen, 207
-schulen, 206
-vorbereitungsjahr, 207
Besatzungshoheit, 196
Betriebe, Formen 143
Betriebssysteme, 135, 140

Bevern, 231
Bevölkerungsdichte, 51
-entwicklung, 52, 56
Bezirksregierungen, 197
Bezirksregierung Weser-Ems, 261
Bildungskatastrophe, deutsche, 201
BILD-Zeitung, 240
Binnenfischerei, 142
-schifffahrt, 161
Biosphärenreservat
Flusslandschaft, 20
Bischof Bernward, 227
Bischof Hezilo, 228
Blähton, 110
Bleckeder Zeitung, 240
Blei, 110
Bode, Wilhelm, 21
Borkum, 150
Böttersen, 105
Bourtanger Moor, 23
Bramberge, 103
Braunkohle, 106
Braunschweig, 31, 33, 35, 37, 47, 48, 196, 218, 228, 230, 231, 234, 235
-Riddagshausen, 230
Braunschweiger Zeitung, 240
Braunschweigischer Klosterfond, 43
Bremen, 7, 36, 37, 41
Brocken, 27
Brüning, Kurt, 47
Bückeberg, 38, 232
Bürgerbegehren, 188
-entscheid, 188
bürgerliche Rechtsstreitigkeiten, 199
Bundesanstalt für Arbeit, 94
-länder, 184
-rat, 184
-staatsprinzip, 195
-versicherungsanstalt für Angestellte, 92
-versorgungsgesetz, 94
Bursfelde, 228
Butjadingen, 16
Buxtehude, 231

C

Campingplätze, 152
Celle, 231, 232, 233, 237
Chancengleichheit, 202
Chausseen, 38
Cirksena, 41
Clausthal-Zellerfeld, 232
Clemenswerth, 233
Cuxhavener Küste-Unterelbe, 150, 152

D

Dammer Berge, 18
Finanzsystem, 189
Dahrendorf, Ralf, 202
DDR, 32, 49
Öffnung der Grenze zur ehemaligen DDR, 122
Deister, 41
DMP, 47
Diabas, 108
Diederichs, Georg, 202
Dienstleistungen, unternehmensorientierte, 131
Direktinvestition, ausländische, 113, 118
-sbilanz, ausländische, 117
Dolomit, 107
30-jähriger-Krieg, 251
Drubbel, 82
Duderstadt, 231, 232
Dümmer See, 169
Dünen, 13, 175
-inseln, 13

E

Eggert, Hermann, 236
Eichsfeld, 43
Eigenunfallversicherungsträger der öffentlichen Hand, 93
Einbeck, 38, 232
Einwohnerantrag, 188
-zahl, 8
Einzelhandel, 143
Flächenentwicklung, 146
Flächengröße der Arbeitsstätten, 144
Eisenbahnbau, 38
Eisenerze, 110
Eiszeiten, 17
Elbe, 19
~Weser-Raum, 265
Elbmarsch Post, 240
Elektrotechnik, 127
Emden, 36, 231
Emder Zeitung, 240
Emlichheim, 103
Emslauf, 20
Engern, 32
Entwicklung, wissenschaftliche, 209
Entwicklungssachsen, 7
Erdgas, 103
-produktion, 105
-reserven, 103
Erdöl, 103
Erlebniseinkauf, 145
Ernährungsgewerbe, 126
Erreichbarkeitsbedingungen, 156

-effekte, 163
 Erster Weltkrieg, 46, 47
 Erststimme, 180
 Erwerbs beteiligung, 62
 -lose, 62
 -tätigkeit, 62
 Erzbergwerk Rammelsberg, 253
 Esch, 82
 Europäischer Binnenmarkt, 6
 Exekutive, 198
 Existenzgründungen, 124
 E/PO 2000, 253, 257, 258, 259, 267
 Export aktivitäten, 113
 -quote, 114

F

Fach gymnasien, 207
 -oberschulen, 207
 -schulen, 207
 Familiengerichte, 199
 Fehnsiedlungen, 84
 Fernstraßennetz und regionales -
 Güterverkehrsaufkommen, 155,
 156, 158
 Feuchtgebietsschutz, 172
 Finanz ausgleichsgesetz, 191
 -system, 189
 Finanzierung, paritätische, 91
 Finanzwesen, 178
 Flächen größe, 8
 -schutz, 170
 Flagge, 178
 Flüchtlinge, 32, 49
 Flussmarschen, 166
 Förder stufe, 202
 -zins, 106
 Forschung und Entwicklung, 132,
 215
 „Forschungsdreieck“ Hannover-
 Braunschweig-Göttingen, 213, 216
 Forschungseinrichtungen,
 außeruniversitäre, 213
 Freie Waldorfschulen, 203, 204
 Fremdenverkehr, 149
 Friedrich I. Barbarossa, 253
 Friesen, 32
 Futterbaubetriebe, 140

G

Gabbro, 108
 Geest, 17, 33, 36, 41, 149
 -landschaften, 166
 Geflügelhaltung, 137
 Gemeinde, 186, 198
 Einheitsgemeinde, 187
 Samtgemeinde, 186
 -ordnung, 186

-reform, 87
 Gemeinschaftsschule, christliche,
 201
 Generalstaatsanwaltschaften, 200
 Georgsdorf, 103
 Gerichte, 195, 198
 Gerichtsbarkeit, 198
 Gesamtschulen, 202, 204
 Geschäftszentren, 144
 Gesetzgebung, 185
 Gesundheitsförderung, 96
 Getreidebaubetriebe, 140
 Gewaltenteilung, 178
 Gezeiten, 13
 Gipsstein, 107
 Gilly, David, 234
 Glaziale Serien, 18
 Gleichberechtigung, 179
 Glogowski, Gerhard, 182
 Goldenstedt/Oythe, 105
 Goslar, 36, 38, 228, 230, 231, 232,
 ~Hahnenklee, 236
 Goslarsche Zeitung, 238
 Göttingen, 231
 Göttinger Sieben, 45
 Grafen, 43
 Grafschafter Nachrichten, 240
 Grimme, Adolf, 201
 Groden, 17
 Gropius, Walter, 236
 Großes Meer, 169
 Groß-Lessen, 103
 Großschutzgebiete, 15, 20, 22, 26, 29
 Grund gesetz, 195, 198
 -lagenforschung, 212
 -schulen, 201, 204, 205
 -zentren, 88
 Grünland, 167
 Gulfhaus, 86
 Güteraufkommen, 160, 161
 Gymnasien, 201, 202, 203, 204

H

Haesler, Otto, 237
 Halbperipherie, 36, 38
 Hamburg, 7, 37
 -Welle, 243
 Hameln, 231
 Hämelschenburg, 231
 Hankensbüttel, 103
 Hannover, 6, 37, 41, 47, 48, 231, 234,
 235, 236, 237
 -Herrenhausen, 234
 Hannoversch Münden, 231
 Hannoversche .Allgemeine Zeitung,
 239, 240
 -Anzeigen, 238

-Klosterkammer, 43
 -Presse, 240, 241
 Hanse, 35, 248, 251, 253, 260, 265
 Harz, 149, 150, 152
 -raum, 35
 ~Region, 252
 Hase, Conrad Wilhelm, 234
 Haufendörfer, 82
 Hauptstreckennetz und Fern-
 verkehrsangebot der Eisenbahn,
 159
 Hauptschule, 202, 203, 204
 Haushalte, 189
 Hebammen, 97
 Hehlen, 231
 Heide, 20, 167
 Heil- . und Hilfsmittelerbringung, 97
 -bäder, 102
 -mittelversorgung, 98
 Heimat bewegung, 46
 -vertriebene, 32, 49
 Heimvolkshochschulen, 208
 Heinrich d. Löwe, 42, 228, 248, 265
 Helmstedt, 106, 232
 Hemmelte, 105
 Hemsbünde, 105
 Hengstlage, 105
 Herrenhäuser Gärten, 257
 Herzog August Bibliothek
 Wolfenbüttel, 218
 Herzogtum Braunschweig, 45
 - Braunschweig-Lüneburg, 43
 - Oldenburg, 45
 Hildesheim, 36, 41, 43, 45, 227, 228
 Hildesheimer .Börde, 23
 - Allgemeine Zeitung, 238
 Hilfe . in besonderen Lebenslagen,
 95
 - zum Lebensunterhalt, 95
 Hilfsmittelbereich, 98
 Historischer Verein für
 Niedersachsen, 42
 Hit Radio Antenne, 243, 244
 Hoch Jand, 16
 -moore, 22, 149
 Höger, Fritz, 236
 Hoetger, Bernhard, 236
 Hollandgängerei, 37
 Hoya, 43
 Hude, 230
 Hügelland, 149
 Hugenotten, 32
 Hümmling, 18

I

Immunität, 182
 Indemnität, 182
 Inseln, 149, 150, 175

Insel Spiekeroog, 14
InterCargo, 161
Internationalisierung, 113
Internet, 241

J

Jever, 232
Jeversches Wochenblatt, 238
Jüdische Bevölkerung, 32
Juist, 150

K

Kaiser Heinrich II., 253
Kali- und Steinsalzbergbau, 110
Kalk, 107
Kammern, 193
Kapitalverflechtungen, 117
Karl der Große, 41
Kassenzahnärztliche Vereinigung, 98
Kiese, 107
Kieselgur, 110
Kies- und Sandlagerstätten in
Niedersachsen, Verbreitung der,
107
Kinder- und Jugendhilfe, 96
Kirchen, 192
Klima, 11
-vielfalt, 169
Klosterseele/Kirche, 105
Koalitionen, 183
Kohle, 103
kommunale Leitung, „eingleisige“
Form der, 188
kommunale Selbstverwaltung, 186
Kompost, 111
König Heinrich I., 252
König Ernst August, 45
Königreich Hannover, 45
Königslutter, 228
konstruktives Misstrauensvotum,
183
Konzentration auf Kernkompeten-
zen, schlankere Produktion, 123
Konzentrationslager, 47
Kooperative Gesamtschule, 202, 203
Kopf, Hinrich Wilhelm, 48
Krahe, Peter Joseph, 234
Kranken Häuser, 98
-hausplan, 100
-kassen, 93
-transport, 97
-versicherung, 93
Krankheitsverhütung, 96
-vorsorge, 96
Kreistage, 187
Krummhörn, 230
kumulieren, 188

Kupfer, 110
Kurorte, 102, 154

L

Ladengeschäfte, 143
Lage Niedersachsens in Europa, 6
Lage und Größe, 31, 197
Lagegunst, 6
Lagerstätten, 103
Lamspringe, 233
Länderfinanzausgleich, 190
Land . Braunschweig, 178, 218
- Hannover, 178, 218
- Oldenburg, 31, 178, 218
- Schaumburg-Lippe, 178, 218
Landes arbeitgemeinschaft
soziokultureller Zentren in
Niedersachsen e.V., 219
-beauftragter für den Datenschutz,
181
-behörden, 195
-bibliothek Oldenburg, 218
-musikrat Niedersachsen, 219
-natur, 8, 166
-regierung, 178, 184, 196
-verband Freier Theater in
Niedersachsen e.V., 219
-verband für Spiel und Theater
Niedersachsen e.V., 219
-versicherungsanstalten, 92
Landeswaldgesetz, 141
Landgerichte, 199
Landkreise, 186, 197, 198
Landkreisordnung, 186
Landschaftsschutzgebiete, 172
Landschulreform, 201
Landtag, 178
Landtagsauflösung, 183
Landwirtschaft, 205, 206
Langeheine, Richard, 202
Langeoog, 150
Langzeitarbeitslosigkeit, 68
Laves, Georg Ludwig, 234
Legehennenhaltung, 138
Legislative, 198
Leistungen zur Eingliederung
Behinderteter, 95
Linden, 41
Liudolfinger-Ottonen, 35
Lippe-Detmold, 47
Literaturrat Niedersachsen e.V., 219
Loccum, 230
London, 37
Löss, 26
-börde, 23, 33, 81, 149
-bördengürtel, 39
Lübeck, 35
Lüchow-Dannenberg, 49

Luftfrachtverkehr, 163
Lüne, 230
Lüneburg, 36, 38, 230, 231
Lüneburger, 231
- Heide, 20, 21, 150, 152, 164,
- Landeszeitung, 240

M

Mäander, 20
Marsch, 13, 33, 149
-hufendörfer, 83
Maschinenbau, 127
Max-Planck-Gesellschaft, 252
Meißen, Markgraf von, 42
Meppen, 103, 233
Mergelsteine, 107
Messen, 6, 152
Mettegang, Friedrich, 236
Mietstreitigkeiten, 199
Milchquotenregelung, 140
Minister, Ministerinnen, 182, 196
Ministerien, 183
Ministerpräsidenten, 181, 196
Mitteldeutsches Gehöft, 86
-gebirge, 27
-landkanal, 23
-punktschulen, 201
-zentren, 88
Möllenbeck, 228
Moore, 166
-hufendörfer, 83
-kultivierungen, 41
Münstermann, Ludwig, 234
Mulmshorn/Borchel, 105

N

N3 (TV-Sender), 245
Nationalpark, 30, 171
- Niedersächsisches Wattenmeer, 15
Naturdenkmale, 171
-räume, 11
Natürlichkeitsstufen, 165
Naturpark, 172
- Solling-Vogler, 150
- Südheide, 150
Naturpotential Niedersachsen, 33
-schutzgebiete, 170
-steine, 107
-werksteine, 108
NDR, 243
NDR 1 – Radio Niedersachsen, 244
NDR 2, 243, 244
NDR 3, 243, 244
NDR 4, 243, 244
Neue Presse, 240
Neuwerk, 14
Niederdeutscher Bühnenbund
Niedersachsen-Bremen, 219

Niedersachsenhaus, 85
 Niedersächsische .Landesbibliothek
 Hannover, 218
 - Landesmedienanstalt für privaten
 Rundfunk (NLM), 238, 243, 245
 Niedersächsischer Heimatbund, 219
 - Reichskreis, 42
 Niedersächsisches .Ministerium der
 Justiz und für
 Europaangelegenheiten, 200
 - Moorschutzprogramm, 23
 Niehaus, Josef, 234
 N-Joy Radio, 243, 244
 Nichtkommerzieller Lokalfunk
 (NKL), 245
 Norddeutscher Rundfunk, 243
 Norddeutsches Tiefland, 18
 Norden, 229
 Norderney, 150
 Nordische Rundfunk AG, 242
 Nordseeküste, 13, 247
 Nordwestdeutscher Rundfunk
 (NWDR), 242, 243
 Nordwest-Zeitung, 240
 Notare, 200
 NSDAP, 47

O

Oberharz, 37
 Ober behörden, 197
 -landesgericht, 199
 -verwaltungsgericht, 200
 Oberzentren, 88
 Oertzen, Peter von, 202
 Oldenburg, 31, 48, 196, 233, 235
 -, Großherzöge von, 261
 Oldenburger Münsterland, 22, 43
 Ölheim-Süd, 103
 Ölschiefer, 103
 Orientierungsstufe, 202, 204
 Orte, zentrale, 88
 Osnabrück, 36, 38, 41, 43, 230, 231,
 233
 osteuropäische Volkswirtschaften,
 (Integration), 122
 Ostexpansion, 35
 Ostfalen, 32
 Ostfriesenhaus, 86
 Ostfriesische .inseln, 13
 - Küste, 150, 152
 Ostfriesland, 41, 45, 229, 234, 247
 Otto das Kind, 43
 Outsourcing, 123

P

panaschieren, 188
 Papenburg, 85, 234
 Parteien, 192

Partnerschaft, 194
 Personalunion, 44
 Petitionen, 179
 Pflanzen- und Tierartenschutz, 170
 Pflegeversicherung, 94
 Picht, Georg, 201
 Pilsum, 229
 Polder, 17
 Politisches System, 198
 Präventionssektor, 97
 Preuß, Hugo, 47
 Preußische Provinz Hannover, 31,
 196
 Primarstufe, 202
 Produktion, flexible, 209
 -, schlankere, 123
 Produzierendes Gewerbe, 124
 Beschäftigtenentwicklung, 128
 Branchenstruktur, 124
 Psychotherapeutische Versorgung,
 98

Q

Quakenbrück, 236
 Quartäre Haupteisrandlagen in
 Nordwestdeutschland, 17

R

Radio .fn, 243, 244
 - Hamburg, 242
 - Mecklenburg-Vorpommern, 243
 - Niedersachsen, 243
 Rammelsberg, 34
 Rattenfänger, 254
 Realschule, 201, 202, 203, 204
 Rechts anwälte, 200
 -pflege, 195, 198, 200
 Rechtsprechung, 195, 198
 Regierungsbezirk .Braunschweig,
 203
 - Hannover, 203
 - Lüneburg, 203
 - Weser-Ems, 203
 Regierungsbezirke, 10
 Reihensiedlungen, 83
 Reisegebiete, 149, 151, 152, 154
 Remarque, Erich Maria, 263
 Renten empfänger, 93
 -versicherung, gesetzliche, 92
 -zahlbetrag, 93
 Rettungsdienst, 97
 Richter, 198
 Rodenkirchen, 234
 Roh holzaufkommen, 141
 -stoffe, 103
 RTL Television, 243, 245
 Rühle, 103

S

Sachsen, 32
 Salier, 35
 Salzgitter, 41, 47, 88, 237
 Salz Jagerstätten, 111
 -wiesen, 14, 175
 Sande, 107
 Sand- und Magerrasen, 167
 -strände, 13
 SAT 1, 243, 245
 Scharoun, Hans, 237
 Schaumburg, 33, 42, 43, 47
 Schaumburg-Lippe, 31, 45, 48, 178,
 218
 Schaumburger Zeitung, 238
 Scheerhorn, 103
 Schichtkämme, 25
 Schienenverkehr, 159
 Schröder, Gerhard, 182
 Schul .formen, 201, 202, 203, 204
 -gesetz, 202
 -reform, 202
 -träger, 204, 205
 -versuche, 201
 -zentren, 205
 Schwefel, 105
 Schweinehaltung, 137
 Schwerbehindertengesetz, 95
 Schwer .mineralsande, 110
 -spat, 110
 Schwöbber, 231
 Sedimentgestein, 25
 See .fischerei, 142
 -häfen, 161
 sektoraler Strukturwandel, 121
 Sekundar bereich II, 203
 -stufe I, 202
 -stufe II, 202
 Selbstverwaltungs angelegen-
 heiten, 197
 -prinzip, 187
 Sender Freies Berlin, 243
 Siedenburg/Staffhorst, 105
 Siedlungs .formen, traditionelle
 ländliche, 82
 -strukturen, 234
 Sietland, 16
 Signet, 178
 Slevogt, Carl Heinrich, 234
 Söhlingen, 105
 Solidarprinzip, 91
 Solling, 34
 Sonder .forschungsbereich, 215
 -schulen, 204, 205
 Sozialstaatsprinzip, 90
 SPD, 47
 Spezialgipse, 109

Spiekeroog, 150
 Splitterberufe, 206
 Staats gerichtshof, 181, 198
 -kanzlei, 183
 -sekretäre, 183
 -verwaltung, mittelbare, 197
 -ziele, 178
 Staatstheater .Hannover, 218
 - Oldenburg, 218
 Stade, 36, 231
 Stadthagen, 231, 232
 Stadträte, 187
 Städte, 186, 198
 (Großstädte), 52
 (große, selbständige), 187
 (kreisfreie), 187, 197
 Standortfaktoren, 124
 Steine und Erden-Rohstoffe, 106
 Steinhuder Meer, 168
 Steinkohle, 106
 -salz, 111
 Steuern, 189
 Stier, Hubert, 235
 Strack d.Ä., Heinrich, 234
 Straf justiz, 198
 -verfahren, 199
 Straßburger Relation, 238
 Straßenfahrzeugbau, 124
 Streusiedlungen, 82
 Struktur krise, 123
 -wandel, 70, 134
 Suburbanisierungsprozesse, 61
 Sulingen-Valendis, 103

T

Täglicher Anzeiger, 238
 Territorialstaaten, 36
 Teufelsmoor, 23
 Teutoburger Wald, 25, 263
 Thülsfelder Talsperre, 169
 Tierhaltung, 135
 Tone, 107
 Tongesteine, 109
 Torf- und Humuswirtschaft, 111
 Truthühnerhaltung, 140

U

Übernachtungen, 153
 Umwelt, Natur und Landschaft, 20
 UNESCO-Weltkulturerbe, 253
 UNESCO-Weltkulturgüter, 258
 Unfallversicherung, 93
 Universitäten, 210, 212
 Unterbehörden, 197
 Unternehmens- und Konzernstrukturen, Neuordnung der, 123
 Ursprungsländer, 179

V

Varel, 234
 Verbände, 193
 Verbindungsbüro des Landes in Brüssel, 194
 Verden, 41
 Verdener Dom, 231
 Verfassung, 178
 (vorläufige Niedersächsische), 49
 -sautonomie, 195
 -sorgan, 197, 198
 Verhältniswahl, 180
 Verkehr, kombinierter, 159
 Verkehrsachsen, 155
 -aufkommen, 157
 -flughäfen, 162
 -infrastruktur, normierte Indikatoren zur, 159, 163
 -infrastruktur, Gesamtindikator, 163
 -infrastrukturausstattung, 155
 Versicherte, 91
 Versorgungs agglomerationen, 144
 -ämter, 94
 -zentren, 144
 Vertretung des Landes Niedersachsen beim Bund, 184
 Verwaltungen, 185
 Verwaltungs-, .Sozial-, Finanz- und Arbeitsgerichtsbarkeit, 198
 -behörden, 195
 -mittelinstanz, 197
 Vienenburg, 235
 Visbeck, 105
 Völkern, 105
 Volksbegehren, 179
 -hochschularbeit, 205
 -hochschulen, 208
 -initiative, 179
 -schule, 201
 -souveränität, 178
 Volkswagen AG, 269
 VW, 49
 ~Werk, 237

W

Wahl, 180
 Wald, 167
 -fläche, 140
 -hufendörfer, 83
 -schadensuntersuchung, 29
 -sterben, 29
 -verteilung, 140
 Walkenried, 230
 Wallhecken, 167, 172
 Wanderungsüberschüsse, 52
 -verluste, 52

Wangerooze, 150
 Wappen, 178
 Warften, 229
 Währungsreform 1948, 48
 Währungs- und Finanzkrise, asiatische, 120
 Wasser, 167
 Watt, 13, 149, 174
 -enmeer, 14, 15, 166, 174
 WDR, 243
 Weizenanbau, 39
 Welfen, 37, 42, 44
 -anhänger, 47
 Welle Nord, 243
 Welthandelsanteil, 114
 Wendland, 83
 Wertschöpfung, 134
 Weser, 20
 Weserbergland, 25
 Westdeutschen Rundfunk, 243
 Westfalen, 32
 Westfälischer Frieden, 262
 Wettbewerb der Regionen und Standorte, 124
 Wettbewerbsfähigkeit, internationale, 117
 Wettiner, 42
 Wiehengebirge, 263
 Wiener Kongress, 45
 Wienhausen, 230
 Wilhelmshaven, 88, 236
 Wilseder Berg, 18
 Wirkungskreis, übertragener, 197
 Wittenberge, 42
 Wolfenbüttel, 232, 233, 235
 Wolfenbütteler Aviso, 238
 Wolfsburg, 41, 47, 49, 88, 237
 Worpswede, 236
 Wunstorf, 228
 ~Idensen, 228
 Wurten, 17
 -dörfer, 82

Z

zahnärztliche Behandlung, 97
 Zahntechniker, 97
 Zement, 109
 Zentrensystem, 144
 Ziegelindustrie, 109
 -tone, 109
 Zink, 110
 Ziviljustiz, 198
 Zuckerrüben, 39
 Zweiter Weltkrieg, 47, 266
 Zweitstimme, 180
 Zwischenahner Meer, 169